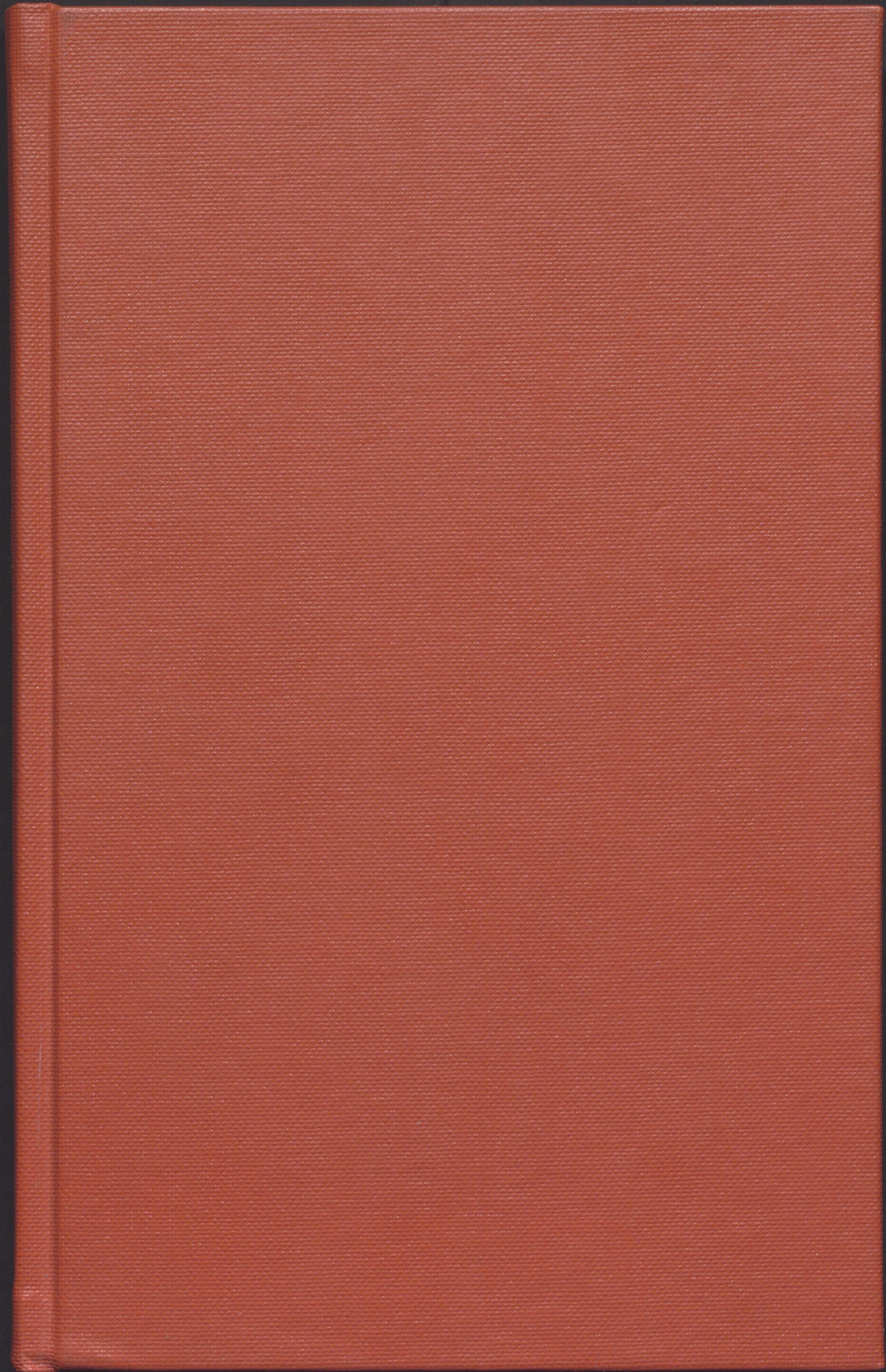
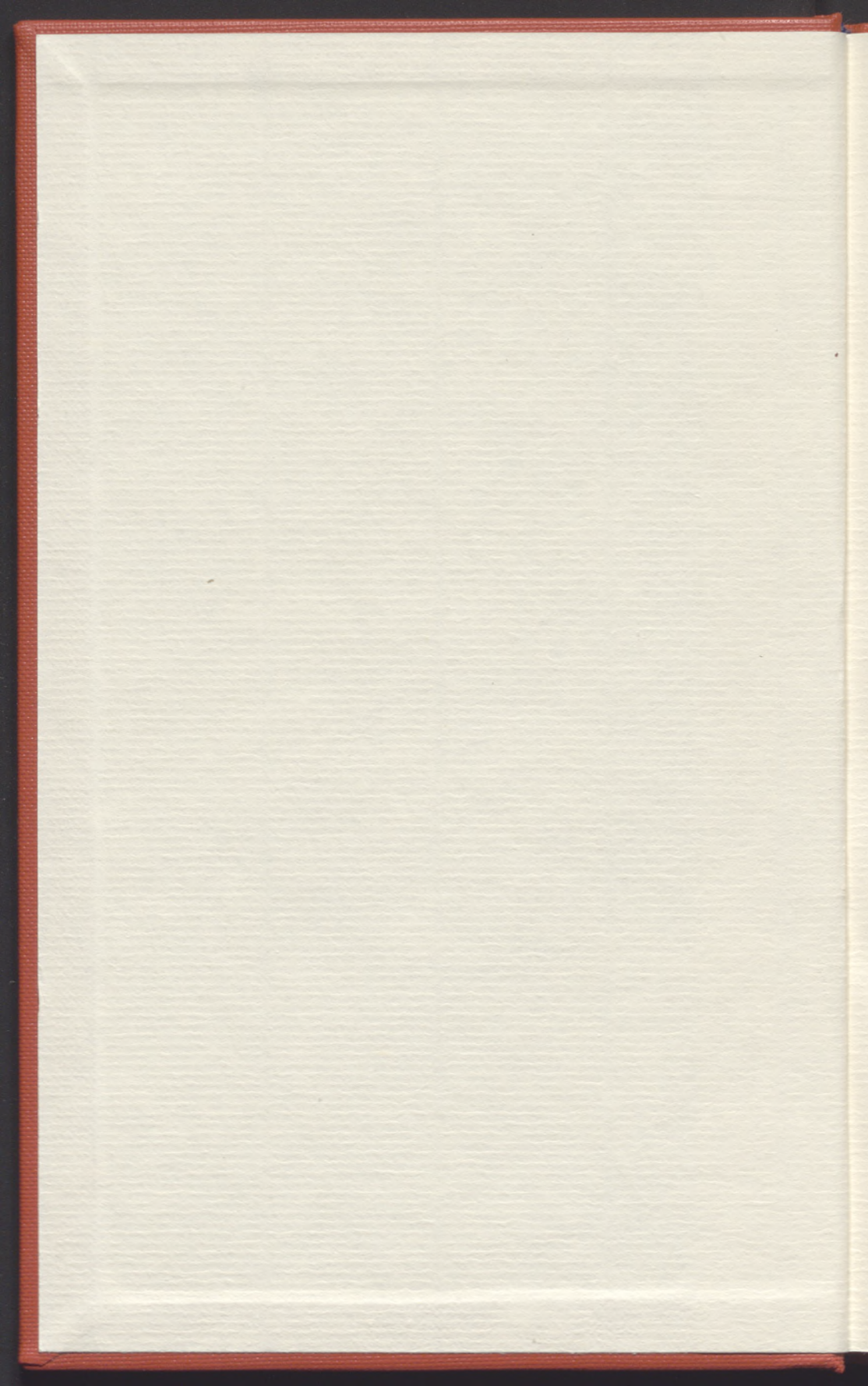
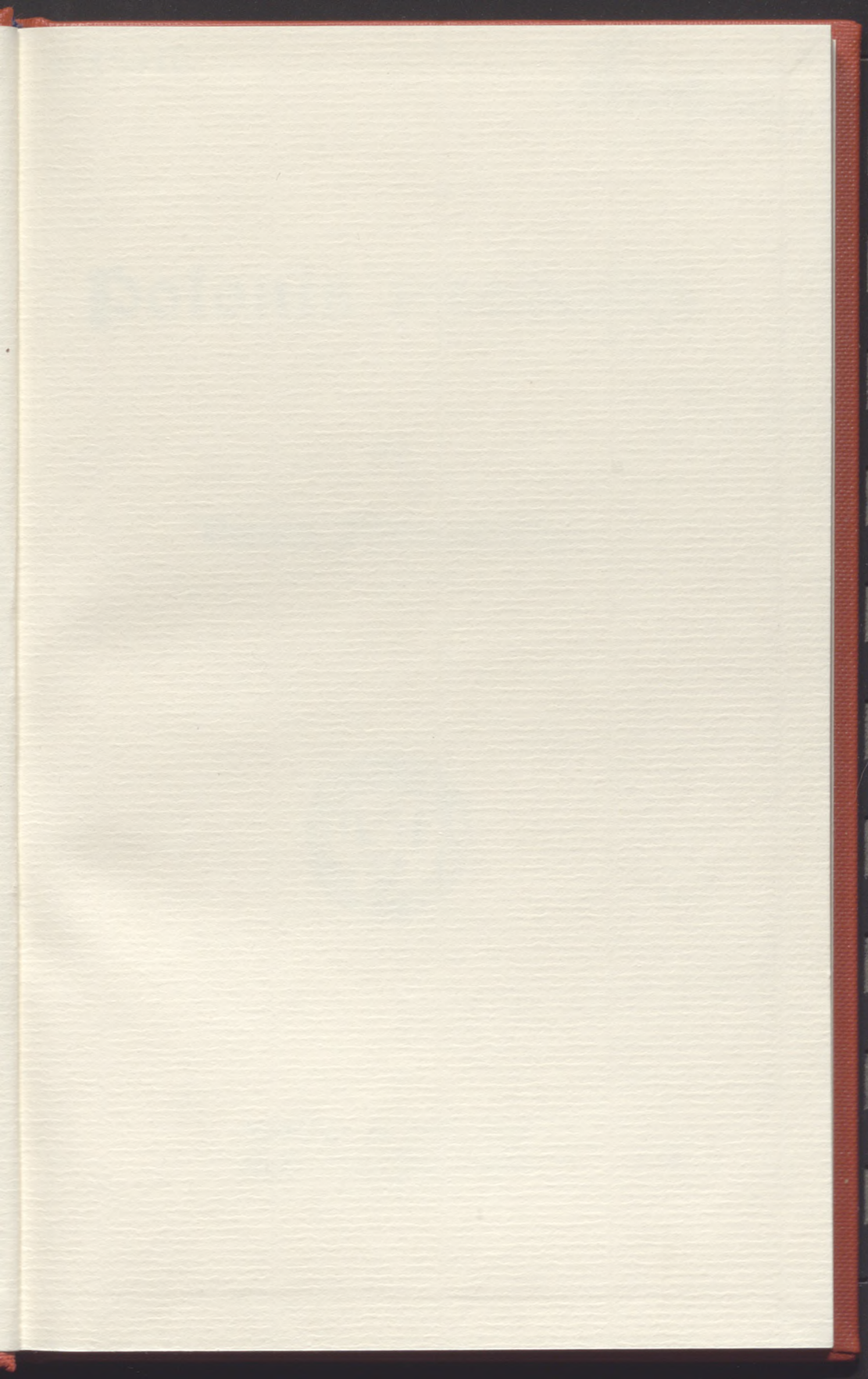


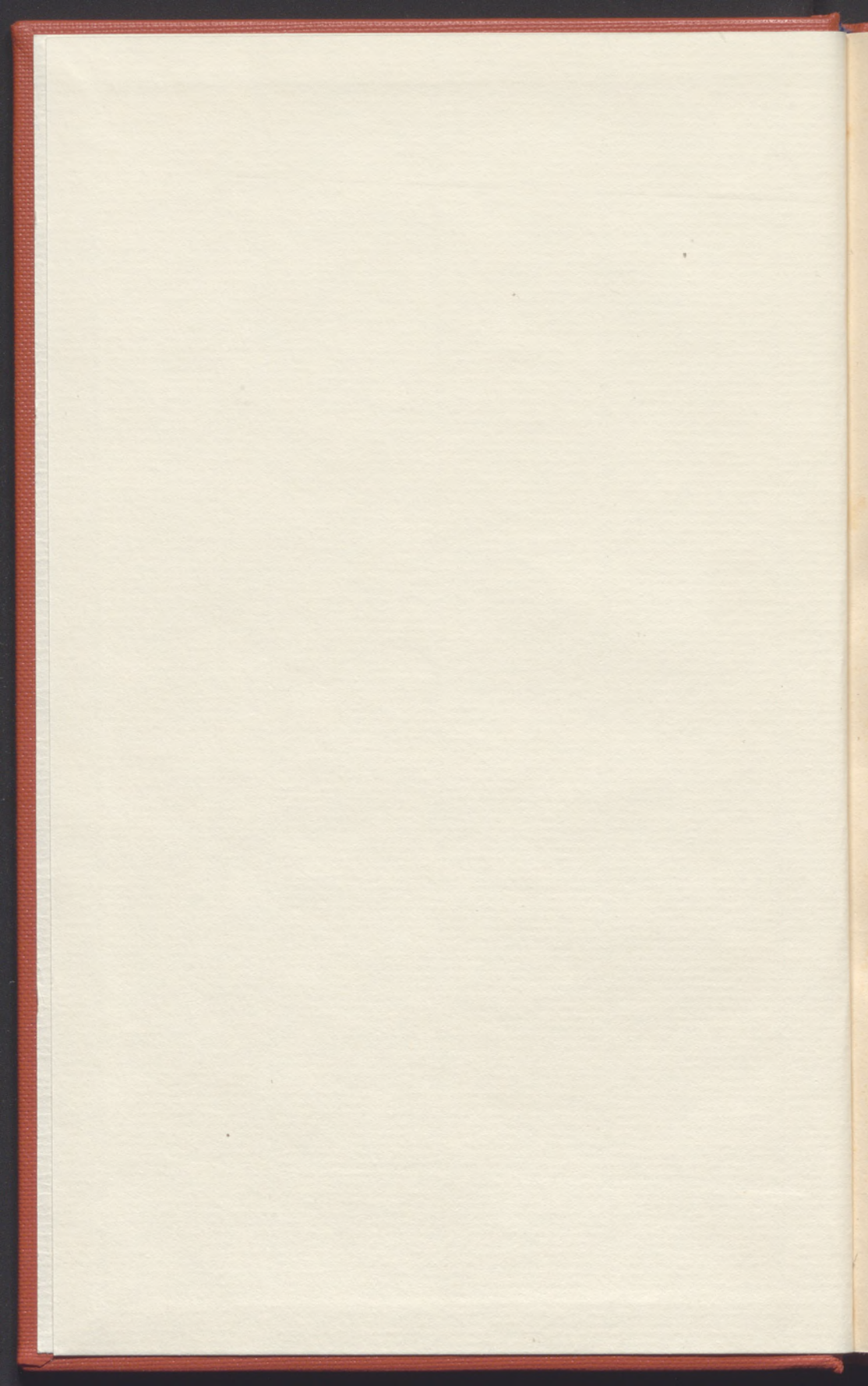
R. Sumbatovyye

Polonisa irrodemta









2588780

Rinsky Jowicz

Polonia irredenta

3427

Von

Roman Sembratowycz



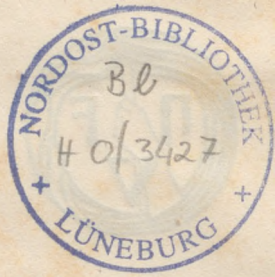
Frankfurt am Main 1903
Neuer Frankfurter Verlag
G. m. b. H.

07832

M. H. H.

Polonia in Europa

Wissenschaftliche Bibliothek



1328214

Typograph-Maschinenfabrik von Oscar Brandstetter in Leipzig.

W₂ MO 17

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
I. Einleitung. — Allgemeine Charakteristik der irredentistischen Bestrebungen des polnischen Adels im Gegensatz zu den oppositiven polnischen Parteien	1
II. Die Schlachta als Trägerin der allpolnischen Traditionen. — Charakteristik des polnischen Adels — dessen politische und soziale Anschauungen	6
III. Die jagellonische Idee — das geschichtliche Polen vom Meere bis zum Meere. — Die Unverfrorenheit der polnischen Irredentisten. — Die Art und Weise ihrer Agitation	12
IV. Allpolnische Machinationen. — Das Intriguantentum der Schlachta. — Die Frage der Wiederherstellung Polens via Rußland. — Die Rabulistik der Schlachta	16
V. Polen und Westeuropa. — Agitation der Schlachta in Westeuropa. — Die hohe Meinung mancher westeuropäischer Schriftsteller von den freiheitlichen Bestrebungen der Schlachta. — Der Wert der polnischen Informationen	19
VI. Die Kämpfer „für unsere und euere Freiheit“ — einige Profile der polnischen Freiheitshelden	24
VII. Der angebliche Vertrag der Schlachta mit Osterreich. — Die Wichtigthuerei des polnischen Adels	32
VIII. Polnische Wirtschaft in Osterreich — deren Geschichte — die Macht der Schlachta in Osterreich	35
IX. Polnische Wahlen. — Polnische Wahlgeometrie. — Amtliche Wahldokumente. — Privilegierte Wahlmißbräuche	38
X. Schlachzigen-Panama in Galizien. — Geschichte galizischer Veruntreuungen. — Defraudantenlexikon. — Veruntreuungen für patriotische Zwecke	47
XI. Derpolnische Sakatismus. — Der Vergleich zwischen den galizischen und preußischen Zuständen. — Finanzielle Ausbeutung Ostgaliziens. — Politische und nationale Unterdrückung der Ruthenen	54
XII. Breschen in Galizien. — Geschichte des galizischen Schulwesens. — Polonisierung der galizischen Schulen. — Allpolnische Agitation in der Schule. — Vernichtung ruthenischer Kultur	66

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
XIII. Der polnische Drang nach Osten. — Polnische Ansiedelungskommission. — Kolonisation Ostgaliziens mit polnischen Bauern. — Allpolnische Gesetze in Galizien	80
XIV. Vierte Teilung Polens. — Die Gefahr für die Verwirklichung allpolnischer Träume. — Abstinenzpolitik der Ruthenen. — Feldarbeiterstreike in Ostgalizien und bewaffnete Intervention polnischer Behörden	85
XV. Der neue Kurs. — Die Bestrebungen, alle Gebiete des ehemaligen Polen zu vereinigen. — Slavenfreundliche Politik der Schlachta	95
XVI. Politik des Grafen Piniński. — Dessen Dreibundfeindlichkeit — Verstaatlichung der allpolnischen Bestrebungen in Galizien .	101
XVII. Los von Wien. — Offizielle Bestrebungen, Galizien vom „Wiener Einflusse“ zu emanzipieren	108
XVIII. Irredentistische Agitation des polnischen Klerus. — Dessen allpolnische Bestrebungen und Kolonisierungsarbeit. — Mißbrauch der Kanzel für die allpolnischen Zwecke	112
XIX. Das Land der Demonstrationen. — Privilegierte und verbotene Demonstrationen. — Zweierlei Maß. — Staatsbeamte, als Regisseure allpolnischer Manifestationen in Galizien. — Der allgemeine Polentag	118
XX. Polnisches Piemont. — Galizien als Herd der allpolnischen Propaganda. — Die Bestrebungen der Schlachta, dieses Land zu einem polnischen Piemont zu machen. — Vorbereitung der nationalen Legionen. — Die Frage der Sonderstellung Galiziens	131
XXI. Polnische Nationalregierung. Liga Narodowa. — Deren Organ und Agitation. — Der polnische Nationalschatz. — Die Macht der Nationalliga in Galizien.	



I.

Einleitung.

Nachstehende Zeilen seien einer Betrachtung gewidmet, die zwar heute, da die Augen Europas dem ferneren und näheren Osten zugewendet sind, dem Anscheine nach für unzeitgemäß gehalten werden kann, aber doch unstreitig Aktualität besitzt. Es ist die Frage der Wiederaufrichtung „des geschichtlichen Polen vom Meere bis zum Meere“, welche von seite der polnischen Schlachta*) bei jeder Gelegenheit aufgeworfen wird und welche man auch der Friedenskonferenz im Haag — durch den gewesenen polnischen Reichsratsabgeordneten aus Galizien, Ritter von Lewakowski — aufzuzwingen versuchte. Es ist allgemein bekannt, welche Anstrengungen damals die Schlachta, besonders durch ihre Emisäre in den Vereinigten Staaten Nordamerikas machte, um verschiedene Regierungen zur Erörterung dieser Frage auf der Friedenskonferenz zu bewegen. Es handelte sich hauptsächlich darum, diese Angelegenheit zur Bedeutung einer europäischen Frage zu erheben. In einer Versammlung in Wien, in welcher der aus Berlin gekommene (jetzt verstorbene) Oberst Egidy über die Idee des Weltfriedens sprach, hatte auch ein polnischer Schlachzize**) das Wort ergriffen, um nachzuweisen, der europäische Frieden sei unmöglich, solange die Wünsche der Polen unbefriedigt seien. Ich kenne keinen Schlachzizen, der die Wiederherstellung des historischen Polen nicht wünschte — was im Grunde genommen kein Übel wäre, wenn die allpolnische Idee nicht zugleich die Idee der brutalen Knechtung anderer Völker enthalten würde. Die Schlachta hat sich immer von anderen Völkern die Zehne bezahlen lassen, sie hat sowohl in wirtschaftlicher und politischer, wie auch

*) Der polnische Adel wird mit dem Namen „Schlachta“ bezeichnet.

**) Schlachzize = ein polnischer Edelmann; schlachzizisch = edelmännisch.
Polonia Freudenta.

in nationaler Hinsicht immer ein Parasitenleben geführt — was zu ihrem ethnographischen Merkmal geworden ist.

Das polnische Königreich erstreckte sich wirklich eine Zeitlang vom Baltischen bis zum Schwarzen Meere. Das waren aber hauptsächlich von nichtpolnischen Völkern bewohnte Länder, die erst nach der Befreiung von der Herrschaft des polnischen Gewaltadels ausleben konnten, und welche nur mit Gewalt wiederum in das polnische Joch eingefügt werden könnten. Sicherlich würde niemand gegen die frommen Wünsche der polnischen Patrioten protestieren, — die freiheitlichen Bestrebungen haben ja immer etwas Ideales an sich und verdienen Beifall — wenn es sich da wirklich um die Befreiung des polnischen Volkes und nur um Sicherung der freien Entwicklung der polnischen Nation handeln würde; sagen wir, um ein demokratisches Polen in ethnographischen Grenzen. Mit anderen Worten, wenn das polnische Volk nur sein gutes Recht verlangen würde, sich seiner Natur gemäß in jeder Hinsicht ausleben zu können. Aber die Wiederherstellung des historischen Polen soll nur der ebenfalls historischen Herrschsucht der Schlachta Luft machen. Sehr treffend charakterisierte diese Herrschsucht des polnischen Adels ein polnischer Sozialdemokrat, Herr Slovik, in seiner Rede während der Grunwaldfeier in Wien am 15. Juli 1902. Er sagte nämlich, die deutschen Kreuzritter seien im Vergleiche mit den polnischen Machthabern in Galizien wahre Engelsnaturen gewesen. Natürlich wurde seine Rede als ein störendes Intermezzo bezeichnet, und es kam in dieser Versammlung aus dem Grunde zu tumultuösen Scenen. Mit Entrüstung berichtete darüber unter anderem die „Gazeta Narodowa“ vom 17. Juli d. J.

Das historische Polenreich müßte, dem Wunsche der Schlachta entsprechend, folgende Völker umfassen:

30	Millionen	Ruthenen,
18	„	Polen,
9	„	Russen,
8	„	Deutsche,
3	„	Lithauer,

außerdem einige hunderttausend Rumänen, Tschechen u. s. w. Das wäre somit ein Weltreich, welches seine Macht nur auf die Vergewaltigung der nichtpolnischen Nationen stützen müßte. Der pol-

nische Abel hofft, daß es ihm — bei seiner Intriguantennatur, die Völker gegeneinander auszuspielen — leicht gelingen würde. Das Verlangen nach der Freiheit, andere unbehindert unterdrücken und ausbeuten zu können, verdient aber energisch und aufrichtig bekämpft zu werden. Der Freiwerbung eines blutdürstigen Tyrannen, mag sie auch einen noch so romantischen Anstrich haben, wird wohl niemand zuzubeln. Sehr vielsagend ist da die Art und Weise, in welcher allpolnische Propaganda in Österreich (also dort, wo die Polen Macht besitzen), getrieben wird. Alle Polen, die nicht zu der allpolnischen Fahne schwören, die nicht die Wiederherstellung des historischen Königreiches vom Meere bis zum Meere in ihr Programm aufnehmen wollen, werden bei der Zentralregierung als umstürzlerische, staatsgefährliche Elemente denunziert. Ein klassisches Beispiel dieser Taktik liefert uns das Zentralorgan für die polnische Politik, der *Przegład Wszepolski*. In der Juni-Nummer (1902) dieser Revue, und zwar im Aufsatz „Die galizische Demokratie“, werden die oppositionellen polnischen Parteien, vor allem die polnische Volkspartei und die polnische Sozialdemokratie, aufs schärfste bekämpft und deren Anhänger als Demagogen bezeichnet. Es heißt da, daß diese Parteien sich nur „der Demagogie bedienen, den Klassen-, beziehungsweise Standeshafß schüren, und es für ihre einzige Aufgabe betrachten, die Stanczykenpartei zu bekämpfen“. (Die in Galizien herrschende Schlachta wird auch als Stanczykenpartei bezeichnet.)

Wenn die allpolnische Idee irgendwo auf Hindernisse stößt, wittert da überall der „*Przegład Wszepolski*“ den Anarchismus, Sozialismus oder zum mindesten den gefährlichsten Radikalismus. In der Julinummer dieser Revue veröffentlicht der Herr R. R. v. Bronski einen sehr patriotischen Aufsatz, betitelt: „Professoren und Studenten“, in welchem schwarz auf weiß nachgewiesen wird, daß die Hörer der technischen Hochschule in Lemberg von der Sozialdemokratie „korrumpiert“ wurden. Diese Korruption gipfelt nämlich darin, daß die genannten Hochschüler sich den allpolnischen Bestrebungen der Schlachta, sowie der übrigen polnischen Studentenschaft ablehnend verhalten.

In einer vor kurzem in Lemberg abgehaltenen Versammlung sagte der Festredner: „Polen ohne Zutritt zum Baltischen und zum Schwarzen Meer wäre eine politische und wirtschaftliche Un-

möglichkeit. Auf ein solches Rumpf-Polen müßten wir verzichten, denn es wäre nicht lebensfähig.“ Daß eine solche polnische Irredenta von allen freiheitlich gefinnten Elementen bekämpft werden muß, ist einleuchtend. Die berüchtigte polnische Wirtschaft in Galizien zeigt, wie die Polen erst in einem Nationalitätenstaate, wie es das historische Polen wäre, wirtschaften würden.

Es ist durchaus nicht meine Absicht, bloße Behauptungen aufzustellen, im Gegenteil! Ich will positive Thatsachen für sich reden lassen, Thatsachen, die unwiderleglich beweisen, daß die allpolnische Propaganda der Schlachta alle Gebiete, die jemals dem polnischen Königreiche angehörten, umfaßt und in möglichst großem Stil auf Kosten der nichtpolnischen Völker betrieben wird. Über die polnische Wirtschaft in Osterreich, sowie über die allpolnische Agitation habe ich oft in den angesehensten reichsdeutschen und österreichischen Blättern geschrieben. Der Umstand, daß ich jede Behauptung mit positivem Beweismaterial belegt habe und daß meine Artikel oft von vielen Blättern reproduziert wurden, bot der polnischen Presse den Anlaß zu wütenden Ausfällen. Man hat mich aber nicht der Unwahrheit zeihen können, ja, manche Blätter haben mir sogar ein unzweideutiges Zeugnis der Wahrheitsliebe ausgestellt. Der Lemberger „Dziennik Polski“ (Nr. 329 vom 28. November 1900) schrieb ausdrücklich, daß in meinen Aufsätzen „sich mit bureaukratischer Genauigkeit angeführte und mit Daten versehene Fragmente aus verschiedenen galizischen Blättern befinden, was natürlich den Besitz eines Kanzlei-Archivs erfordert“. Das Blatt hat auch seine Bewunderung darüber ausgesprochen, daß ich „Lust habe zum Sammeln der Jahrgänge von allen in Galizien erscheinenden Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren u. s. w.“ Das genannte Schlachzigen-Organ schrieb am 12. März 1901 anlässlich meiner Artikel in reichsdeutschen Blättern: „Was die Redaktionen der deutschen Blätter anbelangt, so können wir denselben nur dankbar sein, daß sie ganz Europa an die nicht gelöste Frage erinnern. Das ist nur ein Beweis für die Lebensfähigkeit unserer Sache.“ Ich glaube somit nur im Sinne der Herren Allpolen zu handeln, wenn ich die allpolnische Frage bei ihrem eigenen Namen nenne. Es wäre übrigens schon höchste Zeit, diese Angelegenheit an das Tageslicht zu bringen und sie objektiv, aber auch ohne Courtoisie —, ohne der nackten Wahrheit einen An-

standsmantel umzuhängen, zu besprechen. — Dies um so mehr, als zur Zeit die Herren Schlachzizen in den französischen, belgischen, dänischen, italienischen, englischen und amerikanischen Blättern herumhaufieren, nach Naiven suchend, die ihnen die Kastanien aus dem Feuer holen sollen. Überall wird da das ungerechte Vorgehen der bösen Teutonen mit dem Gerechtigkeitsfönn und Edelmüt „des freiheitlich gesinnten, für die Freiheit immer kämpfenden“ polnischen Volkes verglichen, „welches in Galizien, wo es die Macht besitzt, anderen volle Freiheit beläßt“ . . . Es wurden in letzterer Zeit viele westeuropäische Publizisten, die von den slavischen, geschweige denn von den polnischen Verhältnissen keine Ahnung haben, angegangen und ließen sich durch irrige Informationen bewegen, Aufsätze im oben angedeuteten Sinne zu veröffentlichen. Manche von diesen Schriftstellern fanden für die polnische Wirtschaft in Galizien sehr begeisterte Worte und vertraten ihre Meinung wiederholt in der Presse und in selbständigen Publikationen. Solche Irrfahrten künftighin wenigstens zum Teil unmöglich zu machen und die Bestrebungen der Schlachta im richtigen Licht erscheinen zu lassen, ist der Zweck dieser Schrift. Es muß einmal mit der Politik der Rücksicht, die heute sowohl bei den regierungsfreundlichen wie auch bei den oppositionellen Parteien so beliebt ist, gänzlich ausgeräumt werden, denn mit der Unaufrichtigkeit kann niemandem geholfen werden, also auch nicht der polnischen Sache. Rücken wir somit endlich mit der ganzen Wahrheit heraus, auf die Gefahr hin, unpopulär und unmodern zu werden!

Wie gesagt, ich stelle keine einzige Behauptung auf, für die ich nicht den positiven Beweis in der Hand habe. Ich glaube ganz loyal und korrekt vorzugehen, wenn ich nur die Hauptorgane der Schlachta und des polnischen Klerus zitiere und so deren Thätigkeit im Lichte ihrer eigenen Presse erscheinen lasse.

II.

Die Schlachta als Trägerin der allpolnischen Traditionen.

Kein einziges Volk hat einen so zahlreichen, so weitverzweigten Adel als die Polen. Der polnische Adel, Schlachta genannt, war im Polenreiche mit großen Sonderrechten ausgestattet. Frei war daselbst eigentlich nur die Schlachta, da das übrige Volk als deren unbeschränktes Eigentum galt. Der Schlachzize allein hatte Zutritt zu den Ämtern, nur er war Staatsbürger und nahm Anteil an der Regierung, und zwar in dem Maßstabe, daß er die Beschlüsse des polnischen Sejm durch sein liberum veto vereiteln konnte. Nur er war freier Grundbesitzer, das übrige Volk stand in seinem Frohdienst und hatte nicht einmal die Bedeutung der griechischen Heloten. Der König war ein willenloses Objekt in den Händen des Adels, ohne den er keinen Schritt unternehmen konnte. Polen war somit in der That eine oligarchische Schachzizen-Republik. Die Schlachta wählte den König und stellte ihm nach Belieben willkürlich verschiedene Bedingungen (*pacta conventa*), die er erfüllen mußte, falls er die Ehre erleben wollte, ein polnischer König zu heißen. So hat die Schlachta immer etwas Neues für sich abgehandelt, sie erwarb immer größere Privilegien. Sie wurde zum Eigentümer des Landes und der Bevölkerung, schaltete und waltete im Reiche ohne jede Kontrolle und operierte dementsprechend mit den öffentlichen Geldern. So ist das Schachern und Intriguieren in Mark und Blut der Schlachta übergegangen. Der polnische Schriftsteller Dlugosz schrieb deshalb bereits im 15. Jahrhundert: „Die Polen neigen von Natur aus zum Neid und zum Intriguieren; das ist entweder ererbte Eigenschaft ihres Stammes, oder durch topographische Ursachen hervorgerufen, oder aber durch ihre allgemeine Leidenschaft, bezüglich des Geschlechtes und Reichthumes anderen zu gleichen — es steht aber fest, daß das polnische Volk sich vor allem durch diese Eigentümlichkeiten auszeichnet.“ Darunter hat Dlugosz zweifellos den polnischen Adel verstanden, denn nur derselbe wurde damals als das „polnische Volk“ betrachtet.

Das Königreich Polen bestand bekanntlich nur zum Teile aus polnischen Ländern; der größere Teil des Reiches war von anderen

Völkern bewohnt. Es ist nun begreiflich, daß die unermesslichen Privilegien der Schlachta eine Anziehungskraft für die fremden Adelsgeschlechter bildeten. Ein fremder Edelmann wurde aber nur dann als gleich angesehen, wenn er die Konfession, die Sitten und Sprache der Schlachta angenommen hatte, mit einem Worte — wenn er sich derselben assimiliert hatte. Viele fremde Adelsgeschlechter haben sich thatsächlich mit der Zeit polonisiert. Das war aber weder für das Reich, noch für die Schlachta selbst ein segensreicher Zuwachs. Die Neo=Schlachzizen brachten entschieden ein demoralisierendes Element in das auch sonst desorganisierte Lager der Schlachta. Sie gingen zwar in der letzteren auf, wurden aber dadurch ihrem Volke entfremdet, von welchem sie gewöhnlich als „Janitscharen“ betrachtet wurden. Die Schlachta wiederum sah sie als geduldete Neulinge an. Dadurch gewannen sie aber nicht, wenigstens anfangs nicht, mehr an polnischem Patriotismus, der für sie bloß ein Geschäft bedeutete. Auf diese Weise wurden die genannten Neo=Schlachzizen schon durch ihre Lage demoralisiert. Deshalb sehen wir bald die immer mehr und mehr zu Tage tretende Korruption des polnischen Adels, in dessen Unternehmungen der alte Spruch „Choc nie honorowo ale zdrowo“ (Wenn auch nicht ehrenhaft, so doch gesund) zum Leitmotiv geworden ist. Von einem Gerechtigkeitsfinn, vom Rechts= oder Menschengefühl war keine Rede. Die Schlachzizen nützten ihre „goldene Freiheit“ in jeder Hinsicht aus. Sie befehdeten einander, riefen oft ausländische Hülfe an u. s. w. Das Handeln nahm kein Ende, bis sie schließlich ihr Vaterland verschachert hatten. Nun war aber auch die alte „goldene Freiheit“ vorbei. Die polnischen Adelsgeschlechter, die immer miteinander in Fehde waren, deren gegenseitige Feindschaft zur Tradition geworden ist, reichten sich jetzt die Hände, denn sie sahen ein, daß die alte goldene Freiheit (die zu ihrer zweiten Natur geworden ist) nur im „geschichtlichen Polen vom Meere bis zum Meere“ möglich ist. Daher ihre Bemühungen, das zerstückelte Vaterland wieder herzustellen — deshalb hatten polnische Aufstände, sowie die irredentistischen Bestrebungen der Polen überhaupt einen ausgesprochen schlachzizischen Charakter.

Die Bildung und Erziehung neuer Generationen war immer und ist auch jetzt noch dort, wo die Polen Macht haben, in den Händen der Schlachta. Die bedeutendsten polnischen Schriftsteller waren

anfangs ausschließlich und sind jetzt zum größten Teil Schlachzigen. Es ist somit begreiflich, daß die polnische Literatur einen aristokratischen Anstrich hat und hauptsächlich schlachzizisch ist. Mit der Verbreitung der polnischen Kultur verbreiten sich somit auch die Ideen der Schlachta. Wenn nun anfangs die breiten Schichten des polnischen Volkes der Frage von der Wiederherstellung des historischen Polen gegenüber sich kühl, ja sogar feindlich verhielten, so gewinnt jetzt die allpolnische Idee immer mehr an Boden auch unter dem Volke.

Die späteren polnischen Generationen, die während der dreimaligen Teilung Polens oder unmittelbar nach derselben aufgewachsen sind, haben nicht die Wirtschaft der Schlachta, wohl aber deren Kampf um ihre Privilegien — den sie als einen verzweifelten Kampf um das zerrissene Vaterland auffaßten — gesehen. Sie betrachteten die Schlachzigen als nationale Helden und unterwarfen sich freiwillig deren moralischer Führung. Deshalb sehen wir in den darauffolgenden polnischen Erhebungen wirklich begeisterte Truppen von Idealisten, die ihr Leben und ihre Habe für das Vaterland opferten. Deshalb haben auch die polnischen Aufstände einen idealistischen, durchaus freiheitlichen Anstrich. Daß es sich den Anführern derselben aber niemals um die Befreiung ihres Volkes handelte, daß ihre Devise „für unsere und euere Freiheit“ nur ein Humbug war und ist und bleibt, werden wir weiter unten sehen. Das sprechen übrigens oft sogar auch manche Schlachzigen aus. So veröffentlichte im November 1901 der nunmehrige Rektor der Lemberger Universität, Dr. Dhenkowski, in der vom Grafen Tarnowski herausgegebenen Revue „Przeglad polski“*) einen sehr interessanten Aufsatz, betitelt „Unsere Lage und unsere Aufgaben“; in demselben heißt es:

„Die Schlachta wollte das alte Polenreich wiederherstellen, sie verlangte die frühere Unabhängigkeit, ihre alten Privilegien, ihre frühere politische und soziale Stellung, sowie frühere politische Zustände. Sie organisierte Revolutionen und Aufstände, sie glaubte fest an die Wiederherstellung, deshalb ralliierte sie sich bald mit den Regierungen, bald mit der Anarchie der ganzen Welt, um nur die früheren Verhältnisse herbeizuführen... Es giebt deshalb in den polnischen Ländern nur so viele soziale Reformen, als

*) Nicht zu verwechseln mit dem „Przeglad Wszepolski.“

von den Teilungsmächten eingeführt wurden. Es hat zwar auch eine Politik der Schlachta mit pseudodemokratischem Charakter gegeben... die Initiative zu den Reformen vom 3. Mai verschwindet jedoch schon in der Ära Kosciuszko. Selbst dann, als die Schlachta, um die Bauernschaft für die Wiederherstellung des geschichtlichen Polens mit dessen alten sozialen Einrichtungen zu gewinnen, Zugeständnisse machte — that sie es nur, um ihre alten Privilegien wieder zu erlangen.“

Das schreibt kein Revolutionär oder Gegner der Schlachta, sondern ein ausgezeichnete polnischer Patriot, und thut es im erz-konservativen Organe. Und dem Dr. Dhenkowskī würde jeder beipflichten, dem die polnische Geschichte näher bekannt ist. Die Schlachta war und bleibt Trägerin der jagellonischen Idee, der Idee der brutalen Knechtung anderer Völker und der allpolnischen Bestrebungen, mit denen der Kampf um ihre Sonderrechte verbunden ist. Wie hypnotisiert glaubt sie fest an die Zukunft ihrer Sache und erzieht in diesem Glauben ganze Generationen. Das sagen auch offen manche polnische Blätter. Der klerikale „Dziennik Polski“ brachte im Oktober 1901 eine Artikelserie über die polnischen Aufstände. Dasselbst wurde nachgewiesen, der polnische Adel sei immer gewesen und bleibe der alleinige Träger der allpolnischen Traditionen und Bestrebungen. In der Nr. 428 vom 19. Oktober sagt das genannte Blatt, daß die revolutionäre Konarski-Bewegung (Konarski wurde vor 60 Jahren hingerichtet), einen ausschließlich schlachzizischen Charakter hatte. Dieses Schlachzizen=Organ schreibt wörtlich:

„Konarski pilgerte nach Ruthenien und Lithauen als Emisjär der „Vereinigung des polnischen Volkes“, welche unter der Leitung des Franz Smolka, Grocholski (österr. Minister), S. Goszczynski, Dylewski u. a. stand... Auf diese Weise wollte die genannte Vereinigung das Nationalgefühl des Volkes stärken, und dasselbe im günstigen Zeitpunkte zum Kampfe für die Befreiung des Vaterlandes auffordern... Dreiviertel der Verschworenen in der Konarski-Bewegung gehörten dem polnischen Adel an, und solche Namen, wie E. Felinska, die beiden Michalski, Rodziewicz, Dpolski, Graf Romer, Pininski, Borowski u. a. beweisen, daß die ganze Bewegung einen ausgesprochen schlachzizischen Charakter hatte...“

Das sind ipsissima verba des Schlachzigenorgans. Dasselbe schrieb im Leitartikel vom 29. November 1901:

„Morgen sind es 71 Jahre, als das vom Zarentum geknechtete Volk wie ein verwundeter Löwe sich aufrass, um sich von den Ketten zu befreien... Bei Dszynka brachte die Blüte der schlachzizischen Jugend dem Vaterland ihr Leben zum Opfer. Nach 70 Jahren, für dieselbe große Idee, für dieselben Prinzipien, „für unsere und euere Freiheit“ vergießen die Bauern ihr Blut in Kroze, und für die Verteidigung der Muttersprache ertragen die Folterungen der preußischen Kasematten polnische Mütter in Breschen... Wir stehen ruhig mit dem festen Glauben und diesem stets wachsenden Bewußtsein der nationalen Solidarität, welche Achtung bei den anderen Völkern und Furcht bei Tyrannen erwecken muß. Heute können wir an den Gräbern unserer Väter und Großväter, die im Kampfe für das Vaterland gefallen sind, mit ruhigem Gewissen erscheinen: Wir haben ihr Erbe nicht vergeudet, ihr Banner haben wir nicht besleckt, ihre Ideale leben in immer zahlreicheren Herzen, und das Unrecht und die Verfolgungen prallen von unserer Brust ab, denn wir glauben fest daran, daß aus dem Leibe der Märtyrer die Rächer erstehen werden...“

Das Organ des Statthalters von Galizien, Grafen Pininski, „Gazeta Narodowa“ (Nr. 272 vom 1. Oktober 1901) veröffentlichte einen Leitartikel, betitelt „Polonia Irredenta“, in welchem bewiesen wird, daß von der Notwendigkeit der Wiederaufrichtung des geschichtlichen Polen die ganze zivilisierte Welt (mit Ausnahme der bösen Teutonen) überzeugt sei. Die Redaktion freut sich, daß die allpolnische Propaganda immer größere Dimensionen annimmt, und bestreitet, daß Kosciuszko in Verzweiflung das Wort „Finis Poloniae“ ausgesprochen haben soll.

Wie ersichtlich, macht die Schlachta aus ihren allpolnischen Bestrebungen kein Geheimnis, ja, sie brüstet sich sogar damit vor den Augen der Welt und will das alleinige Monopol für dieselben haben. Andererseits möchte sie — den maßgebenden Kreisen gegenüber — die Rolle einer staatserschaltenden Partei spielen. Die Schlachzigen sind Virtuosen in der Politik des Verrates und erziehen in dieser Richtung die Jugend. In dieser Hinsicht hat sehr viel eine

der Koryphäen der polnischen Schlachta, Dr. Bobrzynski, Universitätsprofessor und langjähriger Vizepräsident des galizischen Landesschulrates, geleistet. Als solcher hat er viele Generationen erzogen und sich um die jagellonische Idee sehr verdient gemacht. Seine „Geschichte Polens im Umriß“ zeigt uns am besten, in welchem Sinne er die Jugend beeinflusste. In diesem Werke spiegeln sich sehr gut die politischen und sozialen Tendenzen der Schlachta ab. Polen fiel, ging aber nicht unter — sagt Bobrzynski. „Noch können wir alles, sage alles, wiedergewinnen, denn wir haben Kräfte und können noch größere erlangen, wenn wir das ganze gesunde Erbe der Vergangenheit hüten, wenn wir nur zu siegen und festzuhalten lehren.“ Jeglicher Idealismus ist zu nichts, wenn wir keine Organisation, keine Regierung, keine Macht, keine Herrschaft haben. Jede Politik ist gut, welche zur Herrschaft führt. Man muß vor allem die Macht erlangen und dann dieselbe festhalten. Keine sogenannten Prinzipien sollen den Herrschenden den Weg zur Erlangung von Vorteilen verlegen... lehrt der genannte Schlachzize.

Diese Lehre — die übrigens nicht erst vom Herrn Bobrzynski geschaffen wurde und sich nur als Quintessenz der traditionellen politischen Weisheit der Schlachta darstellt — ist auch ins Blut des polnischen Bürgertums übergegangen. Das beweist am besten das Buch vom polnischen Nationaldemokraten S. Valicki: „Der nationale Egoismus und die Ethik“, welches auch als Programm der nationalen polnischen Demokratie zu betrachten ist. Dasselbst werden alle Mittel gebilligt, „wenn es das Wohl anderer erfordert“, und das Gebot „Thue nicht unrecht“ als „feige Flucht vor dem Unrecht“ bezeichnet.

Die Schlachta ist somit die alleinige Trägerin der allpolnischen Traditionen und Bestrebungen, — das stimmt, — das muß man ihr lassen! Sie ist aber zugleich die alleinige Trägerin der allpolnischen Korruption. In drei Staaten übt der polnische Adel eine demoralisierende Wirkung aus, sowohl auf all die Faktoren, mit denen er in Berührung kommt, wie auch auf die breiteren Schichten des polnischen Volkes. Ihrer ganzen Politik haben die Schlachzizen den Stempel eines schändlichen Verrates aufgedrückt, eines Verrates an jedem, mit dem sie in Kontakt kommen. Als politische Hochstapler haben sie es zu solcher Vollkommenheit gebracht, daß sie noch immer für einen freiheitlichen und für den Fortschritt der Mensch-

heit kämpfenden Faktor, ja sogar für die bedrückte Unschuld gehalten werden. Die Schlachta ist also ihren Traditionen treu geblieben, sie wird sich niemals beruhigen, bis sie ihre alte goldene Freiheit auf der ganzen Linie wiederum erlangt.

Die Summe aller dieser Prinzipien und Kniffe, welche die Politik der Schlachta (nach der Teilung Polens) ausmachen, bezeichnet man gewöhnlich als „jagellonische Idee“.

III.

Die jagellonische Idee.

Die jagellonische Idee ist auch mit der Idee der Wiederherstellung „des historischen Polen vom Meere bis zum Meere“ identisch. Polen war nämlich unter der jagellonischen Dynastie am mächtigsten. Die polnischen Irredentisten sind unentwegt, sie verlangen die Wiederaufrichtung des polnischen Königreiches, und zwar vom Meere bis zum Meere, nicht um eine Haarbrette weniger; sie machen absolut keine Konzessionen und rathieren sich bloß mit den Faktoren, die, sei es bewußt oder unbewußt, der jagellonischen Idee dienen.

„Przeglad Wszepolsti“ schreibt ausdrücklich in seinem Aufsatze „Sprawa Ruska“, daß jeder polnische Patriot immer an das Polenreich, welches sich von der Oder bis zum Dnjepr, und vom Baltischen bis zum Schwarzen Meere erstrecken soll, denken und stets dieses Ganze vor Augen haben muß. An einer anderen Stelle sagt dasselbe Blatt:

„Es ist kein Polen denkbar ohne Oberschlesien, Westpreußen, ja sogar ohne Ostpreußen. Für den preussischen Staat bedeutet der Verlust dieser Provinzen, daß die Grenzen nur einige Meilen von Berlin entfernt sein würden; er bedeutet gleichzeitig die Vernichtung und den Umsturz seiner Macht, den Verlust seines Namens und seiner Blüte. Preußen würde verringert um den vierten Teil seiner Bevölkerung und würde zum Umfange der Mark Brandenburg zurückkehren. Wir können nicht zugeben, daß man uns verhindert, an das Meer zu gelangen, denn das ist eine für die Entwicklung einer großen zeitgemäßen Nation unumgäng-

liche Bedingung. Diesen Landstrecken, welche sich unter preußischer Herrschaft befinden, kann Polen um keinen Preis entsagen."

Die Sprache, welche die Herren da führen, ist deutlich genug. Immer derselbe Ton, immer dieselbe Unverfrorenheit, — alles oder nichts! Der grenzenlose Chauvinismus, die nationale Unduldsamkeit sollen in Verbindung mit den diplomatischen Kniffen und den Intriguen der Schlachta die Verwirklichung der jagellonischen Idee ermöglichen. Die allpolnischen Agitatoren sind auch ihren Landsleuten gegenüber nicht immer gewissenhaft. Sie nützen bei jeder Gelegenheit ihre Leichtgläubigkeit aus, freilich in der Meinung, der patriotischen Sache zu dienen, denn „es ist erlaubt zu lügen, wenn es das Wohl anderer erfordert,“ sagt der Allpole Valicki. Daß sich die Herren Polen ohne Unterschied der Partei manchen patriotischen Illusionen hingeben und ihren nationalen Optimismus noch nicht abgelegt haben, dürfte allgemein bekannt sein. Deshalb hat auch die Schlachta leichtes Spiel. . .

Die beabsichtigte Heirat des Fürsten Radziwill mit der Gräfin Chotek, deren Schwester mit dem österreichischen Thronfolger vermählt ist, ebenso die eheliche Verbindung eines anderen polnischen Magnaten mit der Fürstin Windischgrätz (Fürst Windischgrätz ist seit kurzem der Gemahl der Enkelin des österreichischen Kaisers), sowie die angebliche Freundschaft der Grafen Potocki mit den Mitgliedern des kaiserlichen Hauses wurde zu agitatorischen Zwecken ausgenützt.

Unter der polnischen Bevölkerung wird sogar die Fabel kolportiert, der nebulose, polnische Königsthron sei für eine der europäischen Dynastien als Secundo-Genitur bestimmt. Die Schlachta versteht es großartig, ihre allpolnischen Bestrebungen mit dem Heiligenschein einer Genehmigung von oben zu umgeben.

Bezeichnend ist, daß in Galizien selbst die amtliche „Gazeta Lwowska“ (Lemberger Zeitung) allpolnische Politik betreibt, was besonders in ihren Korrespondenzen aus Posen zum Ausdruck kommt. Das offizielle Organ des Polenklubs „Czas“ (Nr. 83 vom 2. Februar 1901) veröffentlicht eine Zuschrift aus Posen, deren Verfasser das verräterische Vorgehen eines Polen festnagelt, welcher anlässlich des 200jährigen Jubiläums des preußischen Königreiches seine Fenster illuminiert und dadurch „auf eigene Faust dieses Königreich anerkannt hat“. Es zeigt sich hier das ausdrückliche Bestreben, das polnische Publikum in der Meinung zu erhalten, der jetzige

Zustand sei nur ein Übergangsstadium, weil alle Gebiete des ehemaligen Polen wieder vereinigt werden müssen.

Durch diese Agitationen und Vorspiegelungen haben die Schlachzigen auch dem polnischen Bürgertum die Überzeugung beigebracht, daß die Wiederaufrichtung ihres Vaterlandes im früheren Umfange sehr möglich sei, und daß die allpolnischen Bestrebungen von den Mächtigen dieser Welt unterstützt werden. Manche Blätter stellen sogar die Möglichkeit eines baldigen polnischen Aufstandes in Aussicht.

Deshalb reden auch die Bestrebungen der Polen, die Losreißung von Preußen betreffend, eine immer deutlichere Sprache. Die Wiederaufrichtung des Polenreiches fordert ein letzthin von den Berliner Polen herausgegebenes Heft unter dem Titel „Eine Nation — ein Gedanke“. Die preußischen Polen werden darin aufgefordert, den in den polnischen Distrikten einquartierten preußischen Soldaten jegliche Gastfreundschaft zu versagen. Die Broschüre predigt unter anderem die Wiederherstellung Polens in folgenden Worten:

„Die Zugehörigkeit der Polen zu den Teilmächten bildet für sie nur eine äußerliche, rein formelle Sache. Der Inhalt ihres Daseins ist die Zugehörigkeit zur polnischen Nation. Die Gesetze und Anordnungen der Behörden befolgen die Polen nur deshalb, weil sie sie befolgen müssen. Die Polen haben ihre eigenen Ideale und ihre eigenen Ziele, die zu erreichen sie unermüdlich bestrebt sind ohne Rücksicht darauf, ob es den Herren Preußen, Moskowitern (Russen) und Österreichern gefällt oder nicht. Die Polen glauben an die politische Auferstehung ihres Volkes. Der Glaube an ein freies, unabhängiges Polenreich ist der Leitstern, der die Polen von der Wiege auf begleitet. Dieser Glaube bildet den einzigen Gedanken eines jeden Polen. Wozu sollte man lügen? Die polnische Frage muß immer klar und deutlich gestellt werden, denn durch eine Politik der Falschheit wird das Volk nur demoralisiert und irregeleitet. Dreist und entschieden soll deshalb allüberall verkündet werden, daß nur ein Gedanke und eine Nation existiert.“

Das wäre gewiß ehrlich und aufrichtig, wenn die Schlachta wirklich „allüberall“ diese Idee verkünden würde, und wenn diese „eine Nation“ im allpolnischen Sinne nicht so viele andere Völker um-

umfassen würde. In derselben Weise, wie die oben angeführte Broschüre, äußerte sich kurz vorher das Lemberger Blatt „Słowo Polskie“, welches ausdrücklich sagte, es sei den Polen unmöglich, sich mit der bestehenden Ordnung abzufinden und die Staatsidee der drei Teilungsmächte mit ihren Interessen zu vereinbaren. „Sich dem Staatsgedanken der Teilungsmächte zu fügen, hat keinen Sinn“ — sagt das genannte Organ —, „die nachteiligen Folgen solcher Politik sind augenscheinlich, sie verwirrt den nationalen polnischen Gedanken und kann ihn mit der Zeit ganz illusorisch machen.“ In demselben Sinne und nicht minder deutlich schreibt das Statthalterei-Organ „Gazeta Narodowa“ (Nr. 156 vom 18. Juni 1902) anlässlich der Marienburger Rede des deutschen Kaisers:

„Die herausfordernde Rede Wilhelm II. hat die Welt an die glorreiche Geschichte des polnischen Königreiches erinnert, als nämlich die Vorgänger der heutigen preussischen Könige gezwungen waren, öffentlich und demutsvoll den polnischen Monarchen zu huldigen. Heute sind andere Zeiten... Stark sind die Mauern des Marienburger Schlosses, sie können noch viele Jahrhunderte überdauern... Es wurde hoffentlich nicht die letzte Rede in dieser Festung gehalten. Die Stelle des schwarzen Adlers wird vielleicht noch einmal der weiße polnische Adler einnehmen...“

Es ist hervorzuheben, daß die genannten Organe der Schlachta niemals anders von den polnischen Provinzen schreiben, wie: „unter dem preussischen Befehder“, „unter dem russischen Befehder“ u. s. w. Wir finden in diesen Blättern eine beständige Rubrik, „Aus verschiedenen Gebieten Polens“, in welcher Nachrichten aus Kiew, Charkow, Poltawa, Wilna, Czernowitz, Posen, Breslau, Danzig, Königsberg u. s. w. enthalten sind. Man will eben den Lesern die Einheit Polens vor Augen halten und sie dadurch stets an ihre Pflichten „dem zerrissenen und durch Kampfen der Befehder geteilten Vaterlande“ gegenüber ermahnen. Das kann man den Herren Polen auch nicht übel nehmen, aber dieser „eine Gedanke“ und diese „eine Nation“ sind etwas zu groß...

In Galizien wurde die jagellonische Idee unter der Regierung des Grafen Pininski (vergl. Kap. XVI) einfach verstaatlicht. Heuer wurde zum erstenmale der Jahrestag des Sieges des Königs Jagello über die deutschen Kreuzritter bei Grunwald (1410) in ganz Galizien feierlich begangen. Solch ein prunkhaftes, glanzvolles Fest hat dieses

arme Land noch nicht gesehen. Wenn man den begeistertsten Bericht-
erstattern der polnischen Blätter Glauben schenken soll, so hat diese
Feier viel zur Befestigung der jagellonischen Idee beigetragen.

IV.

Allpolnische Machinationen.

Im Intriguieren ist die polnische Schlachta — wie Dugosz
bereits im 15. Jahrhundert bemerkte — immer wahre Meisterin
gewesen. Sie hat es oft verstanden, selbst Gegner in ihren Wagen
einzuspannen. Nur dank dieser Eigenschaft hat sie nach der Teilung
ihres Vaterlandes eine derart kolossale Macht zu erreichen vermocht,
daß mit ihr selbst große Staaten rechnen müssen, abgesehen davon,
ob deren Regierungen es offiziell eingestehen wollen oder nicht.
Der polnische Adel hat in Oesterreich die Pflicht übernommen,
Galizien zu einer Festung gegen Rußland und gegen den Panslavis-
mus zu machen und betreibt heute selbst (wie wir weiter unten im
Kap. XV sehen werden) ruffophile Politik.

Die Schlachta ist, wie gesagt, in ihren Mitteln nicht wählerisch,
denn jede Politik ist ihr gut, welche zur Herrschaft führen kann.
Manche polnische Politiker vertreten die Anschauung, daß man durch
Aufstände u. s. w. nichts erreichen könne, solange nicht der größte
Teil der früheren polnischen Provinzen unter einer der Teilungs-
mächte vereinigt sei; denn die nationalen Kräfte seien heute geteilt,
und man habe gleichzeitig mit drei Mächten zu thun. Mit einem
Staate könnte man eher fertig werden. Da nun der größere Teil
der Gebiete des ehemaligen Polens ohnedies dem Zarenreiche einver-
leibt ist, tauchte bereits Anfangs des 19. Jahrhunderts die Idee
des Anschlusses an Rußland auf. Schon Adam Czartoryski*) —
ein ausgezeichnete Pole, den die heutigen polnischen Irredentisten
als Musterpatrioten bezeichnen — plante die Vereinigung aller
polnischen Länder unter dem russischen Scepter und gewann sogar den
Zaren für seine Bestrebungen. Das sollte natürlich nur ein Über-
gangsstadium zur Wiederherstellung Polens sein. Vor dem Jahre

*) Czartoryski war eine Zeitlang russischer Minister.

1805 schlug Czartoryski vor, mit der ganzen russischen Macht Preußen zu überfallen und ihm die Länder der polnischen Krone zu entreißen. Die unterminierende polnische Politik ging so weit, daß man durch den russischen Gesandten in Wien, Rasumowski, bereits zu Verhandlungen betreffs der Herausgabe Galiziens als Tausch gegen Preußisch-Schlesien schritt.

Doch so scharfsichtig wie Fürst Czartoryski war die ganze Schlachta noch lange nicht. Der Antagonismus zwischen dem erzkatholischen polnischen Adel und dem orthodoxen Rußland war zu groß, deshalb wurde einstweilen die Politik der Wiederherstellung Polens via Rußland fallen gelassen, — allerdings nicht für immer. Heute aber, wo die Zeit schlachzizische Wunden geheilt hat, wurde sie wiederum aufgenommen.

Österreich hat an die Schlachta alles vergeben, was es nur zu vergeben hat. Da läßt sich nichts mehr abhandeln. Das bis auf die Knochen exploitierte und ausgefogene Galizien ist überdies ein zu kleiner Spielraum für die Aspirationen des polnischen Adels. (Hier zeigt sich am besten, wie falsch die Annahme war, die Schlachta ließe sich durch Konzessionen vor der russophilen Politik bewahren.) Von Preußen können die Polen nicht viel erwarten, denn dieses, belehrt durch die traurigen Erfahrungen Österreichs, wird sich nicht leicht ködern lassen. Deshalb muß vor allem die Politik des Fürsten Czartoryski erneuert, die Vereinigung aller Gebiete des ehemaligen Polen unter dem russischen Scepter angestrebt werden. („Sind wir einmal unter der russischen Regierung vereinigt, dann können wir mit Rußland in einigen Jahren fertig werden,“ sagte ein Mitglied der polnischen Nationalregierung.) Aus diesem Grunde muß Galizien zu einem polnischen Piemont, zum Herd der allpolnischen Propaganda gemacht werden; deshalb muß auch diese Propaganda vorübergehend einen russophilen Anstrich haben.

Betrachten wir nun die Mächenschaften der Schlachta in Österreich selbst! Als nach den anstrengenden und aussichtslosen Bemühungen, ihr zerfallenes Vaterland herzustellen, die Schlachta zur Einsicht gekommen war, daß ihre durch Jahrhunderte künstlich erhaltene Herrschaft mit Gewalt wiederzugewinnen unmöglich sei, hat sie hochmütig Österreich die Hand geboten. Sie hat es verstanden, den maßgebenden Kreisen Österreichs die drohende Macht Rußlands vorzustellen, der gegenüber das russenfeindliche polnische Element

großzuziehen geradezu unentbehrlich sei. Gleichzeitig ließ sie aber durch das heutige Herrenhausmitglied, den mit dem goldenen Bries geschmückten Fürsten Adam Sapieha, der österreichischen Regierung offiziell erklären, daß das Schicksal des polnischen Volkes von dem Österreich nicht abhängig sei, daß die Polen somit am Bestehen Österreich nur so lange ein Interesse haben werden, als dieser Staat der polnischen Sache dienlich sein kann. Mit anderen Worten, Österreich soll die allpolnische Idee fördern, wenn es sich die adeligen Polen nicht verfeinden will. Dieser Staat zeigte sich nun thatsächlich der Schlachta gegenüber — aus welchen Beweggründen, will ich nicht entscheiden — sehr zuvorkommend. Vor allem hat man ihr in Galizien freie Hand gelassen: Sie kann in diesem Lande hausen wie im geschichtlichen Polen. Außerdem wurde der Schlachta ein großer Einfluß auf die österreichische Politik eingeräumt. Daß sie diesen Einfluß sehr gut ausgenutzt hat, und zwar im allpolnischen Sinne, dürfte allgemein bekannt sein. Der galizische Landtag wurde zu einem Parlament gemacht, mit dessen Enunciationen andere Staaten rechnen. Ohne Willen der Schlachta kann in Österreich kein Schritt geschehen. Sie hat immer zumindest einen Vertrauensmann im österreichischen Kabinett (seit der Verfassungsära haben 16 polnische Minister im Kronrate des Kaisers gesessen); im diplomatischen Dienste werden die Schlachzizen bevorzugt. Vor kurzem haben sich die Organe der Schlachta gerühmt, daß im Ministerium des Äußeren 40 Schlachzizen als höhere Beamten (Minister des Äußeren, Gesandte, Konsuln u. s. w.) zur Zeit angestellt sind. Das dem Landmarschall von Galizien, Grafen Potocki, nahestehende „Nowe Słowo Polskie“ (vom 8. Mai 1902) schreibt aus dem Anlaß: „Da die Polen in Österreich einen Einfluß auf die auswärtige Politik der Großmacht haben, müssen sie in Österreich nicht nur für diesen Teil Polens Politik machen, sondern für ganz Polen.“

Die Bezeichnung Galiziens als das einzige freie Gebiet des historischen Polens scheint somit berechtigt zu sein.

Ihre Machtstellung verdanken die Schlachzizen auch dem römischen Stuhl. Die römische Kurie hat bekanntlich oft und mit Erfolg die bedrohten Positionen der Schlachta verteidigt und alle ihr zu Gebote stehenden Mittel dem polnischen Adel zur Verfügung gestellt. Ja, die Jesuiten leisten der Schlachta sogar Agitationsdienste. (Vergl. Kap. XVIII.) Der polnische Adel hatte bis vor kurzem einen

mächtigen und einflussreichen Vertreter beim päpstlichen Stuhl. Kardinal Ledochowski, denn von ihm ist die Rede, unterstützte die Politik der Schlachta auf eigene Faust, — wie es heißt, unbekümmert um den Willen des Papstes.

Den Regierungen und den maßgebenden Kreisen der drei Teilungsmächte gegenüber verhält sich die Schlachta hyperloyal, besonders in Osterreich giebt sie immer vor, die Interessen dieser Monarchie zu wahren. Das hindert sie aber nicht, nach anderer Richtung hin ihre allpolnischen Bestrebungen in einer nicht mißzuverstehenden Weise kundzuthun.

V.

Polen und Westeuropa.

Nach der Teilung Polens, sowie nach jedem Aufstande wurden zahlreiche Schlachtzigen durch verschiedene Verfolgungen und Chikanen seitens der Teilungsmächte gezwungen, ihr Vaterland zu verlassen. Sie nahmen gewöhnlich in einem Centrum der westeuropäischen Kultur und des diplomatischen Lebens — wie Paris, London, Rom — Zuflucht. Noch niemand hatte es so gut verstanden wie der polnische Adel, daß in demselben oder vielleicht in noch höherem Maße wie Handel und Industrie, auch die nationale Politik einer ausgiebigen Reklame bedarf — wenn auch die Wirkung derselben in der Politik nicht immer unmittelbar, wie dort, eintritt, also von den Kurzsichtigen meistens außer acht gelassen wird. Deshalb war auch diese Emigration, die ein wichtiges Kapitel der polnischen Geschichte ausmacht, für die nationale Bewegung der Polen nach der Teilung ihres Reiches von einer ungeheuren Bedeutung. Die polnische Aristokratie ging ins Ausland, um hier für ihre Sache Propaganda zu machen. Sie wandte sich zuerst nach Frankreich, wo damals die freiheitliche Bewegung am stärksten war, ja sogar nach Amerika. Bald ralliierte sie sich „mit der Anarchie der Welt“, wie Dr. Dhenkowski sagt, bald mit dem eingefleischten Autokraten Napoleon.

Die herrschsüchtige und nichts weniger als tolerante Schlachta

galt in Westeuropa für ein fortschrittliches Element im edelsten Sinne des Wortes. Sie gebärdete sich übrigens auf dem fremden Boden sehr freiheitlich und verriet niemals ihre altpolnischen Gewohnheiten. Deshalb sah man in Westeuropa keinen Grund, ihrer Freiheitswerbung mißtrauisch oder gar feindselig entgegenzutreten. So gewannen die allpolnischen Bestrebungen allmählich überall Sympathien. Die humanen liberalen Devisen der Schlachta wurden überall bekannt, überall begeisterte man sich für die polnischen Freiheitshelden und beklagte das unglückliche, „barbarisch zerstückelte“ Polen. Es muß bemerkt werden, daß eine der Haupteigenschaften der Schlachta die Phraseologie ist. Alle Schlachzizen, die gewesenen und jetzigen Minister mitgerechnet, manifestieren sich außerhalb Polens sehr liberal, ja sogar revolutionär. Der bekannte Allpole, der aus Sibirien durchgegangene Ritter von Studnicki, welcher sich längere Zeit in London, Berlin und Wien aufhielt und daselbst für die allpolnische Sache Propaganda machte, ist im Ausland als ein äußerst freiheitlich gesinnter Schlachzize bekannt. In London publizierte er sogar eine Broschüre, in welcher er sich für die Herstellung eines ruthenischen Nationalstaates aussprach. Also auf Kosten des historischen Polen vom Meere bis zum Meere. Dem Verfasser dieser Schrift gegenüber äußerte sich dieser Herr vor einem Jahre in Wien, er sei entschieden für die vollständige nationale Autonomie der galizischen Ruthenen und für die Errichtung einer ruthenischen Universität in Lemberg. Ganz anders aber sieht seine Agitation in Galizien aus! Da tritt er für die rücksichtslose Unterdrückung und Polonisierung der Ruthenen ein. „Es wäre ein Fehler, durch Konzessionen Verbündete und den Frieden zu erkaufen. Die Ungarn haben keine Konzessionen gemacht und haben deshalb heute keine ruthenische Frage“ — das sind die ipsissima verba des Herrn v. Studnicki. Die Schlachta ist somit nur dort freigebig, wo sie nichts zu vergeben hat.

So war es auch nach der Teilung Polens, besonders zur Zeit der polnischen Erhebungen. Die Schlachzizen gründeten demokratische Vereine und Parteien, gaben Proklamationen heraus, appellierten an alle Klassen und Stände ohne Unterschied der Konfession und an das „brave ruthenische Brudervolk“, versprachen vollständige politische, konfessionelle und nationale Gleichberechtigung. Alles geschah unter der Parole „für unsere und euere Freiheit“. In der

That handelte es sich der Schlachta nur darum, ihre alten Sonderrechte wieder zu gewinnen. Ihre Versprechungen hat sie niemals ernst gemeint, auch ihre Konstitution vom 3. Mai war nur eine Bauernfängerei. Im übrigen zeigt die Schlachta am besten in Galizien, was sie unter der Devise „für unsere und euere Freiheit“ versteht.

Die Schlachta verfügt aber über viele eifrig propagierende Kräfte. Sie veranlaßt Publikationen in europäischen Sprachen; die sich in Paris, London, Rom u. s. w. aufhaltenden Polen informieren entsprechend ihren Absichten westeuropäische Schriftsteller und Journalisten. Deshalb hat Westeuropa von der Schlachta eine solche Meinung, wie es ihr paßt, und deshalb finden wir unter den westeuropäischen Publizisten so viele Enthusiasten, die sich willig zu den allpolnischen Zwecken mißbrauchen lassen.

Was für einen Wert diese polnischen „Informationen“ haben, zeigt folgendes Beispiel: Ein gewisser Dr. Smolka (ein Pole) hat jüngst eine Broschüre in deutscher Sprache (der deutschen Ausgabe sollen demnächst die französische und englische folgen) veröffentlicht, betitelt „Die Ruthenen und ihre Gönner in Berlin, von Dr. Stanislaus Smolka, k. k. Hofrat und Universitätsprofessor, Mitglied des Herrenhauses.“ — Der Zweck dieses Büchleins ist der, nachzuweisen, welch großer Unterschied zwischen der deutschen und polnischen Gerechtigkeit und zwischen dem deutschen und polnischen Rechtsgefühl besteht. Von welch kolossalem Rechtsgefühl Herr Smolka selbst beseelt ist, zeigt der Umstand, daß in seiner Broschüre nicht nur allgemein bekannte Thatsachen ganz entstellt sind, sondern auch die offizielle Statistik als gefälscht erscheint. Um seinen Darstellungen womöglich Glaubwürdigkeit zu verleihen, hat dieser Herr auf der Stirn des Buches alle seine Titulaturen aufgezählt. Dabei bedient sich der gute Mann geradezu ungläublicher Schimpfworte, die seinen Titeln gewiß nicht zur Ehre gereichen. Sehr lobend äußert sich Dr. Smolka über die blutigen Wahlen vom Jahre 1897 und bestreitet mit Entschiedenheit, daß bei diesen Mißbräuche vorgekommen seien. Nun hat aber selbst der polnische Schriftsteller A. Gruszecki in seinem Roman „Wieśzosoćia“ („Mit der Majorität“) die polnische Wahlpraxis verewigt, und zwar in einer Weise, wie es den polnischen Machthabern gar nicht behagt, weshalb der Roman in Galizien konfisziert wurde. In einer polnischen Revue der Krakauer „Krytyka“

(Augustheft 1902) schreibt ein bekannter polnischer Publizist über die Wahlen vom Jahre 1897 folgendermaßen: „Das ist ein trauriges Kapitel in unserer Geschichte. Unter dem Oberkommando des Zentral-Wahlkomitees*) wurden wilde Mißbräuche einzig und allein in Ruthenien**) verübt. Viele Tote, Verwundete und zirka 800 Verhaftete illustrieren unsern historischen Ruhm. Ruthenische Priester hat man eingekerkert, um sie dann schließlich freizusprechen. . . „Przegład Wszzechpolski“ verlangte trotzdem noch schärfere Maßnahmen. . .“ So äußert sich die genannte polnische Revue über dieselben Wahlen, die Dr. Smolka in seinem für Westeuropa bestimmten Büchlein als legal bezeichnet.

In ähnlicher Weise „informierte“ Westeuropa über die galizischen Zustände Fürst Radziwill in seiner Rede im deutschen Reichstage. Er hat die polnische Wirtschaft in Galizien herausgestrichen und die angeblich statistischen Daten über die Schulzustände daselbst angeführt. Er hielt diese Rede im Januar 1902. Bald darauf erschien das genannte Büchlein des Dr. Smolka. Beide Herren beriefen sich auf den offiziellen Bericht des galizischen Landes Schulrates (dieser erscheint im Herbst jedes Jahres). Um das klassische Beispiel der Wahrheitsliebe dieser Herren festzunageln, werden wir deren Angaben mit der offiziellen Statistik vergleichen. Nach dem amtlichen Berichte des galizischen Landes Schulrates bestehen in Galizien: 2043 rein polnische, 1932 quasi ruthenische Volksschulen, nach den Angaben des Dr. Smolka: 2084 rein polnische, 2144 quasi ruthenische Volksschulen, nach den Angaben des Fürsten Radziwill: 1963 rein polnische, 1894 quasi ruthenische Volksschulen.

Die vom Dr. Smolka und dem Fürsten Radziwill angeführten Daten finden wir überhaupt in keinem Berichte des galizischen Landes Schulrates. — So wird Westeuropa „informiert“. Sonderbar aber ist es, daß diese Informationen in Westeuropa ohne jede Kritik als wissenschaftliche Quellen angesehen werden. Ein Universitätsprofessor in Rußland sagte mir lächelnd vor einigen Jahren: „In Westeuropa stützt man die Kenntnisse aus der slavischen, besonders der polnischen Geschichte nur auf die Erzählungen der Frauen

*) Dieses Schlachzigen-Komitee wird von den ruthenischen Bauern als Wahl-schwindel- und Wahlrechtsraub-Komitee bezeichnet.

**) Ostgalizien.

von polnischen Emigranten!!“ Ich habe später wiederholt Gelegenheit gehabt, mich zu überzeugen, wie berechtigt diese Satire des russischen Gelehrten war. Ja, ein westeuropäischer Publizist giebt gutmütig in seinem Aufsätze über die galizischen Zustände zu, daß er seine Behauptungen den Informationen einiger polnischer Frauen verdankt.

Wir begegnen deshalb oft Publikationen in westeuropäischen Sprachen, die in der ganzen polnischen Geschichte, in den polnischen Aufständen, selbst in der polnischen Wirtschaft in Galizien, nur die glorreiche Historie der ununterbrochenen freiheitlichen Bestrebungen und begeisterten Kämpfe des polnischen Adels für die höchsten Menschengüter sehen. Demnach erglühete die Schlachta immer für die Ideale der Freiheit und Gleichheit — und doch war es in Wirklichkeit ganz anders! Wir wissen aus der Geschichte, daß solche Verfolgungen der Angehörigen anderer Konfessionen wie in Polen in keinem anderen Staate außer Spanien bekannt waren. Während der ruthenisch-polnischen Kriege wurden die Anführer ruthenischer Truppen sehr oft unter dem Vorwand der Verhandlungen ins polnische Lager gelockt, hinterlistig gefangen genommen und dann lebendig verbrannt. Die maßlose konfessionelle Unduldsamkeit (ruthenische Kirchen wurden in Stallungen verwandelt, die Priester wurden massenhaft auf offenen Marktplätzen hingerichtet), die barbarischen Verfolgungen der Ruthenen führten zu den blutigen Kämpfen unter Chmelnychj (Mitte des 17. Jahrhunderts) und zum Abfall der schönsten ruthenischen Länder, ein Schlag, von dem sich Polen nicht mehr erholen sollte.

Wenn nun dieses vom Blute der nichtpolnischen Völker triefende Polen, welches viele Jahrhunderte ganze Völker in der grausamsten Weise unterdrückte, wenn dieser Staat, in welchem eine gewissenlose Clique ohne jede Kontrolle herrschte, schließlich geteilt wurde, war es denn wirklich ein „historisches Staatsverbrechen“? Nein, das war ein Akt der historischen Gerechtigkeit, das war eine geschichtliche Notwendigkeit, denn dadurch wurde ein Anfang gemacht, ein Grundstein zum Siege der großen Befreiungsidee der bedrückten Völker gelegt. Ich bin weit davon entfernt, die Wirtschaft der Teilungsmächte zu idealisieren; immerhin wurde aber die Bevölkerung bis zu einem gewissen Grad entlastet. Deshalb schreibt auch der aus Russisch-Polen stammende Professor Dr. Ochenkowski:

„Es giebt in den polnischen Ländern nur sovieler soziale Reformen, als von den Teilungsmächten eingeführt wurden.“ Die Teilung Polens bedeutet somit allenfalls einen Fortschritt, und ist kein „historisches Staatsverbrechen“ gewesen, wie es vor kurzem ein italienischer Publizist — wahrscheinlich wiederum auf Grund der Erzählungen polnischer Frauen — behauptete. Denn gerade im geschichtlichen Polen hat die Schlachta ihre Unfähigkeit zum Regieren durch ihren Mangel an Gerechtigkeit dargethan.

VI.

Die Kämpfer für „unsere und euere Freiheit.“

Nichts kann die allpolnische Agitation besser charakterisieren, als die Agitatoren, deren Rabulistik und Doppelzüngigkeit geradezu unglaublich sind. Als Retter des Staates in ihren Loyalitätskundgebungen, den Hofkreisen gegenüber unerreichbar, als allpolnische Agitatoren und Frondeure wegen ihrer Geschicklichkeit und ihrem Mute bewunderungswert, als Bedrücker und Ausbeuter cynisch bis zur Geschmacklosigkeit, wollen sie noch immer ihre Unfähigkeit zum Regieren durch beispiellose Brutalität beweisen. Ihre Moral und ihre politische Weisheit gipfeln in dem von ihnen so oft ausgesprochenen Grundsatz „Choc nie honorowo ale zdrowo“ („Wenn auch nicht ehrenhaft, so doch gesund“).

Die Schlachta beschenkt bekanntlich Oesterreich mit ganzen Generationen von Ministern und höheren Beamten, und in Galizien kann man kaum einen Schritt thun, ohne auf einen gewesenen oder zukünftigen Minister zu stoßen. Bezeichnend ist es aber, daß für die Hauptanführer der allpolnischen Propaganda gerade diejenigen Personen gehalten werden, denen in Oesterreich größte Auszeichnungen zu Teil werden, die zugleich als beste österreichische Patrioten gelten. Es wird somit nicht uninteressant sein, einige charakteristische Episoden aus dem Leben einiger polnischer Potentaten folgen zu lassen.

Die Fürsten Sapieha gehören einer Familie an, deren Mitglieder wiederholt im offenen Aufstande das Schwert ergriffen. Als im Jahre 1870 Graf Wodzicki und Ritter v. Grocholiski, um ihr

Ausscheiden aus der Delegation mit dem Scheine der Loyalität zu umgeben, auf eine Stelle in der Adresse aus dem Jahre 1868 hinwiesen, wo es im Hinblick auf den Kaiser hieß: „Wir stehen zu Dir, allerdurchlauchtigster Herr, und wollen zu Dir stehen“, erhob sich das Herrenhausmitglied, der Landmarschall von Galizien, Fürst Leo Sapieha, und erklärte, daß die Polen eine solche Versicherung, zu Oesterreich zu stehen, schlechterdings nicht geben können, denn wer weiß, was schon die nächste Zukunft bringen werde. Sein Sohn, das mit dem goldenen Blies geschmückte Herrenhausmitglied, Fürst Adam Sapieha, beteiligte sich selbst an der letzten Erhebung der Polen und entzog sich im Jahre 1864 der ihm drohenden Verhaftung durch die Flucht nach Paris. Später begnadigt, finden wir ihn bald wieder in Lemberg, wo sein Vater Landmarschall war, als einen Leiter der revolutionären allpolnischen Propaganda. Er wird deshalb in Galizien als „roter Fürst“ bezeichnet. Fürst Adam war der Hauptförderer der chauvinistischen radikalen Demokratie, die der polnische Hochadel in seinen Dienst genommen hat, um dadurch die gemäßigte, sich an Oesterreich mehr anschließende Fraktion Biemialkowskis zu erdrücken. Sehr genau präzisirte Fürst Adam Sapieha seinen Standpunkt im Verlauf der Adreßdebatte des galizischen Landtages, indem er erklärte: „Ich bin nicht einmal Föderalist, wie Smolka (vergl. Kap. XX), sondern einzig und allein Pole; Verrat ist es aber, zu behaupten, daß die Polen nur allein in Oesterreich ihr Heil finden können und mit dessen Untergang verschwinden müßten.“ Fürst Adam Sapieha war Präsident der polnischen Landesausstellung zu Ehren Kosciuszkos in Lemberg im Jahre 1894. Als Hauptgegenstand der Ausstellung galt der Kosciuszko-Pavillon, in welchem ein kolossales Rundgemälde — die Schlacht bei Rackawice darstellend — untergebracht war. Es wurden die Bauern von seiten der Behörden massenhaft nach Lemberg geschickt zum Zwecke der Besichtigung dieser patriotischen Ausstellung. Fürst Adam Sapieha zeigte ihnen persönlich das erwähnte Rundgemälde, erklärte in begeisterten Worten die Details, schilderte die Tapferkeit der Teilnehmer an dem betreffenden Aufstande und hielt diese den Bauern als Beispiel vor. Sein Sohn, der bekannte polnische Patriot Fürst Paul Sapieha, ist auch als Reisebegleiter des jetzigen österreichischen Thronfolgers bekannt.

Graf Kasimir Badeni hat Galizien, als er Statthalter war, wirklich zu einem polnischen Piemont gemacht. Unterstützt vom Fürsten Adam Sapieha und vom Ritter von Marchwicki veranstaltete er im Jahre 1894 die genannte Ausstellung zu Ehren Kosciuszko's, die sich zu einer imposanten allpolnischen Kundgebung, zu einem allpolnischen Kongreß gestaltete. Die Hauptrolle dabei spielte der Oberst der polnischen Insurgenten, der bekannte Irredentist Ritter v. Mikowski, und bei dieser Gelegenheit wurde die polnische „National-Liga“ (vergl. Kap. XXI) reorganisiert. Als später Graf Badeni, der inzwischen zum österreichischen Ministerpräsidenten avancierte, nach seinem Sturze Wien verließ, eilte er geraden Weges nach Warschau, der Hauptstadt Russisch-Polens. Herr Pilz, Redakteur des bedeutendsten polnischen Blattes in Rußland, „Kraj“, pries damals den Grafen Badeni als den besten Patrioten, der immer nur der polnischen Sache diene. Überall wurde er demonstrativ als Märtyrer empfangen. In Galizien wurde er von einer Abordnung, bestehend aus den bekanntesten polnischen Irredentisten unter der Führung des Fürsten Adam Sapieha, begrüßt. Interessant ist die Thätigkeit des Grafen Badeni auch von anderer Seite. Es sind bekanntlich in der galizischen Sparkasse ungeheuerer Unkorrektheiten vorgekommen. Man ließ den Direktor Zima plötzlich sterben, und alles blieb in Dunkel gehüllt. Der erkonservative Graf Georg Myszkowski veröffentlichte in Krakau eine Broschüre, betitelt: „W obronie prawdy“ („Zum Schutze der Wahrheit“), in welcher er den Grafen Badeni für die Vorkommnisse in der galizischen Sparkasse verantwortlich macht. „Es war unbedingt die Pflicht des Staatsanwaltes, dem Grafen Badeni einen Prozeß zu machen,“ schreibt Myszkowski. Die Garantie des Landes bis zur Höhe von 70 Millionen Kronen (die der Landtag für die galizische Sparkasse übernommen hat), sei nicht für die Lemberger Sparkasse, sondern für die Kreditbank des Fürsten Adam Sapieha benötigt worden, in welcher ungeheure Unkorrektheiten entdeckt wurden, die mit denen in der galizischen Sparkasse in Zusammenhang stehen. „Die Garantie war den Herren Marchwicki, Badeni u. a. notwendig, und deshalb wurde sie vom Landtage übernommen,“ schreibt schließlich Graf Myszkowski. Graf Stanislaus Badeni ist als Ratgeber und Helfershelfer seines Bruders Kasimir bekannt. Beide sind Virtuosen der polnischen Wahlfünfte.

Graf Goluhowski senior hielt im Herbst 1868 beim Lemberger Bankett, welches nach seiner brüskten Entlassung aus dem Amte ihm zu Ehren die polnische Schlachta gab, um dadurch gegen die damalige deutsche Strömung der Wiener Zentralregierung zu frontieren, eine sehr patriotische Rede. Er sagte: „Übertragen Sie die Freundschaft, welche Sie mir in meinem politischen Wirken bewiesen haben, auch auf meine Söhne, die ich zu treuen und feurigen polnischen Patrioten erziehen ließ, damit sie mein Werk, das ich unvollendet verlassen muß, dereinst fortsetzen!“ — Bezeichnend für die polnischen Machthaber in Osterreich ist folgende Episode aus der Biographie des Grafen Goluhowski: Als er nämlich Statthalter von Galizien war, da begann ein gewisser Dr. Pientak seine politische Laufbahn als Statthaltereikonzeptspraktikant. Dieser war ein guter Kerl, aber ein schlechter Musikant. Graf Goluhowski, der die Statthaltereibeamten nicht besonders höflich traktierte und sie meistens per „Du“ anzureden pflegte, berief einmal Pientak zu sich und sagte ihm: „Du Pientak, was denkst du dir eigentlich! Du heißest Pientak, besitzt gar keine Fähigkeiten und willst in der Administration Karriere machen? Hast du denn keine Lust, Universitätsprofessor zu werden? Dort kannst du eher dein Glück finden!“ Pientak befolgte den Rat seines Vorgesetzten und wurde bald Universitätsprofessor. Das war aber durchaus nicht seine Schuld, denn er zeichnete sich mehr durch Politisieren und Chauvinismus als durch die Wißbegierde aus. Als akademischer Lehrer protestierte er dagegen, daß der Professor der deutschen Litteratur, Dr. Werner — der polnisch nicht versteht — in allen Senatsitzungen deutsch spreche, so daß sich dieser Professor später eines Dolmetschen bedienen mußte. Dieses Vorgehen machte den Pientak bei der Schlachta sehr beliebt, — heute ist er Minister für Galizien.

Als einer der besten Patrioten gilt auch der Herr Ritter von Bobrzynski, der langjährige Vizepäsident des Landesschulrates. Weil er in Unterrichtsangelegenheiten allmächtig war, bezeichnete man ihn als „polnischen Unterrichtsminister“. Dieser ausgezeichnete Polonifator sorgte vor allem dafür, daß nur gefügige Individen und gute Patrioten als Lehrer angestellt wurden. Als solche gelten in Galizien vorzugsweise polnische Emigranten aus Preußen und Rußland. Vor zwei Jahren hatte Dr. Bobrzynski an alle Mittelschulen Ostgaliziens ein Rundschreiben erlassen, in welchem

er die Lehrerschaft aufforderte, die ruthenische Jugend strengstens zu überwachen, Hausdurchsuchungen vorzunehmen u. s. w. In den Schulbüchern, vor allem aber in den Prämien, die am Schluß des Schuljahres unter den Kindern verteilt wurden, wurde bewiesen, daß Polen, Ruthenien und Litauen, wie die „heilige Dreifaltigkeit“ ein Ganzes bilden; die Schule wurde also unter seiner Ägide dazu bestimmt, polnische Soldaten zu erziehen, die immer bereit wären, für das polnische Königreich zu kämpfen. Abgeordneter Sczapanowski fragte im Landtage ausdrücklich, ob der Landesschulrat eine solche Macht über die Lehrerschaft besitze, daß er gegebenenfalls diese ganze Armee ins Feuer mitreißen könnte. Der Landesschulrat bemühte sich nunmehr wirklich redlich, eine solche Macht über die Lehrerschaft zu erlangen. Es ist somit kein Wunder und leicht erklärlich, daß sich die polnischen Nationalgendarmen (die im Auftrage der Nationalregierung den Tribut für die in Napperswyl in der Schweiz bestehende Nationalkassa sammeln) gerade aus der Mitte der Volksschullehrer rekrutieren. Diese waren es auch, welche als Nationalgendarmen auf Herrn Götz, der sich gegen die Sitten der polnischen Schlachta weigerte, den Tribut zu bezahlen, ein Attentat verübten. Götz ist nämlich ein polonisierter Deutscher und deshalb kein polnischer Irredentist. Dieser vor zwei Jahren verübte Anschlag hatte eine Episode vor dem Krakauer Landesgericht und dürfte allgemein bekannt sein. — Das ganze Schulwesen in Galizien wurde nach dem Rezept des Herrn Bobrzynski zugeschnitten. Er ist nämlich auch ein Historiker und eine Koryphäe der Stanczykenschule in der polnischen Geschichte (vergl. Kap. II, S. 11) und hat eine ganze Generation der Polen in diesem Sinne erzogen. Unter seiner Herrschaft gestaltete sich der galizische Landesschulrat zu einer ausgesprochen polnischen Behörde. Dieser Herr ist somit ein radikaler Vorkämpfer der polnischen Kultur. Er verdient wirklich den Namen eines „polnischen Unterrichtsministers“... Vielleicht wird er es noch einmal sein. Vor einem Jahre wurde ihm für seine Verdienste um das galizische Schulwesen der Titel eines Kaiserlichen Geheimrates verliehen. Er zog sich auf die ihm zur Verfügung gestellte Lehrkanzel an der Universität zu Krakau zurück. Bei dem Abschiedsdiner, welches ihm zu Ehren veranstaltet wurde, am 1. Oktober 1901, hielt der Statthalter eine Ansprache und feierte die Verdienste des Herrn Bobrzynski. Graf Pininski sagte unter anderem: „Du

warst für uns ein Muster der Emsigkeit; ich, als Statthalter, kann hier feststellen, daß wir in Freundschaft verbunden waren und stets im vollsten Einvernehmen handelten.“ (Vergl. das Organ des Grafen Pininski „Gazeta Narodowa“, Nr. 274, 3. Oktober 1901.) Ob die Herrschaften auch im Einvernehmen mit der „Nationalregierung“ handelten, das hat der Herr Pininski nicht gesagt. Herr Bobrzynski bemerkte wiederum in seiner Ansprache an die Lehrerschaft, „er wollte immer die Schule zu einer Institution gestalten, welche der Jugend Standhaftigkeit und Mut einflößen würde“. Nun, die polnischen Nationalgendarmen brauchen wirklich Mut!

Der jetzige Statthalter von Galizien, Graf Pininski, scheint in Oesterreich eine grenzenlose Macht zu besitzen. Lezthin erwirkte er sogar die Ernennung des bekannten polnischen Chauvinisten, des bei der galizischen Bevölkerung äußerst verhaßten und kompromittierten Grafen Andreas Potocki, zum Landmarschall. Die Biographie des letzteren ist ungemein interessant. So wurde beispielsweise ein Potockisches Landgut an einen gewissen Herrn Bielecki verpachtet. Als Kaution deponierte letzterer beim Herrn Grafen zwanzig Stück Kreditlose. Nach dem Tode Bieleckis wurde die Pacht aufgegeben, die Kaution aber behielt der Graf, da ihm nach seiner Berechnung die Erben Bieleckis noch 20000 Kronen schuldig wären, und die Schuld nicht auf einmal getilgt werden konnte. Indes hat eines der Kreditlose den Haupttreffer (300000 Kronen) gemacht; das Geld wurde dem Grafen Potocki ausgefolgt, welcher aber diesen Geldempfang den rechtmäßigen Eigentümern verschwie. Letztere hatten davon keine Ahnung, sie lebten in großer Not (einer von ihnen verdiente 100 Kronen monatlich und ernährte davon 7 Kinder und seine kranke Frau), zahlten ratenweise die faktisch nicht mehr bestehende Schuld, und der Graf nahm das Geld. Nur durch Zufall erfuhr dann einer der Erben von dem Haupttreffer und ersuchte nun höflichst den Grafen Potocki um Rückgabe des Geldes. Aber dies half nichts. Die Sache kam somit vor das Gericht, der Graf verlor den Prozeß in der ersten und zweiten Instanz, er verlor aber nicht den Glauben an die Allmacht der Schlachta. Er rekurrirte demnach, wurde aber trotzdem zur Herausgabe der gesetzwidrig gehaltenen Summe an die Erben verurteilt. Er wollte nun von dem ganzen Betrage zumindest 10000 Kronen behalten, so daß

die Sache wieder vor das Gericht kommen mußte. — Dies ist jedoch nicht der einzige Fall. Neulich wurde Graf Potocki auch zur Rückgabe der gesetzwidrig gehaltenen Kaution an seinen gewesenen Gutspächter Dsuchowski verurteilt. Letzthin wurde auch eine unangenehme Steuergeschichte des Grafen an das Tageslicht gebracht. Andreas Potocki besitzt nämlich ein enormes Vermögen, — 85000 Joch Acker, große Fabriken und nicht unbedeutende Barschaften. Erwiesenermaßen beträgt sein Minimal-Einkommen im schlimmsten Fall 2090000 Kronen jährlich, der Herr hat aber protokolларisch sein jährliches Einkommen auf 200000 Kronen angegeben. Die Schätzungskommission, die jeden armen Schlucker auf das genaueste kontrolliert, schenkte dem Grafen Glauben und bestimmte eine unglaublich geringe Einkommensteuer von 8920 Kronen jährlich. Merkwürdigerweise hat die Steuerverwaltung dagegen einen Einspruch erhoben. Die Schätzungskommission gab nun zu, das jährliche Einkommen des Grafen Potocki betrage 860000 Kronen (also mehr als viermal so viel, wie er selbst angab), und stellte den Antrag auf Erhöhung der Steuer auf 21800 Kronen. Schließlich wurde, entsprechend dem Willen des Grafen Potocki, ein goldener Mittelweg gefunden. Es wurde nämlich festgestellt, das jährliche Einkommen des Grafen betrage zwar nicht 200000 Kronen, aber doch nur 452000 Kronen, demnach er somit 11800 Kronen Einkommensteuer zu entrichten habe. Durch diese gewiß sehr ungenaue „Feststellung“ wurde sehr deutlich ein Steuerbetrug festgestellt, der gewöhnlich empfindlich bestraft wird, wenn es sich um einige Heller handelt.

Es ist hervorzuheben, daß Graf Potocki ein großer Gegner der Ruthenen und Deutschen ist. Sein Einzug in das Landtagsgebäude gestaltete sich zum erstenmale zu einer ausgesprochen polnischen Manifestation. Graf Potocki, sowie alle Teilnehmer, erschienen in Uniformen der Würdenträger des gewesenen polnischen Königreiches. Die Festlichkeiten spielten sich in den Sälen „der Konstitution vom 3. Mai“ und „der Lubliner Union“ ab. In diesen Sälen sind auch die entsprechenden polnisch-patriotischen Bilder angebracht. Schon die Benennungen der Räumlichkeiten im galizischen Landtagsgebäude sprechen für sich. Durch „die Konstitution vom 3. Mai“ sollte Polen gerettet werden; die „Lubliner Union“ sanktionierte die „freiwillige“ Vereinigung Polens mit Ruthenien und Litauen.

Die Antrittsfeierlichkeiten wurden nun absichtlich in den genannten Sälen veranstaltet, um dadurch zu demonstrieren, daß sowohl der galizische Landtag wie auch der Landmarschall an den polnischen Traditionen und an der durch die „Dubliner Union bekräftigte Untheilbarkeit des geschichtlichen Polen festhalten — daß sie dessen „gesetzwidrige Teilung durch die Rampen der Befehder“ nicht anerkennen, daß die Traditionen des Kosciuszko und anderer Helden in den polnischen Machthabern fortleben. Deshalb konnte mit Recht das „Słowo Polskie“ (Nr. 481 vom 15. Oktober 1901) schreiben: „Wenn auch beinahe ein Jahrhundert — 84 Jahre — seit der Zeit verfloßen ist, als Kosciuszko auf das durch die Rampen der Befehder geteilte Polen zu schauen aufgehört hat, so lebt doch die Gestalt dieses Helden so frisch in unserer Erinnerung und in unseren Herzen, als wenn wir ihn erst jetzt verloren hätten...“ In seiner Antrittsrede im Saale der „Dubliner Union“ sprach der Landmarschall: „Wir müssen immer unsere Stellung und unsere Pflicht als Polen vor Augen haben.“ Zu den Beamten sagte er: „Ich will hoffen, daß Ihr nicht nur als Beamte Eure Pflichten erfüllen werdet, sondern zugleich Euch als Polen zeigen und für das Wohl unseres Volkes arbeiten werdet.“ Also der Landtag, der Landmarschall, der Landesauschuß und dessen Beamte sollen vor allem für das Wohl des polnischen Volkes arbeiten. Wo bleibt dann das Wohl der andern Hälfte der galizischen Bevölkerung? Der nunmehrige Landmarschall von Galizien beweist von Zeit zu Zeit mit Vorliebe seinen Gerechtigkeitsinn. So setzte er sich z. B. an die Spitze der Spender für die im Wreschener Prozeß betroffenen Familien. Seinem Beispiel folgte Herr Ritter von Abrahamowicz, der vor vier Jahren als Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses Polizei in dasselbe einführte.

Als einer der eifrigsten Kämpfer „für unsere und euere Freiheit“ ist auch Graf Dzieduszycki bekannt. Er hielt auch anläßlich der Wreschener Vorgänge im Parlament eine sehr hübsche Rede gegen das Vorgehen der preußischen Regierung, in welcher er als Freiheitsenthusiast für die kardinalsten Menschenrechte eintrat. Sein menschenfreundliches Auftreten fand selbstverständlich in den ausländischen Blättern begeisterten Widerhall. Das grillenhafte Schicksal wollte es aber, daß es gerade Graf Dzieduszycki war, der als Obmann des polnischen Zentral-Wahlkomitees die blutigen Wahlen

im Jahre 1897 leitete. Diese Wahlen kosteten den Ruthenen 10 Opfer an Ermordeten, 49 an Schwerverwundeten und 762 an Verhafteten (darunter 13 ruthenische Priester). Die Summe aller diesbezüglichen Freiheitsstrafen betrug 138 Jahre. Als Herr Dzieduszycki nach den Wahlen im Parlament den Sektionschef im Ministerium des Innern, Herrn Eduard Ritter von Gniewosz, einen Polen, begrüßen wollte, verweigerte ihm dieser den üblichen Händedruck mit den Worten: „Wischen Sie sich, Herr Graf, zuerst das Blut von den Händen ab, das Sie bei den Wahlen in Galizien vergossen.“ Der Flügeladjutant dieses Grafen, Dr. Zaklinski, der während der genannten Wahlen als Wahlkommissar fungierte und nachts mit bestellten Individuen in einer gut versperrten Stube in Komarno die Wahlen vornahm, dann durch die Wahlprozesse viele Familien ruinierte, veranstaltet nun in Ostgalizien Grunwaldfeiern. In Komarno z. B. hielt er bei dieser Gelegenheit eine Festrede, in welcher er gegen „das barbarische Vorgehen“ der preußischen Regierung protestierte und die freiheitlichen Bestrebungen der Polen hervorhob.

Das sind einige Profile der begeisterten Freiheitshelden, der Kämpfer „für unsere und euere Freiheit“. —

VII.

Der angebliche Vertrag der Schlachta mit Oesterreich.

Wie bereits hervorgehoben wurde, sucht der polnische Adel seine Bestrebungen immer mit einem Nimbus der Genehmigung von oben zu umgeben. Dies vor allem, um der politischen Resignation der außergalizischen Polen den Boden zu entziehen und die breiteren Volksschichten für die jagellonische Idee zu gewinnen. Deshalb wurden die angeblich freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Grafen Potocki und dem verstorbenen Kronprinzen Rudolf an die große Glocke gehängt und der Umstand, daß der nunmehrige Thronfolger den Fürsten Sapieha heuer als seinen Reisebegleiter benützte, wurde zu einem wichtigen politischen Ereignis gestempelt. Viel wurde auch darüber gesprochen, daß der Thronfolger vor seiner Reise nach Rußland den Obmann des Polenklubs in einer Audienz empfing.

Deshalb werden auch oft harmlose Bemerkungen des österreichischen Kaisers entstellt und im allpolnischen Sinne ausgelegt. Mit besonderer Vorliebe werden folgende Worte aus Kaisermunde zitiert:

Als Kaiser Franz Josef I. im Jahre 1880 Galizien verließ, sagte er zur polnischen Abordnung: „Mein Herz bleibt bei Euch...“ Im Jahre 1893 sprach dieser Herrscher zu den Abgesandten der Schlachta in Jaroslaw: „Es freut Mich, in diesem Lande zu verweilen, in welchem wir uns alle so gut verstehen.“ Im Jahre 1894, während der polnischen Ausstellung zu Ehren Kosciuszkos in Lemberg lobte der Kaiser die Schlachzigen dafür, daß sie „es verstehen, die Pflichten der Vergangenheit mit denen der Gegenwart gegenüber zu vereinigen“.

Anfangs Februar 1901 wurde nun die Frage aufgeworfen, ob die Schuljugend die polnisch-irredentistische Nationalhymne in der Kirche singen dürfe. Das klerikale Schlachzigen-Organ „Dziennik Polski“ meinte, das Auftreten gegen das Singen dieser Nationalhymne würde den Intentionen der maßgebenden Kreise widersprechen, denn der Kaiser lobte die Polen dafür, daß sie „es verstehen, die Pflichten der Vergangenheit mit denen der Gegenwart gegenüber zu vereinigen“. Den Vers darauf konnten sich die außer-galizischen Polen sehr leicht machen.

Nach den Landtagswahlen im Jahre 1895 wurde von den Ruthenen eine Massenabordnung nach Wien entsendet, die vor dem Kaiser über die Wahlmißbräuche Klage führen sollte. Die Deputation wurde nicht einmal in die Hofburg eingelassen, und der Kaiser empfing bloß sechs ihrer Mitglieder. Die Antwort des Kaisers war kurz und nach Angabe der Tagespresse lautete der Schlufspassus derselben: „Adieu, meine Herren.“ Subelnd bezeichnete das die polnische Presse als neuen Beweis der Gunst der Krone. Es war in den offiziellen Blättern des Polenklubs zu lesen: „Der Kaiser hat den Ruthenen geantwortet wie ein polnischer König.“ Dieser historische Vergleich wurde in Galizien sehr populär. Nach den darauffolgenden blutigen Reichsratswahlen im Jahre 1897 versicherten die Schlachzigenblätter im voraus, der Kaiser werde die Abordnung der gegen die Wahlmißbräuche Protestierenden überhaupt nicht empfangen...

Daß angesichts solcher Kundgebungen der galizischen Macht-

haber die Stellung der Schlachta verschieden erörtert wird, beweist am besten der in der Nummer 269 der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“ erschienene Artikel des Abg. Daszynski, in welchem der Verfasser unumwunden von einem Vertrag zwischen der polnischen Schlachta und den österreichischen Hofkreisen spricht, durch welchen Vertrag die Herrschaft der Schlachta in Galizien gesichert sein soll. Diese Behauptung des Abgeordneten Daszynski wurde von den Schlachzizenblättern gar nicht widerlegt, was sie wenigstens pro forma, aus taktischen Rücksichten, thun sollten. Ja, eines der Organe des Polenklubs, „Przeglad“ (Nr. 267 vom 22. November 1900) erinnert ausdrücklich an einen Vertrag der Polen mit Österreich. Indem nämlich „Przeglad“ die Ausführungen des russischen Schriftstellers Arabatskij — welcher behauptet, daß im Falle eines österreichisch-russischen Krieges die Polen Österreich schmählich verraten würden — zurückweist, sagt er: „... Denn das polnische Volk hält immer geschlossene Verträge.“ (Es wird nämlich ein Vertrag mit Österreich gemeint.) Was für ein Vertrag das sein und was derselbe bezwecken soll, sagt das Blatt nicht. Die Polen haben aber kein selbständiges Staatswesen und können begreiflicherweise keinen offenen Vertrag von völkerrechtlicher Bedeutung schließen, wenn sie auch in Österreich eine ausschlaggebende Rolle spielen...

Ladislaus Ritter von Studnicki in seinem Buche „Sonderstellung Galiziens“ (Lemberg 1901, 2. Auflage, S. 42) spricht ausdrücklich von einem Vertrage der Schlachta mit der österreichischen Regierung. Noch deutlicher äußert sich in dieser Hinsicht der Rektor der Lemberger Universität, Dr. Odenkowski, in dem Organ des Grafen Tarnowski, der Krakauer Revue „Przeglad Polski“ (Novemberheft 1901). Er schreibt da ausdrücklich: „Die Versöhnung der Polen mit Österreich und mit den Habsburgern ist eine Art politischer Vertrag.“ Ein anderer Schlachzize spricht in seiner Broschüre: „Achtung, Polen!“ (Neu-Sandec 1901, S. 11 bis 12) denselben Gedanken aus. Er verlangt nämlich gewaltthätige Polonisierung Galiziens, Aufhebung der nichtpolnischen Schulen u. s. w. „Die Ruthenen werden Zeter und Mordio rufen,“ sagt er, „werden uns in Wien verklagen, wir brauchen uns aber nichts daraus zu machen, denn wir sind daran gewöhnt, und in Wien hat man darüber gute Informationen und Ansichten. Unbehindert schreiten wir also vorwärts!“ Der Herr

will offenbar sagen, daß man „in Wien“ über die Bestrebungen der Schlachta gut unterrichtet und mit der gewalthätigen Polonisierung Galiziens einverstanden ist...

Wir könnten Hunderte von solchen Beispielen anführen, wo man ganz ernst von einem Vertrag der Schlachta mit den österreichischen Hofkreisen spricht, — freilich läßt sich die Richtigkeit solcher Erzählungen nicht prüfen.

VIII.

Polnische Wirtschaft in Osterreich.

Wer die österreichische Politik näher betrachtet und in das Coulissentreiben eingeweiht ist, wird leicht die geheimnisvolle Hand erraten, welche die jeweilige Krise heraufbeschwört, um schließlich wieder entscheiden zu können, welche der streitenden Parteien die Oberhand behalten solle, und bei dieser Gelegenheit etwas für sich abzuhandeln sucht. Noch mysteriöser als die Hand selbst ist der Umstand, daß sie eine derartige kolossale Macht erlangen konnte, die ihre wirtschaftliche, politische und kulturelle Bedeutung bergeshoch übersteigt. Jeder Oesterreicher wird wissen, daß damit die polnische Schlachta gemeint sei, welche immer die Interessen Oesterreichs zu wahren vorgiebt, während sie in Wahrheit nur für die Wiederherstellung der historischen Schlachzizenrepublik — einer Institution für die gesetzliche Volksbedrückung — arbeitet. Die Schlachta wird in Osterreich als einzige staatsershaltende Partei betrachtet. Ihr Schicksal wird mit dem des Staates identifiziert. In Westeuropa dagegen hält man die Interessen und Bestrebungen der Schlachta für die des ganzen polnischen Volkes. Das ist ein klassischer Beweis dafür, wie geschickt sie die maßgebenden Faktoren zu täuschen versteht, wie klug sie die öffentliche Meinung fabrizieren kann.

In Osterreich nimmt die Schlachta eine Ausnahmestellung ein. Sie hat einen großen Einfluß auf die Politik des Staates, in ihren Händen befindet sich die Administration Galiziens. Für sie wurde das sogenannte „Ministerium für Galizien“ errichtet, am obersten Gerichtshof in Wien ein spezieller polnischer Senat. In jedem

Ministerium nimmt ein Schlachzize eine einflußreiche Stelle ein (im Ministerium des Innern Graf Pininski, der Bruder des galizischen Statthalters, im Unterrichtsministerium Dr. v. Cwiklinski etc.), dessen Hände alle galizischen Angelegenheiten passieren müssen. Auf diese Weise wurden alle Zentralbehörden mit einem förmlichen Kordon umgeben, so daß gar nichts gegen den Willen der Schlachta ausgerichtet werden kann.

Der polnische Adel liebt es, sich mit dem Namen „geborene Hierarchie“ zu bezeichnen, und zwar mit Recht. Die Gegner der Schlachzizen nennen sie unberufene Vormünder des Volkes. Man muß aber mit Thatfachen rechnen, denn es kommt nicht auf die Bezeichnung an. Die Schlachzizen sind wirklich Vormünder, unverantwortliche Vormünder des Volkes, die seit jeher über das Schicksal und die Habe ihres Mündels ohne jede Kontrolle willkürlich verfügen. Der polnische Adel gebärdete sich stets als ein legitimer Inhaber des Landes und der daselbst bewohnenden Bevölkerung. Die Aufhebung der Leibeigenschaft und späterhin auch des Frohdienstes (dies geschah natürlich erst nach der Teilung Polens) betrachtete die Schlachta immer als einen unerhörten Eingriff in ihre historischen Gerechtsame und bemüht sich bis heutzutage, die betreffenden Gesetze illusorisch zu machen. Das ganze Land mit Mensch und Tier ist ihr Eigentum, aus welchem für sie nur Rechte, für das Eigentumsobjekt nur Pflichten entspringen. Diesem Prinzipie ist die Schlachta bis heute treu geblieben. Das erklärt die Geschichte der Wälder und der Weiden, welche der polnische Adel den Bauern — nach den Begriffen der Plebejer gesetzwidrig — entzogen hat; ferner die Steuereinschätzung, nach welcher der Bauer eine verhältnismäßig sehr hohe Steuer zahlt, u. s. w. Wie gesagt, in Galizien hat der Bauer nur Pflichten, Rechte nur der Schlachzize. Das ist zwar kein Gesetz, aber ein vom polnischen Königsreiche ererbtes Gewohnheitsrecht, das den Schlachzizen alles wagen läßt und all die bis heute vorkommenden Veruntreuungen in Galizien erklärt. Wenn der Direktor einer Bank von Jugend an daran gewöhnt war, daß ihm alles erlaubt sei, und daß für ihn keine Gesetze bestehen, wenn er zahlreiche Unkorrektheiten begeht, und wenn nun in einem „Rechjahre“ seine Unkorrektheiten entdeckt werden, ein solcher Direktor ist zu bedauern als ein tragisches Opfer der „goldenen Freiheit“. Kann man bei den Wahlen die Stimm-

zettel nach Belieben „zählen“, warum darf man nicht diese arithmetischen Künste auch in einer Sparkassa oder Bank betreiben, besonders wenn dies viel einträglicher ist?

Es werden von den adeligen Polen die Steuern Jahrzehnte hindurch nicht eingezogen und später, nachdem die Rückstände schon ein gewisses Quantum erlangen, werden die Steuern als uneintreibbar nachgelassen. Ein Beispiel für tausende: Vor einigen Jahren wurden dem Herrn Ritter v. Jaworski (Obmann des Polenklubs) alle rückständigen Steuern im Betrage von 80000 Kronen nachgelassen, während dem armen Bauer oft für rückständige 80 Heller das letzte Kleid versteigert wird. Im Bezirke Berezhany wurde vor kurzem einer im Wochenbett liegenden Bäuerin der letzte Pelz, den sie als Wiegendecke benützte, vom Steuerexekutor weggenommen.

In Galizien selbst wirtschaften die Herrschaften wie im gewesenen Polen und scheuen sich nicht, um ihren Willen durchzusetzen, auch Blut zu vergießen. Das Leben ruthenischer Bauern erscheint ihnen wertlos, wenn sie durch die Salven des aufmarschierenden Militärs die Wahl eines ihnen genehmen Mandatsbewerbers erzwingen können. Unzählige blutige Opfer brachte man bei den Reichsratswahlen im Jahre 1897 der Gewissenlosigkeit dieser Clique — unzählige Schwindeleien und Gewaltthaten mußten auch bei den letzten Wahlen begangen werden, um all die Mitglieder des Polenklubs die Schwelle des Abgeordnetenhauses betreten zu lassen. Das sind Thatfachen, die mit Namen und Ort belegt, im Reichsrate zur Sprache kamen, öffentlich bekannt sind, aber keine Sühne finden.

Daß die Herren — sogar jene, die keine Gelegenheit hatten, Defraudanten zu werden — Butter auf dem Kopfe haben, ist eine Thatfache. Im August 1898 veröffentlichte ich in der Wiener Wochenschrift „Die Wage“ einen offenen Brief an den österreichischen Justizminister, in welchem ich mich verpflichtete, den österreichischen Justizbehörden Beweismaterial für die Unkorrektheiten zu liefern, die ich dem Herrn Pininski und seinen Organen zum Vorwurfe machte. Den Brief brachte der in Lemberg erscheinende „Monitor“ in wortgetreuer Übersetzung und wurde beschlagnahmt. Meine Absicht war die, einen Prozeß vor dem Wiener Gerichte zu provozieren. Ein Schlachzizen-Organ sah sich sogar gezwungen, den Prozeß anzukündigen. Ich bekam eine Unmenge von Zeugen-

unterschriften und war bereit, den Beweis anzutreten. Aber die Mächtigen wollten mir diese Gefälligkeit nicht erweisen; ich habe eben keine Protektion. So blieb ich leider unbehelligt, nicht durch meine Schuld. (Die Herren haben einen zu großen Respekt vor den außergalizischen Gerichten — in Galizien aber machen sie gleich einen Prozeß; das letztere war jedoch nach dem österreichischen Preßgesetze unmöglich.) Die Autorität der polnischen Wirtschaft muß somit um jeden Preis gewahrt werden, deshalb müssen aber auch alle Gewaltthaten der Schlachta unbestraft bleiben.

IX.

Polnische Wahlen.

Wie groß die Macht des polnischen Adels in Oesterreich ist, zeigt vor allem die jeweilige Wahlkampagne. Die Wahlen in Galizien sind nur eine konstitutionelle Komödie, denn die Abgeordneten werden einfach ernannt. Wenn sich die Wähler dagegen sträuben, so werden sie verhaftet oder die Wahl der Kandidaten des polnischen Zentral-Wahlkomitees wird unter dem wohlthuenden Einfluß der Bajonette und Kugeln durchgesetzt. Während der Reichsratswahlen im Jahre 1900 wurden die ruthenischen Wähler und Mandatsbewerber verhaftet, geprügelt und auf jede mögliche Weise schikaniert, so daß bei den darauffolgenden Landtagswahlen sich niemand traute, seine Kandidatur anzumelden. Betrachten wir nun in aller Kürze die Wahlpraxis der letzten Reichsrats- und Landtagswahlen!

Charakteristisch für die Ungeniertheit der polnischen Machthaber ist es, daß der Chef der Landesregierung, der Statthalter Graf Pininski, gerade vor den Reichsratswahlen in seinem Organ „Gazeta Narodowa“ feierlich verkünden ließ, er sei bestrebt, die Macht und Einflußsphäre des Polenklubs zu erweitern. Deshalb schrieb nach den Wahlen das bereits angeführte Schlachzigen-Organ „Kraj“: „Das Zentral-Wahlkomitee besitzt in Galizien eine erstklassige Gewalt. Daß ihm die Regierung keine Schwierigkeiten in

den Weg legte, beweist am besten das Resultat der letzten Reichs- und Landtagswahlen. Bei diesen Wahlen wurde der Schein der Gesetzmäßigkeit bewahrt... Jedoch ein kleinerer Sieg wäre vernünftiger gewesen...“

Die Machenschaften waren diesmal wirklich nicht immer so plump, so gewaltthätig wie zu Zeiten des Grafen Badeni. Der Schein wurde — allerdings im polnischen Sinne des Wortes — gewahrt. Man hat diesmal nicht einen Wähler erschossen, — denn das ist nicht modern und macht viel unliebsames Aufsehen. Aber ehrlich braucht deshalb nicht vorgegangen zu sein! Man kämpfte unblutig und schwindelte auf die unglaublichste und verwegenste Art. Zuerst wurden die ruthenischen Wählerversammlungen wegen angeblich herrschender ansteckender Krankheiten verboten. Dann gab man die Parole aus, man solle alle Agitatoren und einflußreichen Anhänger der ruthenischen Mandatsbewerber einkerkern und sie unter keiner Bedingung vor der Durchführung der Wahlmänner-Wahlen aus der Haft entlassen, — was in ganz Ostgalizien buchstäblich befolgt wurde. Wie solidarisch diesen Maßnahmen gegenüber sich die Bauern verhielten, beweist am besten der Umstand, daß öfters die ganze Dorfbewölkerung den Verhafteten in die Stadt begleitete, was zuweilen auch dessen Freilassung zur Folge hatte.

Die Wahlmänner-Wahlen wurden meist in der Nacht vorgenommen. Der Termin derselben wurde entweder gar nicht an gegeben, oder nur einige Stunden vorher, und die Kundgebung erfolgte in der Weise, daß niemand davon etwas erfahren konnte. Selbst dann wurde aber meistens der Termin nicht eingehalten; es mußten somit von den Bauern (besonders bei Nacht) förmliche Wachposten aufgestellt werden, welche die Dorfbewohner von der Ankunft eines jeden Herrn, in dem sie den Wahlkommissär witterten, in Kenntnis setzten. Wenn jedoch „zu viele“ Wahlmänner — ergo nicht bloß die bestellten — bei der Urne erschienen, ließ sie der Kommissär einfach nicht zur Abstimmung zu oder erklärte das massenhafte Erscheinen der Wahlberechtigten für eine Revolte und ließ die Wahl sistieren. Falls aber trotz alledem ruthenische Kandidaten als gewählt erschienen, wurden die Wahlmänner-Wahlen annulliert und mit der Vornahme der neuen Wahlen die „fähigeren“ Kommissäre betraut. Diese nahmen nun die Wahlen mit bestellten Individuen vor oder erklärten ihre Kandidaten als gewählt, ohne Rück-

sicht darauf, ob dieselben die Majorität hatten oder nicht. Die Proteste der Ruthenen wurden nicht berücksichtigt.

Da aber doch zu viele ruthenische Kandidaten gewählt wurden, so mußten auch diese auf verschiedene Weise bearbeitet werden. Zuerst ließ man die klingende Münze rollen; da dies jedoch nichts nützte, mußten viele verhaftet werden, und anderen suchte man hinterlistig die Wahllegitimation abzunehmen. Man veranstaltete z. B. eine Wählerversammlung und postierte beim Eingang in das Lokal einen Herrn, der die Leute nur gegen die Abgabe der Wahllegitimation einzulassen hatte — ruthenische Wähler bekamen ihre Legitimationen selbstverständlich nicht mehr zu Gesichte. Vielen wurde eine solche überhaupt nicht zugestellt. Mit den oppositionellen Kandidaten durfte kein Beamter verkehren. Der Finanz-Oberkommissär Topolnickij, der in Sambir einem solchen die Hand reichte, wurde im Laufe von 48 Stunden telegraphisch nach Westgalizien, und zwar nach Krahau, versetzt. Der k. k. Bezirkshauptmann erstattete nämlich sofort telegraphisch die Anzeige an die Statthalterei und bat um baldigste Versetzung dieses Oberkommissärs, da sonst die Bezirkshauptmannschaft die Wahl des polnischen Kandidaten nicht verbürgen könne.

Die ganze Beamtschaft Galiziens wird in den Dienst des polnischen Zentral-Wahlkomitees gestellt. Mit einem ganzen Apparat ausgerüstet, rücken die polnischen Freiheitshelden zur Wahlschlacht aus. Die Bezirkshauptmannschaft mit allen möglichen Beamten und Amtsbienern, die Steuerbehörden, die Bezirksauschuß-Beamten, verschiedene Verwalter, berufsmäßige Wucherer und andere ähnliche Wahlhähnen, die mit vielen Sünden belastet und nur durch solche Dienste ihre Freiheit und Existenz erkaufen, — all das unter dem Schutze der Gendarmerie und des Militärs zieht gegen den wehrlosen, materiell zu Grunde gerichteten Bauern los. Es ist zu bemerken, daß in Galizien oft Wucherer und andere Verbrecher als Gemeindevorsteher und sonstige Behördenspitzen von den polnischen Machthabern in ihrem Amte deshalb künstlich erhalten werden, weil sie bei den Wahlen unerseßlich sind. Folgender Vorfall diene zur Illustration! In Libochora (Bezirk Strzy) wurde der bekannte Wahlmacher, gewesener Gendarm Dibur zum Lehrer gemacht und bekam lezthm eine viel bessere Stelle in Zulkynie, trotzdem er (wie es anläßlich einer Ehrenbeleidigungsklage gerichtlich nachgewiesen wurde)

im Schulgebäude Zusammenkünfte unsittlicher Natur, ja Bacchanalien im großen Stil veranstaltete. Einmal schleppte er sogar mit Gewalt und mit Hilfe des Gendarmeriewachtmeisters ein Mädchen, namens Marie Tarnawska, nachts in die Schule. Trotzdem dies gerichtlich nachgewiesen wurde und allgemein bekannt ist, macht davon weder die k. k. Staatsanwaltschaft, noch der Landesschulrat Gebrauch.

Sehr interessant ist die Korrespondenz der polnischen Behörden zur Zeit der Wahlen. Sie zeigt uns die unverfälschte polnische Freiheitsliebe. Leider werden die wichtigsten Wahldokumente gleich vernichtet und gehen verloren. Infolge der nervösen Wahlthätigkeit der k. k. Kommissäre können aber die Pflichten dieser schlachzigen Diskretion nicht immer mit aller Genauigkeit erfüllt werden. Auf diese Weise geraten von Zeit zu Zeit manche pikante Schriftstücke in unberufene Hände. So geschah es mit dem Schreiben des mit goldenem Verdienstkreuz geschmückten k. k. Bezirkskommissärs F. X. Slonecki an den Herrn Dombrowski (Lehrer, Gemeindefekretär und Wahlmacher in einer Person). In demselben unterrichtete der Herr Kommissär den Adressaten und den Gemeindevorsteher Kowal in der polnischen Wahlpraxis. Zum besseren Verständnis der Sachlage muß hervorgehoben werden, daß in Ostgalizien sowohl die Gemeindevorsteher als auch die Gemeindefekretäre von der Bezirkshauptmannschaft einfach eingesetzt werden und deshalb von derselben abhängig sind. Der erwähnte Brief lautet:

Łloczów, 15. VIII. 1901.

Geehrter Herr!

Die Wahlen in Harabuzow werden Samstag den 17. d. Mt. um 10 Uhr früh vorgenommen. Bitte die Vertrauten zu versammeln und mich in der Nähe des Gemeindeamtes zu erwarten. Die übrige Dorfbevölkerung dürfte wahrscheinlich zu dieser Zeit auf dem Felde beschäftigt sein. Die Ankündigung über den Termin der Wahlen ist nicht anzuschlagen, sondern bereit zu halten, um es erst im letzten Moment zu thun. Bitte, mir eine sehr verlässliche Persönlichkeit entgegenzuschicken, mich direkt ins Gemeindeamt zu führen, damit ich nicht herumirre und nach dem Gemeindeamte erst fragen muß. Der Gemeindevorsteher mit den Vertrauenspersonen sollen mich erwarten.

Der Herr Bezirkshauptmann hat seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Sie sich alle Mühe geben werden, einen günstigen Ausgang der Wahlen in Harabuzow herbeizuführen. Bitte, thun Sie Ihr möglichstes und handeln Sie vorsichtig. Ich hoffe, daß Sie mir Gelegenheit geben werden, über Ihre Thätigkeit einen günstigen Bericht dem Herrn Bezirkshauptmann erstatten zu können. Mit besten Grüßen Slonedki.

An dem bezeichneten Tage kam der Herr Kommissär in das Dorf, und zwar schon um 9 Uhr früh. Mit den drei bestellten „Vertrauenspersonen“ (Lehrer, Gemeindevorsteher und einem gewissen Lobur) nahm er die Wahlen vor und ließ die herbeigeeilten „Nichtvertrauten“ zur Abstimmung nicht zu.

Charakteristisch für die polnische Wahlpraxis ist auch der Bericht eines Gendarmerie-Postenführers an die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Tlumacz. Die Gendarmerie untersteht bekanntlich dem Landesverteidigungsministerium. Da nun in der österreichischen Armee die polnische Sprache noch nicht eingeführt wurde, müssen sich auch die polnischen Gendarmen in Galizien der deutschen Amtssprache bedienen. Deshalb lassen wir das Schriftstück im Original (in gebrochenem Deutsch) folgen:

„An die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Tlumacz. Landesgendarmerie-Kommando Nr. 5, 10. Abtheilung zu Buczacz, Posten zu Stryhance, Nr. 22. Dienstzettel. Stryhance, am 24. August 1901. Bezüglich der Wahlen wird angezeigt, daß hiesigen Überwachungs-Rayon sind die Vorwahlen ohne Störung durchgeführt worden. In der Gemeinde Bukowna ist als Wähler Hawryło Lohaza gewählt wurde. Derselbe ist der k. k. Bezirkshauptmannschaft gut gesient werden kann. In der Gemeinde Dolhe sind als Wähler gewählt worden: Gemeindevorsteher-Stellvertreter Petro Ruga u. s. w. In der Gemeinde Stryhance sind Geistlicher Sofran Lewicki und Iwan Kaban Ilka gewählt worden. In der Gemeinde Milowanie sind als Wähler der Geistlich Mykola Baczynski und Iwan Czaban gewählt worden. Sämmtliche gehören der Partei der Geistlichen Baczynski und Lewicki und scheint diese Dörfe verloren zu sein. In der Gemeinde Koszniów sind als Wähler Wasyl Witwin (Honorczyn), Hausnummer 102 gewählt worden. Dieselben kann für

einigen Kronen auf die Seite der k. Bezirkshauptmannschaft beigezogen werden. Szcwyczył, Titularpostenführer."

Kommentar überflüssig. —

Allein selbst all diese Maßnahmen haben sich in vielen Wahlkreisen als unzureichend erwiesen. Deshalb mußte die allpolnische Befreiungsarbeit bei der Hauptwahl fortgesetzt werden. An allen Grenzen der Städte, in welchen die Wahlen vorgenommen werden sollten, wurden Gendarmen postiert, welche in die Stadt nur Wähler und schlachzizische Agitatoren einzulassen hatten. In jeder Bezirksstadt wurde im Hofe des Gebäudes der Bezirksvertretung eine Feldküche eingerichtet und der Wahlschmaus vorbereitet. Die größte Bedeutung hat die Wahl der Kommission, welche fast immer der k. k. Bezirkshauptmann selbst vornimmt. Wenn die ruthenischen Wähler die Mehrheit haben, dann erscheinen in der Wahlurne mehr Stimmzettel, als Stimmberechtigte sind — und die schlachzizische Wahlkommission muß durchdringen. Die auf diese Weise „gewählte“ Kommission läßt viele Wähler nicht zur Abstimmung zu, erklärt viele Stimmzettel für ungültig und . . . korrigiert viele. So haben sich nach den Wahlen in Zokiw, wo der polnische Kandidat Fürst Paul Sapieha offiziell 84 und der ruthenische Mandatsbewerber Mykelyta 68 Stimmen bekommen hat, 89 ruthenische Wähler zusammengethan, die sich verpflichteten, es zu beedien, daß ihre Stimmzettel auf den Namen des letzteren lauteten. Solche Wunder kamen überall in Ostgalizien vor.

Der ruthenische Mandatsbewerber kann somit nur dann durchdringen, 1. wenn man bei den Wahlmänner-Wahlen nicht die Mehrheit der schlachzizischen Kandidaten durchsetzt, 2. wenn seine Anhänger die Wahl-Legitimationen bekommen und zur Abstimmung zugelassen werden, 3. vor allem, wenn ehrliche Männer in die Wahlkommission gewählt werden, was in Galizien äußerst selten passiert und nur als Zufall betrachtet wird. Dadurch ist der Umstand erklärlich, daß in bestorganisierten ruthenischen Bezirken, wie Ternopil, Zbaraz, Skalat, Kolomea, Sniatyn u. s. w. die ruthenischen Mandatsbewerber durchgefallen und gerade in den schwächeren durchgedrungen sind.

Dank dieser polnischen Wahlgeometrie sind die Ruthenen das am meisten benachteiligte und bedrückte Volk in Osterreich, was evident nachfolgende Ziffern beweisen:

Es entfallen in Oesterreich auf einen ruthenischen Abgeordneten 334000 Köpfe, auf einen slovenischen Abgeordneten 79000 Köpfe, auf einen serbo-kroatischen Abgeordneten 59000 Köpfe, auf einen polnischen Abgeordneten 59000 Köpfe u. s. w. Man muß dabei in Betracht ziehen, daß bei dieser Statistik auch die Ruthenen in der Bukowina mitgerechnet werden, die bei den Wahlen doch nicht so arg ihrer Rechte beraubt werden, wie ihre galizischen Stammesgenossen.

Die merkwürdigen galizischen Wahlgebräuche haben zum Teil auch ihre zwerchfellerschütternde Komik. Nach der siegreichen „Wahl“ des Schlachzigen spielt die Musik das Lied „Jeszcze Polska nie zginęła“ („Noch ist Polen nicht verloren“) und es wird fleißig getrunken. Man kann bei dieser Gelegenheit auch einen total betrunkenen k. k. Bezirkskommissär sehen, — wie es z. B. in Turka der Fall war —, der andere Beamte mit verschiedenen nicht druckfähigen Epitheten traktiert, und ebenso besoffene und zankende Wahlhähnen und Agitatoren der Schlachta, die in ihrem Rausche einander an verschiedene unsaubere Geschichten erinnern... Ein idyllisches Durcheinander!...

Für die Wahlhähnen aller Art bedeuten die Wahlen eine ersehnte Erntezeit; die einen werden reichlich bezahlt, die anderen avancieren sehr rasch. Ganz leer sind nach den Wahlen verschiedene Sparkassen und Banken.

Die polnischen Potentaten blasen Alarm, das ganze ruthenische Volk politisiere zuviel, es revoltiere bei jeder Gelegenheit, deshalb sei die Assistentz des Militärs bei den Wahlen notwendig. Auf einmal zeigt sich das revoltierende Volk ungewöhnlich zahm und wählt in der allgemeinen Kurie bloß einen ruthenischen Abgeordneten! Das ist doch ein offenkundiges Wunder! Nur solchen Wundern, die ja auch schon bei den Reichsratswahlen des Jahres 1897 der polnischen Schlachta zu Siegen verholfen haben, verdankt der Polenklub, daß er leßthin sogar verstärkt in das Abgeordnetenhaus zurückkehrte, um dort seine bekannte Thätigkeit wieder aufnehmen zu können.

Da die polnische Wahlgeometrie sowohl die galizischen Behörden, wie auch die Befreiungsarbeit der polnischen Freiheitshelden sehr gut charakterisiert, müssen wir noch einige Betrachtungen derselben widmen. Diejenigen Wähler, die für den ruthenischen Mandats-

bewerber stimmen, müssen oft doppelte Steuern zahlen. Zur Vornahme der Wahlmänner-Wahlen werden häufig notorische Fälscher delegiert, so z. B. der k. k. Bezirkskommissär Kaliniewicz, dem nachgewiesen wurde, daß er die Wahlergebnisse fälschte und andere Wahlkommissäre brieflich in der polnischen Wahlpraxis unterwies. Dieser Herr kann nicht vergessen, daß Herr Zacharias Skwarko (ein Ruthene) zur Zeit der Wahlen seinen Machenschaften im Wege stand. Um sich an ihm zu rächen, hat der genannte Bezirkskommissär auf Grund eines fingierten Protokolls die Verurteilung des Herrn Skwarko zu drei Tagen Arrest herbeigeführt. Da nun letzterer dem Offiziersstande (in der Reserve) angehört, denunzierte ihn der Bezirkskommissär Kaliniewicz beim Korpskommando. Nun erwies sich aber, daß die von diesem Herrn angeführten Zeugen niemals einvernommen wurden, daß sie das Protokoll nicht unterzeichneten, kurz und gut, — daß das ganze Protokoll gefälscht war.

Im Dezember 1901 wurde vor dem Lemberger Landesgerichte*) ein Prozeß durchgeführt, bei welchem gerichtlich festgestellt wurde, daß der ruthenische Wähler Gregor Nahirnyj zweimal (gleich nach den Wahlen) die Steuern zahlen mußte. Als er sich darüber vor dem k. k. Steuerinspektor Kozminski beschwerte, sagte ihm derselbe: „Ja, aber Du sprichst zuviel während der Wahlen, Du sollst mit uns stimmen.“ Der Ruthene Romaniuk mußte ebenfalls wegen der Wahlen eine zu hohe Steuer zahlen. Derselbe Steuerinspektor stützte diese seine Verfügung auf das Protokoll, welches angeblich mit dem Sachverständigen Chmielowski — in Angelegenheit des Einkommens des Romaniuk — aufgenommen und von demselben eigenhändig unterschrieben wurde. Der als Zeuge einvernommene und beeidete Sachverständige erklärte, er wisse von dem betreffenden Protokoll gar nichts und habe dasselbe niemals unterzeichnet. Der k. k. Steuerinspektor Kozminski entschuldigte vor Gericht sein Vorgehen damit, es sei in Galizien Usus, in Steuerangelegenheiten die Unterschriften der Sachverständigen zu fälschen. Kozminskis Thätigkeit als Wahlkommissär weist noch hübschere Stücke auf. Deshalb aber wollen die k. k. Behörden gegen ihn (trotz der im genannten Prozesse nachgewiesenen Schwindeleien) keine Schritte unternehmen. Ja, die

*) Auf Veranlassung des ruthenischen Advokaten Dr. Dkunewskij, welcher als Privat-Ankläger auftrat.

beiden genannten Wahlkommissäre (Kaliniewicz und Kozminski) stehen sogar vor dem Avancement.

In den meisten Dörfern in Ostgalizien wurden die Wählerversammlungen wegen der drohenden „Epidemie“ — spöttischerweise als „polnische Wahlpest“ bezeichnet — verboten. Im Dorfe Cucykw erschien in der Wählerversammlung plötzlich der k. k. Bezirkskommissär, arretierte den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter, ließ die Versammlung von den Gendarmen auseinanderjagen und rief den Leuten zu: „Marsch, nach Hause, arbeite und bete, du hast nichts dreinzureden!“ Der k. k. Bezirkshauptmann in Zolocziv, Dr. Roder, versprach den Leuten im Dorfe Uszuia, wo er die Wahlmännerwahlen höchst persönlich leitete, daß ihre Gemeinde 1000 Kronen aus dem Notstands-Unterstützungsfond bekomme, wenn sie nicht für den ruthenischen Pfarrer stimmen. Im Städtchen Turka wurden die Wahlmännerwahlen für die Landgemeinden-Kurie am 5. November vorgenommen. Die sogenannte Bezirkskommissärs-Liste wurde auf grünen Zetteln gedruckt und enthielt vor allem die Namen des k. k. Bezirkshauptmannes, der k. k. Bezirkskommissäre u. s. w. Die Wahlmännerwahlen leitete einer der offiziellen Kandidaten, und zwar der k. k. Bezirkskommissär Lucki. Zur Wahlurne wurden nur einige verlässliche Urwähler zugelassen. Hunderte von Stimmberechtigten warteten vergebens von 8 Uhr früh bis 1 Uhr nachmittags und wurden trotz aller Bitten, Vorstellungen und Mahnungen zur Abstimmung nicht zugelassen. Schließlich wollte man sich das Stimmrecht erzwingen. Es kam zum Sturm. Der wackere k. k. Bezirkskommissär rettete sich durch einen kühnen Sprung aus dem Fenster (es war ebener Erde). Seine Heldenthat ermunterte die übrigen Wahlmacher; alle folgten dem Herrn Lucki. Nun wurden nach Turka 16 Gendarmen und ein Bataillon Militär beordert. Einer der Potentaten sagte zur Menge: „Ihr wolltet uns nicht freiwillig gehorchen, ihr werdet euch aber jetzt den Kolben und Bajonetten fügen müssen.“ Es wurden Massenverhaftungen vorgenommen, jedoch die meisten wurden nach längerer Untersuchungshaft freigelassen.

Die Wahlkommissäre und allerlei Wahlhähnen verhalten sich äußerst provokatorisch und agitieren mit allen möglichen Mitteln. In Kopyczyni sagte man den Wählern ausdrücklich: „In einigen Jahren werden wir den polnischen König wählen. Was denkt ihr

euch, dumme Kerls, wohin werdet ihr dann gehen?" So sieht der schönste konstitutionelle Akt, die freie Wahl der Volksvertreter, in Ostgalizien aus. Trotzdem klagt der „Przegład Wjzeczpolski“ über die angebliche Sentimentalität der polnischen Behörden bei den Wahlen (den Ruthenen gegenüber) und verlangt strengere Maßnahmen! . . .

X.

Schlachzizenpanama in Galizien.

Der polnische Adel hat immer eine Geschäftspolitik getrieben, dem Materialismus im ärgsten Sinne des Wortes gehuldigt. Die ununterbrochene Reihe von Veruntreuungen, die in sämtlichen Institutionen Galiziens, den Post- und Steuerämtern bis heute vorkommen (wenn man auch die meisten zu vertuschen sucht), sind nicht etwa als zufällige Erscheinungen, als unbedeutende Unkorrektheiten zu betrachten, die sich schließlich in jedem Lande, in jeder Gesellschaft ereignen können; wir haben es da vielmehr mit den der Schlachta angeborenen Gewohnheiten zu thun, die sich nicht so leicht ablegen lassen.

Wenn wir die Geschichte zu Rate ziehen, werden wir die erwähnten bedauerlichen Vorkommnisse zum Teile wenigstens begreiflich finden, denn die historische Erziehung ist die Schöpferin desjenigen, was wir als ethische Prinzipien eines Menschen oder einer Klasse zu bezeichnen pflegen. Daß aber der polnische Adel eine nicht besonders glänzende geschichtliche Erziehung genossen hat, in seinen Traditionen keinen leuchtenden Leitfaden finden kann, dürfte allgemein bekannt sein.

Defraudant und polnischer Schlachzize — diese Begriffe stehen in historischer Blutsverwandtschaft. In Westeuropa hat man erst jüngst während der galizischen Kassengeschichten dieses Talent der Schlachta anerkannt. Das polnische Volk und seine slavischen Brüder verkannten es aber niemals. Während des Bestandes der polnischen Schlachzizen-Republik waren die Veruntreuungen gar nicht unbekannt, während der österreichischen Ara wurde in Galizien fleißig defraudiert, meistens aber glücklich vertuscht. Auch heutzutage, wo die galizischen Defraudanten oft das Pech haben, entdeckt zu werden,

müssen nur die kleinen Diebe im Zuchthause brummen, die größeren sind unantastbar; denn, wenn auch die meisten Defraudationen für polnisch-patriotische Zwecke begangen wurden, so hören sie trotzdem nicht auf, gemeine Veruntreuungen zu sein.

Die Schlachzizen hatten immer ein historisches Raubprivilegium gehabt und führten ein ungehörtes und unkontrollirtes Parasitenleben, vergeudeten das öffentliche Geld u. s. w. Die Schlachta gleicht einer Heuschrecke: Vernichtung ist ihre Arbeit. Dies beweisen am besten die Zustände in Galizien, in diesem unglücklichen Lande, welches heute das Bild einer gänzlichen Verwüstung bietet.

Aus diesem Lande laufen immer neue Nachrichten ein über unzählige Veruntreuungen. Alle zu registrieren, wäre unmöglich, man müßte Folianten schreiben. In Gieszanow wurde die Sparkassa beraubt, man ließ aber den Direktor durchgehen; im Lemberger Magistrat wurde eine Defraudation entdeckt, außerdem wurde mit den Steuergeldern ein Unfug getrieben, was den galizischen Behörden nicht unbekannt war. Im Kaluszzer Steueramte sind Veruntreuungen entdeckt worden, ebenso in der Kassa der Staatsbahnen in Ternopil. Um sich da halbwegs orientieren zu können, wäre ein Veruntreuungs-Verikon nötig.

Bringen wir nur einige ehrbare Namen in Erinnerung:

Adamski,

Amort,

Baranski,

Basthien,

Bogdanowicz (Abgeordneter), Ritter des Malthefer-Ordens,

Czecz,

Deixer,

Dokobowski,

Dunin-Sarnicki,

Dwernicki,

Ehrlich,

Gilewicz,

Gizowski,

Jendrzejowicz (Abgeordneter),

Kieszowski,

Kłojowski,
Graf Krasicki,
Dr. Krzyżanowski,
Kuczyński,
Leszczyński,
Madejski,
Mardychosiewicz, Prälat,
Marek,
Graf Mniszek,
Graf Mora-Korytowski,
Nowacki,
Nowicki,
Obzewski,
Olśzanski,
Piechota (Propst),
Gräfin Marie Pininski,
Graf Edmund Potocki,
Pragłowski,
Rajz,
Rudkiewicz,
Scipio,
Sendzielowski,
Smolczyński,
Szańkowski,
die beiden Brüder Dr. Szymbłowski,
Topolnicki Trzcinski,
Wiktor (Abgeordneter),
Wendrychowski,
Wojcikiewicz,
Zborowski,
Zgorzki,
Zima,
Baron Zuza-Brunicki u. s. w., u. s. w.

Man sieht, — das ganze Alphabet! Und alles das sind lauter Mitglieder altpolnischer Adelsgeschlechter, lauter Schlachzigen!

Überall, wo Geld vorhanden ist, kommen Veruntreuungen vor. Man läßt einige Beamte nach Amerika durchgehen und bezeichnet sie als „Hauptschuldige“, die anderen läßt man plötzlich sterben. Und

so muß es bleiben, denn die Handhabung der in Oesterreich geltenden Gesetze würde die polnische Schlachta um ihre politische Macht bringen. Die Klassen müssen somit beraubt, die Wahlen müssen gefälscht, die polnische Wirtschaft muß gelobt und beschönigt werden.

Es ist hervorzuheben, daß die Leiter aller finanzieller Institute in Galizien immer nur prononcierte Politiker, meistens Teilnehmer an den polnischen Erhebungen waren, — wie Zima, Sapieha, Gilewicz u. s. w., — die sich verschiedene Unkorrektheiten nicht nur für persönliche Zwecke zu schulden kommen ließen. Es ist ja bekannt, daß die galizischen Sparkassen und Banken die Kosten der allpolnischen Propaganda, der polnischen Demonstrationen und der Wahlen bestreiten müssen. Deshalb müssen auch die Behörden lau vorgehen, deshalb sind sie den patriotischen Dieben gegenüber zuvorkommend.

Im Jahre 1899 ist es zu einem Krach in der galizischen Kreditbank, die auch als „Bank des Fürsten Sapieha und Herrn Marchwici“ bezeichnet wurde, gekommen. Es ist bekannt, daß die Bank des Fürsten Sapieha nur dank der Unterstützung der galizischen Sparkassa existierte, daß durch diese Bank ungeheure Summen für die polnische Agitation, für die Ausstellung zu Ehren Kosciuszkos (im Jahre 1894) und andere ähnliche Zwecke verwendet wurden. In der Generalversammlung der Aktionäre (am 29. Mai 1901) erklärte einer der Liquidatoren, Herr Antoniewicz, ausdrücklich, daß sich unter den „Aktiven“ der Kreditbank eine ganze Reihe von solchen patriotischen Positionen, wie „die Landesausstellung zu Ehren Kosciuszkos“, befindet, die sich niemals realisieren lassen und vom juristischen Standpunkte aus als nicht existierend betrachtet werden müssen. Trotz aller anderen „Unkorrektheiten“, die sogar bei der Liquidation vorkamen, konnten die Behörden nicht eingreifen, weil dies für die Herren Sapieha, Marchwici, Badeni u. s. w., sowie für die polnische Sache sehr kompromittierend gewesen wäre.

Es ist mir noch kein Fall bekannt, daß ein Journalist, der einen aufrichtigen, wenn auch harmlosen Artikel über die polnische Wirtschaft in Galizien schrieb, ein Politiker oder Agitator, der sich erdreistete, diese berüchtigte Wirtschaft öffentlich in Galizien zu kritisieren, kurz, daß ein der Schlachta mißliebiger Geselle nicht seine kühne Handlung zumindest mit einer sechswöchentlichen Untersuchungshaft hätte büßen müssen, falls er sich nicht der Macht des

galizischen Staatsanwalts oder des Untersuchungsrichters durch die Flucht entzog. Aber den Defraudanten gegenüber sind die polnischen Behörden sehr zuvorkommend. Da gilt es „menschlich sein“. Deshalb wandern die meisten Defraudanten nach Rumänien, Amerika zc. —, eingesperrt werden nur die „kleinen Persönlichkeiten“ oder diejenigen, die nicht durchgehen wollen.

So übte beispielsweise der Direktor der Sparkassa in Gieszanow, Herr Gilewicz, ein sehr guter Wahlmacher und ein einflußreicher Patriot, seine arithmetischen Künste auch an der Kassa aus. Als er sah, daß diese seine Künste an das Tageslicht kommen mußten, weil er zu weit gegangen war, fing er an, alle seine Habseligkeiten zu verkaufen. Das ganze Städtchen, ja sogar der ganze Bezirk wußte, daß Gilewicz eine „Vergnügungsreise“ nach Amerika plane. Alles blies Marm und wollte seine Ersparnisse zurückhaben. Aber Gilewicz war bereits reisefertig und wartete nur auf das Reisegeld vom Landesschulrate. Er ist nämlich pensionierter Schuldirektor und hatte, da er die galizische Schlachzizenrepublik für immer zu verlassen im Begriffe war, den Landesschulrat um Auszahlung seiner Pension für drei Jahre im voraus ersucht, wogegen er sich verpflichtete, auf seinen ferneren Gehalt Verzicht zu leisten.

Inzwischen wurde auf Verlangen der Einleger eine Kontroll-Kommission in die Sparkassa entsendet. Eines Nachmittags erstattete diese Kontroll-Kommission an das k. k. Bezirksgericht in Gieszanow eine Anzeige gegen Gilewicz wegen Fälschung von Unterschriften, von Rechnungen u. s. w. — und wegen Veruntreuung. Der Herr Gerichtsrat Tencza ordnete die Verhaftung des Gilewicz an, nahm mit ihm das Protokoll auf, und . . . ließ ihn spät abends frei. Geraden Weges eilte dieser natürlich ins Ausland. Der Herr Gerichtsrat schickte ihm dann am folgenden Morgen Steckbriefe nach . . .

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich in Lemberg. Der hochwürdige Herr Domherr Mardhrosiewicz huldigte dem Kultus der „freien Liebe“. Da nun freie Liebe in diesem Sinne besonders in Geldangelegenheiten sehr liberal zu sein pflegt, so ist es erklärlich, daß auch die Bank „Pii montis“, deren Leiter Mardhrosiewicz war, die Folgen der allzu freien Liebe spüren mußte. Der Aufsichtsrat beschloß nun im stillen, Herrn Mardhrosiewicz seines Amtes zu entheben und die durch seine Mißwirtschaft entstandenen Lücken mit Hilfe seiner Freunde auszufüllen. Davon, sowie von der Delegation

einer Kontroll-Kommission wurde Herr Mardysiewicz in Kenntnis gesetzt.

Dementsprechend kam die Kontroll-Kommission unter Führung des Herrn Bogdanowicz am 16. Mai 1901 in die Lokalitäten der Bank. Mardysiewicz verließ sofort sein Bureau, indem er versprach, alsbald wiederzukommen, und begab sich zur Staatsanwaltschaft. Hier, in Gegenwart des Oberstaatsanwaltes Heyderer und des Staatsanwaltes Szejder, gestand er, verschiedene Veruntreuungen begangen zu haben und verlangte selbst seine Verhaftung. Die Herren Heyderer und Szejder beruhigten ihn, rieten ihm, gut zu überlegen, was da zu machen wäre, — sein Schritt sei vielleicht verfrüht, es ließe sich vielleicht die Sache noch retten...

Unter dem Einfluß dieser Worte suchte am 16. Mardysiewicz seine Wohnung auf. Er verstand es aber nicht so gut wie sein Kompatriot Gilewicz, die ihm noch zur Verfügung stehende Zeit auszunützen. Am nächsten Vormittag wurde er von dem Untersuchungsrichter Zawadzki verhört. Mardysiewicz widerrief bei dieser Einvernehmung alle Angaben, die er tags zuvor gemacht hatte. Trotzdem wurde er verhaftet und in der Zelle Nr. 31 untergebracht, in welcher sich bereits andere Defraudanten befanden, wie: Felix Thumen, die Magistratskommissäre Nowicki und Adamski.

Es ist wirklich fraglich, ob in irgend einem Lande die Diebe so rücksichtsvoll behandelt werden, wie in Galizien, nur daß sie nicht immer diese Rücksichten auszunützen verstehen.

Es ist hervorzuheben, daß in Galizien sogar während der Liquidation einer Bank das Geld einfach geteilt wird. So erhielten beispielsweise bei der Liquidation der „Bauernbank“ des Fürsten Sapieha manche Mitglieder der Liquidationskommission, die nicht einmal in einer Sitzung der Kommission erschienen, 100000 Kronen für ihre Thätigkeit. Die „Bauernbank“ des Fürsten Sapieha hat 40000 Bauernfamilien gänzlich ruiniert. So viele Bauern wie diese Bank an den Bettelstab brachte, — wird gewiß keine Reform aus ihrer Notlage heben! Trotzdem ist niemand eingesperrt, niemand zur Rückgabe des geraubten Geldes angehalten worden. Den „noblen“, patriotischen Defraudanten gegenüber ist der Arm der Gerechtigkeit ohnmächtig.

Es werden überdies von allen finanziellen Institutionen Galiziens, die sich unter der Kontrolle der Regierung befinden, an

die Regierungskommissäre verschiedene Geschenke gemacht. So erhielt der Beamte der Statthalterei Hofrat Graf Los von der galizischen Bodenkreditanstalt (welcher er als Regierungskommissär zugeteilt ist) im Herbst 1901 eine Unterstützung im Betrage von 2400 Kronen „zur Deckung der Begräbniskosten seiner vor kurzem verstorbenen Frau, geborenen Fürstin Poninski“. Der Betrag wurde ihm jedoch nicht ausbezahlt, sondern von der auf dem Landgute des Grafen Los lastenden Schuld abgerechnet; außerdem wurden ihm die Verzugszinsen von 6 Prozent auf 3 Prozent herabgesetzt. Warum gerade dem Regierungsvertreter solche „Unterstützungen“ zu teil werden, während die armen Schuldner wegen 100 Kronen rücksichtslos gepfändet werden, und die Beamten der obengenannten Anstalt „wegen Mangels an Mitteln“ niemals eine Unterstützung bekommen?

Es ist nicht zu verwundern, daß unter solchen Umständen die größten finanziellen Institutionen krachen und daß der galizische Landtag — dieses einzige polnische Parlament — so willig die Garantie für dieselben übernimmt. Diesen „Krach“ spürt natürlich nur die Landbevölkerung.

Es giebt auch ehrliche Schlachzigen, die den Mut haben, ihr Urteil über die galizischen Zustände offen auszusprechen. Das sind aber Phänomenalerscheinungen; deshalb bleiben sie nur Rufer in der Wüste. Als die polnischen Kassengeschichten die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen, veröffentlichte ein galizischer Großgrundbesitzer in dem klerikalen „Dziennik Poznański“ einen Artikel, in welchem unter anderem zu lesen war: „Wir können keine gesunde Reform durchführen, denn uns fehlen zwei unentbehrliche Grundbedingungen, das ist die Liebe zum Lande und das Bewußtsein der Pflicht“... „Unsere heutige Autonomie, das ist nur Anarchie, das ist die Herrschsucht des Einzelnen, ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung, auf das Wohl des Landes u. s. w. ... von der Gewissenhaftigkeit rede ich lieber nicht“... Der Herr hat vollkommen recht, aber wie wären die allpolnische Propaganda und solche Demonstrationen, wie die obengenannte Landesausstellung u. s. w. möglich ohne Inanspruchnahme der öffentlichen Gelder, — wie könnte man Galizien zu einem polnischen Piemont machen, wenn man auf die öffentliche Meinung und auf das Wohl des ruthenischen Landesteiles und des ruthenischen Volkes Rücksicht nehmen wollte? Das ist übrigens der Fluch der bösen That: die Unsittlichkeit ist immer „viel-

seitig“. Deshalb führt die polnische Schlachta ein bequemes Parasiten-dasein, nicht nur in politischer und nationaler, sondern auch in ökonomischer Hinsicht.

Das, was im Leben eines Einzelnen als Hochstapelei bezeichnet wird und im Strafgesetzbuche eine Definition findet, wird bei der Schlachta pompös als nationaler Stolz gerühmt. Da sie aber diesen „nationalen Stolz“ nicht in allen Gebieten des ehemaligen Polens bethätigen kann, deshalb muß das geschichtliche Polen „vom Meere bis zum Meere“ wieder hergestellt werden.

XI.

Der polnische Hakatismus.

Seit jeher klagen die Polen über die nationale Unduldsamkeit der in Preußen maßgebenden Kreise, über die polenfeindliche Politik der Regierung, die in den polnischen Blättern nach den Anfangsbuchstaben der bekannten Initiatoren der antipolnischen Aktion schlechterdings als Hakatismus bezeichnet wird. Besonders laut wurden diese Klagen in letzterer Zeit.

Jeder Unparteiische muß zugeben, daß den Polen in Preußen lezthin wiederholt Unrecht geschah. Was thaten aber die offiziellen Vertreter des Polentums? Sie ließen in der ganzen Welt ausposaunen, daß ihrem Volke, welches immer für die höchsten Güter der Menschheit erglühete, welches immer und überall für die Freiheit eintritt und in Galizien, wo es die Macht besitzt, sich nur von seinem Gerechtigkeitsinn bestimmen läßt, daß diesem Volke von den Preußen großes Unrecht widerfahre, und zwar ein solches Unrecht, wie es von den Polen noch niemals verübt wurde.

Wie bereits erwähnt, stellten sich bald verschiedene Schriftsteller mit ihren Publikationen in oben angedeutetem Sinne — voran der bereits genannte Dr. Smolka mit seinen belustigenden Argumenten und mit seiner fingierten Statistik — (vergl. Kap. V S. 21) ein. Dann folgten die schwungvollen und äußerst freiheitlichen Reden der Herren Radziwill und Dr. Komierowski im deutschen Reichstag, die natür-

lich bei dieser Gelegenheit der polnischen Wirtschaft in Galizien besonderes Lob spendeten; auch die galizischen Polen ließen auf sich nicht lange warten. Deren Sprecher, Fürst Czartoryski und Graf Dzieduszycki, protestierten gegen das Vorgehen der preußischen Regierung und traten als Anwälte der kardinalsten Menschenrechte auf. Besonders lobend wurde in Westeuropa die tapfere Haltung des Grafen Dzieduszycki hervorgehoben. Dieser Graf leitete aber, wie schon erwähnt, die blutigen Wahlen des Jahres 1897 und es wurde ihm deshalb der übliche Händedruck von seinem Konnationalen Ritter v. Oniewosz mit dem Hinweis darauf, daß Blut an diesen Händen klebe, verweigert. Solche Vergewaltigung ihrer Menschenrechte können die preußischen Polen doch nicht aufweisen.

Ich bin weit davon entfernt, der preußischen Regierung Beifall zu zollen; aber die polnischen Abgeordneten dürfen nicht glauben, daß dasjenige, welches sie in Preußen als unmenschlich und barbarisch bezeichnen, deshalb, weil es sich in Galizien in potenziertem Maße wiederholt, als „Ideal“ und Vorbild der Gerechtigkeit angesehen werden müsse. Als Fürst Radziwill im Reichstage erklärte, er wäre froh, wenn die Polen in Preußen so behandelt würden, wie die Ruthenen in Galizien, glossierte ein reichsdeutsches Blatt diese Worte sehr treffend, indem es die Regierung aufforderte, nach Galizien eine Kommission zu beordern, um die polnischen Verwaltungskünste an Ort und Stelle zu studieren und dann dieselben in Preußen anzuwenden.

Bevor wir zur Sache übergehen, muß hervorgehoben werden, daß die Parallele zwischen den galizischen und preußischen Zuständen ganz und gar jeder Berechtigung entbehrt. Vor allem ist Galizien nicht nur kein polnischer Staat, sondern auch kein polnisches Land, wie das schon die ruthenische Benennung des Landes „Galizien“ und der Name der Hauptstadt Lemberg, welchen diese Stadt nach dem einstmalig regierenden ruthenischen Fürsten Leo dem Großen führt, zeigen. Das heutige Galizien ist bekanntlich ein aus zwei, weder historisch noch ethnographisch zusammenhängenden Gebieten künstlich zusammengestücktes Land. Der westliche Teil mit Krakau gehörte ursprünglich dem polnischen Königreiche, der östliche mit Lemberg dem Ruthenenreiche, hatte eigene Fürsten und Könige und überging später an die polnischen Herrscher. Nach der Teilung Polens wurden diese beiden Länder auf Grund verschiedener Titel dem österreichischen

Staate einverleibt. Es ist daher begreiflich, daß der Gedanke einer Teilung Galiziens in die ursprünglichen Gebiete, die verschiedenartig gestaltet sind und sich nicht nach derselben Schablone verwalten lassen, wiederholt bei der österreichischen Regierung noch vor der konstitutionellen Ära auftauchte. Ja es bestanden sogar einige Zeit zwei Statthaltereien, eine in Krakau und eine in Lemberg (für Ostgalizien). Mit der Frage der Zweiteilung Galiziens beschäftigte sich auch der slavische Kongreß zu Prag im Jahre 1848, und diese Forderung haben alle ruthenischen Parteien in ihr Programm aufgenommen. Die Polen dagegen betrachten Ostgalizien als einen integrierenden Teil ihres herzustellenden Vaterlandes und die Zweiteilung Galiziens als eine vierte Teilung Polens. Während sie planmäßig bestrebt sind, dem ganzen Lande polnischen Charakter einzuprägen, verschärfen sie den Gegensatz zwischen den beiden Teilen durch die traditionelle Ausbeutung Ostgaliziens zu Gunsten Westgaliziens.

Artikel 19 der österreichischen Staatsgrundgesetze über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger besagt übrigens wörtlich:

„Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache.

Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt.

In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet werden, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder Volksstamm die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält.“

Solche Gesetze bestehen in Preußen, das als ein einheitlicher nationaler, deutscher Staat betrachtet wird, bekanntlich nicht. Der früher genannte Vergleich beruht also entweder auf Unwissenheit oder ist auf Irreführung der Unwissenden berechnet.

Trotzdem aber die Lage der Ruthenen in Galizien dem Buchstaben des Gesetzes nach viel besser sein sollte als die der preußischen Polen, ist in Wirklichkeit das Gegenteil der Fall. Anschaulich beweisen das nachstehende Ziffern:

Das Deutsche Reich zählt 56345014 Einwohner, Österreich

26150599. Trotzdem somit Deutschland mehr als zweimal so viel Einwohner besitzt als Österreich, hat der österreichische Reichsrat mehr Mitglieder (425), als der deutsche Reichstag. Auf 1 Mitglied des letzteren entfallen somit fast $2\frac{1}{4}$ mal so viele Köpfe als auf einen österreichischen Reichsratsabgeordneten. Es ist nicht zu vergessen, daß die Ruthenen in Galizien selbst nach der polnischen Statistik beinahe die Hälfte dieses Landes ausmachen, während die Polen in Preußen nur einen kleinen Bevölkerungsteil bilden. (Preußen hat 34463377 Einwohner, darunter über 3 Millionen Polen.) Die galizischen Ruthenen müßten somit im schlimmsten Fall zweimal so viele Abgeordnete haben als die Polen. Trotzdem zählt der Polenklub im deutschen Reichstage 14 Mitglieder, während von den 78 Abgeordneten, die Galizien in den Reichsrat entsendet, sich bloß 8 Ruthenen befinden. Ja selbst unter diesen 8 sind 3 polenfreundliche „Paraderuthenen“, die als Kandidaten des polnischen Wahlkomitees (gegen die ruthenischen) gewählt wurden. Man könnte einwenden, daran sei die — zweifellos veraltete und ungerechte — österreichische Wahlordnung schuld. Österreich besitzt aber auch die allgemeine Wählerklasse (V. Kurie), in welcher alle Staatsbürger wahlberechtigt sind. Aber gerade in dieser Wählerklasse wurden die Ruthenen dank der polnischen Wahlpraxis am meisten benachteiligt, denn von den 15 Mandaten, über welche die galizische V. Kurie verfügt, haben die Ruthenen im Jahre 1901 bloß ein einziges zu erkämpfen vermocht.

Aber wenn wir auch alle genannten 8 Abgeordneten als Vertreter des ruthenischen Volkes und die weiter unten besprochene polnische Statistik (Volkszählung) als richtig ansehen, ist noch immer das Unrecht so kraß, daß es sich durch keinerlei Floskeln beschönigen läßt. Denn selbst danach kommt in Galizien: 1 ruthenischer Abgeordneter auf 380275 ruthenische Einwohner, 1 polnischer Abgeordneter auf 56993 polnische Einwohner.

Somit ist es evident, daß, wenn die preußische Regierung nach dem polnischen Rezept handeln wollte, die Polen höchstens zwei Vertreter in den deutschen Reichstag entsenden könnten. Das wäre ein großes, aber gewiß nicht ein so schreiendes Unrecht, wie jenes, welches in Galizien den Ruthenen widerfährt.

Wenn Galizien ein polnisches Königreich wäre und zu Österreich in demselben Verhältnis stehen würde, wie Preußen zum

Deutschen Reiche, dann könnte gewiß kein einziger ruthenischer Abgeordneter die Schwelle des österreichischen Reichsrates betreten.

Betrachten wir nun genauer die Wirtschaft der Polen in Galizien, wo sie, weit weg von dem germanischen Feinde und unbehindert von demselben, ihre freiheitlichen Prinzipien an dem slavischen Brudervolk bethätigen können. Was sagen uns die Ziffern? Lassen wir sie sprechen!

Ganz Galizien	umfaßt einen Flächenraum von	78 496,84 km,
Ostgalizien	„ „ „ „	53 201,18 km,
Westgalizien	„ „ „ „	25 295,66 km.

Daraus ersehen wir, daß das vorwiegend ruthenische Ostgalizien 2,1mal so groß ist, als das überwiegend polnische Westgalizien. Im vorhinein sei betont, daß Ostgalizien einen viel fruchtbareren Boden und ein gesundes Klima hat; aber die völlige kulturelle Vernachlässigung dieses Landteiles, die stete Ausbeutung desselben zu Gunsten Westgaliziens und die traditionelle Devastationspolitik der Polen — wie wir unten nachweisen werden — haben zur Folge, daß Ostgalizien schwächer bevölkert ist als der westliche Teil. Auch die sozialen Verhältnisse sind in beiden Landesteilen verschiedenartig, und das Gemeindegewesen gestaltet sich im ruthenischen Teil ganz anders als im polnischen, was auch gewisse Schwierigkeiten in der Verwaltung zur Folge hat. Obwohl in Westgalizien viel mehr Städte und Städtchen existieren, ist doch die Durchschnittszahl der Einwohner einer Gemeinde viel kleiner als in Ostgalizien. Das Hauptmotiv zur Schaffung der Kreisgemeinden (die in Galizien geplant wird), — einer bei den Ruthenen sehr mißliebigen Reform — ist eben der Umstand, daß einzelne Gemeinden Westgaliziens zu klein sind, um die ihnen auferlegten Pflichten zu erfüllen. Dies gilt jedoch nicht für Ostgalizien, wo die Gemeinden groß genug sind.

Ostgalizien wird bei Meliorationen aller Art, Herstellung der Straßen u. s. w. gewissenlos zu Gunsten Westgaliziens exploitiert. Bis zum Jahre 1888 hat man

in Galizien	2807 km	Wege	gebaut,
„ Ostgalizien	647	„	„
„ Westgalizien	2160	„	„

Dabei ist zu bemerken, daß Westgalizien eine viel geringere Steuerlast zu tragen hat als Ostgalizien. Später, in den Jahren

1888—1894 wollte man diese „Stiefmütterlichkeit“ wenigstens zum Schein verbessern, aber trotz der „Freigebigkeit“ des Landtages zu dieser Zeit kommt Ostgalizien dem westlichen Landesteile bei weitem nicht gleich. Denn während das territoriale Verhältnis Westgaliziens zu Ostgalizien 1:2,1 beträgt, während sich die Summe der entrichteten Steuer wie 1:1,9 verhält, ist das Verhältnis der in dieser (1888—1894) für Ostgalizien glücklichsten Periode gebauten Wege wie 1:1,4. Diese Daten sind für Ostgalizien in anderen Jahren noch ungünstiger. Im Jahre 1900 hat der Landesauschuß für den Bau der Straßen in einzelnen Bezirken Galiziens Subventionen erteilt. Und zwar den Bezirksauschüssen

in Ostgalizien 26712 Kronen 50 Heller,
„ Westgalizien 93300 „ — „

Noch viel ärger geht es bei der Regulierung der Flüsse zu; wir könnten dies ziffernmäßig Jahr für Jahr nachweisen, es würde uns dies aber zu weit führen! Daher nur einige Beispiele. Die Kosten der durch den galizischen Landesauschuß bis zum Jahre 1898 durchgeführten oder vorbereiteten Meliorationen betragen:

in Ostgalizien 4325000 Kronen,
„ Westgalizien 13645000 „

Aus dem Berichte pro 1902 erfahren wir, daß für den Bau der Wasserstraßen und anderer Meliorationen 15261000 Kronen bestimmt sind. Davon bekommt

Ostgalizien 3800000 Kronen,
Westgalizien 11461000 „

Für die lokalen Regulierungen der Flüsse werden im ganzen 137498 Kronen bestimmt; davon erhält

Ostgalizien 15874 Kronen,
Westgalizien 121624 „

Nicht besser wird mit den Staatsgeldern gewirtschaftet, deren Verteilung nach dem Willen des Polenklubs und des Ministers für Galizien erfolgt. Im Jahre 1901 wurden aus dem Staatsfond für die Regulierung der Flüsse

in Ostgalizien 241448 Kronen 78 Heller,
„ Westgalizien 471720 „ 20 „ bestimmt;
im Jahre 1902 für die Regulierung der Flüsse

in Ostgalizien 270138 Kronen,
„ Westgalizien 435069 „

Was die Kommunikationsmittel und Meliorationen anbelangt, ist Ostgalizien, wie nachgewiesen wurde, völlig benachteiligt; dessen Geld wird zur Bereicherung des westlichen Teiles verwendet. Obwohl Ostgalizien doch der österreichischen Regierung untersteht, so empfindet es in erster Linie die Herrschaft der Polen. Vom Landtage kann man sich absolut ganz und gar nichts erhoffen, wenn man sich nicht auf den polnischen Patriotismus und auf die Treue zur polnischen Krone beruft. Stereotyp werden alle an den Landtag gerichteten Petitionen derartig stilisiert: „Es ist in diesem Bezirke die Straße herzustellen, weil über dieselbe einmal der polnische König fuhr...“ Dieses Schloß möge renoviert werden, weil hier dieser oder jener polnische Held geboren wurde...“ „Dieses Kloster möge auf Landeskosten restauriert werden, weil hier einmal der polnische König die heilige Messe hörte...“ u. s. w. u. s. w. Da es aber die Ruthenen nicht über sich bringen, die eigene Nation zu verleugnen und polnischen Patriotismus zu heucheln, werden fast alle ihre Forderungen rücksichtslos übergangen, — das polnische Westgalizien wird gefördert.

Die Fortsetzung dieser Wirtschaft bedroht Ostgalizien mit völliger Verwüstung.

Diese gewissenlose Vernachlässigung auf jedem Gebiete hat auch eine große Mortalität zur Folge, wie die nachstehenden Ziffern anschaulich beweisen:

Mit der größten Mortalität 40—41 pro Mille hat:

Ostgalizien . . . 2 Bezirke,
Westgalizien . . . — „

Mit der Mortalität 35—40 pro Mille hat:

Ostgalizien . . . 15 Bezirke,
Westgalizien . . . — „

Dafür mit der kleineren Mortalität 25—30 pro Mille hat:

Ostgalizien . . . 7 Bezirke,
Westgalizien . . . 15 „

Mit der kleinsten Mortalität 21,8—25 pro Mille hat:

Ostgalizien . . . 1 Bezirk,
Westgalizien . . . 9 Bezirke.

Trotzdem Ostgalizien ein gesundes Klima, viel üppigeren Boden und eine dünnere Bevölkerung als Westgalizien hat, weist ersteres im Vergleiche mit letzterem eine sehr starke Mortalität auf. Diese Erscheinung steht im Gegensatz zu allen ökonomischen, hygienischen und biologischen Gesetzen. Das sind die Folgen der vernichtenden polnischen Wirtschaft in diesem Landesteile.

Soviel von der wirtschaftlichen Gerechtigkeit der polnischen Machthaber in Galizien. Nicht besser ist es aber um sie auf dem kulturellen und nationalen Gebiet bestellt. Die Amtssprache in ganz Galizien ist ausschließlich polnisch. Der oberste Richter in Galizien, Oberlandesgerichtspräsident K. v. Tchorznicki, zwang vor einigen Monaten die ruthenischen Advokaten (also nicht Staatsbeamte, denn diese dürfen keinen Einspruch gegen die polnische Sprache erheben), den Eid in polnischer Sprache abzulegen. Die ihm untergebenen Bezirksgerichte kümmern sich gar nicht um die österreichischen Staatsgrundgesetze und um die diesbezüglichen Verordnungen des Justizministeriums, sie betreiben auch eine Polonisierungspolitik par excellence, korrespondieren mit ruthenischen Behörden (Gemeindegemeindefürsorgämtern, Pfarrämtern u. s. w.) und Parteien polnisch u. s. w. Was kann man nun von den administrativen Behörden erwarten, wenn die österreichischen Justizbehörden in Galizien auf diese Weise die Staatsgrundgesetze mit Füßen treten?

Vor kurzem entbrannte ein heftiger Kampf zwischen dem ruthenischen Klerus und den polnischen Behörden, und zwar aus dem Grunde, weil die ruthenischen Pfarrer mit den k. k. Staatsbehörden ruthenisch korrespondierten und von diesen polnische Schriftstücke nicht annehmen wollten. Die ruthenische Geistlichkeit mußte deshalb wiederholt harte Geldbuße entrichten, dem Pfarrer T. Grabec in Lypie wurden theologische Bücher gepfändet. (Die Polen sind bekanntlich beste Katholiken!) Die k. k. Bezirkshauptmannschaften erlaubten sich unerhörte Chikanen, die sonst in keinem Verfassungsstaate möglich wären. Im vorigen Jahre wurde dieser Streit zu Ungunsten des ruthenischen Klerus, und zwar in der Weise entschieden, daß die ruthenischen Pfarrer fortan verpflichtet sind, polnische Schriftstücke anzunehmen und sie nicht mehr ruthenisch zu beantworten.

Im ostgalizischen Städtchen Maszkivci wurden heuer von seiten der polnischen Behörde deutsche Geschäftshilder und Inschriften

mit Gewalt entfernt und durch polnische ersetzt. Dieser Vorgang wurde damit motiviert, die Anbringung deutscher Geschäftsschilder von seite mancher Geschäftsleute sei verfassungswidrig, da die ruthenische Bevölkerung deutsch nicht verstehe. Also diesmal lag den Polen die österreichische Verfassung so sehr am Herzen!

Ein Staatsbeamter in Galizien muß vor allem polnischer Patriot sein; die Ruthenen werden zu den Staatsämtern entweder gar nicht zugelassen, oder sie werden äußerst chikaniert, aus „dienstlichen Rücksichten“ nach Westgalizien versetzt u. s. w. Selbst ruthenische Richter werden oft gezwungen, den Dienst zu verlassen. Das ruthenische Element wird radikal aus dem Staatsdienst verdrängt. Der Vizepräsident der Finanz-Landesdirektion, Dr. v. Korytowski, hat die Finanzbezirks-Direktoren Ostgaliziens angewiesen, dahin zu wirken, daß die ihnen unterstehenden Beamten ruthenischen Vereinen nicht angehören, resp. aus denselben austreten, da ihnen sonst nachteilige Folgen bevorstehen. Auch der Gebrauch der ruthenischen Sprache im Amt wird in Galizien strenge geahndet. So wurde der Steueroffizial Kiszakewycz von Stanislaw nach Wieliczka in Westgalizien versetzt, weil er sich im Verkehre mit den ruthenischen Bauern der ruthenischen Sprache im Amte zu bedienen pflegte. Aus ähnlichen Gründen wurden viele andere Ruthenen, wie der k. k. Steuer-Oberinspektor Wandrowskij, der Finanzrat Jaworskij, der Steuer-einnehmer Berezowskij, Steuerkontrolor Szeparowycz u. a. nach Westgalizien versetzt.

Fast in keinem Amte Galiziens nimmt ein Ruthene eine leitende Stelle ein; jüngst wurde dieses System auch bei den galizischen Justizbehörden eingeführt. Bis vor kurzem sind die meisten Ruthenen in den Justizdienst eingetreten. Neulich noch klagten polnische Blätter über die angebliche Ruthenijierung der galizischen Gerichte und behaupteten, daß im ostgalizischen Oberlandesgerichtsprängel 60 Proz. der Richter Ruthenen seien. Letzthin nun half man diesem „Übel“ ab, indem man ganz einfach aus dem westgalizischen Oberlandesgerichtsprängel massenhaft die Richter nach Ostgalizien einschob. Nun befinden sich im ostgalizischen Oberlandesgerichtsprängel ihrer Nationalität nach folgende Richter:

in der	V. Rangklasse	9 Polen,	1 Ruthene,
„ „	VI. „	43 „	6 Ruthenen,
„ „	VII. „	240 „	101 „

in der VIII. Rangsklasse	198	Polen,	50	Ruthenen,
„ „ IX. „	393	„	76	„
Gerichts=Auskultanten	196	„	57	„

Im ganzen giebt es im Lemberger Oberlandesgerichtsprengel 1080 polnische und 291 ruthenische Konzeptsbeamte. Also jetzt bilden die Ruthenen nur 26 Prozent der Beamtenschaft sogar im ostgalizischen Oberlandesgerichtsprengel. Es soll überdies kein Ruthene mehr zum Bezirksrichter in Ostgalizien ernannt werden. (Leztthin treten sehr viele Ruthenen aus dem Grunde in den Justizdienst in Bosnien.)

Betont sei, daß als größte Chauvinisten und Ruthenenfeinde gerade die aus Preußen und Rußland zugereisten Polen, wie Hofrat Dr. Cwiklinski, Kasinowski (beide aus Preußen), Studnicki (aus Rußland), sich gebärden. Wenn preußische Polen über die hafatistische Verdeutschung polnischer Namen klagen, so sei bemerkt, daß in Galizien in viel größerem Maße ruthenische Namen polonisiert werden.

Um die Sachlage besser beurteilen zu können, muß man das Nationalitätsverhältnis näher kennen lernen. Nach der heutigen Praxis ist bei der Volkszählung in Galizien nicht die Mutter- oder zumindest Umgangssprache, sondern die Konfession maßgebend, selbst die aber nur, insofern sie den Polen paßt. Nach diesem System wird zur ruthenischen Nationalität nur derjenige gezählt, der sich zur griechisch-katholischen Konfession bekennt. Alle übrigen Ruthenen, sie mögen kein einziges Wort polnisch sprechen, bezeichnet man als Polen. Es leben in Galizien über eine Million ruthenischer Bauern, deren Ahnen zur polnischen Zeit, als die Ruthenen noch orthodox waren, zur römisch-katholischen Kirche bekehrt wurden. Diese sprechen nur ruthenisch, werden aber deshalb zu den Polen gezählt, weil sie nicht griechisch-katholischer Konfession sind! Auf seiten der Polen dagegen ist man nicht so exklusiv; die Herren sind in dieser Hinsicht sehr tolerant und nehmen alle möglichen Konfessionen auf. Zur polnischen Nationalität werden demnach alle römisch- und armenisch-, sowie viele griechisch-katholischer Konfession gerechnet, manche Protestanten, und beinahe alle Juden. Bei der Nationalitätsbestimmung sollte aber zumindest die Umgangssprache maßgebend sein. Diese ist bei den allermeisten Juden die deutsche und auf keinen Fall

die polnische Sprache. Ganze ruthenische und deutsche Dörfer werden deshalb als von Polen bewohnt bezeichnet, weil die Einwohner römisch-katholisch sind. Die Protestanten zählt man gewöhnlich zu den Deutschen.

Als Beispiel seien hier einige Daten aus dem letzten offiziellen Ortsrepertorium angeführt. Die notorisch deutsche Kolonie Freisfeld hat angeblich keinen einzigen deutschen Einwohner, weil sie alle der römisch-katholischen Kirche angehören. (Die noch vor kurzem deutsche Volksschule in diesem Dorfe wurde leztthin in eine polnische verwandelt.) Felsendorf hat nur 98 Protestanten, also 98 Deutsche, Malce 24 Protestanten, also 24 Deutsche, Borowa 27 Protestanten, 27 Deutsche. Eine der kleinsten deutschen Kolonien in Galizien, Deutschbach, hat 139 Einwohner; davon sind römisch-katholisch 18, griechisch-katholisch 19, mosaisch 9, protestantisch 93. Was die Nationalität anbelangt, sind 47 Polen und 92 Deutsche, — also alle römische und griechische Katholiken, alle Juden und 1 Protestant — sind „Polen“!

Wenn nicht die ganze ruthenische oder deutsche Ortschaft als rein polnisch bezeichnet wird, so wird zumindest etwas abgezwickelt. Nach der offiziellen Statistik aus dem Jahre 1890 waren in Galizien im ganzen:

römisch-kath.	2999716;	mosaisch	768845;	griech.-kath.	2790894.
Polen	3518996;			Ruthenen	2826262.

Nach der Statistik im Jahre 1900*) sind:

römisch-kath.	3350564;	mosaisch	811149;	griech.-kath.	3090139.
Polen	3990621;			Ruthenen	3042199.

Während somit im Jahre 1890 die Zahl der Ruthenen größer war als die der Angehörigen der griechisch-katholischen Kirche, ist jetzt das Gegenteil davon der Fall. Daß es aber umgekehrt viel mehr Ruthenen in Galizien giebt, als Angehörige der griechisch-katholischen Kirche, ist klar. Es befinden sich übrigens unter den ruthenischen Politikern solche Männer wie Dr. Selskij, Dr. Grabowskij, die römisch-katholisch sind. Rätselhaft erscheint auch die Zahl der Deutschen. Im Jahre 1880 betrug dieselbe 324000, im Jahre

*) Vergl. Dr. G. von Twardowski, Statistische Daten über Österreich. Wien 1902. (S. 41.)

1890 227000; im Jahre 1900 nurmehr 211041. So werden polnische Mehrheiten fabriziert.

Doch die galizischen Zustände entsprechen nicht einmal dieser polonisierten Statistik. Mit den dies bestätigenden Zahlen könnte man ganze Bücher ausfüllen. Wir beschränken uns aber auf einige Beispiele. Jedes Jahr bestimmt der galizische Landtag eine Summe für die Volksbildungsvereine, Theater, wissenschaftliche Gesellschaften u. s. w. Davon bekommen jährlich: die polnische Akademie der Wissenschaften in Krakau 57000 Kronen, — die ruthenische Schewzenko-Gesellschaft der Wissenschaften in Lemberg 10000 Kronen; polnische Theater 113060 Kronen, — ruthenische 14500 Kronen; die polnischen Internate 61000 Kronen, — die ruthenischen Internate 5000 Kronen; die polnischen Sokolvereine 7800 Kronen, — die ruthenischen Sokolvereine 200 (!) Kronen; die polnischen Musik- und Gesangvereine 14000 Kronen, — die ruthenischen 600 Kronen; die polnischen Volksbildungsvereine (deren Zweck es ist, vor allem die Thätigkeit der polnischen Ansiedelungskommission zu fördern) 60000 Kronen, — die ruthenischen bekommen keinen Heller. Der größte ruthenische Volksbildungsverein „Prošwita“ — dessen Thätigkeit sogar im Bericht des Landesauschusses lobend anerkannt wurde — hat bis zum Jahre 1901 eine Subvention von 6000 Kronen erhalten. Da der Verein aber der polnischen Ansiedelungskommission nicht paßt, wurde ihm auch diese Unterstützung entzogen. Ein ganz analoger polnischer Verein „Kółka Rolnicze“ bekommt vom Landtage 33000 Kronen, außerdem 17900 Kronen aus dem Staatsfonds (ruthenische Volksbildungsvereine erhalten natürlich aus dem Staatsfonds keinen Heller). Letzthin bestimmte der Landtag für Studentenvereine 2350 Kronen — davon für ruthenische 100 (!) Kronen.

Das ist die polnische Gerechtigkeit in Ziffern. Eine wuchtigere Sprache gegen die polnische „Freiheitsliebe“ kann wohl niemand führen als die Statistik. Ja, es giebt auch ehrliche Schlachzigen, die das einsehen, trotzdem aber gegen die überwiegende Majorität ihrer Stammesgenossen nichts ausrichten können. Der Vertreter der Großgrundbesitzer-Kurie im österreichischen Abgeordnetenhaus, Wladislaus Ritter von Gniewosz, kam in seinem Berichte vor den Wählern in Bołoczyn am 1. September 1902 auch auf die „ruthenische Frage“ zu sprechen. Er sagte unter anderem: „Wir könnten uns

schon das Handeln mit den Ruthenen wegen Sachen abgewöhnen, die ihnen gebühren, und die sie, in ihrer Kultur sowie in der Entwicklung ihrer Wissenschaft und Sprache fortschreitend, haben müssen Alles, was die Ruthenen bis jetzt erreichten, jeden Erfolg, erlangten sie gegen unseren Willen . . ." Dies sind die Worte eines Mitgliedes des Polenklubs.

Wenn nun aber die polnischen Abgeordneten im deutschen Reichstag noch immer Lobeshymnen auf die Wirtschaft ihrer Stammesgenossen in Galizien singen, ja dieselbe der preussischen Regierung als Muster vorhalten, so spekulieren sie offenbar auf die Leichtgläubigkeit der Deutschen, — oder aber sie sind von dem Glanze der „goldenen Freiheit“ ihrer galizischen Kompatrioten so geblendet, daß sie die Wirtschaft der letzteren wirklich für ein „Ideal“ halten, das auch in Preußen zu erreichen ihr innigster Wunsch wäre.

XII.

Wreschen in Galizien.

Wie erwähnt, lieben die Polen sehr eine Parallele zwischen den preussischen und galizischen Verhältnissen zu ziehen und rühmen sich vor der ganzen Welt, daß sie nicht so seien, wie „die bösen Teutonen“. Wenn auch ein solcher Vergleich erwiesenermaßen nicht berechtigt ist (da die Lage der Ruthenen juristisch viel günstiger gestaltet sein sollte wie die der Polen in Preußen), will ich doch den Polen die Freude an dieser Komparation nicht nehmen. Ich habe mir deshalb vorgenommen, die erwähnte Parallele durch positive Thatsachen zu vervollständigen, denn die bloßen Worte der polnischen Phrasenreue, wie Dr. Smolka, Graf Dzieduszycki und anderer Freiheitshelden besagen nicht viel, sobald man sie nicht durch konkrete Beispiele beleuchtet.

Die Wreschener Prügelstrafen, der Thorner Prozeß der polnischen Gymnasiasten u. s. w., das sind gewiß unerquickliche Vorkommnisse, — alles das kommt jedoch in weit größerem Maßstabe und seit längerer Zeit in Ostgalizien vor. Mir wurde in der Volksschule der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt, ebenso existieren in vielen ruthenischen Dörfern polnische Volksschulen mit polnischem Unterricht in der Religion. Dasselbe geschieht in vielen notorisch deutschen Kolonien, wie z. B. in Freisfeld im Cieszanower

Bezirk. Jüngst hat an der Lehrerinnen-Bildungsanstalt in Przemyśl die Lehrerin Szalowska den Zöglingen verboten, ihr Gebet ruthenisch zu verrichten. Dasselbe thaten in Stanislaw der Direktor Wojciechowski und der Lehrer Wlodyga. Selbst an dem Franz Josefs-Gymnasium in Lemberg ist der ruthenische Katechet, Pater Lepkij, seit 30 Jahren gezwungen, den Religionsunterricht in polnischer Sprache vorzutragen. Der Hauptunterschied ist der, daß hier daraus kein Krawall gemacht wird, während von den preußischen Vorgängen gleich die ganze Welt erfährt. Und wie viele ruthenische Gymnasiasten jedes Jahr ausgeschlossen, wie vielen Prozesse gemacht werden wegen „Verbrechen“, die sie niemals begingen! Tausende solcher Beispiele wären hier anzuführen! Das berechtigt gewiß die preußische Regierung noch lange nicht, das Vorgehen der Polen in Galizien nachzuahmen, — es ist aber unbegreiflich, warum die preußischen Polen dies von der genannten Regierung ausdrücklich verlangen und auf diese Weise nur noch größere Verfolgungen ihrer Stammesgenossen provozieren.

Es wurde bereits hervorgehoben (vergl. Kap. XI), daß nach den österreichischen Staatsgrundgesetzen alle Landessprachen gleichberechtigt sind und „die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein sollen, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder Volksstamm die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält“. Es besteht außerdem ein Erlass vom 12. VII. 1880 Z. 121, welcher ausdrücklich besagt:

„Der k. k. Unterrichtsminister ist im Sinne der galizischen Landes- und der Reichsgesetze berechtigt und verpflichtet, den Verfügungen auch des im allgemeinen autonomen galizischen Landeschulrates in Unterrichtsangelegenheiten und namentlich in Betreff der Unterrichtssprache in galizischen Volks- und Mittelschulen inhibierend und reformierend entgegenzutreten, insofern dieselben den bestehenden gesetzlichen Vorschriften, und nun gar den Staatsgrundgesetzen widersprechen.“

Wie schändlich aber sieht die galizische Wirklichkeit trotz dieser schönen Gesetze aus! In diesem, der Schlachta preisgegebenen Lande werden österreichische Staatsgrundgesetze mit Füßen getreten oder nur insofern beachtet, als sie den polnischen Potentaten zum Vortheile dienen! Die hohe Regierung traut sich nicht, ihre Pflicht zu

erfüllen, ja, sie bemüht sich sogar, huldvollst dem polnischen Adel Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Es hat zwar eine Zeit gegeben, wo auch der polnische Landesschulrat zum mindesten den Schein der Gesetzmäßigkeit wahren mußte, und das Unterrichtsministerium sich auch seiner Pflichten erinnerte. Freilich hat das nicht lange gedauert. So war es z. B. mit dem Erlasse des galizischen Landesschulrates vom 5. November 1868 Z. 8883, in welchem alle Ortsschulräte (also auch die ruthenischen und deutschen) aufgefordert wurden, sich der polnischen Amtssprache zu bedienen. Die Regierung trat zwar nicht sofort gegen diese Gesetzeswidrigkeit auf, sie vergaß aber doch noch nicht ganz ihrer Pflicht, denn am 9. Mai 1877 Z. 257 machte der österreichische Unterrichtsminister dem polnischen Landesschulrat klar, daß der erwähnte Erlaß gesetzwidrig gewesen sei. Deshalb widerrief der Landesschulrat diese unsinnige Verfügung am 22. Juli 1877 Z. 4508. Seit dieser Zeit nun änderten sich die Verhältnisse gewaltig. Die galizischen Behörden wurden mit besonderer Machtvollkommenheit ausgestattet, der galizische Landesschulrat hatte eine Zeitlang besondere Prerogative, wie z. B. das Ernennungsrecht von Gymnasialdirektoren, welches sonst überall in Österreich nicht einmal dem Ministerium, sondern allein der Krone zusteht. Nunmehr ist der galizische Landesschulrat fast ganz selbständig und kümmert sich wenig um das Unterrichtsministerium. Der galizische Landesschulrats-Vizepräsident wird deshalb bezeichnenderweise auch „polnischer Unterrichtsminister“ genannt. Im österreichischen Unterrichtsministerium nimmt immer ein Schlachzize eine einflußreiche Stelle ein; jetzt hat dieselbe der bekannte polnische Chauvinist Dr. Cwiklinski inne, ein aus Preußen zugereister Patriot. Alle galizischen Angelegenheiten müssen dessen Hände passieren. Übrigens trug das Unterrichtsministerium im allgemeinen zur Polonisierung Ostgaliziens am meisten bei. Mit dieser Behauptung stimmen auch die Äußerungen der Polen überein. Das bestätigt auch das in Galizien am meisten gelesene polnische Organ „Słowo Polskie“ (vom 16. März 1902). Im Leitartikel „Unterrichtsministerium“ sagt dieses Blatt, daß von allen österreichischen Zentralbehörden das Unterrichtsministerium den Polen das größte Wohlwollen bezeugt habe. Den Polen nicht sehr gewogen soll nur der Unterrichtsminister Kasner gewesen sein. „Słowo Polskie“ schreibt dann wörtlich:

„Hasner hat jedoch machtlos zuschauen müssen, wie das galizische Schulwesen vollständig polonisiert wurde.“

Wie diese vollständige Polonisierung vor sich ging, zeigt uns die Geschichte des galizischen Schulwesens.

A. Volksschulen. Wenn wir die Geschichte der Entwicklung der Volksschulen in Galizien näher betrachten, fällt uns eine merkwürdige Erscheinung auf: Vor der Einführung der allgemeinen Schulpflicht und der Pflicht zur Errichtung von Schulen (1873), besonders aber vor dem Jahre 1868, sehen wir unter den Ruthenen einen viel größeren Bildungsdrang als unter den Polen. So wurden bis zum Jahre 1868 von den Ruthenen 1293 rein ruthenische und 67 polnisch-ruthenische (utraquistische Schulen mit ruthenischem Charakter in den gemischtsprachigen Ortschaften), also zusammen 1360 Volksschulen errichtet, während die Zahl der polnischen in diesem Jahre 1055 betrug. Ruthenische Volksschulen waren überdies Schulen höheren Typus (mehrklassig) und wurden viel stärker besucht wie die polnischen. Noch in seinem amtlichen Berichte pro Jahr 1875/6 giebt der Landesschulrat zu, daß die meisten Gemeinden ohne Schulen die westgalizischen Bezirke: Wadowice, Bochnia, Tarnow, Rzeszow u. a. haben — die wenigsten dagegen ostgalizische Bezirke: Polocziv, Ternopil, Stryj, Stanislaw u. a.

Im Jahre 1876 waren:

Westgalizien	Ostgalizien	im Bezirke Polocziv auf 300 Gemeinden im ganzen	7 Gem. ohne Schulen,
		„ „ Stryj „ 231 „ „ „	34 „ „ „
		„ „ Ternopil „ 279 „ „ „	32 „ „ „
		„ „ Stanislaw „ 203 „ „ „	52 „ „ „
		im Bezirke Wadowice auf 375 Gemeinden im ganzen	237 Gem. ohne Schulen,
		„ „ Bochnia „ 315 „ „ „	137 „ „ „
„ „ Tarnow „ 360 „ „ „	131 „ „ „		

u. s. w.

Es bestanden sowohl polnische wie auch ruthenische Lehrerbildungsanstalten, die sogenannten Präparanden. Aus dem amtlichen Berichte des Landesschulrates erfahren wir, daß im Jahre 1868 die ruthenische Präparande in Lemberg von 82 Schülern, die polnische von 45 besucht wurde. Das ruthenische Volksschulwesen entwickelte sich entschieden viel besser als das polnische. Das Jahr 1868 bedeutet aber eine radikale Wendung in dieser Richtung. In diesem Jahre wurde nämlich der galizische Landesschulrat — das

„polnische Unterrichtsministerium“ — errichtet, der als seine wichtigste Aufgabe erachtete, ruthenische und deutsche Volksschulen in rein polnische oder zumindest in utraquistische zu verwandeln. Das Prinzip, daß jedem galizischen Schulkind die polnische Sprache eingeprägt werden müsse, wurde mit eiserner Konsequenz durchgeführt. Im Jahre 1871 sehen wir bereits anstatt 1293 — 572 rein ruthenische und anstatt 67 — 787 utraquistische Volksschulen. Damals haben aber die ruthenischen und der deutsche Abgeordnete Wildauer im österreichischen Parlament laute Klagen über die Polonisierung ruthenischer und deutscher Kinder in Galizien geführt und einen energischen Protest gegen das verfassungswidrige Vorgehen des „polnischen Unterrichtsministeriums“ erhoben. Der galizische Landeschulrat hat damals selbst zugeben müssen, daß eine so große Anzahl der utraquistischen Volksschulen keine Berechtigung habe, und daß er gesetzwidrig handelte. Deshalb finden wir in seinem amtlichen Berichte pro Jahr 1874 wieder 1537 rein=ruthenische, 1117 rein=polnische und keine einzige utraquistische Volksschule mehr. Im Jahre 1875 werden aber daraus 1340 rein=ruthenische, 1093 rein=polnische und 260 utraquistische Volksschulen gemacht. So ging es nun rapid weiter. Ruthenische Präparanden und rein=ruthenische Volksschulen wurden einfach kassiert. Seit dieser Zeit geht das Volksschulwesen in Ostgalizien zurück. Bereits im Jahre 1885 hat der Landeschulrat konstatieren können, daß der Zustand der Volksschulen in Westgalizien viel günstiger sei als der Ostgaliziens. (Gerade das Gegenteil vom Jahre 1868.) Im Jahre 1887 finden wir in Ostgalizien sehr viele sogenannte „nichtorganisierte“ Volksschulen mit provisorischen Lehrkräften ohne jede Qualifikation. In diesem Jahre besuchten die Schule 238000 polnische und nur 136000 ruthenische Kinder. Welch kolossaler Unterschied gegen das Jahr 1868! Man muß bei dieser Gelegenheit auch die finanzielle Gerechtigkeit des „polnischen Unterrichtsministeriums“ kennen lernen. Im Jahre 1878 wurden als Subventionen für die Volksschulen den westgalizischen Bezirken erteilt:

Krakau	12000	Gulden,
Wadowice	13000	„
Bochnia	12500	„
Zasło	12347	„
Rzeszow	17615	„

dafür bekommen die ostgalizischen Bezirke:

Horodok	1090 Gulden,
Zolkw	1630 "
Berezany	1923 "
Sustatyn	3000 "
Zaliszczyni	1500 "

Im Jahre 1879 bekamen:

Westgalizien	Krakau	12600 Gulden,	Ostgalizien	Mostyska	2593 Gulden,
	Wadowice	13000 "		Drohobycz	3983 "
	Neu Sandec	9470 "		Horodok	1179 "
	Bochnia	11210 "		Zolkw	5468 "
	Tarnow	14142 "		Berezany	1225 "
	Zaslo	12779 "		Lernopil	4742 "
Rzeszow	16996 "	Zaliszczyni	3835 "		
				Czortkw	1882 "

Die Volksschule wird nun überdies als das günstigste Polonisationsmittel betrachtet. Ruthenen werden als Lehrer entweder gar nicht verwendet, oder meistens an polnische Schulen geschickt. Im ostgalizischen Bezirke Lisko z. B. bewarb sich eine Ruthenin um eine Stelle als Volksschullehrerin. Der Inspektor sagte ihr wörtlich: „Sehen Sie, wir hätten einen Platz für Sie, wenn Sie eine Polin wären. Da Sie aber eine Ruthenin sind, können wir Sie nicht aufnehmen.“ Platz ist wirklich in jedem Bezirke, und viele Schulen sind gesperrt wegen Mangel an Lehrkräften — den polnischen Potentaten ist es aber nicht um passende, tüchtige Lehrkräfte, sondern bloß um polnische Agitationskräfte zu thun!

Wir sehen jetzt in Galizien nur rein=polnische (bloß diese entsprechen dem Sinne der österreichischen Verfassung) und utraquistische (quasi ruthenische) Volksschulen. Die letzteren, die auch als Schulen mit der ruthenischen Unterrichtssprache bezeichnet werden, sind eigentlich mehr polnisch. Den Lehrern an diesen Volksschulen wird eingeschärft, dafür Sorge zu tragen, „daß alle Schulkinder korrekt polnisch sprechen“. Deshalb sind erstere gezwungen, einen großen Teil der für andere Gegenstände bestimmten Unterrichtsstunden zur Erlernung der polnischen Sprache zu verwenden. Die Lehrer sind außerdem verpflichtet, die Kinder in der polnischen Geschichte zu unterweisen, denselben die Bedeutung der in jedem Städtchen befindlichen Denkmäler, wie das Sobieski-, Kosciuszko-Denkmal u. s. w. (mit diesen Gütern wird vor allem Ostgalizien reichlich bedacht) zu

erklären und polnisch-patriotische Lieder mit den Kindern zu singen. Wie ich die Volksschule absolvierte, habe ich zwar nicht gut multiplizieren, dafür aber sehr gut das Lied „Jeszcze Polska nie zginęła“ — „Noch ist Polen nicht verloren“ — singen können. Wir — ich und meine Schulkameraden — haben auch manche Kapitel aus der Geschichte der polnischen Aufstände, besonders „Kosciuszko pod Racławicami“ (Kosciuszko bei Racławice) sehr gut gekonnt. Meine Mitschüler haben es im „Ruthenischen“ aber nur bis zum Buchstabieren gebracht (ich habe meine Muttersprache nur zu Hause erlernt). Entsprechende Bilder und Bücher aus der Geschichte Polens wurden unter uns als Prämien verteilt. Uns allen wurde gar sehr eingeschärft, daß Österreich seine Existenz den Polen verdanke, daß „Sobieski nicht nur diesen Staat, sondern überhaupt die ganze europäische Zivilisation gerettet habe“. Wir Kinder, die wir von den politischen Verhältnissen Österreichs keine Ahnung hatten, haben die Polen als das in unserem Staate herrschende Element betrachten gelernt.

Die Volksschullehrer sind ebenfalls verpflichtet, allpolnischen Demonstrationen mit ruthenischen Kindern beizuwohnen. Ein in diesem Sinne nicht loyaler Lehrer wird suspendiert oder zumindest „aus Dienstücksichten“ nach Westgalizien versetzt. Die Folge solcher Schulpolitik ist die, daß die erwachsene Jugend in vielen Fällen ihre Muttersprache nicht einmal lesen kann, wie das selbst der Landeschulrat in seinem offiziellen Berichte zugiebt.

Ein alter Bauer (gewesener Gemeindevorsteher von Nowe Selo), Iwan Kruco, sagte mir im Jahre 1888: „Ich nehme es den Leuten nicht übel, daß sie ihre Kinder nicht in die Schule schicken wollen, ja selbst die Erhaltung der jetzigen Schule als Seccatur auffassen. Als die Schule ruthenisch war, waren wir froh, daß wir sie besuchen durften; aber heute ... heute lehrt man meine Enkel nur singen ‚Noch ist Polen nicht verloren‘. Wir Bauern aber wären froh, wenn es schon einmal ‚verloren‘ wäre ...“

Das ist eine prägnante, wenn auch simple Charakteristik der jetzigen, quasi — ruthenischen Volksschule und der polnischen Wirtschaft im allgemeinen.

Wie sieht nun diese jetzige „ruthenische“ Volksschule aus! Die Aufschrift des Gebäudes ist meist in polnischer Sprache, zuweilen in polnischer und ruthenischer. Alle Amtsschriften, Kataloge, Wochen-

bücher, Stundenpläne, sind ebenfalls in polnischer Sprache verfaßt. Der Lehrer darf mit allen Parteien und Behörden nur polnisch korrespondieren. Der Schulinspektor spricht mit den ruthenischen Kindern auch nur polnisch. Der duldsamste ostgalizische Schulinspektor Hampel (in seinem Bezirke sind deshalb viele ruthenische Lehrer) verbot den Lehrkräften gelegentlich einer Konferenz in Drohobycz am 19. September 1901 ruthenisch zu verhandeln und berief sich dabei auf einen Befehl von oben.

Was das Lehrmaterial selbst anbelangt, sei folgendes hervor-gehoben. Viele an den „ruthenischen“ Schulen angestellte Lehrpersonen können nicht ruthenisch schreiben. In ganz Galizien befinden sich 1113 Lehrkräfte ohne jede Qualifikation und $\frac{3}{4}$ davon „beglücken“ Ostgalizien und die „ruthenischen“ Schulen. Unter diesen wirklich unqualifizierbaren Lehrkräften befinden sich 974 Lehrerinnen (724 in Ostgalizien, 250 in Westgalizien). Dies ist sogar zu einem System geworden. Unqualifizierte Lehrpersonen sind begreiflicherweise von der Schlichta sehr abhängig und deren Zwecken sehr dienlich. Aber selbst diese quasi-ruthenische Volksschule, die erwiesenermaßen der allpolnischen Sache sehr gute Dienste leistet, wird nicht gerne, besonders nicht in Städten, geduldet. So wurden beispielsweise in Drohobycz im Jahre 1897 — 2 quasi-ruthenische Schulen in polnische verwandelt. Für die unentgeltlichen polnischen Schulbücher werden jährlich 61559 Kronen 44 Heller, für die ruthenischen aber nur 21922 Kronen 40 Heller bestimmt. Die quasi-ruthenischen Schulen sind meistens einklassig (es besteht keine einzige öffentliche quasi-ruthenische Bürgerschule), die rein-polnischen hingegen drei- bis sechsklassig. Im Jahre 1900 waren an den quasi-ruthenischen Volksschulen: 5 vierklassig, 20 drei-, 350 zwei- und 1519 einklassig. Rein-polnische Schulen waren 44 Bürgerschulen, 53 sechsklassige Volksschulen, 104 fünf-, 191 vier-, 40 drei-, 387 zweiklassig u. s. w. Im ganzen waren im Jahre 1900:

2000 thätige*) rein-polnische Schulen mit 5680 Klassen,
1894 „ quasi-ruthenische „ „ 2299 „

Aus dem neuesten Berichte des Landes Schulrates erfahren wir, daß in Galizien 2043 rein-polnische und 1932 quasi-ruthenische Schulen, und im ganzen 8182 Klassen bestehen. Wie viele Klassen auf pol-

*) Inaktive Schulen kommen nicht in Betracht, denn das gesperrte Schulgebäude hat für die Volksaufklärung keine Bedeutung.

nische und wie viele auf quasi-ruthenische Volksschulen entfallen, wird nicht gesagt. Man müßte aber sehr optimistisch sein, um anzunehmen, daß darunter 3000 „ruthenisch“ (gegen 2299 im Jahre 1900) und 5182 rein-polnisch (gegen 5680 im Jahre 1900) sind. Wenn wir uns aber sogar diese optimistische Annahme erlauben, dann bekommen wir:

2043 rein-polnische Schulen mit 5182 Klassen,
1932 quasi-ruthenische „ „ 3000 „

Das „polnische Unterrichtsministerium“ kann demnach folgende Verdienste aufweisen: Die Frequenz ruthenischer Schulkinder hat sich bedeutend gemindert, die Bauern betrachten die Volksschule als eine Seccatur und wollen dieselbe nicht besuchen. Dem entspricht auch das Niveau der Volksaufklärung in Ostgalizien. Während im Jahre 1868 die Ruthenen 1360 gegen 1055 polnische Schulen besaßen (oder 54,9 % gegen 42,6 %), sehen wir heutzutage gerade das Gegenteil. Die rein-ruthenischen Volksschulen von damals wurden aufgehoben und deren Stelle nimmt jetzt die quasi-ruthenische ein, wo nominell sowohl polnisch als ruthenisch, in der That aber fast nur polnisch gelehrt wird. Auf diese Weise wird also der Bildungsgrad der Ruthenen erniedrigt, das Schulwesen zu polnischen Agitationszwecken verwendet und die Schule zu einer Institution für offizielle Polonisierung gemacht. Die Polen löschen das ruthenische Licht aus, damit ihr eigenes leuchte.

B. Mittelschulen. Früher waren alle Mittelschulen in Galizien deutsch, die ruthenische Sprache wurde aber als obligater Gegenstand an denselben gelehrt. Das „polnische Unterrichtsministerium“ konnte aber dies nicht dulden. Bald wurden alle Mittelschulen in polnische verwandelt, ja die Mittelschule wurde zu einer echten Festung des Polentums gemacht. Freilich sträubten sich die Ruthenen dagegen. Die Schüler wollten nur deutsch oder ruthenisch antworten (es gab keine polnischen Schulbücher; die Schüler sollten aus deutschen Büchern lernen, und das Erlernte polnisch wiedergeben), durch verschiedene Repressalien hat jedoch der Landesschulrat unter Mitwirkung des damaligen Statthalters Grafen Goluhowski endlich sein Ziel erreicht. Heute sind in Galizien 31 polnische, 4 ruthenische und 2 deutsche Gymnasien; alle übrigen Mittelschulen, wie Real-, agronomische und Gewerbeschulen u. s. w. sind ausschließlich polnisch.

Die allpolnische Agitation wird erst recht in der Mittelschule betrieben. An allen allpolnischen Demonstrationen nehmen die Schüler in corpore teil, was von ihren Lehrern nur gutgeheißen wird. Um den Mittelschülern die skrupellose Teilnahme an der Grunwaldfeier zu ermöglichen, wurde heuer der Schulschluß vom Landes Schulrat früher als gewöhnlich festgesetzt. Die Lehrer veranstalten in der Schule Sammlungen für polnisch-patriotische Zwecke. Das polnische Blatt „Monitor“ (10. August 1902) berichtet, daß der Gymnasialprofessor Dr. Garlicki seit längerer Zeit von seinen Schülern „freiwillige“ Opfer für das polnische Gymnasium in Teschen sammelt. Wenn ein Schüler während der Stunde hinausgehen will, muß er 30 Heller für den erwähnten Zweck spendieren. Für „Übertretungen“ aller Art zahlen sie je 1 Krone und noch mehr. Das sind also „freiwillige Gaben“ der ostgalizischen (ruthenischen) Schuljugend für die „Rettung des Polentums in bedrohten Gebieten“. Den Schülern redet man zu, sich als Polen inskribieren zu lassen. Am Gymnasium in Przemyśl erklärte uns oft der Klassen- vorstand Bielski, daß wir alle Polen seien. Er sagte gewöhnlich: „Nur die Polen haben eigentlich das Recht, hier zu studieren, es giebt auch in der That keine Ruthenen, ihr seid auch Polen griechisch- katholischer Konfession. Um eine Spaltung zwischen den Polen hervorzurufen, hat Graf Stadion die sogenannte „ruthenische Frage“ geschaffen. Willst du aber durchaus ein Ruthene sein, — dann marsch nach Wien, bist du ein Deutscher, — dann marsch nach Berlin!“ —

Als Beweis, daß es nicht viel besser an den 6 nichtpolnischen Mittelschulen (Gymnasien) zugeht, möge folgendes Beispiel dienen. Am deutschen Gymnasium in Brody wurde ein polnischer Emigrant aus Preußen, Herr v. Kasinowski, als Professor angestellt. Er trug seine Gegenstände in polnischer Sprache vor, bezeichnete die deutsche Sprache als eine „Schöpfensprache, die abgeschafft werden müsse“ und sagte oft zu den Schülern: „Ich mache euch alle zu Polen und werde deren Hauptmann sein, wenn es zum polnischen Aufstande kommt.“

Die Ruthenen werden an den polnischen Mittelschulen äußerst verfolgt und den Eltern wird schon bei der Aufnahmeprüfung klar gemacht, daß man in Galizien in Folge der „Überproduktion der Intelligenz“ keinen Nutzen von der höheren Bildung haben könne.

(Ruthenische Bauern haben ohnedies kein besonderes Vertrauen zu den polnischen Mittelschulen.) Daher sehen wir dieselbe Erscheinung wie bei den Volksschulen: Die Anzahl der die Mittelschulen besuchenden Ruthenen ist unter der Ägide des „polnischen Unterrichtsministeriums“ stark reduziert worden. Man könnte auch das statistisch Jahr für Jahr nachweisen. Wir begnügen uns aber mit einigen Stichproben. Als alle Mittelschulen noch deutsch waren, besuchten im Jahre 1858 das Gymnasium in Sambir: 202 Ruthenen, 97 Polen, 34 Deutsche. An demselben Gymnasium waren im vorigen Jahre 528 Schüler inskribiert, darunter 167 Ruthenen. In Drohobycz machten im Jahre 1870 die Maturitätsprüfung 36 Ruthenen und 5 Polen, heute ist das Verhältnis gerade umgekehrt. Das haben wir der jetzigen Schulverwaltung, sowie der polnischen Vortragsprache zu verdanken. Daß dies keine Wortthuerie ist und daß die Vortragsprache eine große Bedeutung hat, ersieht man aus folgenden Zahlen: Vor 13 Jahren bestand in Przemyśl nur ein polnisches Gymnasium und an demselben waren 502 Polen und 212 Ruthenen inskribiert. Als aber in dieser Stadt ein ruthenisches Gymnasium errichtet wurde, hat die Zahl der ruthenischen Gymnasialisten um 141%, die der polnischen aber bloß um 45% zugenommen. Das ist ein schlagender Beweis dafür, wie ungern die Ruthenen polnische Schulen besuchen. Ruthenische Mittelschulen haben somit für Ostgalizien eine große kulturelle Bedeutung — gerade deshalb aber sträubt sich die Schlachta gegen deren Errichtung. Freilich schieben die galizischen Potentaten jede Schuld der Zentralregierung in die Schuhe. Dr. Smolka sagt, daß die Errichtung einer jeden Mittelschule im k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht entschieden werde. Nach Artikel VII des galizischen Landesgesetzes vom 22. Juni 1867 entscheidet jedoch über die Errichtung neuer ruthenischer Gymnasien der galizische Landtag (das einzige „polnische Parlament“, wie ihn die Polen mit Vorliebe bezeichnen) nach Anhören der Bezirksvertretung. Da haben wir es wieder mit einer rein galizischen Spezialität zu thun, die in keinem anderen Kronlande Österreichs vorkommt. Es ist das auch ein weiterer Beweis dafür, daß die Polen, resp. die Schlachta, in Österreich eine privilegierte Stelle einnehmen. Deshalb wurden in Galizien bis jetzt bloß 4 ruthenische Gymnasien errichtet, ja selbst diese, wie z. B. in Przemyśl, nur auf Intervention der Regierung. So schleppt

sich schon seit Jahren die Frage eines ruthenischen Gymnasiums in Stanislaw hin. Die Stanislawer Bezirksvertretung sprach sich für die Errichtung desselben aus, aber trotzdem wird diese Sache vom Landtag immer hinausgeschoben. Letztlich hat Graf Dzieduszycki die Beschlußfassung darüber vereitelt, derselbe Graf, welcher so eifrig für die Verstaatlichung des polnischen Gymnasiums in Teschen, sowie für die nationalen und Kulturbedürfnisse seiner preußischen Stammesgenossen plaidiert. Die Obstruktion ruthenischer Abgeordneter wurde dadurch beigelegt, daß man ihnen versprach, in der ersten Sitzung der nächsten Session des Landtages die Frage der Errichtung des genannten Gymnasiums in einer für sie günstigen Weise zu erledigen. Ob das nicht nur eine Hinterlist der Schlachta war, wird die bevorstehende Zukunft lehren! Oft hört man die Ausrede von seiten der polnischen Potentaten, es gebe zu wenig ruthenische Lehrkräfte für Mittelschulen. Nun sind aber sehr viele ruthenische Gymnasialprofessoren und Supplenten an polnischen Gymnasien, meistens gegen ihren Willen, angestellt; gerade an den polnischen Mittelschulen herrscht großer Mangel an Lehrern, weshalb aus diesem Grunde daselbst „verfrachte“ Mediziner, Juristen, ja selbst Theologen in Verwendung kommen. Und doch werden jedes Jahr neue polnische Realschulen und Gymnasien errichtet.

Bei dieser Gelegenheit muß man noch eines spezifisch-polnischen Charakteristikums gedenken: Wenn die Ruthenen ein Gymnasium verlangen, dann ist gleich die Ausrede da, es gäbe zu wenige ruthenische Schüler. Abgesehen davon, daß die Schüler, wie z. B. in Przemyśl selbstverständlich erst nach Eröffnung einer solchen Anstalt in einer übergroßen Zahl sich einfanden, wird dieser Umstand bei den Polen niemals berücksichtigt. Als das polnische Gymnasium in Teschen freiert wurde, hat man das entsprechende Schülermaterial in Galizien suchen müssen, um die Notwendigkeit der Schule nachzuweisen. Heute hat das ganze genannte Gymnasium 244 Schüler, darunter 57 aus Galizien. (Am deutschen Gymnasium in Teschen giebt es 91 Polen.) Das ruthenische Untergymnasium (4 Klassen) in Ternopil zählt aber 312 Schüler — diese Zahl halten jedoch die Herren Polen als eine zu niedrige und bezeichnen dieses Gymnasium „wegen geringer Schülerzahl“ als überflüssig!

Da sehen wir wieder dieselbe Tendenz, das Niveau der Volksaufklärung in Ostgalizien zu erniedrigen. Vergleichen wir nun

diese Verhältnisse mit den preußischen! Dort geschieht den Polen auch Unrecht, aber doch kein nur annähernd so großes. In Galizien wird der ruthenischen Bevölkerung der Weg zur Zivilisation einfach versperrt, während den preußischen Polen durch die deutsche Sprache alle Errungenschaften des menschlichen Geistes zugänglich gemacht werden. Jedem Unparteiischen ist es klar, daß die Erlernung dieser Sprache von ungleich größerem Nutzen ist, als etwa die der polnischen (für den Ruthenen) oder ruthenischen (für den Polen). Würde man die preußischen Polen fragen, welche Unterrichtssprache, ob deutsch oder ruthenisch, sie in ihren Schulen einführen wollten, ohne Zweifel würde ihre Wahl auf die erstere fallen. Aus diesem Grunde beschicken auch die Ruthenen deutsche Mittelschulen viel lieber als polnische.

Die galizischen Ruthenen werden somit kulturell und national geschädigt, die preußischen Polen nur national.

C. Hochschulen. Alle Hochschulen in Galizien, wie die Tierarzneischule, die Handelsakademie, die technische Hochschule (sämtliche in Lemberg) und die Universität zu Krakau sind ausschließlich polnisch. An der im Jahre 1784 gegründeten deutschen Universität in Lemberg bestanden anfangs nur deutsche, seit 1787 deutsche und ruthenische Lehrkanzeln. Nach ihrer Reaktivierung*) erhielt die Lemberger Hochschule denselben Charakter, wurde aber speziell für die Ruthenen bestimmt. Sie bekam im Jahre 1848 zwei ruthenische Lehrkanzeln, im Jahre 1862 kamen zwei neue hinzu (polnische Katheder bestanden damals an dieser Universität noch nicht) und weitere ruthenische wurden in Aussicht gestellt. Inzwischen hat sich die Lage in Galizien zu gunsten Polens geändert. 1871 wurde die Lemberger Universität bereits in eine utraquistische Hochschule verwandelt, das heißt, für polnische und ruthenische Vorträge bestimmt, — dies natürlich, wie alles in Galizien, nur nominell —, denn in der That wurde sie ganz polonisiert. Freilich ist die Befezung und Erhaltung dieser Universität den Polen nicht leicht geworden. Es waren keine passenden Kräfte vorhanden und man sah sich deshalb gezwungen, Leute ohne entsprechende Qualifikation heranzuziehen. Aus demselben Grunde werden noch jetzt an die Universitäten

*) Die Lemberger Universität wurde inzwischen aufgehoben, bald jedoch wieder hergestellt.

zu Lemberg und Krakau Ausländer berufen (der jetzige Rektor der Lemberger Universität, Dr. Ochensowski, stammt aus Rußland) und gerade nur diese sind gewöhnlich wirkliche akademische Lehrer — im krassen Gegensatz zu ihren galizischen Kollegen, die sich mehr mit der Politik als mit der Wissenschaft befassen. Zur Zeit des Überganges der Lemberger Universität in polnische Hände gab es noch gar keine polnische wissenschaftliche Terminologie, keine entsprechenden Handbücher u. s. w. Ja, noch heute werden an beiden galizischen Universitäten deutsche Hilfsbücher gebraucht, da manche Gegenstände noch gar nicht polnisch bearbeitet sind.

Aus dem Gesagten kann man leicht ersehen, inwiefern die Behauptungen eines dänischen Publizisten berechtigt sind, „daß die Polen den Ruthenen an ihrer eigenen Universität in Lemberg eine Lehrkanzel geschenkt hätten, dafür aber von ihnen nur Undank ernten“. Ja, es ist von den Ruthenen gewiß nur hyperloyal, wenn sie auf ihre eigene, von ihrem Gelde erhaltene Universität, sowie auf die bereits stehenden ruthenischen Lehrkanzeln verzichten und die Errichtung einer neuen Universität in Lemberg anstreben! Die Polen würden dabei nur ein gutes Geschäft machen, denn die bestehende, dem Namen nach utraquistische Universität in Lemberg würde mit einem Schlage zu einer rein polnischen Hochschule, welche die Ruthenen nicht mehr für sich in Anspruch nehmen würden; ruthenische Lehrkanzeln würden im Nu verschwunden sein. Doch gerade die Polen sind es, welche sich dagegen am meisten sträuben! Wenn die Ruthenen keine passenden Kräfte für ihre Universität hätten und sich mit der Errichtung einer neuen Hochschule also compromittieren würden — dann hätten die Polen sicherlich nichts dagegen! Aber mit den ruthenischen Gelehrten, die an vielerlei Universitäten — Czernowitz, Prag, Agram, Odessa, Kiew, Charkow u. s. w. — zerstreut sind, könnte man nicht eine, sondern drei Universitäten besetzen. Die Polen konnten über bedeutend weniger Kräfte verfügen, als ihnen die Lemberger Universität ausgeliefert wurde. Aber gerade hier „liegt der Hase im Pfeffer“! Die Polen wissen recht wohl, daß durch die Berufung ruthenischer Gelehrter*) nach Lemberg, durch Schaffung solch eines bedeutenden

*) Bitter bereuen die Polen, die Berufung des ruthenischen Gelehrten Kruszewskij aus Kiew an die ruthenische Lehrkanzel in Lemberg nicht verhindert zu haben. Derselbe brachte unter die galizischen Ruthenen neues Leben; er führte

Kulturzentrums (wie es die ruthenische Universität zweifellos wäre) die ruthenische Wissenschaft einen kolossalen Aufschwung erfahren würde. Die Träume der Polen von der gänzlichen Vernichtung der ruthenischen Kultur und von der gänzlichen Polonisierung Ostgaliziens, — sie würden zu Schaum werden. In Lemberg, in dem Herzen des polnischen Piemont, die Heimstätte ruthenischer Kultur schaffen: dies gleiche einem wuchtigen, direkt ins Herz des geschichtlichen Polen vom Meere bis zum Meere eingeschlagenen Keile, der die allpolnischen Bestrebungen vereiteln könnte, — und das werden die Herren Allpolen niemals zugeben!

Somit ist es evident, daß der Entvölkerungsweg, den die polnischen Potentaten einschlugen, viel schrecklicher ist, daß das konsequente, mit allen Künsten der Rabulistik geführte Polonisierungssystem in Ostgalizien den Ruthenen viel mehr Schaden zufügt als einzelne, wenn auch krasse Vorgänge à la Breschen.

XIII.

Der polnische Drang nach Osten.

Die Klagen der Polen über die deutsche Ansiedlungskommission und über die Germanisierungsarbeit der preußischen Haktatisten werden immer lauter. Polnische Publizisten und Abgeordnete sind gewiß im Recht, wenn sie das Vorgehen der genannten Faktoren brandmarken. Auch die Empörung des ganzen polnischen Volkes ist begreiflich, aber man darf deshalb nicht glauben, daß die Polen es vielleicht versäumen, dort, wo es in ihrer Macht steht, die nicht-polnischen Gebiete zu kolonisieren. Im Gegenteil! Sie verstehen dies bedeutend besser als die Preußen — nur daß den ersteren nicht so viele Mittel zu Gebote stehen, da Galizien bereits ganz ausgeraubt ist (vergl. Kap. X) und die österreichische Zentralregierung leider auch keine Millionen den polnischen Patrioten für ihre Kolonisationszwecke zur Verfügung stellen kann.

eine stramme Organisation der ruthenischen Szewczenko-Gesellschaft der Wissenschaften durch, welche der polnischen Akademie der Wissenschaften eine berechnete Konkurrenz macht.

Lassen wir aber zuerst polnische Schriftsteller über die katolischen Bestrebungen ihrer Stammesgenossen reden! Als ich im Jahre 1898 in einem deutschen Wiener Blatte für die Teilung Galiziens eintrat und im Namen der Gerechtigkeit von den oppositionellen Polen verlangte, für dieselbe zu agitieren, schrieb das äußerst objektive Blatt „Monitor“: „Aber wie kann man das verlangen, was würde dann aus der Wiederaufrichtung des geschichtlichen Polen und aus der Kolonisation Rutheniens?“ ... Die bereits zitierte polnische Monatschrift „Krytyka“ veröffentlicht im Augustheft 1902 einen Aufsatz, betitelt „Na Wschód“ („Nach Osten“), in welchem der polnische Drang nach Osten besprochen und die Politik der polnischen Machthaber den Ruthenen gegenüber als aggressiv bezeichnet wird. Es heißt daselbst wörtlich: „Wenn der Herr Studnicki behauptet, die Kolonisierung Ostgaliziens müsse durchgeführt werden, so haben wir mit aggressiven Bestrebungen zu thun.“ Weiter wird die polnische Wirtschaft in Galizien und die ruthenenfeindliche Politik der Schlachta einer scharfen Kritik unterzogen. Die Theorie der Allpolen, besonders des Schlachtzigen Ladislaus Ritter v. Studnicki (der für das herzustellende Polen den ganzen europäischen Osten samt Krim in Anspruch nimmt) besprechend, sagt der Verfasser des genannten Aufsatzes: „Vielleicht hätte der tapfere Studnicki Lust, bei dieser Gelegenheit auch die Niederlande zu annektieren?“ Der Verfasser plaidiert für die Nationalitätenautonomie und mahnt vor der herannahenden Katastrophe, die die ruthenenfeindliche Politik der Schlachta zweifellos herbeiführen werde.

Die Idee der Kolonisation ruthenischer Länder tauchte gleich nach der Vereinigung Westrutheniens mit Polen auf. Man versuchte auch wiederholt, diese Idee durchzuführen, die polnische Ansiedlungsarbeit wurde jedoch wiederholt durch ruthenische Aufstände zerstört. Unter der österreichischen Regierung begnügte sich die Schlachta anfangs damit, daß die Stelle der deutschen Bureaucratie die polnische eingenommen hat, — daß die polnische (die sich aus der Schlachta rekrutiert) einen großen Einfluß in Oesterreich erlangte und zu einem wichtigen Faktor der allpolnischen Propaganda geworden ist. Aber mit der Änderung der sozialen Anschauungen der Schlachta änderte sich das Polonisierungssystem. Zu allererst wurde nur der Adel und die Beamtenschaft als Nation betrachtet. Dann verspürte man aber den Mangel eines polnisch-patriotischen

Bürgertums. Man veranstaltete deshalb großpolnische Demonstrationen in den Städten immer öfter und öfter. Bald sah man jedoch ein, daß auf diese Weise die nationalen Legionen nicht zu erzeugen sind, da das galizische Bürgertum sich erst im Keime befindet. „Nun kommt die Reihe an die Bauern,“ so riefen die Führer der Schlachta. Man fing an, die Bauern zu den allpolnischen Manifestationen zuzuziehen und diese auf dem Lande zu veranstalten. Man glaubte nämlich, die ganze Bauernschaft Galiziens sehr leicht in den allpolnischen Wagen einspannen zu können. Aber man machte da die Rechnung ohne den Wirt. Zum Andenken an den Sieg von Grunwald, sowie an die polnische „Konstitution vom 3. Mai“ werden in Ostgalizien Eichen gepflanzt — leider aber bald von den ruthenischen Bauern ausgerissen. Der ruthenische Landmann will nämlich von derlei Kundgebungen gar nichts wissen, ja er faßt sie als Provokation auf. „Man wird uns endlich noch auf den Kopf polnische Denkmäler setzen,“ sagte vor kurzem einer in einer Versammlung.

Dieser Widerstand der ruthenischen Bevölkerung gegen die irredentistischen Bestrebungen der Schlachta brachte die Idee der Kolonisierung Ostgaliziens mit polnischen Bauern wieder in Erinnerung. Deshalb sehen wir in letzterer Zeit in Galizien das alte Ansiedlungssystem der Polen wieder aufblühen.

Durch wirtschaftliche, politische und nationale Chikanen zwingt man die Ruthenen, ihr Vaterland zu verlassen und nach Amerika auszuwandern. An ihre Stelle schiebt man nun polnische Bauern. Außerdem werden von den bankerottierten Großgrundbesitzern Landgüter angekauft und polnische Bauern auf denselben angesiedelt. Zu diesem Zwecke wurde eine Ansiedlungskommission, betitelt „Bank Parcelachjny“, gegründet. In letzterer Zeit wurden in Ostgalizien 23 Parzellierungen in 7 Bezirken vorgenommen und an polnische Ansiedler vergeben, u. zw.: 1) im Bezirk Radwirna 5 Ortschaften, 4596 Joch Acker; 2) im Bezirk Rakusz 5 Ortschaften, 3450 Joch Acker; 3) im Bezirk Rohatyn 2 Ortschaften, 1294 Joch Acker; 4) im Bezirk Starzy Sambir 6 Ortschaften, 1133 Joch Acker; 5) im Bezirk Stanislaw 3 Ortschaften, 1128 Joch Acker; 6) im Bezirk Sambir 1 Ortschaft, 700 Joch Acker; 7) im Bezirk Zydaczow 1 Ortschaft, 90 Joch Acker. — Die ruthenischen Bauern werden zum Ankauf von solchen Grundstücken oft selbst dann nicht zugelassen, wenn sie mehr bieten, wie es vor kurzem im Bezirk Strzy der Fall

war. Anfangs Juni dieses Jahres ist es sogar zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den ruthenischen Bauern und den polnischen Ansiedlern in Kaltwasser bei Lemberg gekommen. Bei dieser Gelegenheit wurden 2 polnische Ansiedler tödlich verwundet. Die Direktion der Parzellierungsbank nimmt nun die Kolonisation Ostgaliziens unter Gendarmerieassistentz vor. Der polnischen Kolonisationskommission stehen der allpolnische Verein „Szkoła ludowa“ sowie „Kółka rolnicze“ (letzterer bekommt sogar aus dem Staatsfonds reichliche Pauschalien) zur Seite. Diese Vereine gründen in Ostgalizien Dorfschulen, veranstalten patriotische Vorträge und Versammlungen, sowie Theatervorstellungen („Kościuszko bei Racławice“ und ähnliche); kurz und bündig: Sie bereiten den Boden für die Kolonisation vor und verbreiten die allpolnische Idee.

Solche patriotische Vereinigungen werden von den verschiedenen finanziellen Institutionen Galiziens unterstützt (vergl. Kap. X). Letzthin verlangte das Hauptorgan der Schlichta, „Czas“, daß der „Bank Parcelachny“ die Fonds der Landesbank zur Verfügung gestellt werden, — was ja sehr leicht möglich ist.

Um diese erspriessliche Thätigkeit der polnischen Ansiedlungskommission zu fördern, hat die polnische „Liga Narodowa“ (vergl. Kap. XX—XXI) in Galizien eine rege Agitation für Schaffung der Gesetze, welche die polnische Kolonisationsarbeit regeln, sowie die Durchführung der allpolnischen Ideen ermöglichen sollen, entwickelt. Im Auftrage der „Liga Narodowa“ wurden verschiedene Gesetzentwürfe betreffend die Einführung der Rentengüter, der Kreisgemeinden, sowie die Schaffung der Arbeitsvermittlungsbureaus, ausgearbeitet. Ja, es wurde sogar ein diesbezügliches Exekutivorgan „Szkoła nauk politycznych“ in Lemberg gegründet. Der Zweck dieser „Szkoła“ ist der, die allpolnische Politik zu regeln, Gesetzesprojekte zu schaffen, die öffentliche Meinung für dieselben vorzubereiten und mit allen Mitteln eine Sonderstellung Galiziens anzustreben.

Anfangs wurde diese legislative Arbeit der „Liga Narodowa“ (polnische Nationalregierung) nicht ernst genommen, doch bald erntete deren Saat reiche Früchte. Vor einem Jahre wurden dem galizischen Landtage 2 Gesetzentwürfe: 1) Über die Bildung der Rentengüter in Galizien, 2) über die zeitweise Unteilbarkeit der mittleren, mit Hilfe des Rentenkredits gebildeten landwirtschaftlichen Güter — unter-

breitet und vom Präsidium für angenommen erklärt, obwohl das Haus während der Abstimmung über dieselben erwiesenermaßen beschlußunfähig war. Diese Gesetze sollen den polnischen Bauern den Ankauf von ostgalizischen Wirtschaften erleichtern. Da aber die genannten Vorlagen verschiedene Widersprüche enthalten, wurden sie von der Regierung nochmals an den Landtag geleitet. Im Frühling dieses Jahres ist in demselben ein Gesetzentwurf über die Monopolisierung der Arbeitsvermittlungsbureaus durch das Land eingebracht worden, kam jedoch infolge der Obstruktion ruthenischer Abgeordneter noch nicht zur Verhandlung. Laut dieser Vorlage würde nur der Landesauschuß, also die Schlachta, das Recht haben, Arbeitsvermittlungsbureau zu gründen. Es soll nämlich beim Landesauschuß ein Zentral=Arbeitsvermittlungsbureau gegründet werden. Diesem werden Bezirks- und Gemeindebureaus unterstehen, und alle bereits bestehenden Arbeitsvermittlungen müssen derart reorganisiert werden, daß sie Glieder in der großen Kette bilden. Sie können aufgelöst werden, sobald sie nicht den Tendenzen des Zentralbureaus entsprechen. Die Gemeindeämter sind verpflichtet, die Thätigkeit der zu schaffenden Vermittlungsunternehmungen zu unterstützen, das Zentralbureau aber ist die alleinige Vermittlerin des In- und Auslandes. Auf diese Weise wäre die Schlachta die einzige Vermittlerin zwischen Arbeitgebern und Arbeituchern; die ersteren und letzteren wären von ihr abhängig.

Dieser Gesetzentwurf bezweckt also die Schaffung leicht beweglicher Arbeiterarmeen, die von der Schlachta abhängig und der polnischen Sache ergeben wären. Die Herren Allpolen könnten da dieselben von einem Ende Galiziens an das andere werfen und dadurch immer die Ruthenen sowie auch die Regierung in Schach halten; sie könnten verschiedene Demonstrationen und Krawalle hervorrufen, dabei aber immer hinter den Kulissen bleiben. Mit einem Worte: Es handelt sich hier nur um Schaffung nationaler Legionen (vergl. Kap. XX), welche die Wiederherstellung des geschichtlichen Polen und die Kolonisation von Ruthenien erleichtern würden.

Die Herren vom „Przegład Wszepolski“ und andere Irredentisten versprechen sich sehr viel von den Rentengütern und den Arbeitsvermittlungsbureaus, deren Schaffung sie für epochemachend in der Geschichte Polens nach dessen Teilung bezeichnen. Die allpolnische Propaganda soll also gesetzlich geregelt werden. Es bleibt

nur die Frage offen, ob sich ein Minister in Oesterreich findet, der sich nicht scheuen würde, die polnische Irredenta so offenkundig zu unterstützen, der die genannten allpolnischen Gesetzentwürfe der Krone zur Sanktionierung vorlegen und empfehlen würde.

Mit beispielloser Raffiniertheit setzt man alle Hebel an, um Ostgalizien zu kolonisieren und das ganze Land zu einem polnischen Piemont zu gestalten. Wir haben es mit einem polnischen Drang nach Osten par excellence zu thun. Jeder Unparteiische muß zugeben, daß die polnischen Potentaten in Galizien eine viel „wirksamere Thätigkeit“ entwickeln als die preußische Regierung in den polnischen Provinzen und daß das Entvölkerungssystem der ersteren viel praktischer ist, denn während die genannte Regierung Millionen verschwendet, um schließlich die Lage des verschuldeten polnischen Adels zu bessern, lassen sich die Polen für ihre „Arbeit“ in Ostgalizien noch gut bezahlen. Kurz und bündig: Die preußische Regierung könnte noch zu den Polen in die Lehre gehen. —

XIV.

Vierte Teilung Polens.

Ostgalizien war vor kurzem das Schauspiel einer Elementarbewegung ruthenischer Bauern. Diese erklärten nämlich, für den bisherigen Schundlohn auf den Feldern der Schlachta nicht mehr arbeiten zu wollen. Die Partei der Feldarbeiter ergriff die ganze ruthenische Gesellschaft; sie unterstützte die Strikenden sowohl moralisch, wie auch materiell. Ebenso waren die ruthenischen Blätter aller Schattierungen — von den reaktionärsten bis zu den fortschrittlichsten — auf Seite der Strikenden. Die ganze polnische Gesellschaft dagegen und deren Presse bekämpften ihn aufs äußerste.

Überall griff die Behörde ein, in jedem ruhigen, sonst verlassenen Nest wimmelte es von Bajonetten, denn es galt, die polnische Schlachta vor dem „materiellen Ruin“ zu beschützen, ihr auf jede mögliche Weise einen billigen Feldarbeiter zu verschaffen und was noch wichtiger — ihr politisches Prestige zu erhalten. Die Entrüstung des polnischen Adels war um so größer, als derselbe

nie geglaubt hätte, daß sich jemals der ruhige und übermäßig geduldige ruthenische Bauer zu einer solch solidarischen und energischen Verteidigung seiner Menschenrechte aufrufen werde. Die Schlachta weiß übrigens aus der Geschichte ihres Vaterlandes, daß ähnliche Bewegungen nur als Vorboten einer intensiven Aktion des ganzen ruthenischen Volkes zu betrachten seien. Nicht viel anders war es doch vor der ruthenischen Erhebung unter Chmelnyckij, die dem Polentum kolossale Niederlagen beibrachte, von welchen es sich nicht mehr erholen konnte. Auch damals war die Schlachta ihrer Herrschaft sicher — die barbarischen Inquisitionen, die Verfolgungen der damals noch orthodoxen Ruthenen, sowie deren materielle Ausbeutung waren in voller Blüte — auch damals schien das ganze ruthenische Volk ruhig und für immer eingeschlüfert zu sein. Und doch wurde diese Nation durch die übermütigen Orgien ihrer Bedrücker aus dem tiefen Schlaf geweckt. Mit elementarer Kraft erhob sich alles in den ruthenischen Provinzen zur allgemeinen Verblüffung der polnischen Machthaber. Wie gesagt, erschütterte die Chmelnyckij-Bewegung die Grundfesten des Polenreiches so stark, daß das letztere das Gleichgewicht nicht mehr erlangen konnte und rapid dem Abgrunde zurollte.

Deshalb bezeichneten auch die Organe der Schlachta die genannte Strikebewegung in Ostgalizien als den Beginn der „vierten Teilung Polens“, als einen Wendepunkt in dem nationalen Kampfe der Ruthenen, als ein epochemachendes Ereignis, das diesen Kampf zu einer Elementarbewegung der ganzen Bevölkerung Ostgaliziens stempelt und früher oder später zu einer Teilung Galiziens in zwei getrennte Verwaltungsgebiete führen kann.

„Ihr habt unsere Söhne von der Lemberger Universität vertrieben, wir werden euch nicht mehr für den bisherigen Schundlohn Robot leisten,“ erklärten ruthenische Bauern in mehreren Ortschaften, wie es selbst das polnische Blatt „Słowo Polskie“ berichtet. In manchen Dörfern wieder verlangten die Bedrückten vor allem die Garantie, daß sie politisch und national fortan mit den Bedrückern gleichberechtigt wären. Diese Forderung bezeichneten polnische Blätter als „empörend“!

Strike im nationalen Kampf — eine noch nie dagewesene Erscheinung! Und es ist doch so! Dieses Kuriosum haben die ebenfalls kuriosen galizischen Verhältnisse erzeugt, welche die Ruthenen

zu einer Proletarier-Nation machten. Die genannte Bewegung hatte nicht nur ökonomischen, sondern einen ausgesprochen nationalen Charakter; deshalb schreibt die schon zitierte polnische Revue „Krytyka“ aus diesem Anlasse:

„Der Plan der Ruthenen ist klar: Auf der ganzen Linie Sezessionen, Boykottierungen, Obstruktionen, Strike — das ganze Arsenal des jetzigen unblutigen, aber schrecklichen Krieges wurde von diesem Volke so leicht beherrscht. Also Exodus aus dem Landtage, Sezession aus der Universität, dann Boykottierung anderer Schulen; Obstruktion im Landtage — und der Feldarbeiterstrike? ... Täuschen wir uns nicht, das Feuer, das jetzt ganz Ostgalizien umfaßt, wendet sich gegen den niederen Lohn, aber zugleich, vielleicht sogar mehr noch gegen die Polen. Es hat mehr politischen wie ökonomischen Charakter ... Ich möchte ein falscher Prophet sein, — aber in Ostgalizien schreiten wir zum Kampfe aufs Messer! ... Da wir in Wien großen Einfluß besitzen, können wir die Ruthenen noch einige Zeit bekämpfen ...“ u. s. w. —

Das sind die Worte eines objektiven polnischen Beobachters, dem die galizischen Verhältnisse recht gut bekannt sind.

Während der Strikebewegung wurden ruthenische Lehrer, Staatsbeamte, Professoren, ja sogar höhere Richter — wie der Landesgerichtsrat Vociurkiw — rücksichtslos gemafregelt. Es ist bezeichnend, daß, während die ruthenische Geistlichkeit zu den Strikenden hält, die polnischen Priester von der Kanzel herab die ganze Bewegung als eine „vom Teufel inszenierte“, und das Verhalten des ruthenischen Klerus als „gottlos und teuflisch“ erklärten. Pater Domaradzki in Dunajiw bemühte sich sogar in seiner Predigt nachzuweisen, daß Christus ein Gegner des Strikes war und den täglichen Arbeitslohn auf 20 Kreuzer bestimmte.

Alles hat sich in Ostgalizien zum Kampfe gegen die Ruthenen die Hände gereicht. Die Soldaten, die Gendarmen, Gutsverwalter, Kommissäre, selbst die Amtsdienner wetteiferten in den Mißbräuchen gegen die persönliche Freiheit und die Habe der Strikenden. Auch die Postämter leisteten das Ihrige; deshalb gingen die ruthenischen Blätter in Ostgalizien in dieser Zeit meistens auf der Post „verloren“. Die Zeitung „Swoboda“ allein bekam in 6 Wochen 1800 Reklamationen. Die Gendarmen nahmen bei den Bauern Haus-

durchsuchungen vor und konfiszierten ihnen die von der Staatsanwaltschaft nicht beschlagnahmten Bücher und Zeitungen. So rettete man „das bedrohte Polentum“ in Ostgalizien.

Bevor wir zur allgemeinen Schilderung der Strikebewegung in Ostgalizien übergehen, müssen wir mit einigen Worten den Ursprung und die Vorgeschichte derselben erzählen. Man muß dem polnischen Publizisten von der „Krytyka“, welcher dem Ausstande nicht nur wirtschaftliche, sondern auch nationale Bedeutung zuschreibt, vollkommen rechtgeben. Die genannte Bewegung ist aber nicht über Nacht entstanden, sondern wurde von der Schlachta durch längere Zeit vorbereitet. Die durch langjährige polnische Herrschaft geknechtete galizische Bauernschaft konnte anfangs unter Österreichs Scepter doch gewissermaßen aufatmen; in besonders angenehmer Erinnerung blieb im Gedächtnis der ruthenischen Bauern die Regierung Josefs II. Es ist somit erklärlich, daß zu dieser Zeit bei den Ruthenen „Wien“ für die oberste Instanz galt, wo man „Gerechtigkeit finden müsse“; diese Überzeugung wirkte im dynastischen Sinne. Wenn dem ruthenischen Bauer ein Unrecht widerfuhr und derselbe in Galizien sein „Recht nicht finden“ konnte, packte er seine sieben Zwetschen und pilgerte nach Wien „zum Kaiser“. So wurden die Ruthenen zu „Tirolern des Ostens“. Als solche wurden sie von der österreichischen Regierung oft gebraucht und mißbraucht. Als die polnische Schlachta in Galizien wieder zur Macht gelangte, konnte sie den ruthenischen Bauern das „Pilgern nach Wien“ lange Zeit nicht abgewöhnen. Die Ruthenen setzten ihre Hoffnungen noch immer auf das Zentralparlament und auf die Zentralregierung. Doch Graf Badeni, sowie die blutigen Wahlen vom Jahre 1897 (die von der damaligen Regierung beschönigt und als legal bezeichnet wurden) kurierten radikal diese Loyalität der Ruthenen und ihren Glauben an die österreichischen Staatsgrundgesetze. Nach den Landtagswahlen des Jahres 1895 ließ Graf Badeni die zum Kaiser gesandte ruthenische Abordnung nicht einmal in die Hofburg (vergl. Kap. VII S. 33); seit der Zeit hörte das „Pilgern nach Wien“ gänzlich auf. Als dann nach den blutigen Reichsratswahlen des Jahres 1897 die gerichtlich nachgewiesenen Wahlmißbräuche ungestraft blieben und solche Wahlmacher, wie der k. k. Bezirkshauptmann Lanikiewicz, noch avancierten, — gaben die Ruthenen jede Hoffnung auf, ihr gutes Recht via Wien zu erlangen. Da dämmerte schon die Idee des passiven

Widerstandes. Bereits im Jahre 1897 berührte der ruthenische Publizist Budzynowski den Gedanken eines Generalfrikes. Das ganze Arsenal des modernen unblutigen Krieges, der Abstinenzpolitik, wurde bald den Ruthenen zu eigen. Die Ereignisse, die das bekunden sollten, folgten so rasch nacheinander, daß die Schlachta einfach sprachlos wurde. Der Verzweiflungsschrei „die vierte Teilung Polens“ entrang sich dann ihrer Brust, denn jetzt sind die Ruthenen nicht mehr die „Tiroler des Ostens“, die um ihr gutes Recht geduldig ersuchen, sondern ein Volk, das einmütig handelt und mit dem man rechnen muß.

Den Anfang machte der Exodus ruthenischer Abgeordneter aus dem galizischen Landtage, dann folgte die massenhafte Sezession der bis aufs äußerste getriebenen Ruthenen aus der Lemberger Universität, dann die Obstruktion ruthenischer Abgeordneter im neuen Landtage, schließlich der Feldarbeiterstrike, der hauptsächlich von der national-demokratischen Partei dirigiert wurde. Die Bauern verlangten nicht nur höhere Löhne, sondern wollten überhaupt nicht mehr als Heloten behandelt werden.

Freilich basierte diese Bauernbewegung auch auf wirtschaftlicher Grundlage und auf dem Antagonismus zwischen der Schlachta und den ruthenischen Bauern. Diese wurden durch die polnische Wirtschaft materiell zu grunde gerichtet; der mittlere Besitz verschwindet in Galizien ganz einfach, der kleine verbröckelt sich bis an die äußerste Möglichkeitsgrenze, — anderseits zeigen sich die Vorboten des Kapitalismus, die Günstlinge der polnischen Behörden (meistens die sogenannten Wahlhähnen), verschiedene Spekulanten, Wucherer u. s. w., welche die Verfallsprodukte des ehemaligen Bauernstandes zu neuen Einheiten sammeln. 463,7 pro Mille Grundeigentümer in Galizien besitzen demnach keine ganzen 2 Joch Acker mehr. Diese Verhältnisse sehen besonders in Ostgalizien sehr drastisch aus; denn wenn auch der Schlachzize mit den polnischen Bauern nicht immer in idyllischer Eintracht lebt, so erblickt er in ihnen doch seine Konnationalen, mit denen er alle polnischen Demonstrationen u. s. w. mitmachen muß. Im ruthenischen Bauer sieht er nur ein bequemes Ausbeutungsobjekt und ein Hindernis zur Verwirklichung seiner nationalen Bestrebungen. Der ostgalizische Bauer wird somit von dem polnischen Adel viel gewissenloser exploitiert, als der westgalizische. Die Viehweiden und Wälder wurden ersteren von der Schlachta gesetzwidrig

entzogen; diese Eigentumsentziehung führt noch heute zu blutigen Zusammenstößen. So kam es vor 1 $\frac{1}{2}$ Jahren in Manasthyrec zwischen den Bauern und den das behördlich anerkannte „Eigentum“ des Grafen Krasicki beschützenden Gendarmen zu einem blutigen Kampfe, wobei einige Bauern auf der Stelle blieben. Dieser Zwischenfall fand ein Echo im österreichischen Parlament, die Behörden sahen sich genötigt, die Sache näher zu untersuchen und es stellte sich heraus, daß die Bauern doch im Recht waren. Es wurde ihnen zuerkannt, was sie verlangten, — allerdings kostete sie dieser Erfolg blutige Opfer. In den Gemeinden, wo die Bauern nicht den Mut haben, das „Eigentum“ der Schlachta anzugreifen, müssen sie für die Viehweiden und das Holz aus ihren Wäldern von Jahr zu Jahr mehr zahlen. Ja, den Widerspenstigen, die bei den Wahlen oppositionell stimmen, wird nicht einmal diese Gnade zuteil: Ihnen wird die Weide nicht verpachtet und kein Stück Holz verkauft. Für das Sammeln der Waldbeeren und Schwämme, für jeden, wenn auch geringfügigen Verstoß gegen das Eigentum des Schlachzigen, für den kleinsten vom Vieh angerichteten Schaden wird der Bauer empfindlich gestraft und gepfändet. „Wenn mein Vieh nur mit einem Fuß das herrschaftliche Gut betritt, muß ich 24 Kronen zahlen,“ weinend sagte dies dem Verfasser dieser Schrift eine Witwe. Die Willkür der Schlachta hat keine Grenzen. Kurfowski, der Gutsverwalter beim Grafen Landkoronski, nimmt jeder Frauensperson, die er beim Sammeln von Waldbeeren oder Schwämmen ertappt, alle Kleider samt Hemd fort und läßt sie in Evas Kostüm frei. In Rozkitw (Eigentum des Herrn Ritter v. Rozwadowski) suchte ein 75jähriger Mann Beeren und wurde dabei auf frischer That ertappt. Er wurde vom Leibe gepfändet und in Adams Kostüm vor den Schlachzigen geführt. Herr Rozwadowski bearbeitete den nackten Greis eigenhändig mit seinem Spazierstocke.

Als Helfershelfer der Schlachta erscheinen gemeine Verbrecher, die ihre Freiheit und die Gunst der polnischen Machthaber durch verschiedene Wahlmißbräuche und Gewaltthätigkeiten erkaufen. Sie betreiben gewöhnlich ein Wuchergewerbe und saugen dem Volke das Mark aus den Knochen. Im Frühjahr oder zur Erntezeit, also zu einer Zeit, wo der Bauer keinen Kreuzer besitzt, wird für die Steuerrückstände und für die kleinsten Schulden bei den privilegierten Wucherern der Grundbesitz des Bauers versteigert und zu lächerlich

kleinen Preisen an die genannten Wahlhähnen verkauft. Ein ähnliches Gewerbe betreiben die polnischen Banken. Die berühmte „Bauernbank“ des Fürsten Adam Sapieha allein ruinierte 40000 Bauernfamilien.

Der ruthenische Bauer befindet sich somit sowohl wirtschaftlich wie auch politisch in der Hand der Schlachta. Für jede Weide, für jedes Stück Holz muß er immer mehr zahlen, bekommt aber für die geleistete Feldarbeit immer weniger. Der Strike bezweckte also unter anderem auch die Emanzipation der Bauern aus der Macht der Schlachzizen.

Es seien nun die Stimmen zweier polnischer Blätter angeführt, die wegen ihrer Ruthenenfeindlichkeit bekannt sind und den Feldarbeiterstrike in Ostgalizien mit Denunziationen, Verdrehung der Thatsachen bekämpften, die Regierung zu den strengsten Repressalien drängten u. s. w., gleich zu Anfang aber die Gefahr der Bewegung für die allpolnische Sache voraussehend, die Großgrundbesitzer zur Nachgiebigkeit zu bewegen suchten. Das Schlachzizenorgan „Dziennik Polski“ (Nr. 299 vom 29. Juni 1902) schrieb im Leitartikel „Die Gefahr des Feldarbeiterstrikes“: „Wir konstatieren auf Grund der authentischen Berichte, daß die Ursache des Feldarbeiterstrikes, dem der Strike in ganz Ostgalizien folgen kann, die unehrliche Ausbeutung der Feldarbeiter ist.“ Das andere ultra-patriotische Blatt „Słowo Polskie“ (vom 25. Juli 1902) sagt: „Es ist eine unwiderlegliche Thatsache, daß der Lohn der Feldarbeiter, besonders in Ostgalizien, beispiellos niedrig ist; er ist ein Hungerlohn, der dem Bauer für die notwendigsten Bedürfnisse nicht ausreicht. Außerdem kommen hie und da Mißbräuche vor, die den Feldarbeiter um den größten Teil seines auch sonst kläglichen Verdienstes berauben.“ Natürlich denunzierte später dasselbe Blatt den k. k. Bezirkshauptmann Studzinski (der einzige Bezirkshauptmann, der glaubte verpflichtet zu sein, beim Abschluß der Verträge zu intervenieren, was gewöhnlich einen beide Teile befriedigenden Ausgleich herbeiführte) als einen Ruthenenfreund, „der sich einbilde, die Ursache der Bewegung sei die Ausbeutung der Bauern durch die Großgrundbesitzer“.

In den fürstlich Sapiehaschen Gütern, wie Wilki, Hajj und andere, betrug der tägliche Lohn im Winter 12—18 Kreuzer, im Sommer 16—30 Kreuzer. Andere Schlachzizen zahlen noch weniger. Ja, selbst den kleinen, versprochenen Lohn bekommt der Bauer nicht

immer, sondern er muß zuweilen monatelang darauf warten. Da in mehreren Gegenden die Großgrundbesitzer mit den strikenden Bauern einen Vertrag schlossen, veranstalteten polnische Reichsratsabgeordnete in ganz Ostgalizien Versammlungen, in welchen beschlossen wurde, nicht um einen Kreuzer mehr den ruthenischen Bauern zu zahlen wie bisher und polnische Feldarbeiter aus Westgalizien zu beziehen, wenn auch diese immer mehr kosten, als die ruthenischen verlangen. Trotzdem wurde an den Ministerpräsidenten ein Telegramm um das andere abgeschickt, in welchen die Regierung um Hilfe gegen die ruthenischen Bauern ersucht wurde.

Sehr charakteristisch war das Verhalten der Regierungsorgane in Galizien während des Strikes. Dem Großgrundbesitzer in Jaktariw, der bereits 42 Kreuzer täglich geben wollte, sagte der intervenierende k. k. Bezirkshauptmann Winiarski: „Das ist zu viel!“ und zu den Abgesandten der Bauern: „Wenn ihr den Vertrag nicht schließt, werden auf eure Kosten hierher Husaren kommandiert und in eueren Häusern untergebracht. Ich werde euch das Striken schon abgewöhnen! Ihr Lumpen, Schuste!“ In Didykw wurden die Pferde der Husaren in den Scheunen der Bauern mitten im Getreide untergebracht und ruinierten selbstverständlich letzteres. „Vor allem muß man die ruthenischen Pfaffen belehren, wie der Strike zu unterstützen sei“ — war die Devise der Machthaber. In Perepelnyki hat der k. k. Kommissär Przychylowski 9 Mannen samt Pferden beim dortigen ruthenischen Pfarrer, trotz seiner Vorstellungen, „im Namen des Gesetzes“ einquartiert; das Vieh des Priesters wurde ins Freie hinaus getrieben. Überdies mußte der Pfarrer für die Pferde Futter u. s. w. besorgen, sonst wurden die Scheunen erbrochen. Derselbe Kommissär stellte beim Pfarrer Miszewycz 18 Mannen samt Pferden ein, u. zw. im Stalle und in der Scheune. Die Pferde ruinierten die ganze Kreszenz. Der Pfarrer wird somit wahrscheinlich sein eigenes Vieh verkaufen müssen.

Es ist also evident, daß das Militär in den ruthenischen Dörfern nur deshalb einquartiert wurde, um die Bevölkerung materiell zu schädigen. Deshalb wurde auch meistens das Militär bei solchen, die man bestrafen wollte, eingestellt. In Mahirnianka gab man den Soldaten Schnaps zu trinken, damit sie besser „wirtschaften“. Dies verfehlte seine Wirkung nicht; denn wirklich „hausten“ sie in räube-

rischer Weise. Einem Bauer demolierten sie das Strohdach seines Hauses und benutzten das so gewonnene Stroh als Streu für ihre Rosse. Eine hübsche, junge Witwe, namens Geleta, wollten sie vergewaltigen; deren Haus wurde erstürmt, die Thür erbrochen. In ihrer Angst und Verzweiflung ergriff sie durch das offenstehende Fenster die Flucht, ihre kleinen Kinder zurücklassend. In Szwałkowi wurde das Mitglied des Strikekomitees, Georg Zwancin, verhaftet und in dessen Abwesenheit seine Wohnung als Quartier für alle Soldaten benützt; seine Wirtschaft wurde zu einem Militärlager gemacht.

Betrunkene Gendarmen und Soldaten (meistens Magyaren) hausten in Ostgalizien wie die Tataren. Sie prügelten die Leute, wobei ihnen volle Freiheit gelassen wurde. In Kobylowoloki wurden Paul Swoboda und Josef Wiszniowski von den sie eskortierenden Gendarmen dafür geohrfeigt, daß sie vor dem Gutspächter ihr Haupt nicht entblößten. Schwangere Weiber wurden überfallen und gefesselt ins Gefängnis eingeliefert, Kinder mißhandelt, die Väter massenhaft eingekerkert und ihre kärgliche Habe geplündert. Es wurden Bacchanalien im großen Stil veranstaltet. Auf Befehl der k. k. Bezirkskommissäre wurden die Gemeindefassen erbrochen und das Geld zum Zwecke der Unterdrückung des Strikes verwendet. Die meisten k. k. Bezirkskommissäre erachteten es für ihre einzige Pflicht, die Verhandlungen der Bauern mit den Großgrundbesitzern zu verhindern. Deshalb wurden meistens die Abgesandten der Bauern verhaftet. In mehreren Ortschaften brachen die Großgrundbesitzer auf einen Wink von oben her den bereits geschlossenen Vertrag. Die Schlachta wollte nämlich die Verhängung des Standrechtes über Ostgalizien erzwingen. In Harbuzow sagte der k. k. Kommissär Skonecki zu den Bauern: „Der Herr Graf wird euch nichts erhöhen, dafür werde ich schon sorgen. So habe ich's beispielsweise in Perepelnyki gemacht. Die Frau Gutbesitzerin hat den Lohn erhöht, hat aber auf mein Zureden den Vertrag gebrochen ...“ ... „Unsere Aufgabe ist es — sagte derselbe Herr — den Vertrag zwischen den Strikenden und den Großgrundbesitzern überall zu vereiteln, um die Bauern gänzlich zu unterdrücken und den Haß derselben wegen des Mißerfolges des Strikes gegen die Führer abzulenken“. In den Landgütern des Grafen Lanckoronski verlangten die Bauern nur um 5 Kreuzer mehr als bisher. Der Graf

erklärte aber, er werde keinen Kreuzer mehr geben, selbst wenn alles auf dem Felde verfaulen sollte.

Die Maßnahmen der Regierung wandten sich sowohl gegen arme wie reiche Bauern, gegen die ruthenische Intelligenz und den ruthenischen Alerus, weil letztere die Strikenden materiell und moralisch unterstützten. Wenn der Gendarm einem intelligenten Manne in Ostgalizien begegnete, fing er seine Amtshandlung mit der Frage an: „Sind Sie ein Pole oder ein Ruthene?“ Oft wurde der Ruthene ohne jeden Grund verhaftet. Solch Terrorismus, solch grenzenlose Willkür der Schlachta und der polnischen Behörden waren selbst in Ostgalizien bis jetzt noch nicht bekannt. Sogar ruthenische Richter, die sich den Strikenden gegenüber objektiv verhielten, — wie der Landesgerichtsrat Bociurkiv — wurden suspendiert! ...

Durch die Zuziehung polnischer Bauern aus Westgalizien, sowie durch die gewaltthätige Kolonisation Ostgaliziens mit polnischen Bauern wurde der nationale Antagonismus sehr verschärft. Die polnischen Feldarbeiter spielen hier die Rolle der agents provocateurs; so war es z. B. in Gaje der Fall, wo 150 derselben unter Assistenz der Gendarmerie bewaffnet und mit verschiedenen Getränken so lange bewirtet wurden, bis sie berauscht waren und mit den Ruthenen einen Streit vom Zaune brachen. Es kam dabei zu Blutvergießungen, wobei die Gendarmerie nicht eingreifen wollte und bloß eine passive Rolle spielte.

Trotz dieser barbarischen Maßnahmen, trotzdem viele ruthenische Bauern von den polnischen Behörden materiell ruiniert wurden, hat der Strike doch der Schlachta großen Schaden angerichtet. Sie mußte endlich und schließlich doch den bisher lächerlich kleinen Lohn erhöhen, die slavische Subordination der Bauern wurde gebrochen („Wir sind Menschen und wollen als solche behandelt werden,“ hieß es von ihrer Seite), — was aber die Hauptsache ist: bei dieser Gelegenheit zeigte sich eine derart starke Solidarität der ganzen ruthenischen Bevölkerung, daß die Schlachta vor ihr zurückschrak. Da standen sich nicht zwei soziale Klassen, sondern zwei gegnerische Völker einander gegenüber, von denen man kaum annehmen kann, daß sie einmal einen neuen Staatsorganismus gemeinschaftlich herstellen und in demselben friedlich nebeneinander leben werden.

Der bereits vor zwei Jahren von der national-demokratischen Partei angekündigte Feldarbeiterstrike bildet zweifellos ein Glied

in der Kette einer neuen Taktik der Ruthenen. Über kurz oder lang wird nun eine intensive und energische Massenbewegung der Ruthenen gegen die allpolnischen Bestrebungen erfolgen. Diese Aktion wird nicht mit Husaren und Bajonetten unterdrückt werden, — Ostgalizien wird man wahrscheinlich nicht mehr als einen Teil des polnischen Zukunftskönigreiches betrachten können. Also Hannibal ante portas: „Vierte Teilung Polens“ in Aussicht!

XV.

Der neue Kurs.

Wie bereits eingangs bemerkt wurde (vergl. Kap. IV S. 16), gab es Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts unter den polnischen Politikern Männer, die ernstlich daran dachten, die Wiederherstellung des polnischen Königreiches durch Rußland anzustreben. Damals war jedoch diese Politik noch nicht reif, denn der Haß der katholischen Schlachta gegen das orthodoxe Rußland war noch zu groß. Deshalb sehen wir später die Polen ohne Unterschied der Partei mehr dem deutschen Westen als dem slavischen Osten zuneigen. Noch vor kurzem erklärte der Sprecher der Schlachta im österreichischen Abgeordnetenhaus, für die Polen sei das Slaventum keinen Schutzpulver wert. Vor Jahren sagte der jetzige Minister, Graf Goltchowski: „Wir wollen ein zentralistisches Österreich, denn dieses kann uns die Selbständigkeit erkämpfen.“ Die Polen unterstützten deshalb den Dreibund und suchten jede, wenn auch leiseste Annäherung Österreichs an Rußland zu vereiteln. Die Schlachta sah den größten Antagonisten der allpolnischen Sache und des Katholizismus im Zarenreiche und hielt die Idee der Wiederherstellung Polens via Rußland für lächerlich. Deshalb vergaß sie der Schmerzen ihrer preußischen Stammesgenossen und schimpfte nur unaufhörlich über die „barbarischen Moskowiter“ (Russen); sie betrachtete Österreich als eine Etappe zur Wiederaufrichtung des geschichtlichen Polen und bekämpfte mit allen Mitteln russophile Elemente in diesem Staate. Die Schlachta glaubte der allpolnischen Sache am besten zu dienen, wenn sie das Polentum in Galizien befestigte und demselben einen großen Einfluß in Österreich sicherte, da sie die

Ansicht vertrat, es sei für die polnischen Staatsmänner noch nicht die Zeit gekommen, ihre Thätigkeit auch über die Grenzen Oesterreichs hinaus zu entfalten. Im übrigen setzte der polnische Adel große Hoffnungen auf die äußerst günstige Position des Polentums in Oesterreich und sah in Galizien einen Keim des zukünftigen Polenreiches.

So sah die Politik der Polen aus, als sie sich von den anstrengenden und leider immer mißlungenen Aufständen noch nicht erholt hatten, als sie noch keine Zeit hatten, zu sich zu kommen, die Situation zu erwägen. (Diese Richtung wurde leztthin besonders durch die beiden Grafen Badeni vertreten.)

Jedoch zur Reige des 19. Jahrhunderts begann es in den Köpfen des polnischen Adels zu spuken. Die Polen sahen ein, daß ihre Taktik nur den status quo erhalte, aber die allpolnische Idee ihrer Verwirklichung gar nicht näher rücke, — daß sie auf diese Weise weder das Deutschtum, noch das Slaventum für ihre Sache gewinnen können. Sie begannen außerdem, nach und nach ihre Blicke über die Grenzen Galiziens schweifen zu lassen. Die russischen Polen leiteten eine energische Agitation für die Vereinigung Galiziens mit der Bukowina und Ostschlesien ein, um diese Länder zu einem Herd der irredentistischen Bestrebungen, zu einem polnischen Piemont zu machen. Überdies verlangten sie die Sonderstellung dieses so vergrößerten und ausgedehnten Galiziens (über die Art und Weise dieser Sonderstellung sind noch nicht alle Politiker einig). Die genannte Agitation im Lager der Schlachta drängte dieselbe zunächst in die Arme der österreichischen Slaven. Die Schlachta fing an, das tschechische Staatsrecht zu unterstützen, um als Gegenleistung die völlige Selbständigkeit Galiziens zu erlangen. Auf Initiative des Polenklubs stellte die slavisch-kerikale Rechte des österreichischen Abgeordnetenhauses die Länderautonomie als Hauptpostulat in ihr Programm.

Daß der Autonomismus, sowie der Panславismus da nur als Deckmantel, vielmehr als Mittel betrachtet wird, darüber ist niemand im Zweifel. So sagt z. B. der Herr Ritter v. Studnicki in seinem Buche „Wyhodrebnienie Galicji“ (Lemberg 1901, Seite 89), daß die Polen der Selbständigkeit Böhmens vor der Sonderstellung Galiziens niemals zustimmen werden. „Die Selbständigkeit können wir ebenso durch die Deutschen, wie auch durch die Tschechen er-

reichen," sagt der genannte Schlachzize. Es ist somit den Herren gleichgültig, ob ihnen die Jungtschechen oder die Schönerianer die Kastanien aus dem Feuer holen. „Das Verlangen nach Selbstständigkeit ist bei den Tschechen so stark, daß sie für die Unterstützung ihrer Bestrebungen Schlesien mit Tschen uns abtreten müssen — sonst treten wir im entscheidenden Momente gegen die Sonderstellung Böhmens auf, nehmen die Sonderstellung Galiziens an*) und verschieben die Vereinigung mit Schlesien auf später," schreibt daselbst Herr Studnicki. Die Herren Polen sind demnach im stande, ihre Verbündeten im entscheidenden Momente im Stiche zu lassen, also Politik des Verrates auf der ganzen Linie.

Die Sonderstellung Galiziens wurde aber nur zum Minimalprogramm der österreichischen Polen. Im weiteren streben sie die Vereinigung dieses polnischen Piemont mit dem größeren Teile der polnischen Länder an — vorläufig unter einer der Teilmächte. Deshalb erneuerte die Schlachta langsam und unbemerkt die Taktik des Fürsten Czartorski. Bald sehen wir fast die ganze polnische Politik demselben Ziele zustreben. Manche Schlachzizen beschleunigen den Werdegang des — allerdings nur taktischen — polnischen Panславismus instinktiv, in dem Glauben, das Gegenteil davon anzustreben.

In übrigen sind auch die Beweggründe der ruffophilen Taktik bei verschiedenen Gruppen verschieden. Die meisten aber suchen einen näheren Anschluß an Russisch-Polen, u. zw. viele Schlachzizen deshalb, weil in dem armen, bis auf die Knochen ausgezogenen Galizien nichts mehr zu holen ist, während das im Verhältnis zu Galizien blühende Russisch-Polen für sie ein verlockendes Objekt darstellt.

Die Polen sehen, daß das nationale Bewußtsein der Ruthenen zu weit vorgeschritten, daß deren nationale Bewegung nicht mehr zu unterdrücken ist. Die österreichische Regierung kann in dieser Hinsicht der Schlachta auch nicht helfen, wenn sie ihr auch volle Freiheit beläßt. Verzweifelt sehen die polnischen Machthaber dieser Bewegung der Ruthenen zu, und sie lenken ihre Blicke auf das starke absolutistische Rußland. Das Lemberger Organ der Schlachta, „Przeglad“, brachte während des letzten Strikes in Ostgalizien einen

*) In diesem Falle also mit Hilfe der Deutschen.
Polonia Trebenta.

angeblichen Brief von einem in Galizien weilenden Russen, in welchem nachgewiesen wird, daß im konstitutionellen Österreich derartige Bewegungen nicht mit solchem Erfolg bekämpft werden können wie im absolutistischen Rußland. Hier habe der Zar den Großgrundbesitzern alle durch die letzten Bauernrevolten entstandenen Schäden ersetzt. Nach den Worten dieses Russen bereitet sich sowohl in dem russischen, wie auch im österreichischen Ruthenien (im sogenannten Kleinrußland und in Ostgalizien) eine noch intensivere Aktion vor, die von dem ruthenischen Nationalkomitee von Wien aus dirigiert werde. Süben und drüben sei dieselbe Hand.

Der größte Teil der Schlachzizen sieht in der blühenden Residenz der ehemaligen polnischen Könige, Warschau, das polnische Jerusalem, den Mittelpunkt ihres geistigen Lebens und ihrer nationalen Kultur, die Heimstätte der allpolnischen Ideen — der Gedanke des polnischen Piemont ist doch in Warschau entstanden und wurde von dort nach Galizien verpflanzt. „In Russisch-Polen, dem Hauptstiz des polnischen Elementes, erwachte der politische Gedanke, und die polnische Irredenta beherrscht dort immer intensiver die Gemüter. Dieser politische Gedanke ruft die alte Idee der Sonderstellung Galiziens wieder ins Leben ...“ schreibt Herr Studnicki.

Den „neuen Kurs“ der polnischen Politik motiviert aber am besten das dem Landmarschall nahestehende „Nowe Slowo Polskie“ (vom 30. März 1902) im Leitartikel „Wiedergeburt“. Dasselbst heißt es:

„Ein großer Schlag für uns war nicht nur der Verlust der Unabhängigkeit, sondern auch die Dreiteilung. Die Teilung brachte eine schreckliche Erschwerung der Wiederherstellungspolitik mit sich — ein kolossales Hindernis der nationalen Wiedergeburt und der Schaffung des sozialen Kittes, der die erste Bedingung der nationalen Einheit bildet. In jedem Teile des zerstückelten Polen verhinderten andere Einrichtungen, andere gesetzliche, administrative und wirtschaftliche Bedingungen der Existenz und der Entwicklung die Wiedergeburt. . . . Der Grabstein hebt sich aber nicht von selbst, er ist auch nicht in einem Augenblick durch einen Schlag zu demolieren ...“

Die Wiederherstellungsarbeit soll somit langsam vor sich gehen. Zuerst möglichst weitgehende Autonomie Galiziens, um von hier aus die irredentistische Propaganda ungeniert zu betreiben, dann Ver-

einigung der polnischen Provinzen unter einer der Teilungsmächte, schließlich die Wiederaufrichtung des geschichtlichen Polen. Nur diese Pläne waren es, die die Polen veranlaßten, das panslawistische Sirenenlied anzustimmen, und nicht die Lage ihrer preußischen Stammesgenossen.

Freilich sehen wir da noch Widersprüche. Den Polen ist es nämlich in ihrer neuen Eigenschaft als Panslawisten ziemlich unheimlich. Manche, besonders die von der alten Schule, können sich mit dieser russenfreundlichen Politik nicht abfinden. Selbst Badeni, der als „erster slavischer Staatsmann in Österreich“ bezeichnet wurde, war und bleibt ein verbissener Russophob und Anhänger des Dreibundes. Jetzt wird aber in Galizien eine dreibundfeindliche Politik von Amtswegen betrieben. Deshalb kann sich die Partei des Grafen Badeni und deren Organ „Czas“ bis heute in die Taktik der neuen Schule nicht ganz finden. Daher tritt auch oft die Spaltung im Lager der Schlachta zum Vorschein. Die alte Schule wollte ja auch Galizien zur Heimstätte der irredentistischen Bestrebungen machen und zu diesem Zwecke die Tschechen gewinnen. Sie betrachtete aber den Dreibund als ein malum necessarium, als ein nötiges Gegengewicht gegen die dem Polentume und dem Katholizismus äußerst gefährliche Macht Rußlands. Diese Ansichten teilen bis heute die älteren Mitglieder des Polenklubs, während die neue Schule und Graf Pininski gegen den Dreibund und für den Anschluß an Rußland agitieren. Daher auch der stille Antagonismus zwischen dem Obmann des Polenklubs, dem alten Jaworski einerseits — und dem nunmehrigen Statthalter von Galizien anderseits. Freilich versteht der kluge Pininski seine Pläne ohne Aufsehen durchzusetzen, ohne die Gegner seiner Taktik im Schlachzigenlager zu provozieren. Mit dem Statthalter von Galizien muß übrigens auch der Polenklub rechnen. Als Graf Pininski in seinem Organ für das radikale Auftreten der Polen in den Delegationen gegen den Dreibund plaidierte, trat das gewiß ultra-polnisch-patriotische Organ „Czas“ (Nr. 104 vom 6. Mai 1902) gegen diese Zumutungen auf. Der Obmann des Polenklubs, Ritter v. Jaworski, ließ sich zwar von den Anhängern des neuen Kurses bewegen, die Wahl zum Präsidenten der österreichischen Delegation abzulehnen und dabei eine geharnischte Erklärung gegen Preußen abzugeben — war aber für die radikale Haltung gegen den Dreibund selbst nicht

zu bewegen. Deshalb denkt man in Galizien ernstlich daran, den alten Jaworski abzuschütteln und seine Stelle durch den bekannten Patriot Dr. Bobrzynski (vergl. Kap. IV und VI) oder den Dr. Glabinski zu besetzen.

Diese „panslavistischen“ Bestrebungen der Polen treten immer deutlicher zutage, besonders die Mehrheit des galizischen Landtages bekennt sich entschieden zur neuen Schule. In der letzten Session dieses „polnischen Parlamentes“ wurde deshalb viel von dem hartnäckigen Kampfe zwischen der germanischen und der slavischen Welt gesprochen.

Natürlich finden die neugebackenen galizischen Pan Slavisten eifrige Nachahmer bei ihren preußischen Stammesgenossen. Überall wird da von der „slavischen Wechselseitigkeit“, „slavischen Solidarität“ u. s. w. gefaselt. Wenn sich nun die Herren aber dabei nicht wie die heidnischen Priester, von denen Cicero zu erzählen weiß, ins Gesicht lachen, so kommt es daher, weil sie nicht einmal soviel Offenherzigkeit besitzen wie jene römischen Heiden. So hat z. B. der Organisator der Bauernvereine in den polnischen Landesteilen Preußens, Herr Jadowski, die Liebenswürdigkeit gehabt, dem Berichterstatter des „Nowoje Wremja“ seinen Übertritt zum pan-slavistischen Glaubensbekenntnis anzuzeigen, was natürlich dieser letztere in seiner Korrespondenz ausnützte. Herr Jadowski drückte dabei die Hoffnung aus, daß alle europäischen Slaven sich zur Konföderation unter dem Schutze Rußlands vereinen und die Deutschen vernichten würden. Er ist von der Einigung aller Slaven überzeugt und meint, Rußland könne die Einigung*) ganz leicht befördern und dabei immer „hinter den Kulissen“ bleiben, das heißt, neben seiner offiziellen Politik insgeheim pan-slavistische Ziele verfolgen und befördern.

Wir stehen also vor einer neuen Ära in der Politik der Polen. Die noch vor kurzem äußerst russenfeindlichen Schlachzigen-Blätter haben radikal ihre Taktik geändert. Freilich giebt es hier auch Ausnahmen, diese bestätigen aber nur die Regel, die oben besprochene Thatsache. Das Organ der alten Schule, „Przedswit“, trat am 19. Juli 1902 gegen diejenigen Blätter auf, die auf fremde Hilfe rechnen und sagte, das sei nur „eine Wiederholung des Irr-

*) Der Herr meint natürlich die Vereinigung aller Gebiete des ehemaligen Polen.

tums aus der Zeit vor den Aufständen — eines um so größeren Irrtums, als diesmal auf Rußland hingewiesen wird, von welchem nichts zu erwarten sei“. Sapiienti sat.

XVI.

Politik des Grafen Pininski.

Nachstehende Zeilen seien der Taktik der jetzigen galizischen Landesregierung gewidmet, die für die Schlachta sehr charakteristisch ist und zugleich beweist, was der Statthalter, was überhaupt eine energiegeliche Regierung in Galizien ausrichten könnte, wenn ein so energieloser Mann, wie Graf Pininski, die Physiognomie des Landes in einer verhältnismäßig kurz bemessenen Zeit so radikal zu ändern vermöchte. Die jetzige Wendung in der Politik der Schlachta führte Graf Pininski nur vermöge der Macht und des Einflusses, mit denen der galizische Statthalter ausgerüstet ist, durch, und nicht vermöge seiner persönlichen Eigenschaften; denn er ist das Vorbild eines energielosen Statthalters.

Deshalb erscheint uns die Behauptung des einflußreichsten russischen Blattes „St. Petersburgskija Wjedomosti“ — welches anlässlich des Feldarbeiterstreikes in Ostgalizien schrieb, die österreichische Zentralregierung müsse die polnische Mißwirtschaft und die Anarchie der Schlachta in Ostgalizien dulden, weil sie der letzteren gegenüber keine Macht besitze, — unzutreffend. Wenn man die in Oesterreich geltende Gesetzmäßigkeit auch in Galizien zur Anwendung bringen wollte, dann wäre auch die Herrschaft der Schlachta zu Ende.

Graf Pininski ist Anhänger der neuen Schule, an deren Spitze die Grafen Potocki, Dzieduszycki, Ritter v. Kozłowski stehen. Diese Schule sieht gerade im Dreibunde ein kolossales Hindernis zur Verwirklichung der jagellonischen Idee (denn sogar Oesterreich wird da von Deutschland beeinflusst), und deshalb will sie die Macht der Schlachta in Oesterreich vor allem dazu verwenden, um die Tripelallianz zu erschüttern und den Anschluß an Rußland anzustreben. Sie ist der Meinung, es sei die richtige Zeit gekommen, auch die auswärtige Politik Oesterreichs zu beeinflussen und dabei die nationalen polnischen Interessen zu berücksichtigen. Diese Partei

pocht somit an alle polnisch fühlenden Herzen. „Alle Polen ohne Klassen- und Standesunterschied, ohne Rücksicht auf ihre soziale und politische Stellung sollen sich die Hände reichen.“ Das ist die Devise dieser Schlachzigenpartei, die deshalb von Zeit zu Zeit auch demokratisch schillern muß, um womöglich alle polnischen Elemente der jagellonischen Idee dienlich zu machen. Die sogenannte „allpolnische Demokratie“ ist ihre Kreatur. Ein günstiges Werkzeug fand diese Schlachzigengruppe in dem Grafen Pininski.

Als dieser zum Statthalter von Galizien ernannt wurde, war die Partei der Grafen Badeni noch stark genug, ja Graf Stanislaus Badeni war noch Landmarschall von Galizien. Der letztere stand nun zweifellos den Anhängern des neuen Kurses, sowie dem Grafen Pininski im Wege, denn sogar die galizische Hauspolitik des Grafen Pininski unterscheidet sich wesentlich von der der beiden Grafen Badeni. Während diese die Anhänger der aussterbenden russophilen Clique in Galizien mit allen Mitteln verfolgten, schwärmt Graf Pininski für eine Mehrheit im galizischen Landtag, welche außer dem polnischen Adel und der Stojalowski-Gruppe auch die russophile Clique umfassen würde. Pininski unterstützte somit leztlich während der Wahlkampagne die russophilen Mandatsbewerber gegen die nationalen Kandidaten der Ruthenen. Herr Pininski setzte nun alle Hebel in Bewegung, um den Grafen Stanislaus Badeni zum Rücktritt zu zwingen, obwohl die Zentralregierung willens war, den Herrn Badeni beizubehalten. Schließlich gelang dem Statthalter sein Spiel; er wurde den einflußreichen Gegner seiner Pläne los. Nun handelte es sich aber um die Neubesezung der Landmarschallstelle. Pininski hielt einen Kandidaten in Bereitschaft, und zwar seinen Freund Grafen Andreas Potocki. Um vor allem im Lande für Potocki, der in Galizien allgemein verhaßt ist, Stimmung zu machen, berichteten die inspirierten Blätter (besonders „Przedswit“ und der dem Statthalter nahestehende „Dziennik Polski“) über die angeblich freundschaftlichen Verhältnisse der Familie Potocki zu den österreichischen Hofkreisen. Demnach soll der verstorbene Kronprinz Rudolf der Familie Potocki — und zwar dem Erblasser des Grafen Andreas, nicht diesem selbst, wie im Parlament falsch angegeben wurde — zwei Millionen Kronen schuldig gewesen sein, die erst vor kurzem dem Andreas Grafen Potocki ausbezahlt wurden. So berichteten die genannten Blätter.

Die Zentralregierung war jedoch über die Kandidatur des — in der genannten Kreditlose-Affäre kompromittieren — Grafen Potocki nicht besonders entzückt; trotzdem gelang es Pininski, seinen Willen durchzusetzen. Sein Freund wurde zum Landmarschall von Galizien ernannt. Von nun an betreiben die beiden Herren allpolnische Politik auf der ganzen Linie. Ihr Minimalprogramm besteht darin, daß sie den galizischen Landtag zu einem Parlamente machen wollen, mit dessen Kundgebungen auch andere Staaten rechnen müßten; den galizischen Statthalterposten wollen sie von dem Einfluß der Zentralregierung emanzipieren und das Verbleiben Österreichs im Dreibunde unmöglich machen.

Herr Potocki setzte sich an die Spitze der Spender für die im Gnesener-Prozesse Verurteilten nur in der Absicht, um gegen den Dreibund zu demonstrieren, und that es im Einvernehmen mit seinem Freunde Pininski. Im Einverständnisse mit diesen beiden verlas Fürst Czartoryski im galizischen Landtag die bekannte Kundgebung gegen Deutschland, die von allen Anwesenden, auch vom Statthalter, bejubelt wurde.

So verliehen die genannten Freunde dem galizischen Landtag mit einem Schlag den Charakter des alten „Sejm“ aus der Zeit des polnischen Königreiches. Der Einzug des neuen Landmarschalls in das Landtagsgebäude (vergl. Kap. VI S. 30) war ein altpolnisches Fest mit allen im ehemaligen polnischen Königreiche üblichen Zeremonien, es war ein glänzendes Nationalfest, welches jeden an das historische Polen erinnerte.

Dem Sinne der österreichischen Verfassung entspricht der Usus, daß in den gemischtsprachigen Kronländern (wie Böhmen, Mähren, Bukowina u. s.w.) der Statthalter sich in allen seinen Enunziationen, besonders aber im Landtag, beider Landessprachen bediene. Während der letzten Landtagsession verlangte der Regierungsvertreter in Capo d'Istria (Küstenland), daß im Sitzungsprotokoll hervorgehoben werde, der Statthalter habe bei der Eröffnung des Landtages vorschriftsmäßig italienisch und kroatisch gesprochen. Graf Pininski bedient sich bei derselben Gelegenheit immer nur der polnischen Sprache; mag sein, daß er dazu ein „Placet“ der Zentralregierung hat, — jedenfalls ist und bleibt dieses Vorgehen aber charakteristisch.

Unter der Ägide des Grafen Pininski ist die allpolnische Partei

entstanden, die scherzweise auch als „allpolnische Demokratie“ bezeichnet wird. Diese bezweckt die Sammlung aller nationalen Kräfte zum Dienste der jagellonischen Idee. Die Partei hat als Organe den „Przegląd Wszepolski“, sowie die Tagblätter „Słowo Polskie“ und „Wieś XX“ erworben. Sehr gute Dienste erweist dieser Partei auch die „Gazeta Narodowa“, wenn sie auch aus leicht begreiflichen Gründen nicht ein offizielles Organ derselben werden kann. So bringt z. B. dieses Statthaltereiblatt am 20. Juli 1902 einen Leitartikel, in welchem die Vereinigung aller Kräfte zur Verteidigung nationaler Interessen gepredigt wird, — ganz im Stil der allpolnischen „Demokratie“.

Graf Pininski machte den bekannten allpolnischen Agitator, Prof. Dr. Głabinski, zu seinem Flügeladjutanten. Dieser Herr ist Vorstandsmitglied der im Auftrage der polnischen Nationalregierung gegründeten „politischen Schule“ (vergl. Kap. XXI) und Mitarbeiter der Organe der allpolnischen Partei. Prof. Głabinski befaßt sich besonders mit der Agitation in der polnischen Studentenschaft. Bei jeder Gelegenheit propagiert er die allpolnischen Ideen. Anlässlich einer Rede dieses Herrn schrieb das Schlachzigen-Organ „Czas“ (vom 17. April 1902): „Während der Mickiewicz-Feier hielt Prof. Dr. Głabinski eine Rede, die als Wiederholung der Artikel und des Programms der allpolnischen Demokratie erscheint. Er sagte, im Programm der Jugend sollen sich an erster Stelle zwei Aufgaben befinden: Die Arbeit für das Volk und für die Vereinigung der polnischen Jugend in allen Gebieten des zerrissenen Vaterlandes.“ Jetzt ist Herr Głabinski auch Mitarbeiter der „Gazeta Narodowa“.

Als es im Mai 1902 zu einer Reichsrats-Ersatzwahl in Lemberg kam, da stellten die allpolnische Demokratie und . . . die k. k. Statthalterei gemeinsam die Kandidatur des obengenannten Herrn auf. Der offizielle Kandidat der polnischen Irredenta drang selbstverständlich — allerdings mit knapper Majorität — gegen den oppositionellen polnischen Mandatsbewerber (und zwar gegen den Kandidaten der polnischen Volkspartei Stapinski) durch. Dieser geschickte Agitator ist auch zweifellos ein zukünftiger Minister, denn Graf Pininski hofft diese allpolnische Ware in das österreichische Kabinett einzuschmuggeln.

Auf diese Weise wurde der allpolnischen Propaganda in Galizien

der Charakter einer offiziellen Politik verliehen. Man kann bemerken, daß die Äußerungen und die Tätigkeit der polnischen Machthaber Schritt für Schritt mit dem Statthaltereis=Organe gehen. Den Anfang machte die „Gazeta Narodowa“ durch den Leitartikel „Polonia irredenta“, in welchem bewiesen wurde, daß von der Notwendigkeit der Wiederherstellung des geschichtlichen Polen vom Meere bis zum Meere die ganze zivilisierte Welt überzeugt sei; ebenso wurde bestritten, daß Kosciuszko in Verzweiflung das Wort „Finis Poloniae“ ausgesprochen haben solle. Die Redaktion wandte sich damit gegen diejenigen Pessimisten, die an „Finis Poloniae“ glauben und eine auswärtige Politik im irredentistischen Sinne nicht betreiben wollen.

Wie auf Kommando stellten sich bald andere Schlachzigen=Organe mit ähnlichen Artikeln ein. Ja, sogar die amtliche k. k. „Gazeta Wrońska“ („Lemberger=Zeitung“) erlaubt sich allpolnische Seitenstücke und singt Lobeshymnen auf bekannte Irredentisten und Teilnehmer an dem polnischen Aufstande des Jahres 1863; so pries sie beispielsweise den L. Wronowski über den grünen Klee.

Wir wollen nun einiges aus der Blumenlese des polnischen Statthaltereis=Organes hervorheben. In der „Gazeta Narodowa“ erscheinen solche Artikel, wie „Preußische Frechheit“ (7. Januar 1902), „Preußische Henker“ u. s. w. So schrieb dieses Blatt am 16. Januar 1902 von den Deutschen:

„Sie haben das Faustrecht, den Reichtum und den Genuß auf den Altar erhoben und huldigen dem Eynismus, sie haben alle Ideale vertrieben, welche die Menschheit zum Himmel erheben. Da ihnen das Schicksal die Macht gegeben hat, sind sie übermütig, sehen aber nicht, wie morsch und niedrig ihre Seele ist. Vor einer solchen Kultur bleibt unsere Seele verschlossen. Und wenn doch schon etwas von dieser Kultur in unser Blut übergegangen wäre, dann werden wir sie aus unseren Adern ausscheiden, denn unser Geist wird sich nicht erniedrigen.“

Solche höchst inspirierte Aufsätze bringt das Organ des Grafen Pininski fast jeden Tag. Von der „Gazeta Narodowa“ angeeifert, beeilen sich andere Schlachzigen=Organe, dasselbe Lied anzustimmen. „Przeglad“ (vom 4. Mai 1902) brachte einen Leitartikel, betitelt

„Mafatismus — Imperialismus — Weltpolitik“, in welchem bewiesen wird, das Deutsche Reich sei ein Feind der ganzen Menschheit, Deutschland habe durch seine Intriguen den Krieg zwischen den Vereinigten Staaten Nordamerikas und Spanien hervorgerufen. Das Telegramm des Kaisers Wilhelm an Krüger habe den südafrikanischen Krieg verursacht. Deutschland habe Europa in zwei feindliche Lager geteilt. Deutschland bedrohe den Katholizismus und die Zivilisation. Rechnen müsse Deutschland einzig und allein mit der slavischen Solidarität, welche letztere gegebenenfalls Rußland an der Warthe solche Dienste erweisen werde, wie es auf dem Balkan der Fall war. . . .

Gleichzeitig brachte „Gazeta Narodowa“ einen ganz ähnlichen Artikel, wahrscheinlich von derselben Person verfaßt, unter dem Titel „Wechsel der Dekoration“; es wurde in diesem Aufsage „die Schuld an allem“ ebenfalls den Deutschen in die Schuhe geschoben.

Ja, leztlin stimmte sogar der Krakauer „Gaz“, der, wie erwähnt, nicht immer der Politik des Statthalters beipflichtet, denselben Ton an. Nach und nach fügt sich alles und tanzt nach der Melodie des Statthaltereis-Organes. Es scheint nunmehr alles von der Gefährlichkeit des Dreibundes für die polnische Sache überzeugt worden zu sein.

Die dreibundfeindliche Aktion wurde sehr geschickt in Scene gesetzt. Einige in Rom weilende Polen bekommen stets von Lemberg aus Weisungen, wie und auf welche Weise italienische Blätter zu inspirieren seien. Deshalb finden wir oft in diesen Details über die galizischen und preußischen Verhältnisse. Die Politik Preußens wird da genau so dargestellt wie in der „Gazeta Narodowa“, ja, wir finden oft sogar dieselben Phrasen, was ein schlagender Beweis dafür ist, daß alle diese Artikel aus derselben Feder (in Lemberg) fließen. Bezeichnend ist auch der Umstand, daß die „Gazeta Narodowa“ immer zuerst von jedem dreibundfeindlichen Aufsage in den italienischen Blättern „Kenntnis“ erlangt, — denn für gewöhnlich befassen sich die Polen nicht mit der italienischen Presse. — Zu denselben Zwecken bedienen sich die Herrschaften eines deutschen Wiener Organes.

In einer sehr klugen Weise sucht man auch das Mißtrauen Oesterreichs gegen Deutschland zu erwecken. So schrieb — inspiriert — das schon so oft genannte Statthaltereis-Organ am 6. Februar

1902, die österreichfreundlichen Ausführungen der offiziösen „Berliner Neuesten Nachrichten“ besprechend: „... Nun könnte sogar Friedrich II. auferstehn und schwören, daß Kaiserin Maria Theresia keinen so treuen Freund hatte als ihn. Aber die Preußen bleiben immer Kreuzritter — wo es nötig ist, spielen sie die Rolle eines demütigen Mönchs, jedoch wenn es geht, drohen sie mit der bepanzerten Faust eines Raubritters.“

Unter der Spitzmarke „Eine Erinnerung“ wirft daselbe Blatt den deutschen Staatsmännern und dem deutschen Kaiser anti-österreichische Machenschaften vor, — der deutsche Kaiser soll während seiner Anwesenheit in Budapest den ungarischen Patrioten verschiedene Versprechungen gemacht haben — und sucht nachzuweisen, daß für Österreich der einzige Ausweg aus der nunmehrigen unangenehmen Situation der sei, ein Bündnis mit Rußland zu schließen. Ein immer sich wiederholendes Ceterum censeo der „Gazeta Narodowa“ ist, es sei für die Polen höchste Zeit, aus der Reserve hervorzutreten und auch auf die auswärtige Politik Österreichs ihren Einfluß auszuüben. Von Zeit zu Zeit tritt dieses Organ gegen die Taktik des Dr. Koerber auf, die es als „ausschließlich deutschfreundliche Expressepolitik“ bezeichnet. Das Blatt meint auch, Dr. Koerber habe die von Badeni und Bilinski geschaffene Basis zum österreichisch-ungarischen Ausgleich nur verdorben.

Unter Pininski wurde Galizien zu einem Lande der Demonstrationen: Die Grunwaldfeier wurde da zu einem offiziellen Landesfest, das von Amts wegen in ganz Galizien begangen wurde. So pompös, so ungeniert wurden allpolnische Manifestationen in Galizien noch niemals veranstaltet. So ostentativ bekundeten die offiziellen Organe noch niemals ihre irredentistischen Bestrebungen. Die polnische Nationalregierung traute sich früher nicht, die galizische Landesgesetzgebung zu beeinflussen (vergl. Kap. XIII S. 83).

Kurz und bündig: Unter Pininski wurde der irredentistischen Propoganda in Galizien Thür und Thor geöffnet — die jagellonische Idee wurde einfach verstaatlicht. Die galizische Landesregierung hat den österreichischen Charakter abgelegt und den reinpolnischen angenommen. Deshalb eben hat die Wirksamkeit des Grafen Pininski als Statthalter von Galizien in der Geschichte der polnischen Irredenta große Bedeutung.

XVII.

Loz von Wien.

Galizien in Österreich — das ist ein Staat im Staate. Die Zugehörigkeit dieses Landes zu Österreich erblicken die Herren Polen nur darin, daß ihre Landsleute in jedem österreichischen Ministerium eine hervorragende Stelle einnehmen, und daß sie bei den Wahlen die österreichische Armee in Anspruch nehmen können. Sonst ist der Statthalter von Galizien ein ziemlich selbständiger Herr. Er will nicht einmal formell in seinen Ansprüchen die österreichische Verfassung anerkennen. Der galizische Landeschulrat ist in der That ein polnisches Unterrichtsministerium, welches sich um die österreichischen Staatsgrundgesetze nicht kümmert. Ja, selbst der Minister für Galizien glaubt ein polnischer Beamter zu sein, — denn während ein anderer österreichischer Minister dem deutschen Gesandten gegenüber sein Bedauern über die deutschfeindlichen Demonstrationen ausdrückt, ist der Minister für Galizien selbst Teilnehmer dieser Demonstrationen.*)

„Die Polen haben's bei uns gnädig,“ sagt der Wiener, und niemand dürfte es glaublich finden, daß die Herren Schlachzigen mit ihrer Selbständigkeit noch unzufrieden sind. Und doch ist dies der Fall; denn bei der Schlachta „kommt mit dem Essen der Appetit“.

Während der Landesausstellung zu Ehren Kosciuszkos in Lemberg (1894) verlangten mehrere polnische Irredentisten, besonders die russischen Polen, eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung Galiziens. Die diesbezügliche Agitation wurde zur Aufgabe der damals reorganisierten Nationalliga gemacht. Im Auftrage der letzteren wurden mehrere Broschüren herausgegeben, Versammlungen veranstaltet u. s. w. Die Nationalliga verlangte einfach Sonderstellung Galiziens. Diese Devise gefiel der Schlachta außerordentlich; sie schien jedoch den in Galizien maßgebenden Faktoren zu unpopulär und zu radikal zu sein, und man fürchtete, die Zentralregierung könne vor einer solchen Devise zurückschrecken. Man war sich nicht klar darüber, wie und auf welche Weise diese Sonderstellung zu erreichen sei. Während die regierende Gruppe die Pläne der National-

*) Minister Piental wohnte bekanntlich einem Feste bei, dessen Reinertragnis zum Besten der Verurteilten im Gnesener-Prozeß bestimmt war.

liga behutsam und mit Anwendung aller Kniffe der Rabulistik durchführen will, möchten die schlachzizischen Hitzköpfe mit einem Schlage Galizien, mit der Bukowina und Ostschlesien vereinigt, in demselben Verhältnis zu Österreich sehen, wie es bei Ungarn der Fall ist. Deshalb kann man in der Taktik der Schlachta manche Inkonsequenzen bemerken; daher die unbegründeten Vorwürfe, die den maßgebenden Faktoren oft von Seite der jüngeren Schlachzizen gemacht werden.

Dessen ungeachtet unterstützen sich alle Gruppen und streben immer denselben Zweck an. Was aber die Hauptsache ist, in wichtigsten nationalen Angelegenheiten (besonders der Zentralregierung gegenüber) gehen selbst die größten Antagonisten gemeinsam vor.

Die in Galizien maßgebenden Kreise stellten die Parole „Los von Wien“, anstatt der Parole „Sonderstellung Galiziens“ auf, — was im Grunde genommen — dasselbe bedeutet. Sie unterstützen die Bestrebungen der polnischen Nationalliga — dürfen es aber aus leicht begreiflichen Gründen nicht immer offen bekunden. Sie bezwecken nämlich durch Schaffung neuer, der österreichischen Verfassung widersprechender Landesgesetze, durch Reorganisation des ganzen Verwaltungsapparates und der sozialen Einrichtungen Galizien vom Einflusse Wiens zu emanzipieren, sowie dasselbe zu einem von den übrigen Kronländern ganz verschiedenen, für die Zentralregierung unbequemen Lande zu gestalten. Auf diese Weise sollte Österreich quasi gezwungen werden, Galizien völlige Sonderstellung zu gewähren. Dann würde sich das Polentum in Galizien derart einwirtschaften, daß es ein Ding der Unmöglichkeit sein würde, dasselbe zu schwächen oder gar zu unterdrücken — dann würde Galizien zu einem dauernden, widerstandskräftigen Herd der irredentistischen Propaganda werden und als solcher nur eine Etappe auf dem Wege zur Vereinigung aller Gebiete des ehemaligen Polen bilden.

Deshalb wurde von der in Galizien regierenden Gruppe eine entsprechende Agitation arrangiert. Diese spiegelt sich natürlich am besten im Organe des galizischen Statthalters ab. So schrieb die „Gazeta Narodowa“ (am 3. April 1902), die Lage der galizischen Polen und den deutschen Einfluß in Österreich erörternd:

„Vor hundert Jahren wurde in uns mit rücksichtsloser, brutaler Gewalt der Germanismus hineingepfercht, und wir hatten damals nach der frischen, nationalen Katastrophe am wenigsten

Widerstandskraft gehabt. Und dann, als infolge anderer Ursachen die Sache unserer nationalen Entwicklung wieder in unsere Hände kam, waren wir so geblendet oder vielleicht so „kultiviert“,*) daß wir durch diese Thatsache allein unsere nationale Frage in Galizien für gelöst hielten. . . Unsere Kinder lehrten wir aus deutschen Büchern, die vielleicht ins Polnische übersetzt, aber im deutschen Geist verfaßt waren. Von den Deutschen nahmen wir die geistigen und sozialen Strömungen ihrer Litteratur und Kunst an. Wir eigneten uns ihre Sitten und ihre Moden an, ja sogar das, was wir uns aus der schönen französischen oder aus der klugen englischen Kultur erwarben, erwarben wir durch das deutsche Prisma. Wenn jemand von ‚unserer Hauptstadt‘ sprach, verstand er darunter Wien — Wien, welches die Kultur und den Humanismus nach den pangermanischen Weisungen empfindet und entwickelt. . . . Immer mehr gravitierten wir nach Wien, wir lockerten aber gleichzeitig die uns mit anderen polnischen Gebieten vereinigenden Bande. Nicht erfrischt und nicht gepflegt, verkümmerte und verwelkte der polnische Geist unter diesem deutschen Anstrich. Wir waren uns darüber nicht klar, wir empfanden das nicht — ebenso wie der von einer langjährigen chronischen Krankheit Heimgesuchte sich an dieselbe gewöhnt und sie beinahe nicht mehr spürt, obwohl sie ihn langsam, aber sicher tötet.“

Daß dieser inspirierte Aufruf die Wirkung nicht verfehlte, von allen Polen gut verstanden und als eine offiziöse Enunziation sehr beachtet wurde, braucht nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Das in Rußland erscheinende Schlachzigenorgan „Kraj“ (Nr. 1030 vom 11. April 1902) reproduzierte den genannten Artikel und verfaß ihn mit folgender Randbemerkung:

„Galizien wird gewöhnlich für ein von fremdem Einfluß am meisten freies Gebiet**) gehalten, welches unter dem Einflusse der vaterländischen Kultur steht und es ist doch eine Täuschung, wie es die ‚Gazeta Narodowa‘ behauptet. . . . Also die kulturelle Parole ‚Los von Wien‘ — die ist auf jeden Fall neu. . . .“

Angesichts dieser Bestrebungen der galizischen Machthaber, ja vielleicht im Einvernehmen mit den letzteren, befaßt sich die National-

*) Eine Anspielung an die deutsche Kultur.

**) Galizien wird als „einziges, freies Gebiet Polens“ bezeichnet.

liga mit der Ausarbeitung verschiedener Gesetzeswürfe und macht für diese im Lande Stimmung.

Der galizischen Landtagsmajorität waren die lezthhin dem Landtage unterbreiteten allpolnischen Gesetzesvorlagen sehr willkommen. Deshalb wurde beispielsweise die Rentengüternvorlage fast ohne jede Diskussion vom Präsidium des Landtages als angenommen erklärt, trotzdem das Haus zur Zeit der Abstimmung beschlußunfähig war.

Da nun manche oppositionelle Polen, besonders die polnischen Sozialdemokraten, gegen die Sonderstellung Galiziens auftreten, müssen die Schlachzigen auf diesen Umstand Rücksicht nehmen und auch nach dieser Richtung hin Propaganda machen. Die polnischen Sozialdemokraten werden als „schwarzgelbe Patrioten“ hingestellt, die „Österreich konservieren wollen“, — deren Programm „die Staatsinteressen Österreichs“ verfolge. (Vergl. Studnicki: „Sonderstellung Galiziens und die Nationalitätenfrage“, Seite 9, 17, 20.)

Bei dieser Gelegenheit sei noch ein Charakteristikum der polnischen Machthaber erwähnt, welches zwar nicht in engem Zusammenhang mit unserm Gegenstand steht, aber doch zum Verständnis der allpolnischen Taktik nötig ist. Während man in Galizien die Ruthenen als „schwarzgelbe Patrioten, die immer nur dem deutschen Zentralismus dienen und niemals sich zu selbständigem Denken aufrassten“, hinstellt — bezeichnet man alle ruthenischen Parteien der Zentralregierung gegenüber, und überhaupt in Wien, als „radikale, umstürzlerische Elemente“. Das offiziöse k. k. „Korrespondenz-Büreau“ nennt sogar ruthenische Priester „radikale Ruthenen“. Wenn man den dem Polenklub dienenden deutschen Wiener Blättern Glauben schenken wollte, so existieren unter den Ruthenen nur radikale Parteien.*)

Da manche polnische Sozialdemokraten behaupten, die Sonderstellung würde Galizien materiell schädigen, tritt das Vorstands-

*) Thatsächlich bestehen aber folgende ruthenische Parteien in Galizien: 1. Die national-demokratische, auch als nationale oder jungruthenische bezeichnet, mit deren Organen „Dislo“ und „Swoboda“. Diese ist zweifellos die größte und mächtigste und hat die meisten Anhänger unter der ruthenischen weltlichen Intelligenz sowie der Geistlichkeit und der Bauernschaft; 2. die gemäßigte Fraktion des Abgeordneten Barwinskij mit dem Organe „Ruslan“ bildet nur eine kleine Gruppe, die im Jahre 1894 aus der ersteren hervorgegangen ist und eine Versöhnungspolitik mit Polen anstrebte. Infolge des rücksichtslosen Vorgehens polnischer Politiker sah sie sich gezwungen, ihre Taktik aufzugeben und geht nunmehr wieder gemein-

mitglied der „politischen Schule“, der vielgenannte Dr. Glabinski, in der „Gazeta Narodowa“ (Nr. 62—71 vom Jahre 1901) dieser Behauptung entgegen, indem er beweist, daß im Gegenteil Galizien unter den jetzigen Umständen große finanzielle Opfer Österreich bringen müsse.

Die Sonderstellung Galiziens soll somit also nur mehr eine Frage der Zeit sein und von der Geschicklichkeit der polnischen Politiker abhängen. Daher die Parole der galizischen Potentaten: „Los von Wien!“

XVIII.

Irredentistische Agitation des polnischen Klerus.

Einer der wichtigsten Faktoren der allpolnischen Propaganda ist zweifellos der polnische Klerus. Die einflußreichen polnischen Kirchenfürsten verstanden es großartig, bei verschiedenen Gelegenheiten die Interessen der katholischen Kirche mit denen der polnischen Sache zu verknüpfen. Kardinal Ledochowski, der sich der Kirche zu Polonisierungszwecken bediente (als Präfekt der „congregatio de propaganda fide“ befaßte er sich mit den Sachen der ruthenischen griechisch=unierten Kirche), war deshalb unter den Ruthenen sehr verhaßt. Die Polen haben immer einen energischen Vertreter ihrer Sache beim päpstlichen Stuhl — deshalb finden sie immer in Rom eine wesentliche Stütze.

Bezeichnend ist es aber, daß gerade die polnischen Ordenspriester eifrigste Agitatoren sind. Viele markante Irredentisten, wie Kalinka, Bronowski und andere traten deshalb ins Kloster ein. An den allpolnischen Demonstrationen nehmen die polnischen Ordenspriester teil und zeichnen sich durch ihre bombastischen, im irredentistischen Sinne gehaltenen Predigten aus.

sam mit der ersten Partei vor; 3. die ruthenisch-radikale Partei mit dem Organ „Hromadschyj Holos“, sie besitzt keinen größeren Einfluß und in keiner autonomen Körperschaft Vertreter; 4. die sozial-demokratische Partei mit dem Organ „Wola“, diese ist erst im Keime und ist nur als kleine Gruppe zu betrachten. Im trassen Gegensatz zu diesen vier Parteien steht 5. die bereits im Absterben begriffene russophile Partei mit dem Organ „Galiczania“; sie ist eigentlich als ein Generalstab ohne Armee zu betrachten. Dieser Generalstab sowie dessen Presse verdanken ihre Existenz der materiellen Unterstützung aus Rußland.

Die polnische Geistlichkeit sorgt redlich dafür, den kirchlichen Charakter ihres Amtes abzustreifen und die Seelsorge zu einem Werkzeug allpolnischer Propaganda zu machen. Der Religionsunterricht und die Kanzel werden benützt, um die nichtpolnischen Kinder ihrer Muttersprache zu entfremden, denselben einen teuflischen Haß gegen alles Nichtpolnische einzulößen.

Das gilt selbstverständlich von dem ganzen polnischen Klerus, tritt aber aus leicht begreiflichen Gründen am meisten in Galizien zum Vorschein. Unter der polnischen Geistlichkeit Ostgaliziens*) wurde lezthín ein auf blaues Konzeptpapier in Großformat gedrucktes, geheimes Rundschreiben verbreitet, welches die Geistlichkeit den Gläubigen mitzuteilen hatte. Dasselbe enthielt einen Aufruf an die polnischen Seelsorger und an die polnischen Frauen. Die unbekanntenen Verfasser des geheimen Zirkulars, wahrscheinlich eine Korporation, befürchten, daß sich das ruthenische Ostgalizien gegen die Bestrebungen, das historische Polenreich „vom Meere bis zum Meere“ wiederherzustellen, sträuben werde, und verlangen deshalb gänzliche Polonisierung Ostgaliziens.

Der Runderslaß enthält Vorschriften, die von den römisch-katholischen Seelsorgern streng zu beachten seien. Der polnische Klerus soll die Bevölkerung in jeder Hinsicht terrorisieren. Der Pfarrer soll nicht dulden, daß in seiner Umgebung anders als polnisch gesprochen werde. Der Diener, welcher ein anderes Wort gebraucht, muß . . . entlassen, die Kaufleute, die anders sprechen, sollen boykottiert werden. Paragraph 6 dieses patriotischen Reglements ordnet an, daß polnisch-patriotische Gedenktage, besonders in Ostgalizien, feierlich und demonstrativ in Kirchen u. s. w. begangen werden. Der polnische Adler und die Insignien der polnischen Krone seien hoch zu halten. Um diese Vorschriften rascher und sicherer durchzuführen, wird verlangt, daß die Pfarrer in jedem Dorfe einen „polnisch-patriotischen Verein“ gründen. Weiter folgt eine ausführliche Belehrung darüber, wie die patriotische Propaganda vor sich gehen, wie die nichtpolnische Bevölkerung terrorisiert und polonisiert werden solle. Am Schlusse heißt es wörtlich: „Ihr sollt nicht

*) Wie im Kapitel XI hervorgehoben wurde, wurden zur Zeit des Bestandes des polnischen Königreiches viele ruthenische Bauern zur römisch-katholischen Kirche „belehrt“. Diese erhalten nur polnische Seelsorger.

vor dem Löwen zurückschrecken, welcher vor Wut brüllt, wenn ihm der hier arg zugerichtete polnische Adler deshalb mißfällt, weil er aus seinen Krallen ent schlüpfen will — denn jeder Verlust ist unangenehm. Aber die Adler sind Vögel und haben ihre Rechte, sich selbst anzugehören und frei zu bleiben . . .“

In einer schwungvollen Apostrophe wenden sich nun die Verfasser des Geheimschreibens an die polnischen Mädchen und Frauen, die „so viele Märtyrer und Helden dem polnischen Vaterlande geschenkt haben“. Für die polnischen Frauen gilt daselbe Reglement wie für den Alerus — dieses sollen sie zum Prüfstein für ihre Freier und Männer, — die sich um ihre Liebe bewerben oder „andere Rücksichten von ihnen verlangen“, machen.

„Polen und Polinnen! Befolgt die Paragraphen des heutigen Aufrufes, ohne zu fragen, von wem er stamme, denn Gott, Kirche und Vaterland verlangen es von euch!“ . . . Das ist der Schlußpassus des mit jesuitischen Floskeln parfümierten patriotischen Zirkulars. Die Herrschaften wollen also sogar die „Liebe“ und andere weibliche „Rücksichten“ in ihren Dienst stellen.

Während der Grunwaldfeier in Galicz (Ostgalizien) am 3. August 1902 sprach ein polnischer Priester von der Kanzel herab: „Hier ist polnischer Boden und polnisches Volk, aber leider verstehen viele Polen nicht polnisch und sprechen ruthenisch; es soll somit unsere wichtigste Aufgabe sein, die polnische Sprache zu erlernen, denn das ist unser drittes Heiligtum.“*) Dann kam der patriotische Herr auch auf den Feldarbeiterstreik zu sprechen. Er nannte denselben „eine Revolte des unaufgeklärten Volkes, eine vierte Teilung Polens“, — denn „es ist gefährlich, wenn sich die Bauern gegen die Schlachta erheben. Mit der polnischen Schlachta würde die polnische Nation untergehen, und deshalb sollen die Bauern mit der Schlachta gemeinsam vorgehen“. Andere Priester bezeichnen die ruthenische Sprache als eine teuflische und lassen die Leute gelegentlich Missionen schwören, dieselbe nie zu gebrauchen.

Der polnische Erzbischof von Lemberg visitiert seine Diözesen mit dem Jesuitenpater Broblewski, welcher seine Predigten überall mit der Beschwörung an die Gläubigen, zu Hause nur polnisch zu sprechen,

*) Gott, Das geschichtliche Polen „vom Meere bis zum Meere“ und die polnische Sprache sind ihre drei Heiligtümer.

schließt. Bei dieser Gelegenheit sei hervorgehoben, daß der jetzige polnische Erzbischof von Lemberg sich einer besonderen Gunst der allpolnischen Demokratie erfreut. Das erzbischöfliche Hirten Schreiben anlässlich des Feldarbeiterstreikes in Ostgalizien besprechend, schreibt das allpolnische Organ „Słowo Polskie“ wörtlich: „Es ist in diesem Rundschreiben ein Passus, der dem Erzbischof Bilczewski die Sympathien eines jeden Polen verschaffen muß. Es ist nämlich eine in Galizien ungewöhnliche Sache: Der Erzbischof, an seine Diözesanen appellierend, scheut sich nicht, das Wort ‚Vaterland‘ zu gebrauchen; ja, er sagt sogar, er sei von heißer Liebe zum polnischen Vaterlande durchdrungen, in dessen Namen er seine Diözesanen beschwört.“

Die polnische Geistlichkeit verdient wirklich alles Lob der Irredentisten. Ihre allpolnischen Tendenzen sind so fest, daß selbst die Organe der „Liga Narodowa“ an ihnen nichts auszusetzen haben. Der polnische Klerus ist es, der die allpolnische Fahne hochhält und kirchliche Demonstrationen veranstaltet. Bei keiner polnisch-irredentistischen Kundgebung fehlen die Vertreter der polnischen Geistlichkeit.

Führen wir nur einige Beispiele an: Im Berichte über die Gedentfeier vom 22. Januar — da jährt sich nämlich der Tag, an welchem das Schicksal der letzten polnischen Erhebung entschieden wurde — schrieb die Krakauer „Nowa Reforma“ (vom 23. Januar 1901):

„Aus diesem Anlasse wurden in den Kirchen feierliche Trauermessen abgehalten. In der Krakauer St. Marienkirche hielt der Kapuzinermönch Pater Anioł eine schwungvolle patriotische Predigt. Er schilderte den Patriotismus, wie er sein solle, und verherrlichte die polnische Jugend aus dem Jahre 1863, welche, — nachdem die Parole des Aufstandes ausgegeben wurde, — sich zu dem Kampfe mit voller Aufopferung und mit heiligem Glauben aufraffte.“

Der klerikale „Dziennik Polski“ trat heftig gegen den Religionsprofessor an einem Lemberger Gymnasium, Pater Johann Gnatomski auf, weil er der Schuljugend, die in der Kirche ein polnisch-irredentistisches Lied gesungen hatte, eine Rüge erteilt haben soll. Dieser Herr Katechet veröffentlichte darauf im selben Blatte (Nr. 36 vom 5. Februar 1901) eine Erklärung, in welcher unter anderem zu lesen war: „Ja, es ist wahr, ich habe die mir unterstehende Jugend in väterlicher Weise gerügt, aber nicht für das Singen unsrer Nationalhymne, sondern für das Singen derselben in einem

unpassenden Moment, — nämlich, als viele Schüler und das Publikum die Kirche bereits verließen. Ich rügte sie auch, weil sie gesungen hatte, ohne ihre Vorgesetzten zuvor verständigt zu haben. Vor kurzem hat doch dieselbe Schuljugend — aber die gesamte Schuljugend mit meiner Erlaubnis — dieselbe polnische Nationalhymne in derselben Kirche gesungen. Niemand von den Vorgesetzten nahm ihr das übel, denn dies geschah in einem passenden Augenblick (während der Messe anlässlich der Jahrhundertwende) und mit der unserer Nationalhymne entsprechenden Feierlichkeit.“

Der Herr Katechet handelt somit ganz nach den Vorschriften des oben angeführten Zirkulars. Ja, die polnische Nationalhymne muß mit entsprechender Würde gesungen werden, denn sie ist in Galizien bereits zu einer offiziellen Volkshymne geworden.

Die polnische Geistlichkeit tritt auch am meisten gegen die nationale Gleichberechtigung der Ruthenen auf. Das ruthenische griechisch=unierte (also katholische) Pfarramt in Dobrotvor bekam von dem dortigen polnischen (römisch=katholischen) Pfarramt auf seine ruthenische Zuschrift eine in hebräischer Sprache verfaßte und mit hebräischen Buchstaben geschriebene Antwort a. d. 24. Januar 1902. Natürlich äußert sich diese Ruthenenfeindlichkeit der polnischen Priester besonders im Schulwesen, denn viele von ihnen sind Schulinspektoren, Vorsigende des Ortschulrates, Mitglieder des Bezirksschulrates, Katecheten u. s. w. Das chimärische Schicksal wollte es, daß auch da die erste Geige des polnischen Chauvinismus gerade die preußischen Polen spielen, die bekanntlich über die Unterdrückung von seiten der preußischen Regierung so klagen. Der in Ostgalizien fattsam bekannte Ruthenenfeind, Dominikanerprior und Pfarrer in Bokorodczany, Pater Ziolkowski, ist kein österreichischer Staatsbürger, sondern ein preußischer Emigrant. Trotzdem ist er Mitglied des Bezirksschulrates und der Bezirksvertretung und bethätigt seine Christenliebe auf Schritt und Tritt. Ostgalizien wurde von mehreren solchen polnischen Pflänzchen beglückt.

Die Bischofskonferenz zu Fulda hat sich mit der Frage des Religionsunterrichtes in den polnischen Provinzen Preußens befaßt und eine Resolution zu Gunsten der Polen angenommen. Nun ist aber die Sache in Ostgalizien, wo die polnischen Katholiken regieren, gewiß nicht viel besser. Dasselbst wird den ruthenischen Kindern römisch=katholischer Konfession der Religionsunterricht nur in pol=

nischer Sprache erteilt. Dasselbe gilt auch sehr oft von den griechisch-katholischen Kindern, wie das nachfolgende Ziffern nachweisen. Im vorigen Jahre waren in Galizien 170 stabilisierte polnische und nur 73 ruthenische Katecheten. Es waren weiter 139 polnische Priester, die gegen entsprechende Belohnung den Religionsunterricht erteilten, und nur 77 ruthenische. Da nun in Galizien keine ruthenische Lehrerbildungsanstalt existiert, und der größte Teil der Lehrer Polen sind, so ist es begreiflich, daß sie den Religionsunterricht, zu dem auch sie sehr oft herangezogen werden, selten in ruthenischer Sprache vortragen.

Die römisch-katholische Kirche wird als ein Mittel zur Polonisierung Ostgaliziens betrachtet. Die polnischen Priester, wie Pater Gromnicki, Korzeniowski und andere geben Broschüren heraus, verteilen Flugschriften und predigen sehr oft von der nationalen Einheit Galiziens als einer Provinz des polnischen Königreiches. Polnische Blätter bezeichnen die polnischen Pfarren in Ostgalizien als Festungen des Polentums. Die Schlachta bemüht sich deshalb, möglichst viele solche Pfarren in Ostgalizien zu errichten, denn die griechisch-katholischen Priester lassen sich zur irredentistischen Propaganda nicht verwenden. In den letzten fünfzehn Jahren wurden in Ostgalizien 14 römisch-katholische Pfarren (darunter 11 sogenannte Exposituren) und 15 Kooperatorstellen errichtet. Die Zahl der in dieser Zeit zur römisch-katholischen Kirche „Bekehrten“ beträgt 385 000. Diese Bekehrungsarbeit muß fortgesetzt werden, denn sie unterstützt die polnische Kolonisation, sowie die Bestrebungen, eine einheitliche nationale Armee in Galizien zu schaffen.

Die polnischen Sozialisten treten für die Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates in ethnographischen Grenzen ein — polnische Priester bezeichnen dies aber als einen „diabolischen Witz“, denn „Polen, Ruthenien und Litauen sind enig wie die heilige Dreifaltigkeit, und was Gott vereinigt hat, das will nur der Teufel trennen. Die ehrlichen Gottesdiener müssen deshalb diesem teuflischen Gedanken entgegentreten...“

So sieht die polnische Irredenta im klerikalen Mantel aus.

XIX.

Das Land der Demonstrationen.

Ein reichsdeutscher Journalist, der zur Zeit, als Badeni Statthalter war, Galizien besuchte, bezeichnete diese Schlachzizenrepublik als ein Land der Demonstrationen. Wer nur einmal Gelegenheit hatte, sich in Galizien längere Zeit aufzuhalten, wird diese Bezeichnung ganz berechtigt finden. Es vergeht kein Monat, ja beinahe keine Woche ohne pompöse Manifestationen, die in ganz Galizien als offizielle Landesfeiern begangen werden. Im polnischen Kalendarium finden sich immer Gedenktage, sei es aus der Zeit des polnischen Königreiches, sei es aus der Zeit ihrer Erhebungen. Man glaubt nämlich, durch lärmende Kundgebungen und schwungvolle patriotische Reden den irredentistischen Geist der Bevölkerung zu erhalten und zu befestigen. Die hierher pilgernden außergalizischen Polen sollen hier neue Kräfte schöpfen, sie sollen durch den Glanz und durch die Kühnheit der Manifestationen ermuntert und vor der Resignationspolitik behütet werden. Daß derartige Gedenktage von den galizischen Machthabern wirklich nur als patriotische Reizmittel gebraucht werden, beweisen die bei solcher Gelegenheit gehaltenen Reden, sowie diesbezügliche Äußerungen der Schlachzizenorgane.

Der „Dziennik Polski“ (vom 22. Januar 1901) schrieb über den polnischen Aufstand vom Jahre 1863 und über die diesbezügliche Gedenkfeier:

„Dürfen wir in einem bequemen Quietismus — um die relativ friedliche Stimmung dieser Zeit nicht zu trüben — bloß mit einem Seufzer an diesen blutigen Daten vorbeigehen? Wir antworten mit den Worten des Schriftstellers Romanowski: Wir dürfen nicht von Liebe träumen, von der Brüderlichkeit, von den Rosen — für uns existieren diese nicht! Wir sind wie die Zugvögel. Heute stehen wir hier, morgen vielleicht auf dem Wachposten.“

Weiter schreibt das genannte Blatt: „Wir müssen unsere nationalen Kräfte sammeln für einen vielleicht schon in nächster Zukunft bevorstehenden entscheidenden Augenblick.“ In der Krakauer „Nowa Reforma“ (Nr. 243 vom 22. Oktober 1901) lesen wir in dem Artikel „Zu Ehren des Tadeus Kosciuszko“ über den zu Ehren des polnischen Nationalhelden in den Sokolskälern veranstalteten Festabend:

„Der Saal war dicht gefüllt, die ersten Reihen waren vorzugsweise von Durchreisenden besetzt. Es waren sehr viele Personen aus Russisch-Polen und aus Schlesien anwesend — manche Reichsrats- und Landtagsabgeordnete u. s. w. Die Mittelschüler und Studenten, Vorstädter und Bauern saßen oder standen, begeistert und vereinigt durch die Pietät für den größten Polen Tadeus Kosciuszko. Der Obmann des Sokol-Vereines, Kotarbinski, hob in seiner Festrede hervor, daß die von Kosciuszko vertretene Idee zur Idee der polnischen Sokol-Vereine geworden sei. Herr Adam Staszczuk gab am Schlusse seiner Ansprache der Hoffnung Ausdruck, daß die Zeit, wo auf dem Grabstein des Kosciuszko zu dem einzigen dort eingegrabenen Worte ‚Dem Kosciuszko‘ noch ein anderes — ‚Die Befreiten‘ — hinzukomme, nicht mehr fern sei.“

Diese Sprache wird immer deutlicher und deutlicher. Im Sommer des Jahres 1902 verlangten die Schlachzizenblätter ausdrücklich anläßlich der Grunwaldfeier „Vorbereitung nationaler Legionen und neuer Grunwaldsiege“.

Die Kundgebungen der Irredentisten wurden zur Zeit der Herrschaft der beiden Brüder Badeni besonders lärmend. (Graf Stanislaus Badeni ist als Egeria seines Bruders Kasimir bekannt.) Hier beginnt auch die Geschichte der polnischen Manifestationen. Den Anfang machten die Herren Badeni mit der Ausstellung zu Ehren Kosciuszkos, welche nur eine große allpolnische Manifestation war. Diese Ausstellung, die den Stempel der offiziellen, von den Spitzen der österreichischen Behörden protegierten Unternehmung trug, ermunterte sogar die größten nationalen Pessimisten. Sie glaubten nämlich darin die Bestätigung ihrer patriotischen Illusionen und der Vorpiegelungen schlachzizischer Blätter zu finden. Deshalb mehrten sich von nun an allpolnische Kundgebungen, einen geradezu monströsen Umfang nehmen sie aber jetzt unter der Ägide des Grafen Pininski an.

Es ist bekannt, wie rücksichtslos die Polizei und die Gendarmerie in Galizien gegen die Einwohner vorgehen. Jede leiseste, den Machthabern unangenehme Kundgebung wird unterdrückt, — wenn auch dabei Blut vergossen werden sollte. Vor dem deutschen Konsulate in Lemberg konnten aber wiederholt turbulente Demonstrationen stattfinden. An einem Tage demonstrierten dort 1000 Gymnasiasten,

welche die Polizei mit Steinen bewarfen. Diese verhaftete nun drei von den Thätern, wurde aber dafür vom Statthalter in Untersuchung gezogen. Sein Organ schrieb damals einen Leitartikel über die unmenschliche Brutalität der Polizisten. (Vergleiche „Gazeta Narodowa“ vom 6. Dezember 1901.) Höhere und niedere Staatsbeamte, Professoren, Lehrer, Studenten und Schüler, alles demonstrierte damals gegen Deutschland und gegen den Dreibund. Das wurde stillschweigend geduldet, wenn nicht gar als Verdienst angerechnet. Das tolerante Verhalten der galizischen Behörden der Schuljugend gegenüber wäre nur recht und billig, wenn sie wirklich den humanen Anschauungen der Machthaber entspringen würde. Ruthenische Schüler aber werden in Galizien für die Teilnahme an jeder unschuldigen Kundgebung massenhaft aus allen Unterrichtsanstalten des Landes ausgeschlossen, der Weg zur Bildung wird ihnen auf diese Weise erschwert, oft ihre ganze Zukunft zerstört.

Den ruthenischen Beamten wurde die Teilnahme an den Versammlungen, in welchen man für die Errichtung einer ruthenischen Universität in Lemberg eintrat, im voraus verboten. Im Dezember 1901 verließen über 700 ruthenische Studenten Lemberg, weil sie zum Austritte aus der dortigen Universität durch verschiedene nationale Chikanen gezwungen wurden. Auf dem Bahnhofe versammelten sich nun Eltern und Verwandte — Staatsbeamte, Professoren, Richter, Priester, Advokaten, auch viele Frauen — um Abschied zu nehmen. Jede Absicht einer Demonstration lag ihnen dabei ferne. Trotzdem wurde gegen sie nebst Polizei auch eine Abteilung Militär mit aufgepflanzten Bajonetten geschickt. (Vor dem deutschen Konsulate war so etwas nicht zu sehen!) Die Abschiednehmenden wurden einfach provoziert; ohne jeden Grund drang das Militär mit den Bajonetten in sie und wenig hätte gefehlt, so wäre wieder unschuldig Blut geflossen, wie bei den „freien“ polnischen Wahlen.

Ganz anders verhielten sich aber die Behörden gleichzeitig anlässlich der antideutschen Kundgebungen den polnischen Demonstranten gegenüber. Letztere empfangen gewöhnlich mit Rot- und Steinwürfen die Polizei, ja, sie griffen sogar das Militär an und wollten die Hauptwache erstürmen. Der Offizier kommandierte „Laden“, ließ jedoch nicht schießen, sondern richtete an die Demonstranten eine Ansprache und ersuchte sie, das Militär nicht zu

attackieren, weshalb er von der Militärbehörde mit Kasernenarrest bestraft wurde. Die Spitzen der polnischen Behörden statteten dem bestraften Offizier Besuche ab und bedankten sich für dieses taktvolle und loyale Benehmen den erhitzten Manifestanten gegenüber.

Das wäre recht löblich, — wo bleibt aber die von den Polen so oft und gerne betonte Gerechtigkeit? Warum dieser auffallende Unterschied in der Behandlung der Ruthenen bei ähnlichen, oder besser gesagt, bei ganz geringfügigen und harmlosen Begebenheiten? Während man jegliche Zusammenkunft der Ruthenen als eine gefährliche Demonstration hinstellt und sich förmlich bemüht, es zu einem blutigen Zusammenstoß zu bringen, weicht man den polnischen Demonstranten aus und verschont sie auf jede Weise.

Wir sehen also wieder ein charakteristisches Merkmal der polnischen Politik dort, wo sie die Macht haben. Ähnliches begegnet uns in Ostgalizien auf Schritt und Tritt. So wurde beispielsweise in der ostgalizischen Stadt Kolomea ein Fest der ruthenischen Feuerwehrvereine, verbunden mit einem öffentlichen Umzug, angekündigt. Gleichzeitig wurde ein ähnliches Fest der polnischen Sokolvereine, verbunden mit einem Fackelzug, in der naheliegenden Stadt Husiatyn veranstaltet. Den Ruthenen wurde der Umzug verboten, den Polen aber wurde er gestattet.

kehren wir nun wieder zu den patriotischen Manifestationen der Polen zurück! Alles bisher Geleistete hat die schon oftmals erwähnte, in ganz Galizien jüngst begangene Grunwaldfeier überboten. Die diesbezügliche, in dem Statthaltereiorgan vom 9. Juli 1902 veröffentlichte Proklamation an die Bevölkerung Galiziens strotzte von allpolnischen Phrasen über die Zukunft und Mission Polens. Man appellierte auch diesmal an „alle Klassen und Stände“ ohne konfessionellen und nationalen Unterschied, — „denn wir kämpfen für unsere und euere Freiheit, für die Gleichberechtigung der Völker, für die Gerechtigkeit“ — hieß es. Der Flügeladjutant des Statthalters, Professor Glabinski, leitete die entsprechende Aktion im Lemberger Gemeinderat ein und hielt bei dieser Gelegenheit eine bombastische Rede, in welcher er die Deutschen gänzlich vernichtete und die Befreiung des unterjochten polnischen Volkes prophezeite. In der „Gazeta Narodowa“, „Dziennik Polski“ und anderen, dem Statthalter nahestehenden Blättern erschienen ultrapatriotische Artikel aus demselben Anlaß. Diese ent-

hielten Beweise über die Notwendigkeit neuer Grunwaldsiege und der Wiederherstellung des geschichtlichen Polen „vom Meere bis zum Meere“. Man forderte auch die Ruthenen auf, an der Grunwaldfeier teilzunehmen. Das Organ des Statthalters erinnerte, daß Ruthenien mit Polen durch eine Union (Lublinter Union) verbunden sei und daß die Ruthenen gemeinsam mit den Polen bei Grunwald tapfer kämpften.

Anläßlich dieser Apostrophe schrieb das ruthenische Organ „Dilo“: „Es ist für uns nicht der geringste Grund vorhanden, uns an dieser Feier zu beteiligen. Wir bedauern, daß unsere Väter im Vereine mit den Polen die Deutschen bei Grunwald schlugen. Die Deutschen thaten damals den Ruthenen nichts Übles, ebensowenig wie jetzt das Deutsche Reich und der deutsche Kaiser.“ — Ein anderes ruthenisches Blatt, der Klerikale „Ruslan“ meinte, die Abhaltung des Gottesdienstes in der Kirche aus Anlaß der Bekämpfung der deutschen Ritter, die mit dem Kreuze in der Hand für die Verbreitung des christlichen Glaubens in den heidnischen Ländern ihr Blut opferten, sei ein Mißbrauch der Kirche zu politischen Zwecken.

Die Grunwaldfeier wurde von den galizischen Potentaten im ganzen Lande mit großem Glanz und möglichstem Aufsehen begangen. Zuerst plante man eine Illumination, der „Dziennik Polski“ und die „Gazeta Narodowa“ erinnerten sich aber rechtzeitig, daß es keine polnische Kerzenfabrik gebe, daß somit bei dieser patriotischen Demonstration nur die Deutschen, deren Kerzen verbraucht würden, profitieren, — man ließ deshalb den Gedanken einer Illumination fallen. Anstatt deren wurden Enthebungskarten, — lange, schmale Papierstreifen à 10 Heller, — gedruckt. Dieselben trugen folgende Zeilen: Zur Feier des Jahrestages der dem Kreuzrittertum bereiteten Niederlage statt der Illumination. Mit diesen patriotischen Papierstreifen wurden nicht nur die Fenster der Wohnräume, sondern auch die der Tramwagen beklebt. Auch auf den Fenstern des russischen Konsulates konnte man sie sehen. Der Erlösz für dieselben wurde für allpolnische Zwecke mit besonderer Berücksichtigung Ostgaliziens, Schlesiens u. s. w. bestimmt. Es wurden mehr als 100000 Broschüren über die Schlacht bei Grunwald verteilt; in allen Kirchen wurden Festmessen und hochpatriotische Predigten gehalten. An den Umzügen nahmen sowohl die Veteranen aus den polnischen Aufständen, wie auch die Gymnasialjugend teil. Der

letzteren wurde die Teilnahme an diesen Feierlichkeiten dadurch erleichtert, daß der Schluß des Schuljahres vom Landesschulrate auf einen früheren Termin als gewöhnlich verschoben wurde. In vielen Städten spielten die Gymnasialdirektoren eine Hauptrolle; in Strij wurde das Staatsgymnasium mit den oben erwähnten Enthebungsfarten dekoriert.

Am glänzendsten fielen diese Festlichkeiten begreiflicherweise in den beiden Hauptstädten, in Lemberg und in Krakau, aus. Das Programm lautete: Feierlicher Dankgottesdienst, Umzug durch die Stadt, Versammlungen, Vorträge, patriotische Ansprachen, Theateraufführungen u. s. w. Dies alles hatte ein Thema: den Sieg bei Grunwald. An der Spitze dieser Veranstaltungen sah man höhere Beamte, Abgeordnete und ansehnliche Schlachzigen in der polnischen Nationaltracht.

In der altpolnischen Residenzstadt Krakau beteiligte sich der Landmarschall von Galizien, Graf Potocki, an der Feierlichkeit, ebenso sehr viele polnische Aristokraten und Abgeordnete, alle im Kostüm der Würdenträger im „polnischen Königreiche“. Nach der Messe in der altpolnischen Kirche St. Maria hielt der Reformaten-Guardian Pater Janicki eine hochpatriotische Predigt, die er mit dem feierlichen Gebete schloß: „Gott möge den Polen die Freiheit wiedergeben und ihr Vaterland wiederherstellen“. Eine noch schwungvollere Rede hielt der Domherr Kasprowicz in Czernowiz (die Messe las daselbst der Jesuitenpater Augustin).

Die polnischen Machthaber bemühten sich besonders um die Grunwaldfeier in Ostgalizien und in der Bukowina, wo sie nicht einmal 4 Prozent der Bevölkerung bilden. Diese Länder betrachten sie nämlich als einen Bestandteil ihres Zukunftskönigreiches. Besonders in Ostgalizien strengten sie alle ihre Kräfte an. Man will eben den außergalizischen Polen die Einheitlichkeit Galiziens vor Augen halten, sowie anderseits die ruthenische Bevölkerung an die allpolnischen Feuerwerke gewöhnen. Deshalb wurde hier in jedem Nest diese Manifestation veranstaltet, und die Lehrer mit den Schülern spielten da gewöhnlich die Hauptrolle; so z. B. in Koziatyn der Oberlehrer Franz Digeza, in Sambir der k. k. Gymnasialdirektor Dr. Tomaszewski und andere. Wie sich die Behörden den polnischen Manifestationen gegenüber verhielten, zeigt die Thatsache, daß im „Słowo Polskie“ (Nr. 440 vom 10. September 1902)

dem k. k. Bezirkshauptmann von Brody, Grafen Ruffocki, der Dank für das Zustandekommen der Grunwaldfeier in seiner Stadt öffentlich ausgesprochen wird. Die Demonstranten wurden häufig von der Schlachta umsonst bewirtet; dabei kam es oft zu blutigen Keilereien.

Die allpolnischen Demonstrationen aller Art haben besonders in Ostgalizien ihre komischen Episoden. Hier muß vor allem für das nötige Demonstrantenmaterial Sorge getragen werden. Dieses ist nicht so leicht zu beschaffen. Es kommen zwar die Herren Schlachzizen mit ihren Sakaien, aber dies ist nicht ausreichend. Deshalb muß immer eine Schenke und ein Schmaus vorbereitet werden, wo sich die braven Demonstranten gütlich thun und auch betrinken können, — natürlich auf Kosten des Geldsäckels der Schlachzizen. Es finden sich da immer einige verkommene Individuen, auf welche der Schnaps eine Anziehungskraft ausübt.

So wurde beispielsweise am 7. Juni 1902 in Berezhany eine Theatervorstellung „Kosciuszko bei Raclawice“, verbunden mit einem Schmaus und mit einer patriotischen Versammlung, veranstaltet. Der polnische Pfarrer Pater Soltys hielt eine Predigt, in welcher er seine Pfarrkinder ermunterte, die Vorstellung und die Versammlung zu besuchen. Er sagte unter anderem: „Das wird euch gar nichts kosten, im Gegenteil, ihr bekommt sogar umsonst zu essen. Geht nur hin!“ In der Versammlung erzählte man den Leuten, daß die Steuern aufgehoben, die Wälder und Weiden den Bauern wiedergegeben würden, wenn Polen wieder hergestellt sein werde. Es gab sehr belustigende Szenen. Jeder Bauer erhielt unter andern auch ein Stück Wurst. Einem von ihnen erschien dies zu wenig, und er langte nach einem zweiten Stück. Darauf sagte ihm der Schlachzize: „Du gemeiner Kerl, du hast schon ein Stück bekommen!“

Der Verein „Towarzystwo Szkoły Ludowej“ mit ausgesprochen allpolnischen Tendenzen bereitet den Boden für den geplanten allpolnischen Kongreß vor. Er arbeitet mit einer nervösen Unermüdlichkeit, besonders in Ostgalizien. Es werden Filialen und Vereine gegründet, patriotische Vorstellungen, Vorträge und Versammlungen veranstaltet, eine Unmenge von geheimen Zirkularen, Proklamationen und Flugschriften unter die Bevölkerung verteilt. Ich will ein Beispiel aus dem ostgalizischen Bezirke Łołoszow anführen. Im Auftrage des genannten Vereines wurde daselbst eine allpolnische

Bauernversammlung für den 29. September 1902 einberufen. Es wurden verschiedene Rundschreiben verschickt, welche die Unterschriften des k. k. Statthaltereibeamten (zugeteilt der k. k. Bezirkshauptmannschaft Zolocziv) Franz X. Stonecki*) sowie des k. k. Landesschulrates und Gymnasialdirektors Dr. Niementowski trugen. Aus einem solchen Rundschreiben a. d. Zolocziv vom 12. September 1902 erfahren wir, daß der Hauptzweck der Versammlung die Hebung des Nationalgefühles der Bauern sei. Die Versammlung soll „durch Besprechung der Lebensfragen der polnischen Nation, Verteilung von Broschüren u. s. w. die Bauern in ihren Gedanken und in dem Nationalgefühl vereinigen“. Es wird auch um patriotische Gaben ersucht, mit deren Sammlung sich der k. k. Steuer-Dbereinnehmer Medynski befaßt. Also dieser Herr ist zugleich „allpolnischer“ Steuer-einnehmer. In einem anderen Zirkular a. d. Zolocziv vom 15. September 1902 wird die „Zustellung“ der Bauern nach Zolocziv und die Verhinderung der Ankunft „unberufener Personen“ ausdrücklich verlangt. „Nach der Ankunft in Zolocziv haben sich die Leute an den Herrn Stonecki zu wenden, welcher unter den Bauern Abzeichen verteilen und ihnen den Versammlungsort zeigen werde,“ heißt es daselbst. Daß ein solches Rundschreiben, versehen mit den oben erwähnten Unterschriften, von den abhängigen Personen, wie Gemeindevorsteher, Gemeindefekretäre, Lehrer, als ein amtliches Schriftstück betrachtet wird, ist kaum zu bezweifeln. Wie also die verlangte „Zustellung“ ausgeführt wurde, kann man sich leicht vorstellen.

Die Arrangeure haben sich übrigens alle Mühe gegeben, um der Sache einen amtlichen Charakter zu verleihen. Der polnische Pfarrer in Zolocziv predigte folgendermaßen: „Ihr polnischen Bauern wißt, wer euer Feind ist. Die hohe Regierung kennt euch sehr gut, sie bezeugt euch immer ihre Gunst, verlangt aber von euch, daß ihr immer ordentliche Leute bleibt, einen und denselben polnischen Zweck anstrebt. Deshalb wird am 29. September eine Tafel und eine Versammlung veranstaltet, zu welcher ich euch einlade.“

Man vermeidet natürlich die intelligente Bauernschaft in den gut organisierten Bezirken, sondern wendet sich an die ungebildeten

*) Über dessen Tätigkeit vergl. Kapitel IX, Seite 41 und Kapitel XIV, Seite 93.

Bauern und sucht denselben einzureden, daß sie nur ruthenisch sprechende Polen seien. Zu dem erwähnten Bauerntag wurden am 29. September über 4000 Bauern nach Żolocziv bestellt. Es fanden sich auch viele polnische Priester und Großgrundbesitzer ein, darunter sehr viele Reichsrats- und Landtagsabgeordnete, wie K. v. Wielowieński, W. K. v. Gniwosz, K. v. Jaworski, Graf Dzarowski, Bogdanowicz u. a. Nach dem feierlichen Gottesdienst hielt der Schulkatechet Pater Sztyrek eine höchst aufreizende und provokatorische Predigt. Von der Kirche wurden die Bauern — eskortiert von den polnischen Sokolisten — in das Schulgebäude abkommandiert, wo der patriotische Schmaus stattfand. Es ist zu bemerken, daß für diesen Zweck die beiden Grafen Badeni allein 60 Faß Bier spendeten. Nach dem Schmaus sind sehr viele Bauern durchgegangen, so daß an der darauf folgenden Versammlung kaum die Hälfte der Zugestellten teilnahm. Die Versammlung wurde von der Polizei bewacht und niemand von den intelligenten Ruthenen wurde eingelassen. Dr. Czokowski aus Lemberg sprach über die Rechte Polens auf Ostgalizien. Der Abgesandte des „Towarzystwo Szkoły Ludowej“ aus Krakau sprach über die irredentistischen Bestrebungen der polnischen Bauern in Russisch-Polen sowie in Preußen; er forderte die Versammelten auf, denselben nachzuahmen und gemeinsam denselben Zweck anzustreben, die Wiederherstellung Polens. Er lud ebenfalls die Bauern ein, Krakau, „diesen nationalen Wallfahrtsort“, zu besichtigen. An der ganzen Demonstration nahm selbstverständlich der k. k. Gymnasialdirektor Dr. Niementowski mit der gesamten Gymnasialjugend teil. . . .

Es werden sehr oft aus Ostgalizien die Bauern nach Krakau geführt — die Reisekosten werden ihnen vergütet — dort werden sie im polnischen Patriotismus unterwiesen. Man zeigt und erklärt ihnen die polnischen Denkmäler, die Grüste der Könige, den Wawel-Berg, sowie das altpolnische Königsschloß und erzählt ihnen, dieses Schloß werde jetzt „die Residenz des österreichischen Kaisers“.

So sucht man den Bauern die Überzeugung beizubringen, daß die allpolnischen Bestrebungen mit den Staatsinteressen Österreichs identisch seien, daß somit die Bauern, welche allpolnische Demonstrationen mitmachen und die polnische Irredenta unterstützen, sich um Österreich verdient machen und nichts zu befürchten haben. Das ist die sogenannte Politik für die Bauern, die man um jeden Preis

für die polnische Irredenta gewinnen möchte. Denn daß die Schlachta die polnische Sache mit den Interessen Österreichs durchaus nicht identifiziert, zeigt unter anderem der Artikel des „Słowo Polskie“ (Nr. 449 vom 16. September 1902). Dasselbst lesen wir:

„Sobieski hätte erbeben müssen, wenn er den schänden Umdank Wiens vorausgesehen hätte. Vielleicht hat er später gesehen, daß seine glänzendste strategische That der größte politische Fehler war. Vielleicht hat er in dem Moment der Hellsichtigkeit, die dem Hinscheiden jedes Menschen vorausgeht, das Bild des Verfalles gesehen, jenes Verfalles, zu welchem es vielleicht nicht gekommen wäre, wenn Sobieski, anstatt nach Wien zu ziehen, andere Verbündete gesucht und für die Verstärkung Polens gesorgt hätte.“

„Słowo Polskie“ ist das in Galizien am meisten verbreitete polnische Blatt, mit welchem überdies alle übrigen Schlachzizenblätter solidarifizieren. Wir können somit fast mit Bestimmtheit annehmen, daß diese Meinung der größte Teil der polnischen Intelligenz teilt. Das zeigte sich sehr deutlich in der im September dieses Jahres abgehaltenen Versammlung der regierenden Schlachzizenpartei. Den Vorsitz führte daselbst Fürst Georg Czartoryski. Die Redner traten heftig gegen die Zentralregierung auf, verlangten gänzliche Selbstverwaltung Galiziens und eine stramme Organisation der nationalen „Selbsthilfe“. Der Abgeordnete Graf Stadnicki (Kandidat für den Statthalterposten) warf der österreichischen Zentralregierung Doppeltzüngigkeit und polenfeindliche Tendenzen, der Landesregierung dagegen die Energielosigkeit vor. Der Graf verlangte eine energische Politik der Regierung gegenüber. Abgeordneter Ritter v. Rozłowski erklärte, er habe kein Vertrauen zu der jetzigen Regierung und behauptete, kein Minister werde den Polen helfen, so lange sie nicht ihre „Selbsthilfe“ organisieren.

Aus dem Gesagten ist leicht zu ersehen, wer eigentlich doppelzünftig ist.

Alle Spitzen der Behörden, Statthaltereis- und Bezirkshauptmannschaftsbeamte, Landeslehrkräfte, Gymnasialdirektoren, Steuer-einnehmer (in Galizien sehr einflußreiche Personen!), Pfarrer, Lehrer u. s. w. bereiten den Boden für den allgemeinen polnischen Kongreß vor, und zwar auf verschiedene Weise. Den armen bedrückten Bauern gegenüber, die vor allerlei Behörden großen Respekt haben, muß

man der Sache den amtlichen Charakter verleihen, der Intelligenz aber wird der Zweck der Agitation gar nicht verheimlicht.

Ein sehr charakteristisches Merkmal der schlachzizischen Politik ist auch hier das „Hinter den Kulissen bleiben“. Die in Galizien maßgebenden Faktoren treten nicht offen ans Tageslicht, sondern lassen ihre „Strohänner“ wirken.

An und für sich wäre diese neueste allpolnische Unternehmung kein Übel. Der geplante Kongreß wird aber zweifellos nur den aggressiven Charakter der schlachzizischen Politik befestigen. Es soll nämlich vor allem die „nationale Arbeit“ in Ostgalizien, Bukowina und Schlesien, sowie in den preußischen und russischen Provinzen des ehemaligen Polenreiches geregelt werden. „Słowo Polskie“ (Nr. 445 vom 13. September 1902) sagt, der Kongreß solle nicht eine gelegentliche Versammlung sein, sondern eine ständige, nationale Institution, welche „die prinzipiellen Fragen der allpolnischen Politik vom Standpunkte der gemeinsamen nationalen Interessen aus ohne Rücksicht auf die momentane politische Geographie entscheiden würde.“

Das in Warschau erscheinende polnische Blatt „Prawda“ freut sich über den genannten Kongreß, auf dem selbst gegnerische polnische Parteien vertreten sein sollen. Dieses Organ sieht darin eine „Konzentration“ der polnischen Parteien auf dem nationalen Boden und erblickt den Wert des Kongresses in Schaffung neuer Bahnen, auf welchen verschiedene polnische Fraktionen das gemeinsame nationale Ziel erstreben würden. Man hofft nämlich durch diesen Kongreß auch die oppositionellen Polen, insbesondere die polnischen Sozialisten, für die allpolnische Sache zu gewinnen. Deshalb soll auf dem Kongreß die von der polnischen Aristokratie unter der Agide des Grafen Pininski ins Leben gerufene allpolnische Demokratie*) die erste Geige spielen.

Unter den Arrangeuren des Kongresses sehen wir solche Namen wie Reichsratsabgeordneter und Universitätsprofessor Dr. Głabinski**), Landesauschuß Romanowicz u. a. Ihre Referate haben

*) Das ist nur eine Wiederholung der alten Politik der Schlachta, die selbst der konservative Pole Dr. Dhenkowski als pseudo-demokratisch bezeichnet (vergl. Kapitel II, Seite 8), denn an der allpolnischen Demokratie ist nur der Name demokratisch. (Vergl. Kapitel XXI, Seite 155.)

**) Der Flügeladjutant des Statthalters.

angekündigt: Reichsratsabgeordnete Wladislaw Ritter von Gnięwoŝz, Wladimir Ritter von Gnięwoŝz, Ritter von Cięnski, Jan Ritter von Wielowieński, Dr. Głabinski, Graf Christoph Mieroszewski, Professor Dr. Tullie, Jakob Bojko (oppositioneller Abgeordneter und Mitglied der polnischen Volkspartei). Ihre Teilnahme an dem Kongreß haben die meisten Mitglieder des reichsrätlichen Polenklubs, sowie die Landtagsabgeordneten angemeldet, ferner sehr viele Großgrundbesitzer, Staatsbeamte, Professoren, Gymnasialdirektoren, Priester, Lehrer, Bauern, Handwerker, Arbeiter und fast alle vom Landtage subventionierten polnischen Vereine, wie „Kółka Rolnicza“, „Towarzystwo Szkoły Ludowej“ und andere.

Als der Gedanke der Einberufung eines allgemeinen Polentages auftauchte, machten sich einige pessimistische Stimmen hörbar, die behaupteten, der Kongreß würde den Wirkungskreis der „Liga Narodowa“ schmälern und dadurch die nationale Disziplin lockern. Andere sahen in der Zuziehung oppositioneller Elemente die Gefährdung der privilegierten Stellung der Schlachta, die bisher als alleinige Führerin der nationalen Bewegungen, sowie als die alleinige Trägerin der allpolnischen Tradition betrachtet wurde. Dem gegenüber erklären viele einflußreiche Schlachzizen, der demokratische Humbug, dessen sich der polnische Adel wiederholt bediente, habe der Schlachta niemals geschadet und sei nicht gefährlich. Deshalb verstummen diese exklusiv aristokratischen Stimmen immer mehr, und auf dem allgemeinen Polentage wird zweifellos die gesamte Schlachta vertreten sein.

Auf die Einladung des vorbereitenden Komitees hin versammelten sich in Lemberg über 150 Personen. Sehr viele Reichsratsabgeordnete (Mitglieder des Polenklubs), Großgrundbesitzer, Staatsbeamte, Universitätsprofessoren, Journalisten, Priester und ... ein Sozialdemokrat, Ingenieur K. Mokłowski. In dieser Versammlung wurde folgendes Exekutivkomitee gewählt: Vorsitzender, Landesauschuß Romanowicz, dessen Stellvertreter Wladislaus R. v. Gnięwoŝz und Jakob Bojko; ferner die Reichsratsabgeordneten Wladimir R. v. Gnięwoŝz, Dr. Głabinski, Professor Dr. Twardowski, Dr. Tullie, Dr. Wilien, Dr. Małachowski, Dr. Balicki, die Redakteure der Organe der Liga Narodowa, S. Wasilewski, Gawronski, Poplawski, der Abgeordnete R. v. Cięnski, der Prälat Pater Gnatowski und der Sozialdemokrat K. Mokłowski. Die Frist der Einberufung

des allgemeinen Polentages wurde noch nicht festgesetzt. Es wurde aber folgendes Programm genehmigt: I. Referate über die nationale Lage der Polen a) in Preußen, b) in Rußland. II. Referate über die nationale Lage und über die Aufgaben der nationalen Verteidigung in Galizien, Schlesien und in der Bukowina. III. Referate über die innere nationale Entwicklung. IV. Referate über die Vereinigung der nationalen Bestrebungen und der Mitwirkung aller politischen Parteien, aller Vereine und der Presse. V. Referate betreffend die Information der ausländischen Presse über die polnischen Verhältnisse. Zur Teilnahme an dem allgemeinen Polentage werden eingeladen: alle polnischen Abgeordneten, Bischöfe, Obmänner polnischer Vereine und Redakteure. Außerdem wird jeder zugelassen, der die Formel unterschreibt, daß er die Notwendigkeit der solidarischen nationalen Verteidigung anerkenne und daß er auf dem Kongreß „nationale Stellung einnehmen“ werde.

Der demnächst zusammentretende polnische Kongreß wird also eine viel größere Bedeutung haben, wie jener unter der Ägide der Brüder Badeni auf der Ausstellung zu Ehren Kosciuszkos. Das wird nicht nur eine Manifestation im größten Stil sein, sondern auch eine große Revue der nationalen Streitkräfte, die eine gründliche Rekonstruktion des strategischen Planes nach sich ziehen wird. In den Wiederherstellungsbestrebungen soll ein einheitlicher Modus procedendi geschaffen werden, ebenso in der Polonisierung Schlesiens, Ostgaliziens und der Bukowina. Der „Dziennik Polski“ (Nr. 453 vom 28. September 1902) verlangt, daß der geplante Polentag allen Parteien „gegenseitige Unterstützung im Kampfe gegen die Ruthenen befehle; denn das ist nicht nur galizische, sondern allpolnische Angelegenheit. Es handelt sich hier nämlich um die Rettung einer ganzen großen Provinz für das Polenreich.“*)

Diese Worte des Schlachzigenorganes machen uns die nervöse Thätigkeit der allpolnischen Staatsbeamten, wie Herr Stonecki, Dr. Riementowski, Medynski e tutti quanti begreiflich. — Um

*) Was sagen dazu die Kolleginnen des ultramontanen „Dziennik Polski“ — wie die „Kölnische Volkszeitung“ und „Germania“, — welche behaupten, Ostgalizien werde nicht polonisiert? Das Schlachzigenblatt straft sie Bögen in einer nicht mißzuerstehenden Weise.

der Wahrheit getreu zu bleiben, muß ich hervorheben, daß ehrliche polnische Blätter, wie der „Naprzod“ gegen diese neue allpolnische Arbeit der Schlachta auftreten. Ehrliche Elemente sind aber in Polen noch immer in verschwindender Minorität.

Große Dienste erweisen der polnischen Sache das k. k. Telegraphen- und Korrespondenzbureau, sowie ein großer Teil der deutschen Presse in Österreich. Über die galizischen Vorgänge verbreitet das genannte Korrespondenzbureau, sowie die galizischen Berichterstatter mancher deutscher Blätter solche Nachrichten, wie es den Herren Schlachzigen paßt. Allpolnische Demonstrationen werden entweder verschwiegen oder als harmlose Kundgebungen bezeichnet. Selbst ein polnisch-patriotisches Blatt, wie „Nowa Reforma“ (Nr. 163 vom 18. Juli 1902) bemerkt spöttelnd, „das amtliche Korrespondenzbureau habe an die Wiener Blätter ein Kom-munique über die Grünwaldfeier in Krakau verschickt, welches bloß 3 Zeilen enthält.“

Ebenso werden irredentistische Enunciationen der Schlachta niemals beachtet. Dann und wann erscheint aber in den Organen des polnischen Adels eine hyper-loyale Notiz, die im krassen Widerspruch zu allen übrigen Leitartikeln steht und nur dazu bestimmt ist, die maßgebenden Kreise hinters Licht zu führen. Dann gehen in die Welt alarmierende Nachrichten über diese „Stimmen aus dem polnischen Lager“ — ja, es erscheinen sogar „Privattelegramme“ aus diesem Anlaß in manchen Wiener Blättern. Auf diese Weise wird Westeuropa — wie gesagt — über die galizischen Verhältnisse so informiert, wie es den polnischen Machthabern beliebt.

Viele deutsche Blätter bringen genauere und verlässlichere Nachrichten aus China wie aus Galizien, aus diesem Lande, in welchem sich die Interessensphären mehrerer Mächte kreuzen, welches noch manche Verwicklung hervorrufen und gar unangenehme Verlegenheiten bereiten kann. Denn das unglückselige Galizien ist ein Zufluchtsort der allpolnischen Malkontenten, der geborenen Phrasenreue aus Preußen und Rußland, die von hier aus ungeniert ihre Intriguen spinnen und ihre Propaganda betreiben.

Diesen Behälter des allpolnischen Fahrwassers — in welchem sich viele schlachzizische Streber auf den Schultern der bedrückten Volksmassen empor schwingen, um nur Unheil zu stiften und ihrem eigenen Volke durch die traditionelle Abenteuerpolitik neue Kata-

stropfen zu bereiten — näher zu beleuchten und einer ständigen Kontrolle zu unterwerfen, wäre Pflicht einer ehrlichen Publizistik.

XX.

Polnisches Piemont.

Die Bestrebungen der Schlachta, Galizien eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung zu sichern, um von hier aus ungeniert die irredentistische Propaganda zu betreiben, sind nicht neu und beginnen mit der Einverleibung dieses Landes in die österreichische Monarchie. Die Schlachzizen sahen immer in Galizien den Keim ihres Zukunftskönigreiches. Sie sagen deshalb ganz offen, daß ihre autonomistischen Bestrebungen nur zur Wiederherstellung ihres Königreiches führen sollen. Ziemiałkowski (österreichischer Minister vom Jahre 1873—1888), einer der gemäßigteren polnischen Patrioten, sagte: „Wir wurden nicht ererbt, mit uns hat man nicht verhandelt, wir wurden annektiert, aber nicht einverleibt, denn der Organismus, welchem wir angehören, lebt — wir leben mit den Kräften desselben und haben darauf so lange ein Anrecht, bis wir darauf verzichten. Das ist der juristische Titel unserer Selbstverwaltung, ein Titel, der viel kräftiger ist als jedes geschriebene Recht.“

Der polnische Adel hat sich mit der Teilung Polens nicht abgefunden, er hat diese Thatsache niemals anerkannt und den Gedanken einer Wiederherstellung seines Vaterlandes nie aufgegeben. Es ist somit eine Selbsttäuschung, zu glauben, die Schlachta sei durch verschiedene Zugeständnisse zum Aufgeben ihrer politischen Aspiration zu bewegen, eine Selbsttäuschung, die sich bitter rächen kann. Die österreichischen Regierungen erkaufte zwar durch immer neue Konzessionen momentane Unterstützung des Polenklubs, haben aber dadurch der polnischen Irredenta immer neue Lebenskräfte zugeführt und eine gerade entgegengesetzte Wirkung ihrer eigentlichen Absicht hervorgerufen.

So bekam Galizien, resp. der polnische Adel immer neue Sonderrechte, denen man in keinem anderen österreichischen Kronlande begegnet. So wurde die Schlachta immer unabhängiger, ihr Einfluß wuchs beständig, heute ist sie der mächtigste politische Faktor in

Österreich. Ihre Privilegien müssen beachtet, ihre Gewaltherrschaft in Galizien muß geduldet werden. Die ganze Welt weiß, daß Galizien, resp. die Schlachta, einen großen Einfluß auf die auswärtige Politik Österreichs hat. Lektzin schrieb das Pariser Blatt „Le Temps“ im Artikel „Prusse et Pologne“, Galizien gebe der habsburgischen Monarchie die Richtung der auswärtigen Politik.

Um diese Stellung der Schlachta besser zu verstehen, müssen wir die Selbstständigkeitsbestrebungen der galizischen Machthaber einer näheren Betrachtung unterziehen. Die Frage der Sonderstellung Galiziens wurde schon im Jahre 1791 gleichzeitig mit dem Zustandekommen der Konstitution vom 3. Mai in Polen aufgeworfen. Am 18. März 1848 verlangte Lemberg in einer Petition, deren Verfasser Franz Smolka war, eine weitgehende Selbstverwaltung für Galizien. Derselbe Smolka sprach im Jahre 1868 ausdrücklich von der Sonderstellung Galiziens und der Bukowina und verlangte dieselbe Stellung, wie sie Ungarn habe.

Der galizische Landtag — oder besser gesagt die in demselben dominierende schlachzizische Mehrheit — nahm im Jahre 1868 eine Resolution an, welche für Galizien eigene höchste Judikatur vindiizierte, sowie eine von der Zentralregierung unabhängige, dem Landtage verantwortliche Landesregierung und Erweiterung der Kompetenz des Landtages.

Abgeordneter Paul Sapielha ging noch weiter. Er verlangte eine selbständige Landesregierung mit dem Reichskanzler an der Spitze, der ebenfalls dem Landtage verantwortlich wäre.

Den Polen wurde zwar keine solche weitgehende Selbständigkeit gewährt, wie es die Herren Smolka und Sapielha verlangten, es wurde ihnen aber doch Galizien gänzlich preisgegeben. Die Landesbehörden wurden überdies mit besonderen Privilegien ausgestattet. Heute schreiben selbst die Schlachzizenblätter, daß der Statthalter von Galizien eine viel wichtigere Position einnehme, wie die Statthalter anderer österreichischer Kronländer, daß er zugleich Ratgeber der Krone sei und die Bedeutung eines Ministers habe. Die Ämter und Schulen wurden, wie bereits hervorgehoben, ganz polonisiert. Nominell wurde also dieses Land bis zu einem gewissen Grade sondergestellt.

Die Schlachta begnügte sich anfangs damit, ihre Herrschaft in Galizien zu befestigen und dieses Land zu einer Festung des Polen-

tums zu gestalten. Der Hochadel bewarb sich um die Gunst der Krone, wurde von den Hofkreisen begünstigt und schien einige Zeit an die Wiederherstellung des Polenreiches nicht zu denken — oder hoffte vielmehr, durch diese persönliche Taktik den allpolnischen Bestrebungen Vorschub zu leisten. Man setzte sehr große Hoffnungen auf diese Politik. Langsam, aber sicher schritt man auf dem Wege zur Sonderstellung Galiziens vorwärts. Manche Schlachzigen prophezeiten schon die Neugestaltung des Reiches als „Österreich-Ungarn-Galizien“. Diese sollte ruhig, ohne jeden Kampf, ohne jedes Aufsehen erfolgen. Das erklärt uns zum Teil, warum die Polen solche begeisterte Anhänger des Staatsstreiches sind. Von diesem versprechen sie sich nämlich sehr viel, vielleicht sogar zu viel... „Denn die wichtigsten Fragen werden meistens nicht durch parlamentarische Mehrheiten entschieden,“ schrieb vor kurzem Herr Ritter von Studnicki. Eben dieses politische Glaubensbekenntnis der Polen lehrt uns, warum sie in Galizien eine so unveröhnliche Stellung einnehmen.

Als das Ministerium Badeni ans Ruder kam, glaubte der polnische Adel vor der Erfüllung seiner Illusionen zu stehen. Da nahte sich nämlich das fünfzigjährige Regierungsjubiläum des Kaisers von Österreich (1898). Die Schlachta wollte das Kabinett Badeni um jeden Preis erhalten; es sollte das Jahr 1898 überleben. Als nun Badeni knapp vor dem Jubiläumsjahre von der deutschen Linken des Abgeordnetenhauses gestürzt wurde, da entrang sich der Brust der Schlachta ein Entrüstungsschrei. In der ausländischen Presse wunderte man sich darüber, daß der Sturz Badenis selbst von seinen Gegnern, von den oppositionellen polnischen Parteien beklagt und als ein großes nationales Unglück betrachtet wurde. Nach seiner Entlassung wurde Badeni überall, sowohl in Russisch-Polen sowie auch in Galizien, sogar von seinen persönlichen Feinden ostentativ als Märtyrer für die polnische Sache empfangen. Alle Polen ohne Unterschied der politischen Schattierung gaben zu, daß Badeni für die polnische Sache viel gethan habe, daß er noch viel mehr hätte leisten können, wenn er länger am Ruder geblieben wäre...

Nun ging aber dieser Einmütigkeit der zerstrittenen polnischen Brüder eine andere voraus. Man bemühte sich nämlich schon seit längerer Zeit, die polnische Königswürde wenigstens pro forma zu erneuern und dem in eine Kaserne verwandelten altpolnischen Königsschlosse auf dem Wawelberg in Krakau womöglich den früheren

Glanz zu verleihen. Wie und auf welche Weise dies geschehen sollte, darüber waren die Meinungen streitig. Als Graf Kasimir Badeni Ministerpräsident war, setzte sein Bruder Stanislaus, der damalige Landmarschall von Galizien, im Landtage folgenden Antrag durch: Das Land kauft das altpolnische Königsschloß in Krakau dem Kriegsministerium, resp. dem Staatsärar ab, renoviert dasselbe und bietet es dem Kaiser anlässlich des fünfzigjährigen Regierungsjubiläums an... Diesen Antrag unterstützten alle polnischen Parteien, auch die polnische Volkspartei, die sonst immer Badenis Gegnerin war.

Abgeordneter Dr. Okunewshj legte dagegen im Namen der Ruthenen einen Protest ein, indem er erklärte, der polnischen Mehrheit sei nicht so sehr um des Kaisers Jubiläum, sondern lediglich um die Würde des polnischen Königsschlusses, sowie der Insignien der polnischen Krone zu thun. Ob und wiefern der Vertreter der Ruthenen im Recht war, darüber giebt uns das Hauptorgan des Polenklubs, der Krakauer „Gaz“ (Nr. 122 vom 31. März 1902) Aufschluß. In dem „Vor der Restauration des Schloßes auf dem Wawelberge“ beschriebenen Artikel dieses Blattes lesen wir:

„Seit der Zeit des denkwürdigen Aufenthaltes des Kaisers Franz Josef unter uns im Jahre 1880*), also durch zwanzig Jahre, ziehen sich die Vorbereitungsarbeiten und Bemühungen hin, um dem Königsschloß auf dem Wawelberge die frühere Ehre und Würde wieder zu verleihen. Diese Aktion hat das ganze Land mit einer innigen Dankbarkeit für den Monarchen**) begrüßt und deren freudiges Echo durchlief rasch alle Gebiete Polens. Auf die Tagesordnung kommt bald die Sache der Restauration des Schloßes auf dem Wawelberge. Das ist eine Sache von erstklassiger nationaler Bedeutung. Das Königsschloß auf dem Wawelberge ist ein Symbol des nationalen Ruhmes und der nationalen Einheit.***) Der Gedanke an dasselbe berührt im Innersten die idealsten Gefühle unseres Volkes: Diese Mauern verbinden die Erinnerungen an die große Vergangenheit mit den Hoffnungen auf eine bessere Zukunft.“

*) Vergl. Kap. VII, Seite 33.

**) Der Kaiser nahm das angebotene Schloß an.

***) Das heißt, der Einheit aller Gebiete des ehemaligen Polen.

Das Organ der Schlachta, welche den genannten Antrag Badeni zum Beschluß erhoben hat, motiviert diesen Schritt in einer unzweideutigen Weise. Es bestätigt, ohne es zu wollen, die Wahrheit der Behauptungen des ruthenischen Abgeordneten.

Wie gesagt, die Schlachta versprach sich sehr viel vom Grafen Badeni; dessen plötzliche Demission durchkreuzte die Pläne der Herren Allpolen. Daher der allgemeine Kagenjammer nach seinem Rücktritt. Dieser Rücktritt, resp. die Nichterfüllung der allpolnischen Träume, bedeutete, wie wir gleich sehen werden, einen Wendepunkt in der Politik der Schlachta. — Die bittere Unzufriedenheit mit dem Ausgange der „Wawel-Geschichte“ (an welche die Schlachta ihre staatsrechtlichen Hoffnungen knüpfte) zeigte sich sehr deutlich auch in der Rede des Landmarschalls von Galizien, des Grafen Potocki, mit welcher er die letzte Landtagsession schloß. Kurz und bündig: Die Herren Schlachzizen erwarteten viel mehr, als ihnen das Ende des 19. Jahrhunderts brachte. Dies sprechen auch ihre Organe unumwunden aus. Im Leitartikel des „Dziennik Polski“ (Nr. 104 vom 5. Oktober 1901) lesen wir:

„Es ist schade um diese zehn Jahre, und man hat sich von ihnen so viel erhofft! Es hat auf unseren Bergen und in unseren Thälern ein neuer, frischer Hauch geweht, ein neues Leben erwachte in unseren Dörfern und Städten. Der Mut und der Glaube an die eigenen Kräfte kehrte zurück, denen die Kühnheit und die Thatkraft folgten. Eine Reihe von unvergeßlichen nationalen Feierlichkeiten befestigte den nationalen Geist: Begräbnis des Mickiewicz, Gedenkfeier am 3. Mai, Raclawice, die Landesausstellung...*) Der Einfluß unserer Repräsentation bei der Zentralregierung und das Vertrauen der Krone zu uns wurden immer größer. Wir haben sogar die am meisten polnische Regierung, die je existierte, erlangt...“

Und trotz alledem wurden die Pläne der Polen nicht verwirklicht. „Es ist wirklich schade um diese zehn Jahre,“ dieser Seufzer entringt sich der Brust vieler Polen, die mit Bestimmtheit darauf rechneten, daß Galizien am Anfange des 20. Jahrhunderts bereits — in trifolio Osterreich=Ungarn=Galizien — ein polnisches Piemont

*) Die Ausstellung zu Ehren Kosciuszkos im Jahre 1894, vergl. Kap. VI, Seite 26.

bilden werde. Dies geschah aber nicht. Deshalb mußte ein anderer Weg zur Verwirklichung der allpolnischen Träume eingeschlagen werden. Doch wir wollen unserem Vorsatze, die Politik und die Machenschaften der Schlachta im Lichte ihrer Organe erscheinen zu lassen, treu bleiben. Nur auf diese Weise können wir den Vorwürfen der Übertreibung, mit denen die Schlachta und ihre Gönner nicht kargen, vorbeugen. Es giebt Leute, welche sich mit verblüffender Leichtigkeit über die Argumente der Wissenschaft, der Geschichte und Statistik hinwegsetzen, indem sie dieselben als Unwahrheit hinstellen. Solcher billigen Beweisführung bedienen sich gewöhnlich die adeligen Polen in ihrer Polemik gegen die ihnen unangenehmen Äußerungen der westeuropäischen Publizistik. Es ist also nicht möglich, anders ihnen beizukommen, wie durch Zitate aus ihren eigenen Blättern. Erteilen wir also wieder dem klerikalen „Dziennik Polski“ das Wort! In einem Leitartikel schildert dieses Schlachzigenorgan (Nr. 453 vom 28. September 1902) den neuesten Umschwung in der Taktik der Schlachta folgendermaßen:

„Das Allpolentum sollte eigentlich überhaupt den polnischen Patriotismus bedeuten, der die Teilung nicht anerkennt, also die Liebe zum ganzen Vaterlande und das Bestreben, dasselbe zu befreien. Und solches Allpolentum existierte doch immer. Wer sich überhaupt als Pole fühlt oder fühlte, der hat im Herzen die Teilung gewiß niemals anerkannt, der hat nie das Ideal des freien Vaterlandes aufgegeben . . . Da wir nun immer ganz Polen mit unserer Liebe umfassen, da wir nie auf eine bessere Zukunft verzichteten, woher kommt es, daß wir unter der allpolnischen Bewegung eine neue Bewegung, neue Richtung und neue Bahnen verstehen — etwas, was uns geheimnisvoll lockt, andere*) aber wie ein Popanz mit Schrecken erfüllt? Die Antwort darauf ist sehr leicht und vor allem sehr nahe, denn man kann sie auf galizischem Boden finden.“

Es wird dann bewiesen, daß der Patriotismus der älteren Politiker derselbe gewesen sei, wie der der heutigen Allpolen. Ein grober Fehler sei aber die sogenannte Drei-Lojalität gewesen. Weiter schreibt dasselbe Blatt wörtlich:

„Die Drei-Lojalität bedeutete für die politisch und diplo-

*) Deutsche.

matisch geschulten Stanczyken*) das Aufgeben des Gedankens an eine bewaffnete Revolution, die Eroberung des Vertrauens der Regierungen der drei Teilungsmächte — folglich die Eroberung der Möglichkeit nationaler Arbeit, die Hebung der Kultur und des Wohlstandes, damit schließlich, wenn die europäischen Verhältnisse günstig wären, Polen jeden Augenblick bereit und reif für die Freiheit sein würde.***) Aber diese Devise oder vielmehr dieses Programm, welches für die reifen und ausgezeichneten Politiker***) bestimmt war, wirkte unter den Massen vernichtend... Wenn man in Galizien z. B. vor einigen Jahren den Sitz einer auf Preußen oder Russisch-Polen berechneten Verschwörung entdeckt hätte, und der österreichischen Regierung es eingefallen wäre, die Verschworenen zu verfolgen, hätte man so viele eifrige polnische Beamte gefunden, daß alle Zuchthäuser überfüllt wären... Man wollte den Revolutionsrausch und das Liberum Conspiro unterdrücken, wenig hat aber gefehlt, und man hätte den nationalen Gedanken und die nationalen Ideale unterdrückt. Aber noch rechtzeitig kam man zur Besinnung. Diejenigen, die einen größeren Vorrat von ihren alten Idealen besaßen, machten mitten auf dem Wege Halt, und als sie die zurückgelegte Strecke überblickten, erschrafen sie und riefen: Veto! Es ist somit diese Bewegung, die man als allpolnische Bewegung bezeichnet, ganz von selbst ohne jeden äußeren Einfluß entstanden. Der Name allein zeigt, daß sie notwendig ist. Das polnische Volk in Galizien muß auf dem Wege des Verfalles weit gekommen sein, wenn für das erst eine neue Bezeichnung nötig war, was vor dreißig Jahren jeder Pole fühlte und bekannte, was er aus der Brust seiner Mutter sog und was für ihn so natürlich wie das Atmen war. Als somit die erneuerte Devise der polnischen Solidarität verkündet wurde, als alle schlummernden, nationalen Ideale in das Wort „Allpolentum“ verkörpert wurden, da begann es im ganzen Lande zu brodeln... Die Reaktion gegen die Drei-Loyalität triumphiert nunmehr auf der ganzen Linie!“

Hier wird somit deutlich gesagt, daß die Schlachta durch ihre Drei-Loyalitätspolitik die Teilungsmächte nur hinter's Licht führen

*) Schlachtyzen.

**) Es handelte sich also um Täuschung der Regierungen.

***) Devise: für die schlauen Macchiavellisten.

wollte, um dabei um so erfolgreicher an dem Wiederherstellungswerk arbeiten zu können. In Galizien sind die polnischen Potentaten so weit gekommen, daß sie von hier aus ungeniert die allpolnische Propaganda betreiben können, was noch vor einigen Jahren, wie das genannte Blatt behauptet, unmöglich gewesen wäre. Zu diesem Zwecke hat die Schlachta lezthin die sogenannte allpolnische Demokratie — *lucus a non lucendo* — ins Leben gerufen, die unter der Devise der polnischen Solidarität alle Stammesgenossen ohne Unterschied der politischen Richtung und der Staatsangehörigkeit zum Zwecke der nationalen Arbeit vereinigen soll. Diese Partei wächst wirklich mit unglaublicher Schnelligkeit und gewinnt immer mehr an Boden sogar unter den oppositionellen polnischen Gruppen. Sie soll einen Kitt bilden, der die nationale Armee zusammenhalten würde. Die Schlachzizenblätter bemühen sich, auf Schritt und Tritt die Notwendigkeit der allpolnischen Bewegung nachzuweisen.

Galizien steht nun im allpolnischen Zeichen, es sind neue Bahnen eingeschlagen worden. Dieser Umschwung entspringt, wie bereits hervorgehoben wurde, vielerlei Motiven und wird noch nicht von allen Politikern gebilligt. Die neue Bewegung umfaßt aber die überwiegende Mehrheit der Schlachta und der polnischen Intelligenz. Die Taktiker älterer Schule werden sich also entweder fügen oder vom politischen Schauplatz zurücktreten müssen.

Die polnische Nationalregierung ist somit zur Herrin der Situation geworden. Sie hatte noch niemals einen solch ungeheuren Einfluß auf die polnischen Machthaber in Galizien wie jetzt. Die aufgeworfene Devise von der nationalen Solidarität hat die polnische Intelligenz förmlich bezaubert. Der „*Dziennik Polski*“ sagt deshalb mit Recht, daß es lezthin in Galizien zu sieden begann. Alle Parteien suchen die allpolnische Demokratie in ihrem Chauvinismus zu überbieten, es entstand in letzterer Zeit ein förmlicher Streit um die irredentistische Palme. In diesem Wirrwarr tauchen von Zeit zu Zeit die Emisäre der „*Liga Narodowa*“, die lezthin in Galizien eine energische Thätigkeit entwickelt, auf.

Wer das leicht erregbare polnische Volk kennt, wird es leicht begreiflich finden, daß in Galizien jeder geschickte Agitator, der hübsche und passende Phrasen anzuwenden versteht, bald die Gemüter der Polen beherrscht. Überdies werden von der „*Liga Narodowa*“ nach Galizien Emigranten aus Rußland und Preußen ent-

sendet, die hier als nationale Märtyrer betrachtet werden. Dieser Nimbus verleiht ihren Worten eine geradezu zündende Macht und Kraft. Deshalb führen manche preussische und russische Polen in Galizien das große Wort und sitzen in allen nationalen Komitees, Ausschüssen u. s. w.

Die „Viga Narodowa“, sowie die allpolnische „Demokratie“ sind der Anschauung, man müsse die Sonderstellung und vollständige Selbständigkeit Galiziens auf dem Wege der Landesgesetzgebung anstreben. Sie agitieren deshalb für die Schaffung neuer Landesgesetze, die Galizien in einen krassen Widerspruch zu den anderen österreichischen Kronländern bringen würden, um auf diese Weise die Sonderstellung dieses Landes zu erzwingen.

Die Schlachta betrachtet Österreich überhaupt nur als eine Etappe zur Errichtung des geschichtlichen Polen. Dies beweist eine jüngst veröffentlichte Broschüre „Sonderstellung Galiziens“ von Ladislaus Ritter von Studnicki*) am besten. In dieser Flugschrift, welche in Galizien unbeanstandet kolportiert wurde und eine überraschend starke Verbreitung fand, werden offen die Pläne der Polen ausgesprochen. Deshalb dürfte es nicht ohne Interesse sein, hier einige Stellen aus derselben anzuführen. Auf Seite 20 dieser Broschüre heißt es wörtlich: „Ungarn, welches eine ohne Vergleich größere Selbständigkeit besitzt, eine Selbständigkeit, die zu erstreben unser Minimalprogramm werden muß.“ Seite 24: „Ungarn soll für Galizien ein ermunterndes Beispiel der Sonderstellung sein.“ Seite 25: „Das abge sonderte Galizien kann ein Keim des zukünftigen selbständigen Polen werden.“ Seite 29: „Je ungünstiger für uns das Verhältnis der sozialen Kräfte im abgesonderten Galizien sein wird, desto mehr wird sich unter uns das Bedürfnis der Einheit mit ganz Polen fühlbar machen, somit das Bedürfnis — seiner Befreiung.“

In einem in Galizien sehr verbreiteten Blatte „Słowo Polskie“ (Nr. 60 vom 11. März 1899) — dem Leiborgane des Herrenhausmitgliedes und gewesenen Ministers, Ritters von Madejski — veröffentlichte der Verfasser der genannten Broschüre einen Artikel, in welchem unter anderem folgendes zu lesen war: „Für die polnische Sache wäre es wünschenswert, daß Galizien zu

*) Einem russischen Polen.

einem polnischen Piemont werde; zu diesem Zwecke braucht man aber eine Änderung seines Verhältnisses zu Osterreich . . ." Zu diesen Worten fügte die Redaktion des genannten Blattes folgende Randbemerkung hinzu: „Der geehrte Herr Verfasser ist unvorsichtig; wenn er wirklich die Sonderstellung Galiziens wünscht, möge er die Worte ‚polnisches Piemont‘ nicht einmal aussprechen. Denn dadurch wird er am sichersten die maßgebenden Kreise in Osterreich abschrecken.“

— Also die Herren flüstern sich ungeniert ernste Sachen ins Ohr. Sie wollen nicht nur über die Zukunft ihres Volkes, sondern über Fragen von europäischer Bedeutung entscheiden . . .

Herr Studnicki hat eine rege Agitation für die polnische Irredenta entfaltet. Er mußte zu diesem Zwecke eigens nach Galizien kommen, wo er ständig bleibt, denn sonst könnte hier der Chauvinismus der Schlachta einschlafen. Er sprach über die in seiner Broschüre berührten Fragen in öffentlichen Versammlungen und in geschlossenen Gesellschaften und bewies, daß es höchste Zeit sei, Galizien zu einem polnischen Piemont zu machen. In seinem in Lemberg am 13. November 1899 gehaltenen Vortrag wies Studnicki nach, daß die Frage der Sonderstellung Galiziens bereits eine Geschichte habe. Diesem Verlangen habe auch die bekannte Resolution des galizischen Landtages vom Jahre 1868 Ausdruck gegeben. „Sonderstellung Galiziens, das wäre die erste Etappe auf dem Wege zum freien, unabhängigen Polenreiche," sagte Herr Studnicki.

In der bereits zitierten Broschüre „Sonderstellung Galiziens" (1898), sowie in der darauffolgenden „Sonderstellung Galiziens und die Nationalitätenfrage" (1899) bezeichnet Studnicki die polnischen Sozialdemokraten als schwarzgelbe österreicheische Patrioten und wirft ihnen vor, daß sie Osterreich konservieren wollen. Auf die Ruthenen ist er nicht gut zu sprechen, weil sie „immer mit der Germanisierung kokettieren, zentralistische Bestrebungen in Osterreich unterstützen und keinen Selbständigkeitsinn haben!" Er tritt für die Kolonisation Ostgaliziens mit polnischen Bauern und für die rücksichtslose Unterdrückung der Ruthenen ein (vergl. Kap. V, S. 20). Dieser Schlachzize behauptet, daß die Wiederherstellung Polens ohne vorhergehende Sonderstellung Galiziens unmöglich sei. In der letztgenannten Broschüre sagt er, Warschau allein könne heute mehr Leute zum Kampfe für die Unabhängigkeit liefern, als die ganze aufständische Armee im Jahre

1863. In Russisch-Polen schreite das nationale Bewußtsein mit elementarer Gewalt vorwärts. Man müsse somit nur günstige Chancen für den Aufstand vorbereiten.

In seiner Broschüre „Sonderstellung Galiziens und die Nationalitätenfrage“ (Seite 18) verlangt er deshalb, daß die Polen den tschechisch-deutschen Antagonismus ausnützen, um die Sonderstellung Galiziens zu erlangen. Am Schlusse derselben Schrift sagt er wörtlich: „Die Volksmassen wären kampfbereit, man muß sie aber bewaffnen, man muß für die vorbereitenden Operationen ein Territorium haben. Zu einem solchen kann aber das abgesonderte Galizien werden.“ Herr Studnicki legt auf Schritt und Tritt dar, daß es eine Dummheit von den Polen wäre, die ihnen in Galizien gewährte unbeschränkte Freiheit nicht auszunützen. Von hier aus soll man die allpolnische Propaganda betreiben und Galizien zu einem polnischen Piemont machen — das ist sein tausendmal wiederholtes ceterum censeo.

Diese Agitation hat volle Wirkung erzielt. In Krakau versammelten sich bald die Reichsrats- und Landtagsabgeordneten der konservativen Partei (die konservative oder die sogenannte Stanczyken-Partei verfügt bekanntlich über eine überwiegende Mehrheit im galizischen Landtage) und beschlossen einhellig, stufenweise eine gänzliche Umgestaltung sämtlicher Verwaltungsbehörden Galiziens durchzuführen. Der betreffende Vorschlag besteht in folgendem:

1. Die heutige Gemeindeverwaltung wird in der Richtung hin abgeändert, daß aus einer Anzahl von Gemeinden und gutscherrlichen Gebieten eine Kreisgemeinde geschaffen wird.

2. Es sollen Bauern-Majorate gegründet und Rentengüter geschaffen werden. Diese Bauern-Majorate sollen eine Virilstimme bei allerlei Wahlen haben.*)

3. Die Kompetenz der heutigen Bezirksvertretung soll eingeschränkt werden; der Bezirksausschuß soll zu einem Hilfsorgane des Bezirkshauptmannes werden.

4. Der galizische Statthalter soll dem Landtage verantwortlich sein; zum Zwecke der Verwaltung soll dem Statthalter eine aus der Mitte des Landtages zu wählende Delegation zugeteilt werden — der bisherige Wirkungskreis des Landesauschusses geht auf den

*) Vergl. Kap. 13, Seite 83 und 84.

Statthalter und die erwähnte Delegation über — der Landmarschall soll nur Vorsitzender des Landtages und als solcher wählbar sein. (Ein Teil dieses Beschlusses wurde bereits in Form eines Gesetzesentwurfes dem galizischen Landtage unterbreitet.)

Lezt hin kam noch ein neues Projekt hinzu, und zwar über die Monopolisierung der Arbeitsvermittlungsbureaus (vergl. Kap. XIII, Seite 84 und 85). Diesen Gesetzesentwurf — welcher im Auftrage der „Liga Narodowa“ ausgearbeitet wurde — motiviert die Schlachta unumwunden damit, daß sie dadurch nationale Legionen vorbereiten wolle, Legionen, die ihr die Veranstaltung von allerlei Demonstrationen erleichtern und im entscheidenden Moment dem Rufe des Vaterlandes folgen würden.

Daß die Schlachta hier nicht nur Galizien, sondern auch das nebelhafte Königreich „Vom Meere bis zum Meere“ im Auge hat, ist eine Thatsache. Sollten nun die genannten allpolnischen Vorlagen zum Gesetz werden, dann wird sich ihre Wirkung zweifellos weit über die Grenzen Galiziens spüren lassen.

Der Erfolg, den die Agitation der „Liga Narodowa“ und des Herrn Studnicki hatte, ermunterte die Herren Allpolen. Es wurde an eine stramme Organisation der ganzen polnischen Gesellschaft geschritten. Die Propaganda nahm nun einen offiziellen Charakter an.

Herr Studnicki bearbeitete seine Flugschrift „Sonderstellung Galiziens“ und gab sie in Lemberg (1901) als ein Buch heraus. Diesmal wendet sich dieser polnische Patriot an alle polnischen Parteien. Er hält der Schlachta die Gefahr vor, welche für sie entstehen würde, wenn die Zentralregierung irgend eine galizische Partei gegen den Polenklub „kaufen“ wollte.*) Wien, also die Hauptstadt, sei immer auf Seite der Deutschen gewesen, was der Sturz Badenis beweise. Studnicki legt dar, daß die günstige ökonomische Entwicklung der polnischen Provinzen nur dann möglich sei, wenn sie dem Polenreiche angehören, „welches von zwei Meeren begrenzt werde“. Auf Seite 55 belehrt er uns, daß es auch für das wirtschaftlich entwickelte Russisch-Polen eben aus ökonomischen Gründen viel günstiger wäre, dem Polenreiche anzugehören. Über kurz oder lang, die industrielle Entwicklung aller Gebiete des ehemaligen Polen-

*) Die Zentralregierung brauchte da niemanden zu bestechen, sondern die in Österreich geltende Gesetzmäßigkeit auch in Galizien einführen, und dies würde den Polenklub stark reduzieren.

reiches sei nur nach der Wiederherstellung dieses Reiches möglich. Das soll also wieder eine Lockspeise für die Sozialdemokratie sein.

Als einen schlagenden Beweis für die Notwendigkeit der Sonderstellung Galiziens und gegen das jetzige Verhältnis dieses Landes zu Österreich führt Studnicki an, er habe ein Schulbuch gesehen, in welchem sich neben dem Porträt der polnischen Königin Hedwig das Bildnis der Kaiserin Maria Theresia befand — und neben dem polnischen Könige Batory Kaiser Josef II.*)

Übrigens steht nach der Meinung dieses allpolnischen Agitators der Durchführung dieses Postulates der Schlachta nichts im Wege, denn sowohl der polnische Adel wie auch die polnischen „Demokraten“ sind für die Sonderstellung Galiziens. Ja sogar die oppositionelle polnische Volkspartei hat auf ihrem Parteitag im Jahre 1900 dieses Postulat in ihr Programm aufgenommen (dagegen sind nur mehr die polnischen Sozialdemokraten). Zwar werden sich die Ruthenen gegen die Sonderstellung auflehnen, aber ihren Willen brauche man nicht zu beachten. Deshalb propagiert Studnicki (Seite 82—83) vollständige Selbstverwaltung Galiziens und dieselbe Stellung dieses Landes, wie sie Ungarn einnimmt.

Dann würde Galizien mit Österreich nur einige gemeinsame Angelegenheiten haben und könnte durch den alle zehn Jahre zu erneuernden Ausgleich noch größere Selbständigkeit erlangen. Man könnte nämlich auf dem Wege des Handelns und Schacherns weiter fortschreiten.

Bezeichnend ist es aber, daß die Schlachta immer den Nationalitätenhader ausnützt und dabei gute Geschäfte macht. Auch Studnicki will den czechisch-deutschen Kampf in der Weise ausbeuten, um eine vollständige Selbstverwaltung Galiziens durchzuführen. Er sagt dann weiter, Galizien könnte nach der Sonderstellung in derselben Weise die österreichisch-ungarischen Differenzen ausnützen. Diese Meinung teilen auch andere Polen. Im „Słowo Polskie“ (Nr. 447 vom 14. September 1902) lesen wir:

„Die polnischen Mitglieder des österreichischen Abgeordnetenhauses dürfen sich nicht gemeinsam mit den Deutschen den Kopf darüber zerbrechen, daß die Ungarn eine möglichst große Quote für

*) Ladislaus v. Studnicki: „Sonderstellung Galiziens“, 2. Aufl., Lemberg 1901, Seite 80.

die gemeinsamen Angelegenheiten leisten. Je weniger die Ungarn zahlen, desto besser ist es für ihren Staat — und wer weiß, ob auch nicht für uns. Das auf diese Weise ersparte Geld wird für die Bedürfnisse Ungarns verwendet und die Verstärkung dieses Staates kann uns in Zukunft nützlich sein."

Nur auf dem Wege der Intriguen hofft man auch die Bukowina und Schlesien mit Galizien zu vereinigen. Deshalb strengt man in letzterer Zeit alle Kräfte an, um diese „Provinzen des ehemaligen Polen“ für den allpolnischen Gedanken zu gewinnen. Das zeigt auch das Programm des allgemeinen Polentages, von welchem im vorhergehenden Kapitel die Rede war.

Die Krakauer „*Kowa Reforma*“ (Nr. 222 vom 27. September 1902) vindiziert Ostschlesien mit Teschen für das Polenreich und nennt Mährisch-Osttrau „eine Pforte nach Schlesien, die von 40000 polnischen Arbeitern verteidigt wird“. Das Blatt sagt ausdrücklich: „Wenn dieser Vorposten vor der vordringenden — deutschen oder tschechischen, das ist gleichgültig — Übermacht kapituliert, dann steht die ganze polnische Armee in Ostschlesien schutzlos da gegen die Überflutung von seiten fremder Elemente.“ Man müsse somit diesen nationalen Posten unterstützen, denn es handle sich hier um „Bildung einer polnischen Festung an der Grenze Schlesiens“.

Deshalb wird nun gleichzeitig eine hartnäckige Agitation in Schlesien, Ostgalizien und in der Bukowina geführt. Einerseits bemüht man sich, womöglich alle Elemente zu polonisieren, indem die mit Amtswürde ausgerüsteten allpolnischen Agitatoren den Bauern zwingen, an den allpolnischen Demonstrationen teilzunehmen und die ihnen unterstehende Beamtenschaft zwangsweise in das allpolnische Lager treiben. Andererseits appelliert man an das slavische Gewissen des ruthenischen Brudervolkes und ladet die Ruthenen ein, gemeinsam an dem Wiederherstellungswerk zu arbeiten. Diesen Zweck verfolgt auch das jüngst in Lemberg erschienene Buch des Nestors der polnischen Irredenta, Vorstandsmitgliedes des polnischen Nationalschazes, J. Mikowski, betitelt „Die ruthenische Frage im Verhältnis zur polnischen“. Diese Schrift zeigt uns, mit welchen Angelegenheiten sich jetzt die polnische Nationalregierung zu beschäftigen gezwungen sieht, und welch harte Nuß da die Herren Allpolen in Ostgalizien zu knacken haben. Man zerbricht sich den Kopf über die Sonderstellung Galiziens, das sich langsam vergrößern und ein Keim des zukünf-

tigen Polenreiches werden solle — und da tauchen „separatistische“ Bestrebungen der Ruthenen auf. Ein polnischer Großgrundbesitzer bemerkte in seiner Broschüre „Achtung, Polen!“ (Kau-Sandec 1901) sehr treffend, die ruthenische Frage entwickle sich zu einer „vierten und schmerzlichsten Teilung Polens“. Es ist daher leicht begreiflich, daß in dieser für die polnische Irredenta so wichtigen Angelegenheit auch der Oberst Milkowski das Wort ergreift. Der genannte Herr wendet sich an die Ruthenen, als an „die Leidensgenossen der Polen, welche die gemeinsame Geschichte verbunden habe“. Er findet es unbegreiflich, daß die Ruthenen die irredentistischen Bestrebungen der Polen nicht unterstützen. Polen und Ruthenen hätten doch dieselben Interessen, die Ruthenen erfreuten sich in Polen einer viel besseren Selbstverwaltung als in Österreich, ihre Sprache sei besser gepflegt — sie wären niemals so mißachtet wie in Österreich gewesen.*) Von einer Unterdrückung der Ruthenen durch die Polen sei keine Rede — die Polen waren immer beste Freunde des ruthenischen Volkes. Die österreichische Regierung will keine ruthenische Universität errichten, Herr Milkowski tritt aber für die Errichtung einer solchen ein und bezeichnet sie als notwendig. Er tritt aber gegen die Gründung ruthenischer Gymnasien auf. Die Ruthenen werden im polnischen Zukunftsreiche ganz als Gleiche nach den Vorschriften der Lubliner Union behandelt werden. Er verspricht auf Seite 86 der erwähnten Schrift vollständige Autonomie.**) Das zukünftige Polenreich wird nämlich nach der Behauptung des Herrn Milkowski nicht einen einheitlichen Staat, sondern vereinigte Staaten — Polen-Litauen-Ruthenien — bilden. Diesem gemeinsamen Staatsideal sollen ebenso Polen und Ruthenen, wie auch Litauer zustreben.

Die Ruthenen lächelt also eine rosige Zukunft an. Wenn sie nationale Autonomie erlangen wollen, müssen sie die Wiederaufrichtung des geschichtlichen Polen anstreben und Galizien zu einem polnischen Piemont machen... Denn in Österreich haben sie nichts zu erwarten. Vor der Wiederherstellung Polens dürfen sie an eine Gleichberechtigung nicht denken.

*) Das ist eben eine Spezialität der polnischen Patrioten. Alle Klagen über die Unterdrückung der Ruthenen leugnen sie entweder einfach ab oder schieben die Unterdrückung der österreichischen Regierung in die Schuhe.

***) Vergl. J. Milkowski: Die ruthenische Frage im Verhältnis zur polnischen. Lemberg 1902.

Ähnliche Stimmen ließen sich in der letzten Session des galizischen Landtages vernehmen. Da zeigte sich, daß das Allpolentum in Galizien bereits die Oberhand gewonnen hat. Ja, es brodelt in Galizien, die Schlachta strengt alle Kräfte an, um dieses Land zu einem Territorium für die vorbereitenden Operationen — wie es Herr Studnicki verlangt — zu machen. Durch das Rentengütergesetz wollen die galizischen Machthaber die nationalen Kräfte im Lande „gleichmäßig verteilen“, durch das Gesetz über die Monopolisierung der Arbeitsvermittlungsbureaus eine leicht bewegliche Arbeiterarmee schaffen, die einen Kern der nationalen Legionen bilden würde. Allerlei ausländische Emisäre kommen nach Galizien, mobilisieren ganze Agitatorencharen, organisieren Vereine, veranstalten Versammlungen, Kongresse und verschiedene Demonstrationen — geben geheime Rundschreiben und Proklamationen heraus...

Aber trotz aller lieben, süßlichen Worte der polnischen Agitatoren erhebt sich inmitten dieses Brodelns immer kräftiger und kräftiger das ruthenische Volk; es droht den allpolnischen Dampfkessel zu sprengen und den Traum von einem polnischen Piemont illusorisch zu machen. Die „ruthenische Frage“ ist somit für die Polonia Irredenta viel unbequemer als die Pfeiler der Teilungsmächte. Wer weiß, ob an ihr die Pläne der Schlachta nicht zerschellen; daher die wütenden Ausbrüche der zürnenden Allpolen, daher das traurige Lied von der vierten, schmerzlichsten Teilung Polens. Die Teilung Galiziens, die nationale Autonomie für die Ruthenen ist für die polnischen Irredentisten ein Schreckgespenst und läßt sie nicht ruhig schlafen, denn es handelt sich hier um die Rechte der polnischen Krone an das einheitliche, unteilbare Galizien, wie der „Dziennik Polski“ sagt, um „die Rettung einer ganzen großen Provinz für das Polenreich...“ Deshalb greift die „Liga Narodowa“ ein und entsendet ihre besten Agitationskräfte nach Galizien. Deshalb werden im Auftrage der polnischen Nationalregierung dem galizischen Landtage die bereits erwähnten Gesetzentwürfe unterbreitet, Entwürfe, die ganz deutlich das Programm der „Liga Narodowa“ durchführen und Galizien zu einem polnischen Piemont machen sollen.

XXI.

Polnische Nationalregierung „Liga Narodowa“.

In der polnischen Geschichte nach der Teilung Polens spielen eine Hauptrolle die Nationalregierungen, die immer die oberste Instanz in den nationalen Angelegenheiten bilden und für die einheitliche Propaganda in allen drei Teilen des zerstückelten Vaterlandes Sorge tragen. Dem sattjam bekannten „Rząd Narodowy“ folgte in letzterer Zeit die „Liga Narodowa“.

Der jeweiligen polnischen Nationalregierung unterwerfen sich freiwillig alle Polen ohne Unterschied der Partei und des Territoriums, auf welchem sie sich aufhalten.

Vom 14. bis 19. Oktober 1901 tagte in Toledo der XIV. Kongreß der „polnischen nationalen Vereinigung“, der größten polnischen Organisation in Amerika. Diese Vereinigung, die nicht nur unter den polnischen Emigranten, sondern überhaupt im nationalen Leben der Polen eine große Rolle spielt, nahm auf dem besagten Kongreß folgende Resolution an:

„Indem wir die ‚Liga Narodowa‘ als eine rechtmäßig funktionierende oberste Gewalt Polens betrachten und als Erbin aller Rechte der früheren Regierungen dieses Reiches — der Könige und der polnischen Reichstage, der Regierungen nach der Teilung, deren Reihe die bekannte Nationalregierung vom Jahre 1863 schließt — anerkennen, sprechen wir dieser jetzigen Nationalregierung („Liga Narodowa“) unsere Hochachtung und unseren Dank für deren Arbeit um das Wohl des polnischen Volkes aus.“

Das Zentralkomitee der Liga Narodowa besteht aus den Vertretern der österreichischen, russischen und preußischen Polen — natürlich aus lauter Schlachzigen. Es sind dies meistens Agitatoren, die sich unter der Schlachta einer großen Popularität erfreuen. Sie bereisen von Zeit zu Zeit alle Gebiete Polens, und deshalb tragen ihre Tagesbefehle und Proklamationen verschiedene Daten, wie Warschau, Krakau u. s. w. So lesen wir beispielsweise in der Märznummer des „Przegląd Wszepolski“ einen Aufruf des Zentralkomitees der „Liga Narodowa“ mit dem Datum „Warschau, im Februar 1902.“

Es muß im voraus betont werden, daß die nationale Liga, sowie deren Politik einen ausgesprochen schlachzizischen Charakter haben. Das Hauptorgan der Liga, „Przeglad Wzeczpolski“, schrieb letzthin in einem Aufsatz, betitelt „Sprawa Ruska“ („die ruthenische Frage“), man könne heute die Devise „Freie mit Freien, Gleiche mit Gleichen“ im Verhältnis zu den Ruthenen nicht mehr wörtlich nehmen, denn der ruthenische Hochadel und die ruthenischen Fürsten existieren heutzutage nicht mehr. Also die polnischen Irredentisten betrachten nur Fürsten als ihresgleichen. Die „Liga Narodowa“ und deren Organe leisten ihr möglichstes, um den wilden polnischen Chauvinismus und die nationale Unduldsamkeit zu potenzieren.

„Przeglad Wzeczpolski“ und seine Schwesterorgane treten immer mit einem, jedem Gerechtigkeitsfönn hohnsprechenden Ehnismus gegen die angebliche Nachgiebigkeit des galizischen Landtages den Ruthenen gegenüber auf, sowie gegen die Sentimentalität der polnischen Behörden bei den Wahlen und fordern dieselben auf, vor dem Blutvergießen nicht zurückzuschrecken. Dieselben Blätter empören sich natürlich über die „unerhörten Hezereien der preußischen Haka-tisten“. Es ist begreiflich, daß selbst manche Polen solch ungerechtes Doppelmaß nicht billigen können (vergl. Kap. V, Seite 22).

An der Seite der Liga, deren Thätigkeit wir weiter unten besprechen, steht das polnische Finanzministerium, der Skarb Narodowy.*) Das ist eine Institution, die mit der Liga eng verbunden ist und dieselbe materiell unterstützt. Das Vermögen dieses National-schatzes besteht aus dem Gründungsfonds, der nicht angegriffen werden darf, und aus den als „Nationaltribut“ fließenden Einnahmen. Der Krakauer „Czas“ (vom 7. März 1902) veröffentlicht den Rechenschaftsbericht der polnischen Nationalkassa, aus welchem wir erfahren, daß dem Aufsichtsrate des Skarb Narodowy der gewesene Reichsratsabgeordnete aus Galizien, Dr. Ritter von Lewakowski, J. von Milkowski, Dr. Laszkowski, Dr. Gierszewski, E. Korzytko und andere angehören.

Die Emissäre der „Liga Narodowa“ fordern in öffentlichen Versammlungen ihre Konnationalen auf, zum Nationalschätze beizusteuern und besprechen ungeniert den Zweck und Charakter dieser Institution. Die vor zwei Jahren in Lemberg veröffentlichte Rede

*) Skarb Narodowy = Nationalschätze.

des Vorstandsmitgliedes der Nationalkassa, Milkowski, wurde sogar von der polnischen Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. In dem betreffenden Erkenntnisse des Lemberger Landesgerichtes heißt es wörtlich:

„... denn die Rede des Herrn Milkowski stellt sich als eine Aufforderung zum Sammeln von Gaben für den in Rapperswyl bestehenden Nationalschatz dar und besagt, daß die auf diesem Wege gesammelten Fonds für die Propaganda unter dem polnischen Volke bestimmt seien und für die Vorbereitung und Organisation des Aufstandes zum Zwecke der Wiederaufrichtung des geschichtlichen Polen, somit zum Zwecke der Losreißung eines integrierenden Teiles der österreichischen Monarchie, was den Thatbestand des Verbrechens nach § 58 St.-G. enthält. R. k. Landesgericht VII/A Lemberg, am 23. Oktober 1900.“

Bezeichnend ist es, daß das Lemberger Landesgericht an diesem polnisch-patriotischen Aufruf nichts Tadelnswertes fand und zuerst die Beschlagnahme aufhob. Erst das Oberlandesgericht gab dem Antrage des Staatsanwaltes statt.

Die Bons dieses Nationalschazes werden in Galizien öffentlich verkauft, dessen Kassengebarung wird ständig in den polnischen Blättern publiziert (vergl. „Dziennik Polski“ Nr. 47 vom 16. Febr. 1901, „Słowo Polskie“ Nr. 459 vom 2. Oktober 1901, „Wies XX“ und „Czas“ vom 7. März 1902, „Nowy Głos Polski“ und andere). Aus diesen Berichten ist ersichtlich, daß manche polnische Aristokraten ständig einen Tribut für die Nationalkassa leisten.

Da haben wir also wieder mit einem speziell schlachzizischen Privilegium zu thun. Die Ruthenen werden selbst wegen Sammlungen für humane Zwecke, wie Internate und Unterstützungsvereine für die unbemittelte Schuljugend und Studenten, streng bestraft, falls nicht eine vorherige behördliche Bewilligung eingeholt wurde. Eine solche zu erlangen ist aber sehr schwer. Letzthin wurde einem ruthenischen Vereine die Veranstaltung von Sammlungen deshalb nicht gestattet, „weil bereits sehr viele andere Sammlungen*) in Galizien angeregt wurden“. Für die ausgesprochen allpolnischen Angelegenheiten dürfen aber nicht nur die Emissäre sowie die Nationalgendarmen, sondern die k. k. Steuer- und Statthaltereien-

*) NB. für allpolnische Zwecke.

beamten, Gymnasialdirektoren u. s. w. Geldsammlungen einleiten,*) und zwar ohne vorher die behördliche Bewilligung einholen zu müssen. Ja, es steht ihnen frei, durch ihre Stellung die abhängigen Elemente, sowie die ihnen unterstehende Beamtenschaft im allpolnischen Sinne zu beeinflussen und zu Gaben für allpolnische Zwecke zu bewegen. Aus dem Berichte des „Słowo polskie“ (Nr. 444 vom 12. September 1902) erfahren wir, daß für den Nationalschatz, sowie für das polnische Gymnasium in Teschen sogar die armen Diurnisten der k. k. Finanzdirektion ihren Tribut leisten müssen.

In Galizien nehmen bekanntlich die Polen eine dominierende Stelle ein. In diesem Lande werden alle polnisch-patriotischen Demonstrationen auf Landeskosten veranstaltet und die Ausgaben für die polnische Propaganda aus den öffentlichen Geldern bestritten. Es ist somit einleuchtend, daß die Kapitalien des Nationalschatzes durchaus nicht für Galizien oder zumindest nicht nur für dieses Land bestimmt sind.

Die polenfreundlichen deutschen Blätter behaupteten wiederholt, der polnische Nationalschatz stehe mit der „Liga Narodowa“ in keinerlei Verbindung und gebrauche seine Mittel durchaus nicht für politische Zwecke. Abgesehen davon, daß manche Vorstandsmitglieder der „Liga Narodowa“ zugleich Mitglieder des Aufsichtsrates der Nationalkassa sind und daß die erwähnte Rede Mikowski's den Zweck des Nationalschatzes sehr deutlich präzisierete — was auch aus dem angeführten Erkenntnis des Landesgerichtes ersichtlich ist — äußern sich in der Hinsicht sehr deutlich die Organe der Nationalliga. Der „Przegląd Wszepolaki“ schrieb in seiner Septemhernummer dieses Jahres: „Im August fanden in Kapperszwohl Kommissionssitzungen des Aufsichtsrates des Nationalschatzes statt. Der Schatzfond wächst langsam, aber beständig. Die Kommission überwies die verfügbaren $\frac{2}{3}$ Zinsen wie in den Vorjahren der Organisation der Nationalliga.“

Über die beiden besprochenen Institutionen, sowie über deren Macht in Galizien äußerte sich die Krakauer „Nowa Reforma“ (vom 27. März 1902) folgendermaßen:

„Die Nationalliga und der Nationalschatz sind nicht erst gestern entstanden. Daß die Preußen und die Moskowiter aus

*) Vergl. Kap. XIX, Seite 125.

Furcht vor diesen Institutionen zittern — ist kein Wunder. Wir wissen aber alle, daß es öffentliche nationale Institutionen sind, welche die Berichte über ihre Thätigkeit im Druck erscheinen lassen. Sie könnten ebenso gut in Krakau oder Lemberg, wie in Rapperswyl oder Paris ihren Sitz haben.“

Es ist also lächerlich, zu behaupten, die Thätigkeit der Nationalliga und des Nationalrates sei nur ein Hirngespinnst der Feinde des Polentums. Ja, es ist eine erwiesene Thatsache — die „Liga Narodowa“ besteht und hat eine kolossale Macht über die polnische Schlachta, besonders über die galizischen Machthaber. Sei es direkt, sei es indirekt, lenkt sie alle wichtigeren Schritte und dirigiert alle Unternehmungen der letzteren. In ihrem Dienste stehen die einflußreichsten polnischen Vereine in Galizien, in ihrem Sinne agitiert der Verein „Towarzystwo Szkoły Ludowej“*) und die polnische Geistlichkeit, in ihrem Auftrage wurde der allgemeine Polentag einberufen.**)

Der Krakauer „Gaz“ vom 10. April 1902 schreibt über die Macht der polnischen Nationalregierung im Leitartikel „Liga Narodowa und deren Organe“; einen ganz ähnlichen Aufsatz finden wir in der Aprilnummer des Krakauer „Przeglad Polski“. Beide Blätter sagen unumwunden, daß die Polen in Österreich an Stelle des allpolnischen Liberum Veto das Liberum Conspiro gesetzt haben, daß die Nationalliga eine intensive und energische Agitation in allen drei okkupierten Gebieten des ehemaligen Polens entwickelt habe und immer neue Organe in Berlin und Schlesien gründe. Derselbe „Gaz“ sagt in einem anderen Artikel (15. April 1902), daß die jüngsten Vorgänge in allen Gebieten Polens der allpolnischen Partei und der Liga Narodowa zu verdanken seien. Besonders in Galizien hat die Nationalliga ein sehr leichtes Spiel. Das ganze geistige Leben der polnischen Gesellschaft wird hier von der Politik beherrscht, jeder galizische Beamte ist in erster Linie ein Agitator für die Schlachzizenpolitik, die, wie wir gesehen haben, im Kerne irredentistisch ist. Natürlich leisten die Schulen der polnischen Sache große Dienste und vor allem die beiden Universitäten in Krakau und Lemberg, denn hier werden künftige Agitatoren ausgebildet. Bis zur letzten Zeit klagten trotzdem polnische Blätter, daß eigentlich nichts unternommen

*) Vergl. Kap. XIX, Seite 124—126.

**) Ibid. Seite 127—130.

werde, um die neuen Generationen zu belehren, auf welche Weise heutzutage die Wiederherstellung des geschichtlichen Polen zu erstreben und zu vollführen sei. „Unsere Jugend hat keine politische Schule, sie weiß von den Bestrebungen und Opfern unserer Väter so viel wie nichts, weiß nicht, wie diese nachzuahmen seien; ihr darf nicht einmal offen gesagt werden, was sie zu erstreben habe...“ Diesem Begehren wurde schließlich Genüge gethan. Für das Wintersemester 1900/1901 hat ein Geschichtsprofessor an der Lemberger Universität eine Vorlesung über Polen und Europa angekündigt, welche als Grundlage die Geschichte der polnischen Aufstände und die Politik der Polen in den letzten Jahren hatte. Um die Jugend zum Besuche dieser patriotischen Vorlesung zu ermuntern, wurde ein Aufruf an der Universität verteilt. In diesem wurden das Ziel und die Tendenzen klar gemacht. In dem erwähnten Aufruf hieß es:

„Bisher war die Geschichte unserer Erhebungen, der interessanteste Teil der Geschichte unseres Volkes, ganz vernachlässigt. Die ausgezeichneten Thaten, große Aufopferungen mit großen Fehlern der Nationalregierungen und der einzelnen Personen, sind mausstill verfloßen. Auf diese Weise konnten die Söhne nichts von den Bestrebungen ihrer Väter wissen. Als die ersteren zu thatkräftigen Männern wurden, griffen sie wie letztere zu den Waffen, um das Vaterland zu befreien, ohne aber die Erfahrungen der Väter auszunützen.“

Diese Lücke in der Erziehung polnischer Patrioten sollte nun das genannte Kolleg ausfüllen.

Selbst diese erzpatriotische Vorlesung galt nur als allpolnischer Vorbereitungskurs, denn heuer wurde im Auftrage der Nationalliga die sogenannte Schule der politischen Wissenschaften in Lemberg gegründet. Zum Obmanne derselben wurde der Rektor der Lemberger Universität, Dr. Dhenkowski, zu dessen Stellvertretern Studnicki (diese beiden sind russische Polen) und Przhysiecki gewählt. Unter den übrigen Vorstandsmitgliedern sind besonders hervorzuheben: Reichsratsabgeordnete, Mitglieder des Polenklubs, Dr. Glabinski, Dr. Poratynski, Universitätsprofessor Dr. A. Twardowski, Dr. Pröchnicki, Dr. Pazdro, Dr. Stesłowicz, Dunin-Wasowicz, Rozwadowski u. s. w.

„Die politischen und sozialen Wissenschaften müssen wir zur Waffe im Kampfe für unser nationales Dasein machen,“ sagte der

Herr Obmann in seiner Antrittsrede. Wie diese Worte zu verstehen sind, geht aus dem jüngst veröffentlichten Programm der „politischen Schule“ hervor. Diese Vereinigung wird nämlich systematische Kurse für die Intelligenz und für die Jugend, Versammlungen und Vorträge — besonders in Zakopane, wo sich alljährlich im Sommer viele ausländische Polen aufhalten — veranstalten, Flugchriften herausgeben u. s. f.

Der Hauptregisseur dieser Aktion ist der Obmannstellvertreter des Vereines, Studnicki. Aus der Erzählung dieses Herrn im „Słowo Polskie“ (Nr. 357 vom 23. Juli 1902) erfahren wir, daß die Schule der politischen Wissenschaften womöglich den Anschluß Galiziens an Russisch-Polen herbeiführen wolle, und daß die Gründung dieser Vereinigung mit der Frage der Sonderstellung Galiziens im Zusammenhang stehe.

Die Hauptaufgabe dieser Schule wird somit sein, allpolnische Gesetzentwürfe auszuarbeiten und für dieselben im voraus die öffentliche Meinung vorzubereiten. Diese Schule ist also ein neuer, wichtiger Wachposten der „Liga Narodowa“ in Galizien, welcher der polnischen Nationalregierung die Beherrschung der galizischen Landesgesetzgebung, sowie des politischen Lebens überhaupt erleichtern soll. Wenn man bedenkt, daß der „politischen Schule“ auch Fachleute, Juristen, Universitätsprofessoren u. s. w. angehören, so wird man leicht begreifen, daß die Elaborate dieser Schule mit allen juristischen Kniffen ausgestattet sein und den galizischen Machthabern imponieren werden. Diese Schule wird somit zur Quelle verschiedener politischer Pläne werden. Hier werden allerlei Projekte entstehen, und der Landtag wird sie nur beschließen. Es steht somit eine neue gesetzgebende Thätigkeit der „Liga Narodowa“ bevor.

In der publizistischen Welt macht die polnische Nationalregierung ebenfalls überraschende Fortschritte. Anfangs war das einzige Organ der Liga der „Przegląd Wszepolski“, jüngst erwarb sie noch zwei große Tagblätter in Galizien, das „Słowo Polskie“ und den „Wieś XX“. Darüber berichtete unter anderem auch der Krakauer „Czas“ vom 12. März 1902. In die Redaktionen dieser Blätter treten nun hauptsächlich ausländische Polen ein, wie S. Wasilewski, Krzyński, Domagalaki u. s. w. In allen diesen Blättern zeigt sich derselbe Stil, dieselbe Art und Weise der Polemik, derselbe wilde Haß gegen alles Nichtpolnische, dieselben Bestrebungen, alle polnischen

Parteien zum Kampfe für die Wiederherstellung des geschichtlichen Polens vom Meere bis zum Meere zu vereinigen. Politische Anschauungen sind für sie Nebensache. Dieses gemeinsame Programm der allpolnischen Blätter präzisiert der „Wieś XX“ wie folgt:

„Der Zweck unserer ganzen Thätigkeit ist der, der nationalen Politik einen reellen Boden zu verleihen. Wir berücksichtigen in unserer Thätigkeit die Ideale und die nationalen Traditionen einzig und allein aus dem Grunde, weil sie einen reellen politischen Wert haben. Wir hoben bereits wiederholt hervor, daß wir weder im Programm, noch in der praktischen Thätigkeit irgendwelche Dogmen anerkennen. Wir lassen uns von keinerlei Doktrin leiten. Wir verdammen keine Richtung, welche die Erreichung des höchsten Zieles nationaler Bestrebungen und Interessen bezweckt. Alle Mittel, die uns am leichtesten und erfolgreichsten zu diesem Ziele führen, sind politisch berechtigt.“

Die Herren Allpolen verwerfen also keine Mittel im politischen Kampfe. Dasselbe predigen auch andere verwandte Blätter, wie das Statthalterei-Organ „Gazeta Narodowa“, der „Dziennik Polski“ und andere. Sie alle bilden einen großen allpolnischen Chor, verkünden dieselben Prinzipien, rechtfertigen die Mißbräuche der galizischen Machthaber und bringen oft ganz dieselben Artikel.)*

Diese Prinzipien haben zur Gründung der sogenannten allpolnischen Demokratie geführt. Wie erwähnt, ist der Name dieser Partei nur eine Lockspeise für die demokratischen Elemente, denn sie ist keine politische Partei im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Das zitierte Programm des „Wieś XX“ ist auch Programm dieser Partei (die Organe der Nationalliga sind zugleich Organe der allpolnischen Demokratie). Sie befaßt sich lediglich mit den nationalen Sachen, befolgt nur die Anordnungen der Nationalliga, die sozialen Fragen existieren für sie nicht. Sie hält es für gefährlich, dieselben aufzurollen, — sich mit denselben befassen ist nach ihrer Meinung so viel wie den Klassenantagonismus schüren. Aus der Märznummer des „Przegląd Wzeczpolski“ erfahren wir, daß die Nationalliga als die oberste Exekutivgewalt der allpolnischen Demokratie zu betrachten sei. Die Befehle der ersteren habe jeder Allpole zu befolgen.

*) Der Freund des Statthalters, Universitätsprofessor Dr. Głabinski, ist Mitarbeiter der „Gazeta Narodowa“ und des Organes der Nationalliga „Słowo Polskie“. Vergl. Kap. XVI, Seite 104.

In der allpolnischen Demokratie ist die ganze patriotische Schlachta vereinigt; ja, sie gewinnt in letzter Zeit auch viele demokratische Elemente; ihr nähert sich immer mehr sogar die oppositionelle polnische Volkspartei. Die bedeutendsten polnischen Vereine — wie „Towarzystwo Skoly Ludowej“ — stehen im Dienste der allpolnischen Demokratie. Bei den Wahlen werden die Kandidaten dieser Partei von seiten der k. k. Statthalterei als offizielle Mandatsbewerber unterstützt (vergl. S. 104). Die Einberufung des bereits besprochenen allgemeinen Polentages ist ebenfalls Verdienst der allpolnischen Demokratie. Der Kongreß wird zweifellos einen bedeutenden Zuwachs dieser Partei zur Folge haben.

Die „Liga Narodowa“ hat also leztlin in Galizien eine kolossale Macht erlangt, eine Macht, von der selbst die größten Optimisten vor kurzem noch nicht träumen konnten. Sie verfügt über eine weitverzweigte Organisation (die allpolnische Demokratie), in welcher bereits die meisten polnischen Parteien vereinigt sind. Ihr zu Gebote stehen die größten und einflußreichsten Pressorgane in Galizien, ihre Thätigkeit unterstützen ungeniert auch die offiziellen Blätter. Durch die Schule der „politischen Wissenschaften“ nimmt sie sogar die politische Erziehung der galizischen Machthaber in die Hand. Es sind somit in Galizien noch größere Gewaltthätigkeiten der Schlachta und ein noch erfolgreicheres Entvölkerungssystem zu gewärtigen, denn die Ordres der „Liga Narodowa“ werden von den polnischen Potentaten immer pünktlicher, immer genauer ausgeführt. Die Nationalliga wird einfach als eine polnische Zentralregierung betrachtet — die Jurisdiktion derselben erstreckt sich auf alle polnischen Behörden, Parteien und Vereine.

* * *

Aus dem Inhalte dieser Schrift wird sich jeder leicht ein Bild der allpolnischen Propaganda und der schlachtzizischen Politik machen. Ich brauche nicht erst die Schlussfolgerungen zu ziehen, denn die angeführten Thatsachen sind beredt genug, sie sprechen deutlich für sich. Jeder objektive Beobachter wird zugeben müssen, daß die „Polonia Treudenta“ zu viele Hebel angefaßt hat, um über sie hinweg so leicht zur Tagesordnung schreiten zu können, um zu glauben, daß sie durch polizeiliche Maßregeln und Chikanen aus der Welt zu schaffen sei. So lange Galizien ein polnisches Piemont, eine

unkontrollierbare Schlachzizenrepublik bildet, so lange wird in Mitteleuropa kein dauernder Friede herrschen, so lange wird die Blüte der polnischen Jugend ihre besten Kräfte den Interessen der chauvinistischen Intriguanen zum Opfer bringen.

Wien, im September 1902.

Übersicht der in dieser Schrift angeführten polnischen Presseorgane.

I. Schlachzizenblätter:

1. „Przeglad Wszepolski“, Lemberger Revue. Organ der Nationalliga.
2. „Słowo Polskie“, Lemberger Tagblatt. Organ der Nationalliga.
3. „Wieś XX“, Lemberger Tagblatt. Organ der Nationalliga.
4. „Gazeta Narodowa“, Lemberger Tagblatt. Organ des Statthalterers von Galizien.
5. „Gazeta Lwowska“, Lemberger Tagblatt. Amtliche Zeitung (Lemberger Zeitung).
6. „Gaz“, Krakauer Tagblatt. Organ des rechten Flügels des Polenklubs.
7. „Przeglad“, Lemberger Tagblatt. Organ des rechten Flügels des Polenklubs.
8. „Dziennik Polski“, Lemberger Tagblatt, das dem Statthalter nahestehende klerikale Schlachzizenblatt (Organ des Polenklubs).
9. „Przeglad Polski“, Krakauer Revue, konservatives Organ des Grafen Tarnowski.
10. „Nowa Reforma“, Krakauer Tagblatt, Organ des linken Flügels des reichsrätlichen Polenklubs.
11. „Kraj“, Petersburger Wochenschrift, Organ des polnischen Adels in Rußland.
12. „Dziennik Poznański“, Posener Tagblatt.

II. Oppositionelle Blätter:

1. „Krytyka“, Krakauer Revue.
2. „Monitor“, Lemberger Wochenschrift.

Neuer Frankfurter Verlag G. m. b. H. Frankfurt a. M.

Gedanken über Reform-Katholizismus.

Mit Berücksichtigung von A. Ehrhard:

Der Katholizismus und das 20. Jahrhundert.

Von Dr. Friedrich Jodl, o. ö. Professor an der Universität Wien.

Preis Mk. —.50.

Universität und Kirche.

Akten zum Fall Wahrmund.

Autorisierte Ausgabe. — Preis Mk. —.50.

Die Broschüre enthält die so viel beachtete Rede an die Innsbrucker Studentenschaft, die Interpellation im Abgeordnetenhaus und die von Prof. Wahrmund geführte Pressecampagne.

Goethe und das kirchliche Rom.

Von Dr. Arthur Böhlingk.

Preis Mk. —.50.

Frankfurter Zeitung, September 1902. Das Schriftchen ist recht zeitgemäß, da die Klerikalen bereits an der Arbeit sind, Goethe für sich einzuschlachten, wie sie es schon mit Shakespeare getan haben.

Auf der Fahrt nach Canossa.

Ein Gespräch in der Eisenbahn. Von Dr. Arthur Böhlingk.

Preis Mk. —.60.

Münchener Neueste Nachrichten. Die erwähnte Schrift Böhlingks übrigens ist von unserer liberalen Presse einfach totgeschwiegen worden, bloß weil ihr der Verfasser unsympathisch ist; denn sachlich betrachtet, vermag sie in ihrer originellen geistvollen Ausführung, in ihren höchst beachtenswerten geschichtlichen Deduktionen der liberalen Sache wertvolle Dienste zu leisten.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet unter dem 20. Oktober aus Karlsruhe, daß das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg gegen die Schrift „Auf der Fahrt nach Canossa“ bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft Strafantrag eingereicht habe.

Geschichte der Philosophie in übersichtlicher Darstellung

von Prof. Dr. Adolf Mannheimer (Frankfurt a. M.)

Erster Teil: I. Wesen und Aufgabe der Philosophie.

II. Die Philosophie der Griechen.

Zweite umgearbeitete und erheblich vermehrte Auflage von
„Die Philosophie der Griechen in übersichtlicher Darstellung.“

Preis Mk. 1.50.

Schon nach wenig Wochen ist eine zweite Auflage dieser Schrift nötig geworden. Dem in der Vorrede zur ersten Auflage ausgesprochenen Gedanken, daß das in weiten Kreisen bestehende Streben nach einer höheren Welt- und Lebensauffassung durch eine Darstellung der wissenschaftlichen Philosophie in gemeinverständlicher Sprache befriedigt werden müsse, ist auch in dieser neuen Ausgabe Rechnung getragen. Einzelne Abschnitte sind ausführlicher gestaltet worden namentlich in Rücksicht auf das Bedürfnis Studierender nach einer faßlichen und zugleich systematischen Einführung in die Geschichte der Philosophie. Daher erscheint die Schrift in dieser zweiten Auflage in nahezu verdoppeltem Umfang.

Diplomatenleben Bunte Bilder aus meiner Thätigkeit in vier Weltteilen.

Von Sir Edward Malet, früherem Botschafter am Berliner Hof. Einzige autorisierte deutsche Bearbeitung von Heinrich Conrad. Umschlagzeichnung von Peter Behrens. Preis broschiert M. 6.—. In elegantem Leinwandband M. 7.50.

Allgemeine Zeitung, München, Nr. 307, 5. Nov. 1901. . . . Sein Buch giebt ihn in seiner vornehmen Denkart wieder, die ihm so viele Sympathien erworben hat. In autorisierter vortrefflicher Uebersetzung von Heinrich Conrad.

Königsberg — Hartung'sche Zeitung No. 522, 6. Nov. 1901. In dem sehr amüsanten neuen Buche „Diplomatenleben“, das eine wahre Fundgrube von historischen Anekdoten der großen Weltbegebenheiten in den letzten drei Decennien des 19. Jahrhunderts ist, . . .

Hamburger Nachrichten, 7. Nov. 1901. . . . findet sich nachstehender interessante Beitrag aus der Geschichte des Krieges von 1870, der die Anknüpfung der ersten Verhandlungen mit dem am 4. September in Paris gebildeten provisorischen Regierung mit dem damaligen Kanzler des Norddeutschen Bundes, Grafen Bismarck, betrifft.

Frankfurter Zeitung, 17. Nov. 1901. . . . hat sich ein besonderes Verdienst dadurch erworben, daß er diese Aufzeichnungen des englischen Diplomaten in einer deutschen Uebersetzung weiteren Kreisen in Deutschland zugänglich gemacht hat.

Die Zeit (Wien), 1. März 1902. Ein liebenswürdiges Buch des vielseitigen und vielerproben Diplomaten. Er hat die seinem Stande eigene Art, angenehm zu erzählen, aber noch viel mehr: sittlicher Ernst spricht aus manchem seiner schlichten Urteile und aus vielen Stellen der warmen Patriotismus ohne Jingoismus, wie wir ihn an den Engländern der älteren Generation kennen. Am spannendsten ist der Abschnitt über den deutsch-französischen Krieg. Greifend ist die Schilderung von des Verfassers Zusammenreffen mit Bismarck nach Kaiser Friedrichs Tod. Wie ein „mythologischer Held der nebelhaften Vergangenheit“ war ihm immer der unglückliche Fürst vorgekommen. Die Uebersetzung ist sehr befriedigend. W. . . l.

Wiener-Zeitung (1900. 6. April 1902). Bismarck einzig in seiner Art dürfte daher das Buch darstellen, dem diese Zeilen gelten. Denn er hat ihm eine so originelle und — um es gleich auszusprechen — eine so glückliche Einfleibung gegeben, wie sie sich meines Wissens nicht zum zweitenmale in diesem Fache der Litteratur findet.

Assessor Assemacher in Italien. Freuden und Leiden eines rheinischen Jubiläums-

pilgers von Albert Zacher. Ein starker Band von 672 Seiten. Preis M. 6.—, elegant gebunden M. 7.50.

Der bekannte Schriftsteller Richard Vos schrieb dem Verfasser:

Hochgeehrter Herr! In Begleitung Ihres famosen Assessors Assemacher reiste ich dieser Tage durch Italien. Es war eine ungemein interessante und amüsante Pilgerfahrt, für welche ich Ihnen mit meinem Komplimente zugleich meinen Dank ausspreche. Ich prophezeie Ihrem Rheinsländer einen Triumphzug durch das deutsche Vaterland.

Die Umschau Nr. 25, 11. Juni 1902. Fruchtbährliche Heiterkeit ohne jeden pädagogischen Beigeschmack ist über ein liebenswürdiges Werkchen ausgegossen, dessen Titel lautet: . . . Die nichts weniger als kirchlichen Abenteuer, die dem jungen Juristen auf dieser Fahrt beschieden sind, bilden den Inhalt dieses lustigen mit übermüthigen Humor gespickten Wertes.

Hamburger Nachrichten, 4. Mai 1902. werden alle diejenigen dem äußerst bunten Inhalte des Zacher'schen Buches heitere und belehrende Stunden verdanken, die Sinn für Realismus haben, und die Geltung des Freireises für Witz und Satire nicht eingeschränkt zu sehen lieben.

Aus Vatikan und Quirinal. Bilder vom Nebeneinanderleben der beiden Höfe.

Von Albert Zacher. Umschlagzeichnung von Albert Genie (Rom). Preis broschiert M. 4.—. Elegant gebunden M. 5.—.

Frankfurter Zeitung, 24. Nov. 1901. Dazu gehören die Berichte und Schilderungen Zachers aus der ewigen Stadt, die dem Leser nicht bloß ein reiches Material bieten, sondern ihn auch durch die lebendige Darstellung anregen, erfrischen und unterhalten. . . . Zum Verständnis der Dinge, die sich da ereignen werden, trägt das Zacher'sche Buch wesentlich bei.

Berliner Tageblatt, 23. Nov. 1901. Der Autor giebt uns hier eine Reihe interessanter Schilderungen aus Neu-Rom — Kapitel, die speziell auch die „Rehseite der Medaille“ beleuchten. Wer einen bedeutamen Abschnitt italienischer Zeitgeschichte der neunziger Jahre — auch das, was sich hinter den Kulissen abspielte — verfolgen will, dem empfehlen wir die Lektüre dieses Buches. . . .

Königsberg-Hartung'sche Zeitung, 8. Nov. 1901. Das Büchlein bietet eine ebenso unterhaltende als lehrreiche Lektüre.

Leipziger Neues Nachrichten (141, 24. Mai 1902). Es enthält Charakterbilder Papst Leo's, König Umberto's und seines Nachfolgers von großer psychologischer Feinheit und voll scharfer Beobachtungen ihrer Thätigkeit. Hervorgehoben sei noch ein interessanter Rückblick auf die letzten Jahrzehnte italienischer Geschichte. Wer überhaupt das römische Leben und Treiben, wer das königliche und das päpstliche Rom und wer die markantesten Persönlichkeiten aus beiden Lagern kennen lernen will, dem sei das Zacher'sche Buch bestens empfohlen, es ist der Niedererschlag der Tagesereignisse der letzten Jahre, gesammelt von einem scharfen und fleißigen Beobachter.

Neuer Frankfurter Verlag G. m. b. H. Frankfurt a. M.

Enrico Ferri: Die positive kriminalistische Schule in Italien.

Autorisierte Übersetzung aus dem Italienischen von E. Müller-Röder.

Preis Mf. 1.20.

Religion und Universität.

Zum Fall Spahn.

Von

Ernst Leumann, Prof. d. Sanskrit a. d. Universität Strassburg.

Preis Mark —.30.

Ein hervorragender Theologie-Professor schrieb dem Verfasser anlässlich der Überendung dieser Schrift: Ihre Beurteilung des Falles Spahn ist korrekt und treffend, und die gelegentlichen Bemerkungen über Religion und Zuhör sind bedeutsam und charakteristisch.

Ferner schrieb ein berühmter Staatsrechtslehrer: Ich habe Ihre geistvollen und nach meiner Überzeugung unzweifelhaft richtigen Ausführungen mit dem größten Interesse und wahrem Vergnügen gelesen.

Die Bekämpfung

der

sexuellen Infektionskrankheiten.

Eine Aufgabe des Staates und der Gesellschaft.

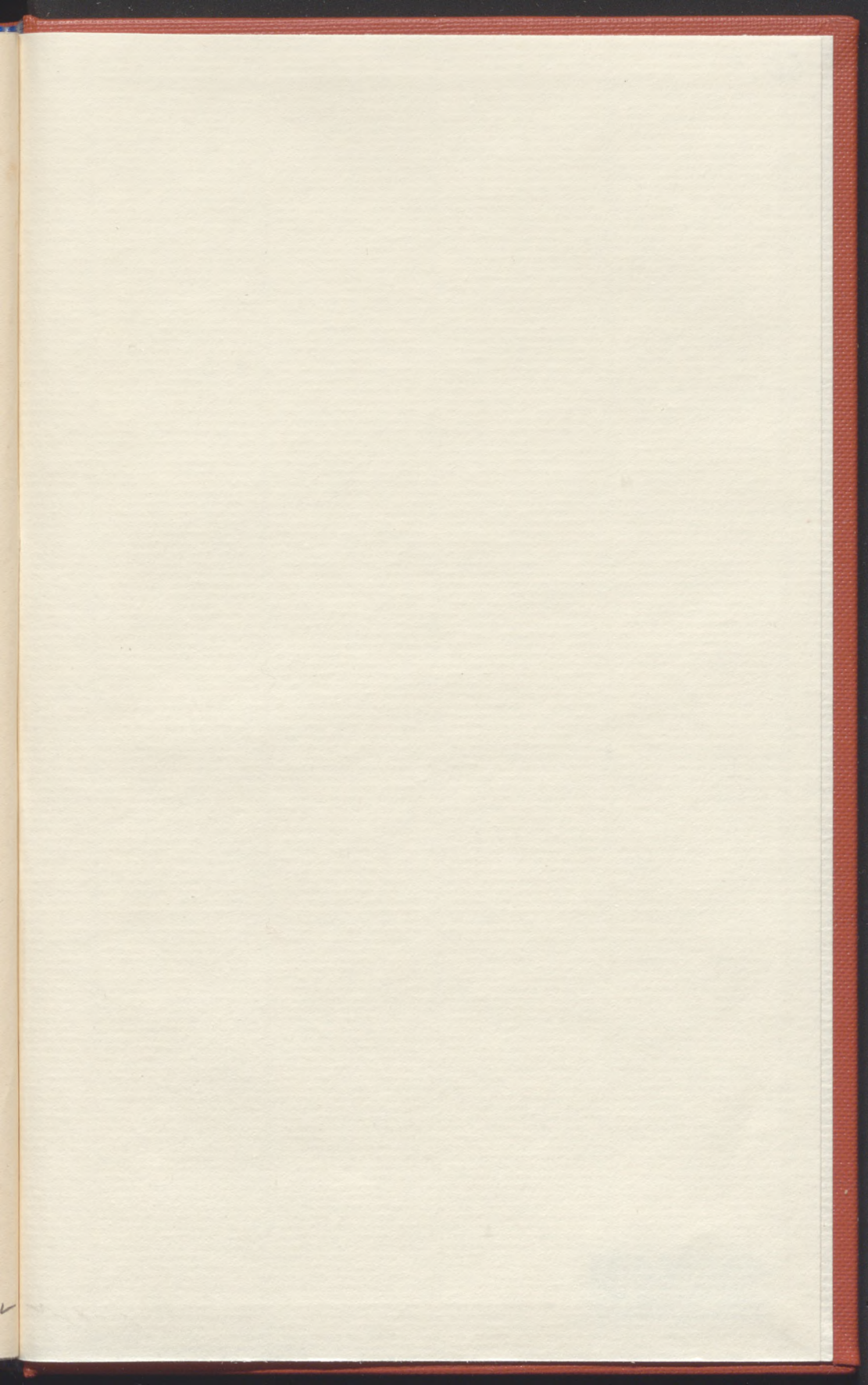
Von Dr. med. W. Hanauer,

prakt. Arzt in Frankfurt a/M.

Preis Mf. 1.—.

Die Broschüre ist bestimmt, dass in den letzten Jahren mächtig gewachsene Interesse an der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in noch weitere Kreise zu tragen und unter Zuhilfenahme der neuesten statistischen Angaben, die Gefahren zu zeigen, die der Gesellschaft durch Vernachlässigung oder Verheimlichung dieser Frage drohen. Der Verfasser weist den Ursprung und die Verbreitung der Krankheiten nach, widerlegt mit zwingenden Beweisen die gegen die Reglementierung erhobenen Einwände und zeigt, wo und wie Staat, Kommune und Krankenkassen mit ihren Maßregeln zur Bekämpfung der sexuellen Erkrankungen einzugreifen haben. Die Broschüre vermeidet alles Moralisieren und beschäftigt sich nur mit der Beantwortung der Frage: wie und durch welche Mittel können die Verhältnisse, wie sie nun einmal liegen, gebessert werden?

1368 ✓



50, -

 **B. GORICH**
Siemensstraße 8
3550 Marburg/L.
Tel. 064 21/81399
BUCHBINDEREI

Biblioteka Główna UMK



300020534379

Biblioteka

Główna

UMK Toruń

1329214

16